

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, G. Kallen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a.
herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

===== Heft 258 =====

Die „Göttinger Sieben“

Ihre Protestation und ihre Entlassung
im Jahre 1837

Von

Dr. Hans Kück

=====

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1934

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Meinem lieben Onkel
Carl H. Meyer aus Lüneburg
in Dankbarkeit zugeeignet



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Inhalt.

	Seite
Einleitung: Die „Göttinger Sieben“ im Lichte der historischen Forschung.	7
Erstes Kapitel: Vom Regierungsantritt Ernst Augusts bis zum Erlaß des Königlichen Patenten vom 1. November 1837.	16
Zweites Kapitel: Die Protestation der „Göttinger Sieben“ vom 18. No- vember 1837.	
1. Vom Novemberpatent bis zur Abfassung der Protestation.	23
2. Die Protestation. Interpretation und Würdigung.	33
3. Die Verbreitung der Protestation.	51
4. Die Wirkung der Protestation	
a) in Göttingen.	62
b) in Deutschland.	68
5. Stellung der hannoverschen Regierung zur Protestation.	72
Drittes Kapitel: Die Rotenkircher Deputation vom 30. November 1837.	
1. Die Deputation in Rotenkirchen.	83
2. Der Streit um die Rotenkircher Adresse.	91
Viertes Kapitel: Die Entlassung der „Göttinger Sieben“ im Dezember 1837.	
1. Die Entlassung.	105
2. Die Wirkung der Entlassung	
a) in Göttingen.	116
b) in Deutschland.	125
Fünftes Kapitel: Die Haltung der Göttinger Professorenschaft und der hannoverschen Geistlichkeit den „Göttinger Sieben“ gegenüber.	134
Sechstes Kapitel: Publizistik um die „Göttinger Sieben“.	152
Siebentes Kapitel: Behördliche Maßnahmen gegen die „Göttinger Sieben“ nach deren Entlassung. — Wiederanstellungsversuche bis zum Jahre 1848.	168
Schluß: Zusammenfassung und Ergebnis.	194

	Seite
Anhang: Akten zur Geschichte der „Göttinger Sieben“.	
1. Die Protestation der sieben Professoren vom 18. November 1837 (Die sieben Professoren an das Curatorium).	198
2. Das Curatorium an die sieben Professoren, 22. November 1837.	199
3. Die sieben Professoren an das Curatorium, 11. Dezember 1837.	202
* 4. Protokoll der Vernehmung der sieben Professoren vor dem Universitätsgericht, 4. Dezember 1837.	203
5. Die Hamburger Adresse vom 26. XI. 1837.	206
* 6. Ernst August an Schele, 28. XI. 1837.	207
* 7. Schele an den König, 29. XI. 1837.	208
* 8. Das Curatorium an den König, 8. XII. 1837.	210
9. Das Entlassungsrescript vom 11. XII. 1837.	213
* 10. Ernst August an den Prorektor Bergmann, 12. Dezember 1837.	214
11. Abschiedsgruß an Dahlmann, Gervinus und Jacob Grimm am 17. Dezember 1837.	216
(Die mit einem * bezeichneten Stücke sind bisher unveröffentlicht.)	
Quellen- und Literaturverzeichnis.	218

Einleitung.

Die „Göttinger Sieben“ im Lichte der historischen Forschung.

Die Protestation und Entlassung der bekannten sieben Göttinger Professoren im November und Dezember des Jahres 1837 — ein Ereignis, das damals nicht nur in Göttingen und Hannover, sondern in ganz Deutschland, ja in Europa den stärksten Widerhall fand, und um das sich eine umfangreiche Publizistik bildete — wird zwar in allen einschlägigen Werken genannt und erwähnt, jedoch in den wenigsten Fällen ausführlich behandelt.

Vor dem Jahre 1860 erschien — von publizistischen Schriften abgesehen — keine zusammenfassende Darstellung über die „Göttinger Sieben“: Venturini in den „Neuen historischen Schriften“ (1840) und Robert Prutz in seinem Werke „Zehn Jahre“ (1850) erwähnen letztlich nur das Faktum der Protestation, ohne näher darauf einzugehen.

Die erste Darstellung über die „Göttinger Sieben“ lieferte der Jurist H. A. Oppermann in dem Werke „Zur Geschichte des Königreichs Hannover von 1832 bis 1860“, dessen erster Band 1860 erschien. Oppermann hatte als junger Kandidat, bei einem Rechtsanwalt in Göttingen tätig, die Ereignisse des Novembers und Dezembers im Jahre 1837 selbst miterlebt und war auch aktiv bei den Studentenkundgebungen für die Sieben beteiligt gewesen. In der knappen Darstellung der Ereignisse stützt er sich auf Dahlmanns Schrift „Zur Verständigung“, die überhaupt für fast alle Darstellungen über die „Göttinger Sieben“ das Material liefern mußte, und auf eigene Erlebnisse: So bringt er wesentliche Aufschlüsse über die Verbreitung der Protestation, an der er selbst teilgenommen hat, wie er in seinem Buche berichtet.¹

Ein Aufsatz desselben Oppermann im Rotteck-Welckerschen Staatslexikon über „Hannover“ und ein Büchlein von Georg Waitz über Jacob Grimm brachten nichts Neues.

1. Oppermann, Gesch. S. 138.

Erst im Jahre 1864 erschien die erste Würdigung der Sieben durch einen Fachhistoriker, der wohl dazu berufen war, sein Urteil über die „Göttinger Sieben“ abzugeben: Im Jahre 1864 schrieb Heinrich von Treitschke den Aufsatz über Dahlmann, der grundlegend für die weitere Forschung über Dahlmann wurde. In diesem nur knapp hundert Seiten umfassenden Aufsatz geht Treitschke weniger auf die Einzeltatsachen des Jahres 1837 ein, als daß er — in schärfster Einstellung gegen den König Ernst August — die Haltung der Sieben würdigt, die Bedeutung der Protestation für das Deutsche Geistesleben deutlich herausstellt und darauf hinweist, daß hier zum ersten Mal die Wissenschaft in die Politik eingreift, so daß die Bedeutung des deutschen Professorentums, die im Jahre 1848 so sichtbar wurde, hier bereits in die Erscheinung trat.

Während Treitschke im Rahmen des kurzen Aufsatzes nur flüchtig bei den Ereignissen des Jahres 1837 verweilen konnte, mußten diese naturgemäß in einer großangelegten Biographie, wie es das von Anton Springer verfaßte und in den Jahren 1870—72 erschienene zweibändige Werk über Dahlmann ist, einen großen Raum beanspruchen. In der Darstellung der Tatsachen schließt Springer sich im wesentlichen an Dahlmanns „Verständigung“ an, daneben zieht er — zum ersten Male — Briefe von und an Dahlmann heran, während er Akten noch nicht benutzt hat. So mußte er bei der Darstellung der November- und Dezemberereignisse des Jahres 1837 sich im wesentlichen darauf beschränken, das bereits aus Dahlmanns Schrift Bekannte zu wiederholen. Über die ersten Monate des Jahres 1838, über die Wirkung der Entlassung der Sieben in Deutschland und über die Tätigkeit des „Göttinger Vereins“ bringt er jedoch neue und wesentliche Aufschlüsse, die sich ihm vor allem aus dem — damals noch ungedruckten — Briefmaterial ergaben. Stärker als Dahlmann selbst betont er den sittlichen Charakter des Schrittes der Sieben, hierin Dahlmann doch wohl etwas falsch einschätzend, bei dem die sittlichen und die politischen Motive zur Protestation sich zum mindesten die Wage halten. —

In den nächsten Jahren schwindet das Interesse an den „Göttinger Sieben“ merklich: die endlich gewonnene Reichseinheit ließ naturgemäß die Ereignisse der Geschichte der Deutschen Länder in den Hintergrund treten, und außerdem erschienen die „Göttinger Sieben“ noch immer als ein „noli me tangere“: Man

pries zwar die Sieben, und man rühmte ihre vorbildliche Haltung aufrechter und mannhafter Gesinnung, aber man hielt es doch nicht für erforderlich, sich näher mit der Frage zu befassen, wie und warum es zu dem tragischen Konflikt zwischen Ernst August und den sieben Professoren kommen mußte: man begnügte sich damit, alle Schuld auf den König zu schieben.

Auch die Frage, wie sich eigentlich die übrigen Göttinger Professoren zu der Tat ihrer sieben Kollegen verhalten hatten, wurde noch nicht aufgeworfen, einiges Material jedoch hierüber wurde im Jahre 1883 durch den „Briefwechsel zwischen August Boeckh und Karl Otfried Müller“ veröffentlicht: Die Stellung Müllers und damit auch anderer Professoren erschien in ganz neuem Licht: man sah, daß auch die übrigen Göttinger Professoren innere Kämpfe zu bestehen, daß sie nicht einfach die Tat der Sieben abgelehnt hatten, sondern auf ihre Weise auch versuchten, dem Rechte seinen Weg zu bahnen, daß nur äußere Gründe einige Professoren abgehalten hatten, die Protestation der Sieben mit zu unterzeichnen. Auch erfuhr man jetzt zuerst, daß mehrere Male versucht worden war, besonders durch Karl Otfried Müller, die Sieben oder doch einige von ihnen in Göttingen wieder anstellen zu lassen, um das ihnen angetane Unrecht doch etwas zu sühnen, und daß diese Wiederanstellungsversuche nicht zuletzt durch die Haltung der Sieben selbst gescheitert waren. —

Jetzt schien der Bann gebrochen: noch im gleichen Jahre 1883 erschien ein Aufsatz von Franz Rühl, der die Ehrenpromotionen Albrechts und Webers in Königsberg behandelte, und ein Aufsatz „Von einem alten Göttinger“ über die Universität Göttingen im Jahre 1837, der neben einem Bericht über die Saecularfeier der Universität auch auf die „Göttinger Sieben“ einging, allerdings sehr viele Unrichtigkeiten enthielt: jeder wußte eben etwas von den Sieben, aber keiner wußte genau, was eigentlich geschehen war, und keiner hielt es für notwendig, sich einmal mit den Akten darüber zu befassen.

In diesen Jahren 1884—85 erschienen noch eine Schrift von Albert Duncker und verschiedene Festreden auf Dahlmann — zu dessen hundertjährigem Geburtstag —, die alle Bezug auf die Sieben nahmen, jedoch nichts Neues sagten; man hielt die Sachlage für „so einfach“ und hielt es für ausgeschlossen, daß das Urteil der Geschichte auch nur einen Augenblick schwanken würde.²

2. Weiland, S. 22.

In den Jahren 1885—86 wurde neues und wichtiges Material über die „Göttinger Sieben“ in dem von Eduard Ippel herausgegebenen „Briefwechsel zwischen Jacob und Wilhelm Grimm, Dahlmann und Gervinus“ veröffentlicht.³ Enthält dieser Briefwechsel auch kaum Neues über die Ereignisse von 1837 — ein Teil der Briefe war auch schon in der Dahlmann-Biographie von Springer veröffentlicht worden — so doch sehr viel über die folgende Zeit, das Verhältnis der Sieben zueinander, deren Ansichten, die Entstehung der Rechtfertigungsschriften von Dahlmann, Jacob Grimm, Albrecht und Ewald, auch über die Zustände an der Universität Göttingen, die Haltung einiger Professoren dort, die Wiederanstellungsversuche und die Haltung der Sieben dazu. Ein vorzüglicher Anmerkungs- und Erläuterungsapparat enthält noch weiteres Material, aus Zeitungen u. a. zusammengestellt, so daß dieser Briefwechsel unentbehrlich für weitere Forschungen über die „Göttinger Sieben“ wurde.

Nur wenige, aber desto inhaltsreichere Worte über die „Göttinger Sieben“ brachte Albrecht Ritschl in seiner „Festrede zur Feier des 150jährigen Bestehens der Georg-Augusts-Universität“ im Jahre 1887: Ohne auf Einzelheiten einzugehen, bereichert er doch die Forschung durch den neuen Blickpunkt, von dem aus er die „Göttinger Sieben“ ansieht: er weist darauf hin, daß der Konflikt zwischen dem König und den Professoren der doppelseitigen Stellung entsprang, die der Deutschen Universität eigentümlich ist und darin liegt, daß die Professoren einmal vom Staate abhängige Beamte, dann aber auch Mitglieder einer im Staate selbständig bestehenden Corporation sind.

In der folgenden Zeit, in den Jahren 1888/89, bemühte man sich in Zeitschriftenaufsätzen um die Klärung gewisser Einzelfragen: Georg Weber wies darauf hin, daß das geflügelte Wort vom „beschränkten Untertanenverstand“ im Zusammenhang mit den Ereignissen des Jahres 1837 entstand, Adolf Wohlwill klärte die Entstehung der Zustimmungsadresse der Hamburger Gelehrten an die sieben Göttinger Professoren auf, und der Konsistorialrat Schuster warf zum ersten Mal die so entscheidende, bisher aber noch unbeachtet gebliebene Frage auf, warum sich gerade diese sieben Professoren zur Protestation vereinigt, warum nicht mehr Professoren sich beteiligt hatten, ohne daß er

3. Im folgenden kurz als „Ippel“ zitiert.

jedoch die Frage endgültig beantworten konnte, da ihm das nötige Quellenmaterial nicht zur Verfügung stand, wenngleich er zwei für die Beurteilung der Frage sehr wichtige und aufschlußreiche Briefe veröffentlichen konnte.

Im gleichen Jahre (1889) vollendete Heinrich von Treitschke den vierten Band seiner Deutschen Geschichte, in dem er ausführlich auf den hannoverschen Verfassungskampf eingeht und im Zusammenhang der Deutschen Geschichte sowohl, als auch des hannoverschen Verfassungskampfes die „Göttinger Sieben“ behandelt. Treitschke verwendet — damit über seinen bereits genannten Aufsatz über Dahlmann weit hinausgehend — zum ersten Mal die aufschlußreichen Akten des Hannoverschen Cabinets, wenn er die Akten auch noch nicht voll auswertet. Obwohl sich in seiner Darstellung, die das Verhalten Ernst Augusts den Sieben gegenüber aufs schärfste verurteilt, einige tatsächliche Fehler und manche Einseitigkeiten, vor allem in der Beurteilung des Königs befinden, er auch den Gang der sogenannten Rotenkircher Deputation nicht ganz klarstellt, bleibt seine Schilderung unübertroffen und sich weit über alle bisherigen Darstellungen erhebend.

Mit Treitschke war ein gewisser Abschluß der Frage nach den „Göttinger Sieben“ erreicht: Die Geschehenszusammenhänge erschienen geklärt, nur Einzelheiten noch schienen der Erläuterung zu bedürfen. Wer künftig noch Neues über die „Göttinger Sieben“ sagen wollte, mußte sich mit Treitschke auseinandersetzen und die Akten selbst in die Hand nehmen, wenn er nicht auf Grund anderen, bislang unveröffentlichten Materials in der Lage war, bisher noch unbekannte Tatsachen oder Zusammenhänge der Öffentlichkeit vorzulegen.

Dieses vermochte F. Sander in dem von ihm im Jahre 1891 herausgegebenen Briefwechsel zwischen dem Konsistorialrat Friedrich Lücke, Kollegen der Sieben und Abt zu Bursfelde, und den Brüdern Grimm. In diesem Briefwechsel wird die bereits von Schuster aufgeworfene Frage, warum sich nur sieben Professoren an der Protestation beteiligt hatten, der Lösung näher geführt, da hier sowohl Briefe von Lücke, in denen dieser seine Stellungnahme den Sieben gegenüber und die Antwort auf die Frage, warum er trotz Aufforderung an der Protestation nicht teilgenommen, näher begründete, als auch ein Promemoria Lückes an das Curatorium, in dem Lücke in der Frage des umstrittenen Huldigungseides und der bevorstehenden Deputiertenwahlen an der

Universität um Rat fragte, und die Antwort des Curatoriums auf eben dieses Promemoria, die zum ersten Mal einiges Licht auf die Haltung des Curatoriums in dem ganzen Fragenkomplex um die „Göttinger Sieben“ warf, neben einigen anderen Briefen veröffentlicht wurden. So bietet dieser Briefwechsel reiches und zum Verständnis der Zusammenhänge unentbehrliches Material über die Haltung der Göttinger Professorenschaft den Sieben gegenüber. —

Eine im Jahre 1892 erschienene Geschichte von Braunschweig und Hannover von Otto von Heinemann konnte den bereits bekannten Tatsachen nichts Neues hinzufügen, mußte sich vielmehr damit begnügen, die Ergebnisse der Forschung zu wiederholen.

Eine neue „Geschichte des Königsreichs Hannover“ erschien von Wilhelm von Hassel im Jahre 1898. Die Akten des Archivs in Hannover benutzte Hassel nicht, wohl aber Privatakten des Ministers von Schele, der die Politik unter Ernst August wesentlich beeinflusste und leitete; da diese Scheleschen Akten aber nur wenig auf die „Göttinger Sieben“ eingehen, übernimmt Hassel im wesentlichen Treitschke, ohne sich allerdings dessen Urteil anzuschließen, vielmehr im Gegensatz zu Treitschke Ernst August zu verteidigen versucht, es aber wiederum doch nicht wagt, die Sieben zu verurteilen und den Verfassungsbruch des Königs gutzuheißen. Einige Tatsachenfehler übernimmt Hassel kritiklos von Treitschke, auch fehlt seiner Darstellung der „Göttinger Sieben“ die Einheitlichkeit und große Linie Treitschkes, so daß das Hasselsche Werk sich durchaus nicht über Treitschke erhebt, zumal auch kein neuer Gesichtspunkt in die Betrachtung der Verhältnisse gebracht wird.

Hatte Hassel sich sehr stark an Treitschke angeschlossen, so versuchte im nächsten Jahre (1899) Friedrich Thimme in einem grundlegenden Aufsatz „Zur Geschichte der Göttinger Sieben“ in der Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen, Treitschkes Darstellung und Urteil in mehreren Punkten als unrichtig und einseitig zu erweisen. Neben Treitschke ist Thimme der einzige geblieben, der die Cabinetsakten des hannoverschen Archivs benutzt hat; er kommt jedoch in seinem Aufsatz, aus dessen zahlreichen und inhaltsvollen Anmerkungen hervorgeht, daß er sich eindringlich mit der Frage der „Göttinger Sieben“ befaßt hat, zu einem vom bisherigen Urteil erheblich abweichenden Stand-

punkt, indem er verschiedene Punkte heraushebt, die die Sieben ins Unrecht setzen und den König in einem erheblich besseren Lichte als früher erscheinen lassen. In dieser Arbeit, die sich in der Hauptsache mit Wiederanstellungsversuchen der Sieben von Seiten Karl Otfried Müllers beschäftigt — hierin den bereits erwähnten Briefwechsel zwischen August Boeckh und Karl Otfried Müller vortrefflich erläuternd und bereichernd — fordert Thimme eine durchgreifende Revision des Urteils über die Sieben -- es sei sehr fraglich, ob die herrschende Auffassung mit Recht alles Licht auf die Sieben, allen Schatten aber auf die hannoversche Regierung gehäuft habe — und kündigt eine eigene ausführliche, bis heute aber noch nicht erschienene Untersuchung über die „Göttinger Sieben“ an. So ist der Aufsatz trotz der außerordentlich wichtigen Anregungen und Hinweise, die in ihm enthalten sind, skizzenhaft geblieben, zumal Thimme auch die Cabinetsakten noch nicht restlos ausgewertet hat, und er mußte schon deshalb ohne abschließendes Ergebnis bleiben, weil Thimme die Curatorial-Akten nicht kannte. Eingehende Untersuchung wird zeigen, daß auch der Standpunkt Timmes in mancher Hinsicht einseitig ist und der Berichtigung bedarf, obwohl es Timmes unbestreitbares Verdienst bleibt, als erster den ernsthaften Versuch einer Rechtfertigung des Königs unternommen zu haben. Neben Treitschkes Darstellung ist dieser Aufsatz das wichtigste und beste, was je über die Frage der „Göttinger Sieben“ erschienen ist.

So ist nach diesem Timmeschen Aufsatz kaum noch wesentliches über die „Göttinger Sieben“ geschrieben: Ein kurzer Aufsatz von Alfred Stern⁴ zeigte, daß man in der diplomatischen Welt einen Augenblick geglaubt hatte, daß Beziehungen zwischen den Sieben und Mazzini beständen. Ferdinand Frensdorff schrieb einen bemerkenswerten Aufsatz über die Rückberufung der Sieben, der auf Grund des Aktenmaterials der Universität Göttingen gearbeitet war und interessante Einzelheiten über die Wiederanstellungsversuche im Jahre 1838 wie auch über die des Jahres 1848 enthielt. Ein Essay von Karl Theodor von Heigel über Dahlmann sagt nichts Neues aus. Herrmann Christern streift in seiner größeren Arbeit über Dahlmanns politische Entwicklung bis 1848 (1921) in einem Excurs auch die „Göttinger Sieben“, betont hier,

4. In seiner Geschichte Europas übernimmt Stern in dem entsprechenden Abschnitt (Bd. 5) im wesentlichen Treitschke.

daß bei Dahlmann die politischen Motive zur Protestation entscheidender als die sittlichen gewesen seien, und versucht, Dahlmann als Liberalen hinzustellen.

Erich Rosendahl schließlich übernimmt in seiner Geschichte Niedersachsens (1927) im wesentlichen die Ergebnisse des Thimmeschen Aufsatzes, übertreibt diese sogar noch fast kritiklos: er vertritt die gänzlich unhaltbare Auffassung, hierin weit über Thimme hinausgehend, Ernst August sei sowohl in der Verfassungsfrage, als auch in der Entlassung der Sieben vollkommen im Recht gewesen. —

Aus der Fülle der genannten Werke und Zeitschriftenaufsätze, die alle sich mit den „Göttinger Sieben“ beschäftigen, teils unser Thema nur in anderen Zusammenhängen streifend, teils ausführlich dabei verweilend, heben sich zwei Darstellungen heraus: der Abschnitt in Treitschkes Deutscher Geschichte, der den Hannoverschen Verfassungskampf behandelt, und der verhältnismäßig kurze Aufsatz von Thimme: einmal, weil nur diese beiden Historiker auf Grund von Akten des Hannoverschen Cabinets über die „Göttinger Sieben“ gearbeitet haben, dann aber auch, weil sie die einzigen sind, die eine wissenschaftlich begründete Stellungnahme zu den Sieben einnehmen, nicht nur die Sieben loben oder tadeln, sondern auf den Kern der Dinge eingehen und versuchen, auf Grund des Aktenmaterials eine wissenschaftliche Würdigung der Haltung der Sieben zu geben. Gerade aus diesen beiden Darstellungen aber auch erhellt die große Schwierigkeit des Problems: Verurteilt Treitschke die Handlungsweise des Königs im Verfassungskonflikt und in der Auseinandersetzung mit der Protestation der Sieben aufs schärfste, so versucht Thimme, den König zu verteidigen; während Treitschke die Protestation der Sieben als mannhafte Tat sittlich hochstehender Männer rühmt, erklärt Thimme die Protestation für ein „leichtfertiges Spiel und mehr als das, eine freventliche Verletzung ihres im Huldigungseide ausgesprochenen Gelöbnisses“;⁵ weist Treitschke auf die Unrechtmäßigkeit der Entlassung hin, so versucht Thimme nachzuweisen, daß der König bei der Entlassung der Sieben durchaus im Recht gewesen sei. Und derartig gegensätzliche und sich aufs schärfste widersprechende Urteile wurden von Männern gefällt, die dieselben Akten in der Hand gehabt hatten! Es muß daher Aufgabe dieser

5. Thimme, S. 277.

Arbeit sein, diese Urteile im einzelnen auf ihre Richtigkeit zu prüfen und — wenn möglich — zu verbessern, um zu einer Einheit des Urteils zu gelangen. Die Fragen, ob die Protestation der „Göttinger Sieben“ ein rechtlich und sittlich begründeter Schritt war, und ob die Entlassung der Sieben zu Recht erfolgt ist, die bislang zu wenig beachtete Verbreitung und Wirkung der Protestation und der Entlassung, die Haltung der Göttinger Professorenschaft und der Studenten in dieser erregten Zeit, die behördlichen Maßnahmen, die Wiederaufstellungsversuche sind eingehend zu untersuchen. Daneben erscheint es nicht unwichtig, den Gang der Ereignisse und Art und Weise der Handlungen eindeutig festzulegen, da auch hier Unstimmigkeiten vorliegen, die zu klären sind.

Die Grundlagen der Untersuchungen werden bilden: Die Akten des königlichen Cabinets, die im Staatsarchiv zu Hannover liegen, und die bislang noch gänzlich unbeachtet gebliebenen Akten des königlichen Curatoriums aus dem Archiv der Universität Göttingen, daneben Handschriften aus der Universitäts-Bibliothek Göttingen, ferner die bereits genannten und veröffentlichten Briefwechsel, und endlich die Publizistik aus den Jahren 1837 und 1838 selbst, Zeitungsaufsätze, Rechtfertigungsschriften der Sieben und ihrer Gesinnungsfreunde, dazu die Schriften der Gegner.

Erstes Kapitel.

Vom Regierungsantritts Ernst Augusts bis zum Erlaß des königlichen Patentes vom 1. November 1837.

„Am 20. Juni 1837 starb König Wilhelm IV., und da nach deutschem Rechte der Mannesstamm den Weibern vorging, so zerriß jetzt, zum Segen für beide Teile, das unnatürliche Band, das die kurbraunschweigischen Lande vier Menschenalter an Großbritannien gekettet hatte“.¹ In England bestieg die 18jährige Victoria den Königsthron, in Hannover folgte ihr Onkel Ernst August, Herzog von Cumberland, der wenige Tage vorher das 66. Lebensjahr vollendet hatte.

„König Ernst August war der begabteste unter den sieben Söhnen Georgs III., aber schlecht erzogen, nicht bloß aller Bildung bar, sondern ein abgesagter Feind aller Wissenschaft, die er dem „Federvieh der Tintenkleckser“ überließ; nur wer wohl geboren, wohl gekleidet und mäßig gelehrt war, galt ihm, wie einst den Römern, für einen anständigen Mann“.² Das Soldatenhandwerk betrieb er mit leidenschaftlichem Eifer. „Neben dem steifen Dünkel des englischen Lords behielt er doch immer etwas von der naturwüchsigen Frische des deutschen Reiteroffiziers“.² Dieser selbstherrliche, brutale und ausschweifende Mann, sollte nun, nur in beschränktem Maß der deutschen Sprache mächtig und seine jetzigen Untertanen nur von flüchtigen Besuchen her kennend, die Geschicke Hannovers leiten, obwohl er für seinen Königsberuf durchaus nicht genügend vorbereitet war.

Zum Verständnis des Folgenden ist es notwendig, die Stellungnahme Ernst Augusts zum hannoverschen Staatsgrundgesetz von 1833 vor seinem Regierungsantritt im Jahre 1837 anzudeuten.³

1. Treitschke, Bd. IV., S. 643.

2. Treitschke IV., S. 645.

3. Vgl. im einzelnen Treitschke, Bd. IV, S. 165 ff. und IV, S. 733 ff.

Dem Entwurf des Staatsgrundgesetzes stimmte Ernst August — von einigen Bedenken abgesehen, denen später Rechnung getragen wurde — in allen wesentlichen Punkten zu, vor allem der sogenannten Kassenvereinigung, der Verschmelzung der königlichen Domänenkasse mit der ständischen Steuerkasse. Nach der Veröffentlichung des Staatsgrundgesetzes jedoch erklärte er, er sei nicht genügend unterrichtet und könne sich deshalb durch das neue Gesetz noch nicht gebunden halten; vor allem sprach er sich jetzt gegen die früher von ihm gepriesene Kassenvereinigung aus. Ernst August hat zwar oft seine Gegnerschaft gegen das Staatsgrundgesetz von 1833 ausgesprochen, jedoch niemals einen offiziellen Protest dagegen eingelegt; er hat zwar seine Zustimmung nicht gegeben, aber auch keinen förmlichen Protest erhoben, sondern die Entscheidung hinausgeschoben. —

Am 28. Juni 1837 traf Ernst August in Hannover ein. Nach dem § 13 des Staatsgrundgesetzes von 1833 war er verpflichtet, „den Antritt seiner Regierung durch ein Patent zur öffentlichen Kunde zu bringen“. „Im Patente ... versichert der König bei Seinem Königlichen Worte die unverbrüchliche Festhaltung der Landesverfassung“.⁴ Statt dessen vertagte der König zunächst (am 29. Juni) die beiden zu Beratungen versammelten Ständekammern, ohne daß diese sich zu irgendwelchem Proteste aufrafften. Wenige Tage darauf verkündete Ernst August im

4. § 13 des Staatsgrundgesetzes lautet (Oppermann, Gesch. I, S. 341): „Der König wird den Antritt seiner Regierung durch ein Patent zur öffentlichen Kunde bringen, worauf nach den von Ihm für das ganze Land gleichmäßig zu ertheilenden Vorschriften die Huldigung erfolgt. Im Patente, welches in Urschrift unter des Königs Hand und Siegel demnächst im ständischen Archive niederzulegen ist, versichert der König bei Seinem Königlichen Worte die unverbrüchliche Festhaltung der Landesverfassung.“

Im Entwurfe des Staatsgrundgesetzes vom 15. XI. 1831 lautete dieser § 13 (Dahlmann, „Verständigung“, S. 78 f.): „Der König wird den Antritt Seiner Regierung durch ein Patent zur öffentlichen Kunde bringen, in welchem Er zugleich die unverbrüchliche Festhaltung der Landesverfassung bei Seinem königlichen Worte versichert, worauf Ihm nach den von Ihm zu ertheilenden Vorschriften die Huldigung geleistet wird.“

Daraus geht eindeutig hervor, daß ein Patent, in dem die Verfassung nicht beschworen wird, einen Verfassungsbruch bedeutet. Nach dem Wortlaut der Verfassung von 1833 hat demnach Ernst August die Regierung überhaupt nicht angetreten, da er im Regierungs-Patent vom 5. VII. 37 die Verfassung nicht beschworen hat!

Patent vom 5. Juli den Antritt seiner Regierung, stellte darin fest, „daß in vielen Puncten das Staatsgrundgesetz Unseren nur auf die Förderung des Wohls Unserer getreuen Unterthanen gerichteten Wünschen nicht entspreche“, erklärte, „daß Wir in dem, weder in formeller, noch materieller Hinsicht, Uns bindenden Staatsgrundgesetze eine hinreichende Gewähr für das dauernde Glück Unserer getreuen Unterthanen ... nicht finden können“, und kündigte eine Verfassungsrevision an. Gegengezeichnet war das Patent nur von dem Staats- und Cabinetsminister Freiherrn von Schele, dem der König die Verpflichtung auf das Staatsgrundgesetz eigenhändig gestrichen hatte.⁵ Auf Einwendungen, die die übrigen Mitglieder des Staatsministeriums gegen das Patent vom 5. Juli erhoben hatten, erwiderte der König: „Nachdem Ich habe gehört und gelesen die Einwendungen ... fühle ich es Meine Würde nicht gemäß, daß in Zweifel zu lassen was ist Meine wahre Meinung und Intention und deswegen bleibt es bei dem von mir vollzogenen Patent“.⁶ Diese Minister, die einen schüchternen Versuch des Protestes gewagt hatten, sich aber dann doch dem Willen des Königs voll und ganz beugten, blieben zwar noch im Amt, wurden aber durch das Patent vom 31. Oktober 1837 ihrer Würde als Cabinetsminister entkleidet, und waren damit nur noch Departementsminister — auch hier wagten sie nicht zu protestieren, oder ihre Entlassung zu nehmen —, so daß der Vertraute des Königs, Freiherr von Schele, alleiniger Cabinetsminister blieb.⁷

Das Julipatent rief große Aufregung in ganz Deutschland hervor: Wenn eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung vom Regierungsnachfolger einfach nicht anerkannt wurde, wo blieb dann das Recht? Die süddeutschen Landtage sahen sich in ihren eigenen Rechten bedroht und forderten Einspruch am Bundestag, da keine Verfassung mehr gesichert erschien, wenn derartige Grundsätze, wie sie Ernst August im Julipatent vertrat, allgemeine Gültigkeit erlangten; Preußen und Österreich mahnten den König von Hannover, keinesfalls vom verfassungsmäßigen Wege abzugehen, die Deutsche liberale

5. Gesetz-Sammlung für das Königreich Hannover, Jahrgang 1837, I. Abt., Nr. 17.

6. Treitschke, S. 752.

7. Gesetz-Sammlung für das Königreich Hannover, Jahrgang 1837, I. Abt., Nr. 29.

Presse begann zu lärmern und zahlreiche Flugschriften, die gegen das Patent protestierten, erschienen und wiesen darauf hin, daß eine in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung — und das war das seit 1833 geltende Staatsgrundgesetz zweifellos — nicht der Zustimmung des neuen Regenten bedürfe.

Während sich so die Deutschen Mächte für die Rechte des bedrängten hannoverschen Volkes einzusetzen versuchten, dachte man in Hannover selbst kaum an Widerstand. Und wer sollte auch für die Durchsetzung des Rechtes kämpfen? Die Minister hatten sich dem Könige sofort gefügt, die Stände waren vertagt, einen permanenten Ständeausschuß gab es in Hannover nicht — wer blieb noch, der einen Protest einlegen und die Führung im Kampfe für das Staatsgrundgesetz übernehmen konnte? Ein natürlicher Führer in diesem Kampfe fehlte, und es fand sich auch keiner, der willens gewesen wäre, von sich aus diese Führung zu ergreifen, um dem Recht Geltung zu verschaffen. Es wäre Sache der Universität Göttingen gewesen, den König auf die Widerrechtlichkeit seines Handelns aufmerksam zu machen, da sie eine Korporation darstellte, die im Staate hohes Ansehen genoß, und die Wissenschaft wohl dazu befugt war, das Recht zu wahren, wenn andere Instanzen fehlten. Allein die Korporation versagte: Zwar stellten Dahlmann und Jacob Grimm — zwei Führer der im November auftretenden „Göttinger Sieben“ — in einer auf ihren Wunsch am 11. Juli einberufenen Senatssitzung den Antrag, „eine Commission mindestens aus dem Senat zu bestellen, die sich mit der Verfassungsfrage zu beschäftigen und demnächst an den Senat zu berichten habe, von wo denn durch Missiven das Weitere an sämtliche ordentliche Professoren gelangen konnte“. Allein dieser Antrag, über die Gültigkeit des Julipatentes mindestens zu verhandeln, wurde trotz der von Dahlmann klar genug ausgesprochenen Meinung, „daß das Patent durch seinen Inhalt ein Bruch der Verfassung und durch seine Form eine Nullität sei, und daß man sich nicht dabei beruhigen dürfe“, vom Senat abgelehnt.⁸ „Wie unschicklich wäre es auch gewesen“ — so sagt Springer⁹ — „sich jetzt gegen die Regierung widerhaarig zu zeigen, wo das Jubelfest der Georgia-Augusta vor der Tür

8. Dahlmann, „Verständigung“, S. 27. — Springer I, 422.

9. Springer I, S. 423.

stand und die Gunst und der gute Wille des Königs wie der Minister für den Glanz der Feier unentbehrlich war“. —

So ging das Verhältnis seinen Lauf, da der König nichts von einer Opposition im Lande spürte und in seiner störrischen Art auf Mahnungen des Auslandes nichts gab. —

Im September fand die Feier des hundertjährigen Bestehens der Georgia-Augusta statt. Da „fast alle namhaften Männer des Landes in Göttingen zusammentrafen, bot sich fast von selbst die Gelegenheit, gemeinsame Schritte zur Abwehr des drohenden Staatsstreiches zu besprechen. Auch dies ward versäumt“, tadelt Treitschke mit Recht.¹⁰ „Man schmauste über Gräbern“, so charakterisiert Dahlmann das Fest,¹¹ das mit allem Prunk gefeiert wurde. Auch der König erschien auf einen Tag trotz seiner Verachtung, die er den Professoren entgegenbrachte; bezeichnend für ihn die Szene bei der Einweihung des Denkmals für seinen Bruder und Vorgänger Wilhelm IV. auf dem jetzigen Wilhelmsplatz vor der Aula: In dem Augenblicke, da die Hülle des Denkmals fiel, drehte er „mit scharfer Wendung dem Denkmal den Rücken zu“.¹² Mußten jetzt nicht jedem, auch dem, der bislang noch nicht hatte sehen wollen, die Augen aufgehen, daß Ernst August mit dem Staatsgrundgesetz nichts zu schaffen haben wollte?! —

Da es mithin keiner wagte, gegen den König aufzutreten, konnte Ernst August ungestört an die Vorbereitung des Staatsstreiches gehen. Drei Kommissionen wurden nacheinander eingesetzt, bis endlich der König das gewünschte Gutachten erhielt, daß das Staatsgrundgesetz ungiltig sei, „weil die Zustimmung der Agnaten fehle und König Wilhelm nachträglich noch einige Paragraphen einseitig geändert habe“.¹³

10. Treitschke, S. 657.

11. Dahlmann, „Verständigung“, S. 7.

12. Treitschke, S. 657. (Nach der Erzählung eines Augenzeugen).

13. Treitschke IV, 657. — Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, auf die Frage einzugehen, ob das Staatsgrundgesetz von 1833 zu Recht bestand und ob Ernst August das Recht hatte, das Staatsgrundgesetz für ungiltig zu erklären, zumal Treitschke in seiner Deutschen Geschichte (IV., S. 163 ff., Kap. 9 u. Anl. XVIII) auf Grund der vorliegenden Akten das Unrecht Ernst Augusts nachgewiesen hat. — Es sei noch auf den „Schluß“ des Staatsgrundgesetzes hingewiesen, der besagt: „Abänderungen desselben können nur in Übereinstimmung des Königs und der allgemeinen Ständeversammlung des Königreichs getroffen und nur in Folge eines, auf

Auf dieses Gutachten hin, das von dem Kanzleidirektor Leist ausgearbeitet war, erließ der König das folgenschwere Patent vom 1. November, nachdem er am 30. Oktober die am 29. Juni vertagte allgemeine Ständeversammlung des Königreichs aufgelöst und am 31. Oktober das bisherige Cabinetsministerium ebenfalls aufgelöst und die Cabinetsminister nur noch als Departementsminister beibehielt — mit Ausnahme Scheles, der alleiniger Cabinetsminister blieb.¹⁴

Das Patent vom 1. November¹⁵ bezog sich auf die im Juli-patent bereits erfolgte Ankündigung einer Verfassungsrevision und erklärte, „daß die verbindliche Kraft des Staatsgrundgesetzes vom 26. IX. 1833 von jetzt an erloschen sei“, unter Anführung der bereits genannten Gründe; Es habe bei Errichtung des Staatsgrundgesetzes gefehlt „an dem einhelligen Zusammenwirken des Regenten und seiner Stände in Hinsicht der in dem Staatsgrundgesetze enthaltenen Bestimmungen, wodurch die bis dahin in anerkannter Wirksamkeit gestandene Verfassung vom Jahre 1819 aufgehoben werden sollte“; „diese Errichtungsart des Staatsgrundgesetzes“ enthalte offenbar „eine wirkliche Verletzung der bestimmten Vorschrift des Art. 56 der Wiener Schluß-Acte vom Jahre 1820“; außerdem sei das Staatsgrundgesetz für ihn, Ernst August, „ungültig und folglich ... unverbindlich“, weil durch mehrere Vorschriften und Bestimmungen die agnatischen Rechte tief gekränkt, und selbst die Regierungsrechte des Königs wesentlich verletzt seien; „der dem Staatsgrundgesetz anlebende Fehler der Ungültigkeit“ sei aber auch durch eine von Ernst Augusts Seite erfolgte Anerkennung „nicht gehoben“, da er, Ernst August, offen seinen „Widerspruch wider das Staatsgrundgesetz zu erkennen ge-

zwei nach einander folgenden Diäten gefaßten gleichmäßigen Beschlusses angeordnet werden.“ (Oppermann, Gesch. I, S. 360). Im Art. 56 der Wiener Schlußakte von 1820 heißt es: „Die in anerkannter Wirksamkeit bestehenden landständischen Verfassungen können nur auf verfassungsmäßigem Wege wieder abgeändert werden.“ (Jaeger-Moldenhauer, Auswahl wichtiger Aktenstücke . . . Berlin 1893). Und in anerkannter Wirksamkeit hatte das Staatsgrundgesetz zweifellos bestanden, da es seit 1833 volle Gültigkeit hatte, und nie auch nur mit einem Worte gesagt war, es bestehe zu Unrecht, ja auch nicht der leiseste Protest laut geworden war.

14. Gesetz-Sammlung für das Königreich Hannover, Jahrgang 1837, I. Abt., Nr. 29.

15. Ebda, Nr. 30.

geben und die Unterschrift zu wiederholten Malen verweigert“ habe; durch die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes seien „die sämtlichen königlichen Diener“ — bis jetzt hatte es immer nur „Staatsdiener“ gegeben — „ihrer auf das Staatsgrundgesetz ausgedehnten eidlichen Verpflichtung vollkommen enthoben“. „Gleichwohl erklären Wir noch ausdrücklich“ — heißt es dann — „daß Wir dieselben von diesem Theile ihres geleisteten Diensteides hiemit entbunden haben wollen.“ — Die noch folgenden, für den Zusammenhang dieser Untersuchung nicht mehr entscheidenden Bestimmungen besagen, daß nach Aufhebung des Staatsgrundgesetzes die alte Verfassung von 1819 wieder in Kraft trete, jedoch solle sie in verschiedenen Punkten, die dann angeführt werden, modifiziert werden. Zum Schluß wurde ein Steuererlaß verkündet, „als ob man das Volk bestechen wollte“, wie Treitschke treffend sagt.¹⁶ —

Wohl kaum hat es in der Deutschen Geschichte einen schändlicheren und unberechtigteren Verfassungsbruch als diesen gegeben, „ein Staatsstreich, so frevelhaft, so unentschuldbar, so gemeinverständlich in seiner Roheit, daß der sittliche Ekel fast alle irgend selbständigen Männer zum Widerspruche zwang und den Reihen der liberalen Opposition mit einem Male neue Kräfte zuführte“.¹⁷ Ganz zweifellos bedeutete dieses Patent vom 1. November 1837 einen Bruch nicht nur der Landesverfassung, sondern auch des Art. 56 der Wiener Schlußakte.¹⁸ Das ganze hannoversche Volk mußte sich einmütig gegen diese Willkür erheben, und Aufgabe des Bundestages war es, den König von Hannover zur Anerkennung des Staatsgrundgesetzes von 1833 zu zwingen, zumal der Bundestag sich in dem Streite mit Herzog Carl von Braunschweig klar für Erhaltung der Landesverfassung auf Grund des Art. 56 der Wiener Schlußakte ausgesprochen hatte. Daß auch Ernst August sich ausgerechnet auf diesen Art. 56 berief, obwohl das Staatsgrundgesetz vier Jahre in anerkannter Wirksamkeit bestanden hatte, mutet wie eine Ironie an und bildet einen der Treppenwitze der Weltgeschichte.

16. Treitschke, S. 657.

17. Treitschke, S. 643.

18. s. S. 20, Anm. 13.

Zweites Kapitel.

Die Protestation der „Göttinger Sieben“ vom 18. November 1837.

1. Vom Novemberpatent bis zur Abfassung der Protestation.

Der Eindruck des Novemberpatentes in ganz Deutschland war ungeheuer: die Zeitungen waren voller Mitteilungen, Gerüchte und Meinungen über die strittigen Punkte, ob der König das Recht habe, die Verfassung aufzuheben, die Untertanen von Verfassungseide zu entbinden usf. Ansichten und Gegenansichten wurden erörtert, Stimmungsberichte aus Hannover selbst gebracht oder aus anderen Zeitungen übernommen, Gerüchte aller Art verbreitet und widerrufen: eine ungeheure Erregung hatte sich des Deutschen Volkes bemächtigt: es war eine Sensation in dem Stilleben der dreißiger Jahre, vor allem von den Liberalen ausgebeutet, um — in verhüllter Form natürlich — zu hetzen und die Volksleidenschaft emporzutreiben und für ihre Ideen zu begeistern.

Neben den Zeitungsartikeln erschienen wieder, wie nach dem Bekanntwerden des Julipatentes, zahlreiche mehr oder minder geistreiche Streitschriften für und wider Ernst August. Es ist müßig, die Argumente und Gegenargumente, die in diesen Streitschriften aufgeführt sind, anzuführen; wichtig ist in diesem Zusammenhang nur die Tatsache, daß diese Schriften als Ausdruck der öffentlichen Meinung erschienen sind.

Über dem Lande Hannover lag eine gedrückte und gelähmte Stimmung, erwachsen aus der Sorge, was nun geschehen werde. Wieder, und dringender als nach dem Julipatent, erhob sich die Frage, was getan werden könne und solle, um dem Rechte Geltung zu verschaffen, und wieder ergab sich, daß die Möglichkeit eines verfassungsmäßigen Widerstandes durch die Auflösung der Ständeversammlung vom König bereits genommen

war. Sämtliche „königlichen Diener“ waren vom Könige ihrer eidlichen Verpflichtung auf das Staatsgrundgesetz entbunden: „So mußte sich der welfische König das Recht an, seine Beamten eines nicht ihm geleisteten Eides zu entbinden — ein Recht, das in der römischen Kirche nur dem Papste, in der evangelischen keinem zusteht“.¹ Für jeden Beamten ergaben sich schwere Gewissenskonflikte: war der König berechtigt, ihn vom Eide auf die Verfassung zu lösen, galt der Verfassungseid nicht etwa trotzdem weiter, war es nicht ein Eidbruch, wenn er jetzt die beschworene Verfassung verleugnete? Für jeden einzelnen erhob sich die Frage: Was soll ich tun, was ist jetzt rechtens, was kann ich mit meinem Gewissen verantworten? Darf ich diesem Könige huldigen, der die Verfassung gebrochen hat? Wieweit bleibe ich durch meinen Eid gebunden? — Damit „ging die Angelegenheit aus der Politik, wohin ihr das Interesse der Nation schwerlich gefolgt wäre, über in die allgemein verständliche, die Sphäre der Sittlichkeit. Eid — Meineid, Treue — Treubruch, Ehrlichkeit — Verrat ... ja das waren keine politischen Spitzfindigkeiten mehr, keine unfruchtbaren Wortgefechte der Kammerredner: das waren moralische Kategorien, die man verstand, das waren sittliche Conflicte, deren erschütternde Bedeutung man erkannte“!²

Was war natürlicher, als daß man sich auch in Göttingen, auf der Georgia-Augusta, über diese Fragen beriet. Albrecht schreibt darüber in seiner Schrift:³ „Das Erscheinen des königlichen Patenten vom 1. November ... erweckte sofort in einigen Professoren den Gedanken zu einem Schritte der Art, wie ihn unsere nachherige Protestation enthält. Die Sache wurde vielfältig im engern und weitem Kreise besprochen, doch kam es zu keinem Entschluß und am wenigsten zu einer Vereinigung gerade derjenigen sieben Professoren, welche die Protestation unterschrieben haben.“ — „In der That“ — so sagt Ewald⁴ --- „waren wir alle Verständigen, so alle Professoren, sehr wenige ausgenommen, durch das neue Ereignis entweder mit schwer zu verhehlendem Unwillen oder doch mit tiefer Trauer und trüber Aussicht in die nächste Zukunft erfüllt.“

1. Treitschke, S. 657.

2. Robert Prutz, „Zehn Jahre“, Bd. I, S. 70.

3. Albrecht, S. 5.

4. Ewald, Worte an Klenze, S. 63.

Jedoch die Haltung der Göttinger Professoren war nicht einheitlich; Jacob Grimm gibt davon eine plastische Schilderung:⁵

„Unter den Professoren thaten sich bald verschiedenartige Gruppen hervor, die Charactere, wie mein Bruder treffend bemerkte, fiengen an sich zu entblättern gleich den Bäumen des Herbstes bei einem Nachtfrost; da sah man viele in nackten Reisern, des Laubes beraubt, womit sie sich in dem Umgang des gewöhnlichen Lebens verhüllten.“ „Der größten Zahl der Professoren mußte einleuchten, daß das königliche Machtgebot die wichtigste Angelegenheit des Landes betreffe und daß es nun auch der Universität gelte, sich ihm entweder muthlos zu ergeben, oder ein gegründetes Recht des Widerspruchs auszuüben. Wiederum aber zerfielen die, welche es für rathsam hielten unterwürfig zu schweigen, in zwei sehr verschiedene Parteien. Zur einen gehörten die Männer, welche, sonst vorlaut und stolz genug, vor aller Gewalt verstummen und jede Ungnade in den Augen des Herrschers als das unerträglichste Unglück betrachten; sie waren auf Kosten ihrer selbsteignen Denkungsart zur Nachgiebigkeit bereit, und schnell erfinderisch, Scheingründe für ihre Abtrünnigkeit nicht bloß hervorzusuchen, sondern sie auch anders Gesinnten auf alle Weise anzuempfehlen. Andere, allerdings achtungswerther, bedauerten zwar den Untergang der beschworenen Verfassung, hiengen aber über alles an der Aufrechterhaltung der Universität, deren Gefahr, wenn sie den Unwillen des Königs auf sich ziehen sollte, ihrem Herzen weit näher lag, als das Heil des ganzen Reiches, welcher daher die angelobte Pflicht unbedenklich aufgeopfert werden müsse. . . . Mit Freuden bekenne ich, daß, diese die höhere Pflicht und jene alles Selbstgefühl aufgebenden abgerechnet, unter der bedeutenderen Masse aller Übrigen in den ersten Wochen die Meinung der vor Zorn und Scham glühenden das Übergewicht hatte, welche ihren Eid zu wahren, nicht zu brechen gedachten. . . . An den Mitteln aber, welche man berathschlugte, thaten sich bald Trennungen hervor, und den Nachgiebigeren oder Zögernden war es innerlich willkommen, ohne der anfangs geäußerten Gesinnung zu entsagen, vorerst die Ablehnung festerer Maßregeln durch aufhaltende Bedingungen oder die Halbheit da-

5. Jacob Grimm über seine Entlassung, S. 21, 23 ff.

zwischen geworfner vielfacher Vorschläge zu erreichen. Während den Gewissen mit jener Anmuthung sich des Eides zu entschlagen, eine sofortige und laute Gegenerklärung geboten war, faßte bei vielen die leidige Ansicht Wurzel, der rechte Zeitpunkt sich zu erklären trete für die Universität erst dann ein, wenn sie die bevorstehende Aufforderung zur Wahl eines Deputierten in die vom König unberechtigt einberufene Ständeverammlung nach den Grundsätzen von 1819⁶ entschlossen bei Seite zu weisen habe. ... Unter dem Vorwand, bei Einberufung der Wählenden einen allgemeinen Protest der genannten Universität zu Stande zu bringen (woran gleich damals billig zu zweifeln war) gab man die starke Eintracht der besseren Mehrheit auf und stellte die Entschlossenen größerer Gefahr Preis.“

Mag diese Schilderung Jacob Grimms auch in manchen Punkten einseitig und das Urtheil über die in ihrer Haltung noch unklaren Professoren hart erscheinen, es ergibt sich deutlich, wie die Stimmung unter den Professoren war: Die Mehrzahl schwankte und wußte nicht, was zu tun war. Die meisten hatten mit sich zu ringen und Gewissenskämpfe zu bestehen, ehe sie sich über die Notwendigkeit des Handels oder Nichthandelns und über die Form einer Aktion gegen das Novemberpatent klar geworden waren. So sonderten sich von der Gesamtheit der Professoren zunächst die ab, die wenigstens eine Aktion unternehmen wollten, dann endlich die, die sofort einen Protest erheben wollten, und diese vereinigten sich, sieben an der Zahl, zu einer am 18. November unterschriebenen, an das königliche Curatorium gerichteten Protestation: es waren die fortan „Göttinger Sieben“ genannten.

Wie kam es nun zu dieser Protestation der „Göttinger Sieben“?

„Am Sonnabend den 11. November Nachmittags traf bei dem Hofrath Albrecht in Folge flüchtig genommener Abrede eine Gesellschaft von ich glaube 9 Professoren zusammen; man wollte sich besprechen“, so berichtet Dahlmann.⁷ Es läßt sich nicht mehr feststellen, wer diese neun gewesen sind: Von den späteren „Sieben“ waren jedenfalls Jacob Grimm, Albrecht,

6. Im Patent vom 1. XI. hatte der König die unverzügliche Zusammenberufung der Stände von 1819 angekündigt.

7. Verständigung, S. 31.

Ewald und Weber anwesend, da wir wissen, daß Dahlmann, Wilhelm Grimm und Gervinus nicht teilnahmen.⁸ Außerdem mögen, wenn man aus der späteren Haltung der Professoren schließen darf, Karl Otfrid Müller, der Konsistorialrat Lücke und Kraut noch dabei gewesen sein. — „Die Absicht war“ — wie Dahlmann erzählt⁹ — „den Versuch zu machen, ob man sich vielleicht über einige Hauptgrundsätze zum Zwecke einer Vorstellung, sei's unmittelbar an den König, sei's an das Curatorium, vereinigen möchte. Man kam nicht überein“.¹⁰ Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß der Grund der Ergebnislosigkeit dieser Besprechung darin zu suchen ist, daß eine Führerpersönlichkeit fehlte, die imstande war, den übereinstimmenden Willen der Beteiligten, der zweifellos vorhanden war, herauszuschälen und der trotz Verschiedenheiten im Grunde einheitlichen Meinung Ausdruck zu geben, daß also Dahlmann fehlte, der der führende Kopf unter den Sieben war, wie noch darzulegen ist.

Blieb diese Professorenbesprechung am 11. November auch ohne sichtbares Ergebnis, so hatte sie doch bewirkt, daß die Gleichgesinnten sich fanden und den Entschluß faßten, eine Protestation zu verfassen und abzusenden. Wilhelm Weber schreibt später (1889) darüber:¹¹ „Man sprach sich unter Freunden auf Spaziergängen aus; wir haben durchaus kein Geheimnis aus unseren Ansichten gemacht und jedenfalls sind unsere Absichten mehr oder weniger in weiteren Kreisen durchgedrungen, und Niemand kann sich beschweren, daß er von unseren Ansichten nichts gewußt hätte. Die Sache lag in der Luft damals; wer sich anschließen wollte, konnte es; aber man wußte, daß man belauert wurde, und ausdrücklich vermied man

8. Verständigung, S. 31 f.

9. Ebda, S. 32.

10. Wenn Hassel (S. 386) behauptet, „schon am 11. XI. nachmittags kamen sie (die Sieben) . . . zusammen . . . und man beschloß, eine Erklärung an das Univ. Curatorium aufzusetzen“, so ergibt sich die Unrichtigkeit dieser Behauptung schon aus dem bereits aus Dahlmanns Verständigung Zitierten, daß eben Drei von den Sieben nicht dabei waren, vor allem Dahlmann selbst fehlte, daß kein Ergebnis erreicht wurde, und aus dem weiter unten noch auszuführenden, daß die Siebenzahl sich erst am 18. zusammenfand.

11. Weber an Schuster, 19. I. 1889, in: Schuster (Z. H. V. Sachsen 1889), S. 198.

es, die Initiative zu weiteren Besprechungen zu ergreifen, welche als eine Werbung gedeutet werden konnten. Wir faßten die Folgen einer eventuellen Erklärung völlig ins Auge und durften die Verantwortung nicht auf uns nehmen, Andere zu veranlassen. Es war ein Protest des Gewissens, der sich im Innern eines Jeden vollzog.“ — Jeder mußte in sich selbst die Entscheidung fällen, jeder mußte sich erst klar werden, ob eine Protestation berechtigt war, an wen sie zu senden sei, welches die Folgen für ihn, die Universität, das Königreich und Deutschland sein konnten.

Allmählich fanden sich die Entschlossenen zusammen, vor allem Dahlmann, die Brüder Grimm, Albrecht, dann Weber, der sich mit Albrecht über die Fragen besprach.¹² Mitte der nächsten Woche — etwa am 15. oder 16. — wurde auch der junge Gervinus ins Vertrauen gezogen.¹³ Ritter dagegen, der erst kurze Zeit in Göttingen war, wurde beispielsweise nicht eingeweiht: „Es würde undelicat erschienen sein, denselben in diese Partekämpfe, denen er fremd gegenüber stand, hineinzuziehen; es war jedes Einzelnen Sache, Anschluß an seine eigenen Auffassungen zu suchen“, schreibt Weber darüber.¹⁴

„Im Hin- und Widerreden zwischen den am meisten in der Überzeugung verwandten Kollegen vergieng eine Woche; es kam noch immer darauf an, ob man unmittelbar an des Königs Majestät, ob an das Curatorium sich wenden sollte; es galt auch die kitzliche Frage, ob wohl Einzelne das Recht hätten, gegen den Umsturz der Landesverfassung förmlich zu protestieren, oder allein den Corporationen ein solches zustehe.“¹⁵ Da man sich immer noch nicht über die Form der Protestation einig geworden war, und obwohl auch die Zahl derer, die an einer Protestation teilnehmen würden, noch sehr unbestimmt war, faßte Dahlmann am Freitag, den 17. November abends den Entschluß, den Stein ins Rollen zu bringen, indem er den Ent-

12. „Ich selbst habe namentlich mit Albrecht conferirt, dessen Beurtheilung als Jurist ich mich anschloß.“ (Weber an Schuster, 19. I. 1889, in: Schuster (Z. H. V. Sachsen 1889), S. 198).

13. Vernehmungsprotokoll der Sieben vom 4. XII. 1837 (St. A.) (s. Anhang 4): Aussage Gervinus’.

14. Weber an Schuster, 19. I. 1889, in: Schuster (Z. H. V. Sachsen 1889), S. 198.

15. Dahlmann, Verständigung, S. 33.

wurf einer an das Curatorium gerichteten Vorstellung aufzeichnete.¹⁶

Am nächsten Morgen, am Sonnabend, den 18. November, sandte Dahlmann den Entwurf an Jacob Grimm mit folgenden Worten: „Noch immer darf ich das Zimmer nicht verlassen. Da habe ich nun aber gestern Abend ein Paar Seiten aufgesetzt, in der Art, wie ich dachte, daß vielleicht vorläufig sich eine Anzahl gleichgesinnter Collegen in der Patentsache durch Unterschrift vereinigen könnte, damit wir nicht, wenn nun plötzlich die Aufforderung zur Deputirtenwahl kommt, ganz unvorbereitet dastehen. Wollen Sie, liebster Freund, es mit Wilhelm wohl einmahl berathen; natürlich daß mir jede Änderung recht ist; ich habe es nur geradezu so hingeworfen, damit etwas dastehe, woraus man gleich jetzt oder später etwas Besseres machen kann. Ich denke, außer uns Dreien wäre auf Albrecht, Kraut, Weber, Ewald, Gervinus wohl ganz bestimmt zu rechnen, wenn Müller, wie ich nicht anders hoffe, beitritt, auch auf Lücke und Ribbentrop; die Vermuthung ist für Gauß. Wie ich die Sache ansehe, müßte dann, wenn sich ein Kern gebildet hätte, ein jedes Mitglied unseres Wahlcollegiums, jeder ordentliche Professor also, von einem der zuerst Beigetretenen einfach zur Mitunterschrift aufgefordert werden. Wenn die Aufforderung von dem rechten Mann geschähe, würde ich selbst an Heerens, an Hugos Unterschrift nicht ganz verzweifeln und noch weniger zweifle ich, daß eine solche Erklärung ein großes Gewicht im ganzen Lande und in ganz Deutschland haben würde“.¹⁷

Noch immer also war die Zahl der Unterzeichner unbestimmt, was nicht nur aus dieser Briefstelle, sondern auch aus dem Protokoll der Vernehmung der Sieben vor dem Universitätsgerichte am 4. Dezember hervorgeht; sowohl Dahlmann als auch Albrecht betonten entschieden, daß die Zahl der Unterzeichner am 18. noch unbestimmt gewesen sei.¹⁸

16. Der Entwurf ist mit der dann abgeschickten Protestation gleichlautend. (abgedruckt im Anhang 1.)

17. Dahlmann an Jacob Grimm, 18. XI. 1837, in: Ippel, Bd. I, S. 67 u. Springer I, S. 431. — Die Datierung Ippels (11. XI.) ist zweifellos ein Druckfehler, da am 11. XI. noch nirgends von einer schriftlich abgefaßten Adresse die Rede war.

18. Vernehmungsprotokoll der Sieben vom 4. XII. 1837 (St. A.) (s. Anhang 4).

Jetzt erst, am 18. November, wurde die Protestation mehreren Kollegen vorgelegt, nicht allen ordentlichen Professoren, wie Dahlmann es beabsichtigt hatte, da die Zeit drängte und es nicht möglich war, alle Professoren an einem Tage, noch dazu an einem Sonabend, zu erreichen. Aber auch nicht alle, die zur Unterschrift aufgefordert wurden, leisteten sie: sowohl der Konsistorialrat Lücke, als auch der Archaeologe Karl Otfried Müller waren aufgefordert, nahmen aber nicht teil¹⁹ aus Gründen, die später im Zusammenhang der Untersuchung über die Haltung, die die Göttinger Professorenschaft den Sieben gegenüber einnahm, zu erörtern sind.

So fanden sich sieben Göttinger Professoren zu dem Protest gegen den Verfassungsbruch des Königs Ernst August zusammen; warum gerade Sieben, wird eine unbeantwortete Frage bleiben müssen, da wir nicht mehr zu erkennen vermögen, welche Professoren aufgefordert sind und welche nicht, und wer von den Aufgeforderten abgelehnt hat. „Sieben Namen standen am Schluß der am 18. November entsandten Ausfertigung Es war also wenigstens eine Besiebnung, der das altdeutsche Recht entschiedne Kraft beimißt, vollführt“.²⁰ Wenn Jacob Grimm dies aussprach, so hat er sich nicht getäuscht: blieben die Sieben auch äußerlich im Unrecht, so waren sie doch die moralischen Sieger: fortan sah man diese Sieben als Deutsche Männer an, denen Moral, Gewissen und Eid über materiellen Vorteil geht.

Die Namen der sieben Unterzeichner sind:²¹

1. Hofrath Dahlmann, ord. Prof. in der philosophischen Fakultät, Lehrer der Geschichte und Staatswissenschaften, seit 1829 in Göttingen, vorher in Kiel.
2. Hofrath Albrecht, ord. Prof. in der juristischen Fakultät, Lehrer des deutschen Privat- und Staatsrechtes, seit 1829 in Göttingen, vorher in Königsberg.
3. Hofrath Jacob Grimm, ord. Prof. in der philosophischen Fakultät und 2. Bibliothekar, Lehrer der deutschen Sprache, Poesie und Rechtsaltertümer, sowie der Biblio-

19. Lücke an Jacob Grimm, 16. V. 1838, in: Briefwechsel Lücke, S. 12. — Jacob Grimm an Lücke, 22. V. 1838, ebda, S. 20.

20. Jacob Grimm über seine Entlassung, S. 27.

21. Daten nach der „Übersicht, die sieben Professoren Dahlmann pp. betreffend“. (C. A.)

theksangelegenheiten, seit 1829 in Göttingen, vorher in Cassel als Bibliothekar.

4. Professor Wilhelm Grimm, ord. Prof. in der philosophischen Fakultät und Unterbibliothekar, Lehrer der deutschen Rechtsaltertümer, seit 1829 in Göttingen, vorher in Cassel als Bibliotheksvolontär.
5. Professor Gervinus, ord. Prof. in der philosophischen Fakultät, Lehrer der Geschichte, seit 1835 in Göttingen, vorher in Heidelberg.
6. Professor Ewald, ord. Prof. in der philosophischen Fakultät, Lehrer der orientalischen Sprachkunde, seit 1827 in Göttingen angestellt, vorher in Göttingen Repetent in der theologischen Fakultät.
7. Professor Weber, ord. Prof. in der philosophischen Fakultät, Lehrer der Physik, seit 1831 in Göttingen, vorher zu Halle. —

Die Gründe, die die Sieben zur Protestation veranlaßten, waren verschieden. Bleibt der Grundzug der Protestation auch eine Protestation des Gewissens, so ist es doch unverkennbar, daß die einzelnen der sieben Unterzeichner sich aus verschiedenen Motiven zur Unterzeichnung der Protestation bewogen fühlten.

Für Dahlmann waren neben den sittlichen Motiven wesentlich politische Gründe bestimmend: Hermann Christern weist mit Recht darauf hin,²² „daß die sittlichen Motive zur Protestation von starken politischen Antrieben und Vorstellungen, die ihn in die gleiche Richtung drängten, begleitet waren.“ „Für Dahlmann waren die rechtlichen und sittlichen Gründe noch so eng verknüpft, daß sie sich nicht streng scheiden lassen.“ „Hätte Dahlmann eine eigene Erklärung niedergeschrieben“ — die Protestation war ja gewissermaßen ein Kompromiß, aus vorherigen Besprechungen hervorgegangen — „so würde die politische Seite wohl stärker hervorgetreten sein.“ „Sein Protest war ebensowenig eine rein formell-rechtliche, wie eine bloß sittliche Verwahrung, sondern eine politische Tat.“ — Es ist klar, daß für Dahlmann als Lehrer der Geschichte und der Staatswissenschaften, als Verfasser der „Politik“ neben den sittlichen Motiven wesentlich politische Gründe zur Protestation

22. Christern, S. 375 ff.

bestimmend waren. Es wird weiter unten darzulegen sein, daß auch Dahlmanns Schrift „Zur Verständigung“ — obwohl in ihr sehr stark der sittliche Charakter der Protestation betont wird — eine Schrift wesentlich politischer Natur ist.

Für Albrecht als Juristen und Staatsrechtler waren — wie bei allen natürlichen neben den sittlichen Motiven — rechtliche, vor allem staatsrechtliche Gründe entscheidend, wie denn auch er in seiner — ebenfalls weiter unten erst zu würdigenden — Schrift „Die Protestation und Entlassung der sieben Göttinger Professoren“ vor allem die Rechtslage klarlegt und versucht, die Tat der Sieben vom juristischen Standpunkt aus zu verteidigen.

Ganz anders Jacob Grimm: für ihn waren nur die sittlichen Gründe bestimmend, wie aus seinem Wesen erklärlich ist, und wie es auch aus seiner Schrift „Über seine Entlassung“ hervorgeht.²³ Was für Jacob Grimm gilt, gilt entsprechend auch für Wilhelm, und ähnlich verhält es sich mit Wilhelm Weber: dieser, eine stille, eigentlich weltfremde Gelehrtennatur²⁴ fühlte sich in seinem Gewissen bedroht, deshalb unterzeichnete er die Protestation: andere Gründe können bei der durchaus unpolitischen Natur Webers nicht mitgespielt haben. Er auch ist sich über die politischen und rechtlichen Folgen der Protestation nicht klar gewesen und hätte vielleicht die Protestation gerne wieder rückgängig gemacht, wenn es möglich gewesen wäre.²⁵

Gervinus und Ewald waren Krittler, die jede Gelegenheit zur Opposition gerne benutzten: waren auch für sie die Gewissensbedenken maßgebend, so nahmen sie doch auch gerne die Möglichkeit wahr — vor allem Gervinus — in Opposition zu dem absolutistisch gesinnten König zu treten. —

Wurden die Sieben auch durch verschiedene Gründe zur Unterzeichnung der Protestation bewogen, so war ihre Tat doch

23. Vor allem S. 8, (27), 28.

24. vergleiche den Brief Webers an Gauß vom 16. III. 38 (Nachlaß Gauß) (Bd. 117, Nr. 6), in dem es heißt: „Übrigens versichere ich Sie, daß ich mich durch nichts aus dem Gebiete der Wissenschaft etwa in das der politischen Wirksamkeit treiben lassen werde. Abgesehen von allem anderen fühle ich in letzterer meine gänzliche Unfähigkeit und habe sie immer gefühlt. Auch glaube ich diese politische Wirksamkeit, die mich durch fremdartige Beschäftigung dem Gebiete der Wissenschaften entziehen könnte, bisher mir fern gehalten zu haben; denn was ich gethan habe, hat meine Geisteskräfte nur sehr kurze Zeit in Anspruch genommen.“

25. s. Bergmann an das Curatorium, 10. XII. 37 (C. A.).

eine einheitliche, und man sah auch die sieben Professoren als eine Einheit an: schon bald redete man in ganz Deutschland nur noch von den „Göttinger Sieben“. Die Wirkung der Tat der „Göttinger Sieben“ war ungeheuer — wie noch weiter auszuführen sein wird —: „Sie gab Millionen von Menschen das Bewußtsein der schweren Ungerechtigkeit, die an dem Staate verübt ward; sie rettete den Glauben an Überzeugungstreue und Opferfähigkeit“.²⁶

2. Die Protestation, Interpretation und Würdigung.

Am 17. November abends hatte Dahlmann die Protestation verfaßt, am 18. November wurde sie von den sechs Kollegen mitunterzeichnet, und am Abend desselben Tages an das Universitäts-Curatorium in Hannover abgesandt.¹

Die Frage, ob die Protestation an das Curatorium, oder nicht besser an das Cabinet des Königs oder gar an den König selbst zu richten sei, hatte — wie schon erwähnt (S. 28) — Meinungsverschiedenheiten unter den Göttinger Professoren erregt, ja, Karl Otfried Müller hatte im Grunde nur deshalb seine Unterschrift verweigert, weil er die „Erklärung für nicht geeignet hielt, an das Curatorium gebracht zu werden, welches die Sache nichts angeht“:² „Ich hätte kein Bedenken getragen, diese Protestation zu unterzeichnen, wenn sie nicht an das Universitäts-Curatorium, welches nach meiner Meinung diese Angelegenheiten nicht berühren, sondern an das königliche Cabinet selbst gerichtet, und in einigen Stellen weniger schneidend und absprechend abgefaßt wäre“, so schreibt Müller an den Grafen Münster.³ — Diese Ansicht wird in der wissenschaftlichen Literatur heute noch von Erich Rosendahl geteilt,⁴ obwohl nichts natürlicher war, als daß die „Göttinger Sieben“ den regulären und für Eingaben vorgeschriebenen Instanzenweg über die ihnen unmittelbar vorgesetzte Behörde, das Curatorium und das

26. Oppermann, Gesch. S. 136.

1. Dahlmann, Verständigung S. 33. — Der Wortlaut der Protestation ist abgedruckt im Anhang 1 nach der im St. A. zu Hannover liegenden Original-Urkunde.

2. K. O. Müller an Aug. Boeckh, 19. XII. 37, in: Briefwechsel Boeckh, S. 401.

3. 20. II. 1838, in: Thimme (Z. H. V. Sachsen 1899), S. 280.

4. Rosendahl, S. 786.

Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten,⁵ die in der Hand des Ministers von Stralenheim vereinigt waren, nahmen.

Die Protestation nannte sich eine „Unterthänigste Vorstellung einiger Mitglieder der Landes-Universität, das königliche Patent vom 1. November d. J. betreffend“ und ging demgemäß — als Protestation gegen das Novemberpatent gerichtet — von eben diesem Patente aus, dessen Rechtsgültigkeit bestritten wurde, da es an der notwendigen Überzeugungskraft dieses Patentbeschlusses fehle: Wenn vom Könige behauptet werde, das Staatsgrundgesetz von 1833 sei rechtswidrig und ungültig, weil nachträglich noch einige Punkte einseitig vom Könige geändert seien — die übrigens nach der Verkündung des Staatsgrundgesetzes von der Ständeversammlung genehmigt wurden — so würde dieser Vorwurf nur die beanstandeten Punkte, nicht aber das gesamte Staatsgrundgesetz betreffen; der Grundsatz, der im Patent aufgestellt sei, daß durch das Staatsgrundgesetz die Rechte der Agnaten verletzt seien, bedeute eine Gefährdung der königlichen Rechte, wenn jede Änderung der Staatsverfassung der agnatischen Einwilligung unterliege. Was schließlich der König mit der Verletzung wesentlicher königlicher Rechte meine, gehe aus dem Patent in keiner Weise hervor, dagegen sei daran zu erinnern, daß das königliche Publikationspatent vom 26. Sept. 1833 „sich gerade die Sicherstellung der landesherrlichen Rechte ausdrücklich zum Ziele nimmt“, daß die Deutsche Bundesversammlung „keine Rüge der Art jemahls ausgesprochen hat, daß vielmehr das Staatsgrundgesetz dieses Königreichs in ganz Deutschland das Lob weiser Mäßigung und Umsicht gefunden hat.“ So blieben sie, die Unterzeichner, der Überzeugung, daß das Staatsgrundgesetz „seiner Errichtung und seinem Inhalte nach“ gültig sei, und könnten es „nicht stillschweigend geschehen lassen, daß dasselbe ohne weitere Untersuchung und Vertheidigung von Seiten der Berechtigten allein auf dem Wege der Macht zu Grunde gehe.“

Dieser Protest gegen das Novemberpatent war zweifellos berechtigt, da das Staatsgrundgesetz rechtsgültig errichtet war und in anerkannter Wirksamkeit bestanden hatte: es war nicht mehr als recht und billig, daß die Fadenscheinigkeit der Gründe,

5. Im folgenden kurz „Kulturministerium“ genannt.

mit denen Ernst August die Gültigkeit des Staatsgrundgesetzes bestritten, aufgedeckt wurde. —

Nach diesem eigentlichen Protest gegen das Novemberpatent heißt es weiter in der Protestation, damit vom Protest zum Angriff übergehend, die Sieben hielten sich infolge der genannten Gründe auch weiterhin an ihren auf das Staatsgrundgesetz geleisteten Eid verpflichtet: sie bestreiten mithin dem Könige das Recht, die Beamten von dem geleisteten Eide zu entbinden, weil trotz des königlichen Patentes das Staatsgrundgesetz weiterhin zu Recht bestehe. Eine Entscheidung darüber, ob die Sieben im Recht waren, wenn sie sich auch fernerhin an ihren auf das Staatsgrundgesetz geleisteten Eid gebunden hielten, ist nicht möglich, da dies keine formal-rechtliche Frage ist, sondern eine Frage des Gewissens bedeutet und in Gewissensfragen jeder Mensch die Entscheidung nur für sich selbst fällen kann, ohne Anspruch auf Allgemeingültigkeit seiner Entscheidung erheben zu können. Jedoch wird jeder rechtlich Denkende zum mindesten diesen Standpunkt der Sieben achten und anerkennen, sofern er ihre Entscheidung nicht voll und ganz billigen kann, sondern der Ansicht bleibt, daß ein König die Untertanen von einem ihm nicht geleisteten Eid entbinden darf. —

Die folgenden Erklärungen der Sieben erscheinen nur als Folge dieses Festhaltens am geleisteten Eide, wenn sie bemerken, sie dürften „weder an der Wahl eines Deputierten zu einer auf anderen Grundlagen als denen des Staatsgrundgesetzes berufenen allgemeinen Ständeversammlung Theil nehmen, noch die Wahl annehmen, noch endlich eine Ständeversammlung, die im Widerspruche mit den Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes zusammentritt, als rechtmäßig bestehend anerkennen.“ — Diese drei Erklärungen sind jedoch von grundsätzlich verschiedener Bedeutung: Eine Nichttheilnahme an der Deputiertenwahl blieb rechtlich ohne Wirkung, da das Wahlrecht keine Pflicht bedeutet: hier lag also noch keine Erhebung gegen den König vor, wie auch nicht bei einer Nichtannahme einer eventuell erfolgten Wahl eines der Sieben zum Deputierten, da keiner, der zum Deputierten gewählt war, verpflichtet war, diese Wahl anzunehmen: Nichtbetheiligung an einer Wahl und Nichtannahme einer auf die eigene Person gefallenen Wahl sind gültige Rechte des so-ge-

nannten „passiven Widerstandes“: Es „beschränken sich“ — so führt Dahlmann selbst in der „Politik“ im 8. Kapitel („Vom Rechte des Widerstandes“) aus⁶ — „die Wege des erlaubten Widerstandes, welche die Verfassung eröffnen kann, aber auch eröffnen soll, allein auf gewisse Weigerungen, ein Verneinen des Gehorsams in gewissen Fällen, ein Nicht-Thun ohne alle aggressive Zuthat“.⁷ — Die dritte obengenannte Erklärung der Sieben, sie würden keine „Ständeversammlung, die im Widerspruche mit den Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes zusammentritt, als rechtmäßig bestehend anerkennen“, ist im Gegensatz zu den beiden erstgenannten Erklärungen von entscheidender Bedeutung, ja diese Erklärung bildet den Kern der Protestation und sie recht eigentlich hat den Zorn des Königs hervorgerufen. Während es in das Belieben eines jeden einzelnen gestellt blieb, an einer Wahl teilzunehmen oder eine auf seine Person erfolgte Wahl anzunehmen oder abzulehnen, während also diese beiden Erklärungen der Sieben noch nicht unbedingt als offener und aktiver Widerstand gegen den König aufzufassen waren, bedeutet die dritte Erklärung offene Widersetzlichkeit den Gesetzen des Königs gegenüber, im Falle der König seinen Staatsstreich durchsetzte, also das Land zwang, eine Ständeversammlung, die nicht nach den Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes zusammentrat, anzuerkennen. Stellte sich dagegen das hannoversche Volk hinter die Erklärung der Sieben und weigerte sich, eine andere Ständeversammlung zu wählen oder anzuerkennen, so waren die Sieben im Recht und der König geriet ins Unrecht. Wurde der König zum Revolutionär, als er das Novemberpatent erließ, so wurden die Sieben zu Revolutionären, sobald der König seinem Patent zur tatsächlichen Anerkennung verholten hatte: es handelt sich hier also nicht mehr

6. Dahlmann, Politik, 1. Aufl.: S. 176, 2. Aufl.: S. 198 f.

7. Bezeichnend und aufschlußreich für Dahlmanns Stellung zum Verfassungsbruch in Hannover ist die im Jahre 1847 an dieser Stelle erfolgte Einführung: „Es ist das Recht der Unterthanen, nach welchem auch die Gerichtshöfe sich zu halten angewiesen sind, die Regierung eines Fürsten, welcher die Bestätigung der Landesverfassung verweigert, als noch nicht angetreten zu betrachten.“ (Politik, 2. Aufl. (1847), S. 199): Dahlmann stand also auch noch 1847 auf dem Standpunkt, daß Ernst August seine Regierung überhaupt nicht angetreten habe, weil er die Bestätigung des Staatsgrundgesetzes verweigert hat, die nach § 13 des Staatsgrundgesetzes erforderlich war, um den Thronfolger regierungsfähig zu machen.

um eine Rechts-, sondern nur noch um eine Machtfrage: der Sieger hatte Recht, wie in jeder Revolution. So erschienen die „Göttinger Sieben“ nach der „gesetzbildenden Kraft des Tatsächlichen“ als Aufständische gegen die Staatsgewalt, da de facto am 18. November der Staatsstreich des Königs als schon geglückt gelten mußte. Es liegt in dieser Erklärung der Sieben der tragische und unlösbare Konflikt, der mit der Unterzeichnung der Protestation zwischen den „Göttinger Sieben“ und Ernst August ausbrechen mußte: Es konnte und durfte keiner nachgeben. Der König hatte zwei Möglichkeiten: entweder er gab dem Protest nach, d. h. er bezeichnete sich selbst als Revolutionär, er mußte also auf seinen Thron verzichten, — oder er mußte mit aller Schärfe gegen die Sieben vorgehen, d. h. sie zum mindesten entlassen. Die sieben Professoren hatten nach der Unterzeichnung der Protestation nur noch eine Möglichkeit: bis zum letzten für ihre Ansicht und für ihr Recht, für die Verfassung zu kämpfen, und sie mußten daher alle Folgen der Protestation auf sich nehmen, wollten sie nicht als haltlose Schwächlinge erscheinen: eine Zurücknahme der Protestation oder irgend ein Nachgeben dem Könige gegenüber war für sie als rechtlich denkende und konsequent handelnde Männer unmöglich und mit der soeben abgegebenen Erklärung, am geleisteten Eide sich gebunden zu halten, gänzlich unvereinbar. —

Im Schlußabschnitt der Protestation versuchen die Sieben noch einmal, kurz ihren Schritt zu rechtfertigen und zu begründen, warum sie als einzelne auftreten: die Überzeugung ihrer Kollegen dürfte zwar dieselbe sein wie die ihre — eine übrigens etwas anmaßende Behauptung, da durchaus nicht alle Professoren der gleichen Überzeugung waren —, sie persönlich jedoch wünschten sich „so früh als möglich vor den Conflicten sicher zu stellen, welche jede nächste Stunde bringen kann.“ Man hat darüber gegrübelt, welche Konflikte von den Sieben gemeint seien; der Rostocker Jurist Georg Beseler meint in seiner Schrift „Zur Beurteilung der sieben Göttinger Professoren“ (1838),⁸ diese Erklärung der Sieben, daß sie sich so früh als möglich vor den Konflikten sicherzustellen wünschten, die jede nächste Stunde bringen könne, bezöge sich

8. Beseler, S. 93.

darauf, daß die Professoren stündlich die Reverse für den dem neuen Regenten zu leistenden Huldigungseid erwarteten. Auch Friedrich Thimme noch schließt sich dieser Ansicht Beselers an⁹ und behauptet, schon das Datum der Protestation (18. XI.) müsse auf die Deutung führen, „daß die Protestation eine Verwahrung gegen die Ableistung des Huldigungseides in sich schließen solle“, da die Protestation „als die unmittelbare Antwort auf die königliche Cabinetsverordnung vom 14. Nov. betr. die Ausfüllung und Einsendung der Huldigungsreverse erscheint.“ Gleichfalls führt Hassel in seiner „Geschichte des Königreichs Hannover“ (1898) die Entstehung der Protestation auf diese Cabinetsverordnung vom 14. November zurück.¹⁰ Diese Ansicht Beselers, die dann von Hassel und Thimme aufgenommen ist,¹¹ ist jedoch aus folgenden Gründen irrig:

1. Die „königliche Cabinets-Verordnung, den Huldigungs- und Dienst-Eid betreffend, sowie die „königliche Cabinets-Verordnung, die Einsendung der Huldigungs-Reverse betreffend“ waren zwar vom 14. November datiert, wurden aber erst am 22. November ausgegeben,¹² so daß die Protestation, die doch schon am 18. November abgeschickt wurde, unmöglich durch eine am 22. November publizierte Verordnung hervorgerufen sein kann.

2. Schon am 11. November hatte eine Professorenbesprechung (s. S. 26 f.) stattgefunden, die die Protestation vorbereitete. Bei dieser Besprechung handelte es sich nur um das Novemberpatent und um die Deputiertenwahlen, nicht aber um die Frage des Huldigungseides.

3. Die Frage des Huldigungseides wurde für die Mitglieder der Georgia-Augusta erst im Dezember akut, da die für

9. Thimme, (Z. H. V. Sachsen 1899), S. 273 f.

10. Hassel, S. 385.

11. Noch irriger behauptet Georg Weber in dem Aufsatz über die Göttinger Sieben und das geflügelte Wort vom beschränkten Untertanenverstand (Deutsche Revue 1888, Bd. 4, S. 316), die Sieben weigerten die Leistung des neuen Dienst- und Huldigungseides.

12. Gesetz-Sammlung für das Königr. Hannover, Jg. 1837, I. Abt., Nr. 32: Königliche Cabinets-Verordnung, den Huldigungs- und Dienst-Eid betr., Hannover, den 14. XI. 1837.“ — Königliche Cabinets-Verordnung, die Einsendung der Huldigungs-Reverse betr., Hannover, den 14. XI. 1837.: „Ausgegeben zu Hannover, den 22sten November 1837.“ — Hannoversche Zeitung 1837, 22. XI., S. 2598 f.

die Universität bestimmten Exemplare der Huldigungs-Reverse durch ein Versehen erst am 13. Dezember dort eintrafen, was dem Curatorium bekannt war.¹³ Wenn Thimme also meint, es müsse zu Gunsten der hannoverschen Regierung hervorgehoben werden, „daß sie nach Lage der Umstände kaum anders annehmen konnte, als daß die Protestation eine Verwahrung gegen die Ableistung des Huldigungseides in sich schließen solle“,¹⁴ so ist diese Ansicht irrig, da die Regierung 1. die Verordnung vom 14. November noch nicht publiziert hatte, also noch gar keine Entgegnung darauf erwarten konnte, und 2. dem Curatorium und damit der Regierung bekannt war, daß die Exemplare des Huldigungseides noch nicht beim Prorektor¹⁵ eingetroffen waren.

4. Endlich ist in der Protestation vom Huldigungseide gar nicht die Rede — vom Schlußsatz abgesehen, auf den ich gleich zu sprechen komme — sondern nur von den Deputiertenwahlen und der Ständeversammlung, so daß es auf der Hand liegt, daß mit den Konflikten, vor denen die Sieben sich sicherzustellen wünschten, nur diese Deputiertenwahlen gemeint sein können. — Es sei auch noch darauf hingewiesen, daß es sowohl aus Dahlmanns wie auch aus Albrechts Schrift klar hervorgeht, daß die Protestation auf die Frage des Huldigungseides keinen Bezug nehmen wollte. Dahlmann wollte — durch seine Entlassung kam er nicht mehr dazu — den Huldigungseid unterzeichnen, und nur eine Erklärung, einen Vorbehalt hinzufügen, daß seine eidliche Verpflichtung auf das Staatsgrundgesetz verbiete, ein Mehreres in dem Reverse abzuleisten, als der § 13 des Staatsgrundgesetzes zulasse.¹⁶ Albrecht sagt mit Recht: „Von Verweigerung des Huldigungseides ist in der Protestation überall nicht, weder ausdrücklich noch implicite, die Rede“.¹⁷ In dem Schreiben schließlich, mit dem Dahlmann am 18. Nov. die Übersendung des Entwurfs der Protestation an Jacob Grimm begleitet (s. S. 29 f.), spricht Dahlmann davon, „daß vielleicht vorläufig sich eine Anzahl gleichgesinnter Collegen in der

13. Bergmann an das Curatorium, 13. XII. 37 (C. A.).

14. Thimme, a. a. O.

15. In Göttingen gab es nur einen Prorektor, der Rektor war der Landesherr selbst.

16. Dahlmann, Verständigung, S. 78.

17. Albrecht, S. 11.

Patentsache durch Unterschrift vereinigen könnte, damit wir nicht, wenn nun plötzlich die Aufforderung zur Deputirtenwahl kommt, ganz unvorbereitet dastehen“.¹⁸ Vom Huldigungseid ist auch hier nirgends die Rede. —

So ergibt sich mit vollster Klarheit, daß die Erklärung der Sieben, sie wünschten sich vor den Konflikten, die jede Stunde bringen könne, sicherzustellen, sich nur auf die Teilnahme an den Deputirtenwahlen und auf die Anerkennung der neuen — noch zu wählenden — Ständeversammlung beziehen kann, daß auch Curatorium und Regierung nichts anderes aus der Protestation herauslesen konnten. —

In der Protestation fahren die Sieben fort, gewissermaßen um die Wirksamkeit ihres Schrittes zu erhöhen, und um ihre Gewissenhaftigkeit im Berufe und ihre Loyalität der Regierung gegenüber zu betonen: sie, die Unterzeichner, hätten die Jugend stets vor politischen Extremen gewarnt und sie in der Anhänglichkeit an die Landesregierung befestigt: „Allein das ganze Gelingen ihrer Wirksamkeit beruht nicht sicherer auf dem wissenschaftlichen Werthe ihrer Lehren, als auf ihrer persönlichen Unbescholtenheit. Sobald sie vor der studirenden Jugend als Männer erscheinen, die mit ihren Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben, eben so bald ist der Segen ihrer Wirksamkeit dahin.“ — Um also ihre Unbescholtenheit wahren zu können, um als Männer zu erscheinen, die sich am einmal geleisteten Eide gebunden fühlen, um auch weiterhin der Jugend als charakterliches Vorbild dienen zu können, darum ist die Protestation erforderlich. — Der in seiner Bedeutung wieder umstrittene Schlußsatz endlich lautet: „Und was würde Sr. Majestät dem Könige der Eid unserer Treue und Huldigung bedeuten, wenn er von Solchen ausgienge, die eben erst ihre eidliche Versicherung freventlich verletzt haben?“ — Wiederum hat man versucht, in diesen Satz eine Bedeutung hineinzulegen, die niemals in ihm gefunden werden kann. Nur ein flüchtiger Leser, wie der Verfasser der im Jahre 1838 erschienenen Schrift „Beleuchtung der erschienenen Schrift: Die Protestation und Entlassung der sieben Göttinger Professoren“ kann aus dem Satze „eine sehr bestimmt ausgesprochene Verweigerung des Huldigungseides“¹⁹ herauslesen. Friedrich Thimme wiederum

18. Ippel I, S. 67.

19. a. a. O., S. 10.

nimmt diese Deutung auf und behauptet, der Schlußsatz, „der ganz offenbar durch die königliche Cabinetsverordnung vom 14. November 1837 veranlaßt ist, läßt in seiner Allgemeinheit die verschiedensten Deutungen zu“.²⁰ Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Protestation nicht eine Antwort auf die Verordnung vom 14. November sein kann, da diese erst am 22. November publiziert ist, daß ferner auch nicht, wie Thimme auslegen möchte, die hannoversche Regierung eine Verweigerung des Huldigungseides aus der Protestation herauslesen mußte, da 1. die Frage des Eides der Huldigung auf den König im Lande noch gar nicht angeschnitten war, 2. aber in der Protestation selbst nur in diesem Schlußsatze von dem Huldigungseid die Rede ist. Schließlich erscheint auch die Behauptung Timmes irrig, der Schlußsatz ließe in seiner Allgemeinheit die verschiedensten Deutungen zu — womit Thimme wiederum auf Verweigerung des Huldigungseides hinzielen möchte. Liest man die Protestation und den Schlußsatz aufmerksam durch und reißt diesen nicht aus dem Zusammenhang der Protestation heraus, so erkennt man sofort, daß mit keiner Silbe von Verweigerung des Huldigungseides die Rede ist: Die Sieben haben bislang von den Deputiertenwahlen und der Ständeversammlung gesprochen und erklärt, sie müßten sich auch fernerhin durch ihren einmal geleisteten Eid auf das Staatsgrundgesetz gebunden halten; sie sprechen von ihrer Loyalität der Landesregierung gegenüber und weisen darauf hin, daß sie als Lehrer der Jugend dieser ein Beispiel persönlicher Unbescholtenheit geben müßten, daher kein leichtfertiges Spiel mit ihren Eiden treiben dürften. Jetzt schließen sie: „Und was würde Sr. Majestät dem Könige der Eid unserer Treue und Huldigung bedeuten, wenn er von Solchen ausginge, die eben erst ihre eidliche Versicherung freventlich verletzt haben?“ — Positiv ausgedrückt und als Antwort auf diese Frage formuliert, würde der Satz heißen: Der Huldigungseid ist für den König wertlos, wenn er von Männern ausgeht, die eben erst ihren Eid (auf das Staatsgrundgesetz) verletzt haben. Da nun aber die Sieben ihren Eid auf das Staatsgrundgesetz nicht verletzt haben und nicht verletzen wollen, kann ihr Huldigungseid auch für den

20. Thimme, S. 274.

König von Wert sein, während umgekehrt der Huldigungseid aller der Leute, die den Verfassungsbruch des Königs anerkennen, wertlos ist, da er von Solchen ausgeht, die „mit ihren Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben.“ Was also würde dem Könige der Huldigungseid bedeuten, wenn er von Eidbrüchigen ausgeht? Nichts! Es liegt also im Schlußsatz, daß die Sieben gerade den Huldigungseid leisten wollen und können, weil sie eben nicht eidbrüchig in Beziehung auf das Staatsgrundgesetz sind und werden wollen: Um den Huldigungseid leisten zu können, müssen sie auch ihren früher geleisteten Dienst-Eid (auf das Staatsgrundgesetz) aufrechterhalten, deshalb gegen das Novemberpatent protestieren: Protestieren sie nicht, brechen sie ihren Diensteid, und dann kann auch der Huldigungseid für den König nichts mehr bedeuten. — Es ist zwar zuzugeben, daß man bei flüchtigem Lesen aus dem Schlußsatz herausdeuten kann, die Sieben wollten den Huldigungseid verweigern; sieht man jedoch genauer zu, so weist gerade der Schlußsatz darauf hin, daß die Sieben den Huldigungseid leisten wollen. —

Am Schluß der Protestation folgen die sieben Unterschriften: F. C. Dahlmann. E. Albrecht. Jacob Grimm. Wilhelm Grimm. G. Gervinus. H. Ewald. Wilhelm Weber. —

Betrachtet man die Protestation als Ganzes, so spürt man den „Ausdruck eines tiefen sittlichen Leidens“²¹ der in der Protestation liegt. „Sie ist“ — wie Dahlmann treffend bemerkt²² — „von Grund aus eine Protestation des Gewissens, eine Wahrung der Rechte des Gewissens, welches sich keine pflichtwidrige Handlung aufdrängen lassen will; nur durch ihren Gegenstand ist sie zugleich politische Protestation, ohne es indeß in dem vollen Umfange seyn zu wollen, daß sie den Vorbehalt des Rechts auf die verletzte Staatsverfassung, was auch zur Zeit dagegen geschehe, vollständig durchzuführen unternähme.“ Eben deswegen, weil es eine Protestation des Gewissens war, war es möglich, daß an sich unpolitische Männer, wie vor allem Wilhelm Weber, aber auch Jacob und Wilhelm Grimm, an einer derartigen politischen Aktion sich beteiligten. Eben deswegen aber auch nur ist die große Wirkung der Protestation der Sieben zu erklären: sie rührte an Fragen, die jeden Menschen bewegten und angingen.

21. Dahlmann, Verständigung, S. 74.

22. Ebda, S. 37.

Gerade dadurch aber, daß sieben Männer der Wissenschaft es wagten, die Ungerechtigkeit, den Verfassungsbruch ihres Königs aufzudecken und sich dagegen zu erheben, entstand ein tragischer und unlösbarer Konflikt zwischen den Sieben und dem Könige. Dieser Konflikt entsprang einmal „aus der doppelseitigen Stellung, welche den deutschen Universitäten überhaupt eigen ist“, wie Ritschl bemerkt,²³ dann aber auch aus der Gegensätzlichkeit zweier Weltanschauungen, zweier Generationen, die hier sichtbar zusammenstießen.

Ritschl führt folgendes aus:²³ „Der damals eingetretene Conflict ist aus der doppelseitigen Stellung entsprungen, welche den deutschen Universitäten überhaupt eigen ist. Dieselben sind einmal vom Staate unterhaltene und geleitete Anstalten für den wissenschaftlichen höhern Unterricht; andererseits bilden ihre Lehrer Corporationen, welche nicht nur in der Wahl ihrer Vorsteher selbständig sind, sondern auch, freilich in verschiedenem Maße, an der verfassungsmäßigen Vertretung des Volkes theilhaftig zu sein pflegen, also auch zur Beurtheilung dessen berufen sind, was den rechtmäßigen Bestand der Verfassung betrifft. In Hinsicht ihres Lehramtes sind die Professoren Staatsbeamte; hingegen ihre corporative Stellung verleiht ihnen in gewissem Umfang eine Selbständigkeit, welche keiner anderen Gruppe von Beamten zukommt. ... Es kommt jedoch zum Conflict, wenn allein aus der Qualität der Professoren als Staatsbeamten deren Pflichten gegen die Staatsgewalt abgeleitet werden, und die Rechte unbeachtet bleiben, welche ihnen als Mitgliedern der Corporation zukommen. Dieses ist nun vor 50 Jahren (Die Rede wurde 1887 gehalten) der Fall gewesen, als der König Ernst August das von seinem Bruder und Vorgänger Wilhelm IV. erlassene Staatsgrundgesetz des Königreichs Hannover außer Geltung setzte und die königlichen Diener ihres Eides auf diese Verfassung entband. Gegen diese letztere Verfügung richtete sich hauptsächlich der Protest der sieben Professoren. Indem sie aber demgemäß folgern, sie könnten an der Wahl eines Deputirten der Universität zu einer Ständeversammlung nicht theilnehmen, welche nicht nach den Vorschriften des Staatsgrundgesetzes berufen wurde, betonen sie das der Universität zustehende Corporationsrecht, dessen

23. Ritschl, S. 48 ff. — vgl. Scheidler, s. unten.

Geltung überhaupt sie durch die Zerreißung des Zusammenhanges mit der bestehenden Verfassung bedroht finden. Natürlich war mit diesem Protest der Entschluß der Sieben verbunden, alles zu leiden, was von der herrschenden Gewalt zu erwarten war, welche nur mit ungehorsamen königlichen Dienern zu thun haben meinte. Jedoch die Charakterart und die Vergangenheit der Mehrheit dieser Professoren, welche wegen ihres Protestes abgesetzt wurden, schließen den Verdacht aus, als sei die Sucht nach politischer Opposition oder ein revolutionäres Gelüste der Beweggrund ihres Handelns gewesen ... Die Moral und die Politik dieser Männer war die, für das Corporationsrecht der Universität einzutreten, ohne dessen Erhaltung der wissenschaftliche Zweck derselben Schaden leiden würde. Das war ihre Pflicht in dem vorliegenden Fall.“

Soweit Ritschl, dessen Ausführungen kaum noch etwas hinzuzusetzen wäre. Es ist wichtig, diese Ansicht, die zum ersten Mal von Ritschl vorgetragen ist, aber in der Folge viel zu wenig beachtet wurde, im Auge zu behalten, da erst hierdurch der Ablauf der Ereignisse verständlich wird: In dem Moment, in dem die Pflichten des Staatsbeamten mit denen der Mitglieder der Korporation in Widerspruch traten, brach ein Konflikt aus, der nur durch Gewalt lösbar war: der Sieg mußte also beim König bleiben. Selbst wenn der König das Recht der Korporation geachtet hätte — bei Ernst August war dies naturgemäß nicht der Fall, da er die Wissenschaft nicht respektierte —, mußte er die Professoren in ihrer Eigenschaft als Beamte strafen: ein versöhnender Ausgleich erschien ausgeschlossen, und man kann daher weder die Professoren verurteilen, die durch die Abfassung der Protestation nur ihrer Pflicht genügten — und nicht, weil sie „eine übertrieben hohe Meinung von ihrer Stellung im Staate hatten“, wie Hassel meint,²⁴ sich zur Protestation entschlossen —, noch auch den König, der diese „Pflichtwidrigkeit“ — denn so mußte er die Protestation ansehen — zu bestrafen hatte, wollte er nicht seine Autorität preisgeben.

Noch weniger lösbar aber erscheint der Konflikt zwischen den Sieben und dem König, wenn man auf den weltanschaulichen Gegensatz sieht, der hier offenbar wurde. Ernst August war der letzte

24. Hassel, S. 385.

Vertreter des starren Absolutismus: Er, der König, war allein der Staat; das Volk war nur dazu da, ihm zu gehorchen; für ihn war das Volk nur seine Untertanen, die sich seinen Befehlen widerspruchslos zu fügen hatten. Daß Staat etwas mehr als eine Person ist, daß Regierung nicht reine Herrschaft eines Einzelnen über das Volk heißen kann, daß vielmehr das Volk der Staat ist, das wußte Ernst August noch nicht, und das konnte er nach Abstammung und Erziehung noch gar nicht wissen. — Nun wagten es sieben Männer, nicht nur Kritik an seinen Maßnahmen und Ansichten zu üben, sondern sogar seine Maßnahmen für widerrechtlich zu erklären, wagten es, seinen Anordnungen offenen Widerstand entgegenzusetzen. Es waren Männer, die einen neuen Staatsbegriff in sich trugen, denen der Herrscher nicht bloßer Befehlshaber, sondern mehr, Ausdruck und Zusammenfassung des gesamten Volkes war: nicht der König allein bildet den Staat, sondern das Volk, an dessen Spitze der König steht.

Es war somit der ewige Gegensatz der Generationen, der hier mit aller Schärfe und Deutlichkeit aufbrach, ja der Gegensatz zweier Zeitalter: verkörpert Ernst August den Absolutismus des 18. Jahrhunderts, so die „Göttinger Sieben“ den Liberalismus des 19. Jahrhunderts, wobei allerdings zu beachten ist, daß es sich hier nicht um den üblichen Parteiliberalismus handelt, lag doch den Sieben selbst jeder Parteikampf vollkommen fern — daß ihre Protestation und später ihre Entlassung von dem Parteiliberalismus propagandistisch ausgewertet wurde, lag nicht im Sinne der Sieben und hat nichts mit deren Absichten und Gesinnungen zu tun, wehrten sich doch die Sieben immer gegen den Vorwurf, daß sie mit dem Parteiliberalismus etwas gemein hätten.²⁵ Stand so auf der einen Seite eine streng reaktionäre Gesinnung, die rückschrittlich die überholten Auffassungen des 18. Jahrhunderts zu neuem Leben erwecken wollte, so auf der anderen Seite die fortschrittliche Gesinnung des 19. Jahrhunderts, die eine neue Staatsidee in sich trug und dieser zum Leben verhelfen wollte. Siegte auch noch einmal die Reaktion, blieb anscheinend noch ein letztes Mal das alte 18. Jahrhundert Sieger über das junge 19. Jahrhundert, so war es doch ein Pyrrhussieg, der letzte Sieg der überlebten Zeit, der schon die Keime zur Niederlage von 1848 in sich trug. Stellte 1837 das Professorentum noch keine große Macht

25. Die Sieben an das Curatorium, 11. XII. 37 (C. A.) (s. Anhang 2).

dar, so entwickelte es sich doch in diesem und durch diesen Kampf der Jahre 1837/38 zu der großen Bedeutung, die es 1848 errang: undenkbar ist das „Professorenparlament“ von 1848 ohne die Ereignisse von 1837. Durch die „Göttinger Sieben“ erst wurde man aufmerksam auf die großen Kräfte, die im Professorentum liegen, und durch diesen Kampf erst wurden die politischen Kräfte des Professorentums geweckt und konnten sich weiter bis zu ihrem Höhepunkte von 1848 entwickeln.

Noch aber war das Professorentum, noch war die neue Staatsauffassung nicht stark genug, um den Sieg gegen das Alte zu erringen, die Zeit war noch nicht reif: die in der Zeit liegenden und historisch bedingten Gegensätze mußten erst ausgekämpft werden: 1837 bedeutet so nur eine Etappe im Kampf der Generationen, der Jahrhunderte gegeneinander, eine Etappe, in der sich aber bereits der Sieg von 1848 ankündigte, stand doch fast ganz Deutschland auf Seiten der Sieben, und mußten die Sieben nur der äußeren Gewalt weichen.

Von diesem Gesichtspunkt aus — eines Kampfes der Staatsauffassungen gegeneinander — ist auch die Antwort auf die Frage zu finden, wem die Schuld in diesem Kampfe zuzuschreiben ist, wer von den beiden Parteien im Recht war. Stießen, wie es hier geschah, zwei konträre Staatsbegriffe aufeinander, so war ein Ausgleich unmöglich; der Mächtigere, also der König, blieb — wenigstens im Äußeren — Sieger; von Schuld auf einer Seite kann man nur insofern sprechen, als Ernst August versuchte, sich den historisch berechtigten Strömungen der Zeit mit aller Energie entgegenzustemmen, ein Versuch, der hier noch zum Siege führen konnte, der ein zweites Mal aber scheitern mußte: es war unmöglich, das Volk, das sich 1813 aus eigener Kraft erhoben hatte, immer noch als unmündiges Kind zu behandeln. Insofern trifft Ernst August die Schuld, daß er diesen Kampf heraufbeschworen hat. Ernst August hat aber nicht nur den Kampf verschuldet, er war in diesem Kampfe auch — historisch gesehen — im Unrecht: Der Staatsstreich Ernst Augusts war historisch unberechtigt, da er einer überlebten Staatsidee diente, daher war auch der Protest der Sieben, als Ausdruck einer neuen — zwar noch ungeformten und unfertigen — Staatsidee berechtigt. Hätte Ernst August mit dem Erlaß des Novemberpatentes nicht alte Auffassungen erneuern wollen, sondern Vorkämpfer neuer und berechtigter Ideen sein wollen, Ideen, die Neues und Lebens-

fähiges an die Stelle des Alten und Überlebten setzen wollten, wäre der Protest der Sieben zu verurteilen gewesen, weil sie sich damit dem Neuen, das siegen mußte, entgegensetzten.

Damit ist die Frage nach der Beurteilung der „Göttinger Sieben“ aus der Ebene des Moralischen in die Ebene des Politischen verschoben: bleibt die moralische Gesinnung der Sieben immer über allen Zweifel erhaben und wird man immer das Festhalten am Eide vom Standpunkt der Moral aus anerkennen, so bleibt die Antwort auf die Frage nach der historischen Berechtigung eines solchen Schrittes, wie ihn die Sieben taten, abhängig von der historischen Berechtigung des Staatsstreiches, gegen den sich der Protest wendet. Es wäre also bei der Beurteilung eines der Protestation der „Göttinger Sieben“ gleichartigen Schrittes möglich, den Protest — bei aller Anerkennung der darin enthaltenen sittlichen Auffassung — zu verurteilen, weil er gegen eine neue historisch berechnete Idee kämpft.

Die Schwierigkeit der Beurteilung liegt nun aber in der Frage nach der Rechtmäßigkeit eines Staatsstreiches, und eine klare und objektive Antwort hierauf kann allerdings kaum die jeweilige Gegenwart geben, sie muß vielmehr einer späteren Zeit überlassen bleiben, die rückschauend die Entwicklung der betreffenden Idee überblicken und dann — allerdings auch nur aus der eigenen Gegenwart her begreifend — die historische Rechtmäßigkeit beurteilen kann.

Versuchen wir daher, vom heutigen Standpunkt aus die Berechtigung der Protestation der „Göttinger Sieben“ zu beurteilen, nachdem inzwischen fast hundert Jahre verflossen sind und das Zeitalter des Liberalismus, an dessen Anfang die „Göttinger Sieben“ stehen, als abgeschlossen betrachtet werden kann, so müssen wir feststellen, daß der Protest der Sieben berechtigt war, da ihre Auffassung, daß das Volk am Staate teilhabe, über die Anschauung Ernst Augusts, daß nur der König über den Staat zu verfügen habe, im Laufe des 19. Jahrhunderts — ja schon 1848 — gesiegt hat. —

In diesem Zusammenhange — einer Würdigung der Protestation — wäre noch die Frage nach der formellen Rechtmäßigkeit des Schrittes der Sieben zu prüfen. Allgemein ist hierzu zu bemerken, daß die Frage, ob die Protestation der Sieben juristisch berechtigt war oder nicht, nur eine Frage des Erfolges war: Gab der König der Protestation nach, so hatten die Sieben

Recht, gab er nicht nach, waren sie im Unrecht. Dementsprechend stehen sich auch die Ansichten in der Literatur gegenüber: ich greife zur Charakterisierung der Ansichten zwei Beispiele heraus, da eine objektive Entscheidung unmöglich ist, weil jede Entscheidung vom Standpunkt des Beurteilers abhängig sein muß: der juristische Verteidiger der „Göttinger Sieben“ wird das Recht der Sieben zur Protestation beweisen, der Gegner aber das Gegenteil.

Als Beispiel eines Verteidigers der Sieben diene der Jurist Wilhelm Albrecht, einer der Sieben selbst. Albrecht deduziert folgendermaßen in seiner Schrift „Die Protestation und Entlassung der sieben Göttinger Professoren“:

Der erste Verteidiger des Staatsgrundgesetzes von 1833 war naturgemäß die nach dem Staatsgrundgesetz gebildete Ständeversammlung;²⁶ da diese aber durch das Novemberpatent ausgeschaltet war, „so blieb in der That niemand anders als Sprecher und Vertheidiger des Grundgesetzes übrig, als das Volk, d. h. die einzelnen physischen und moralischen Personen, aus denen es besteht“.²⁷ Nun könne man zwar sagen, das Volk sei wohl berechtigt, gegen einen Verfassungsbruch des Königs zu protestieren, nicht aber der Beamte, da dieser dem Könige als Diener zum unbedingten Gehorsam verpflichtet ist. Dagegen sagt Albrecht: 1. haben die Sieben gar nicht in ihrer Eigenschaft als Beamte, sondern als Mitglieder einer Corporation protestiert; 2. hat „die vom Könige ausgesprochene Aufhebung des Grundgesetzes nicht die Bedeutung einer Entscheidung, eines Befehls oder Gesetzes, welches unbedingten Gehorsam erheischt, sondern nur einer Erklärung, die des Königs rechtliche Überzeugung ausdrückt, ohne die Möglichkeit oder vielmehr das Recht einer entgegengesetzten auszuschließen“.²⁸ „Denn, was seinem Inhalte, seinem Gegenstande nach, nimmermehr die Bedeutung eines Befehls, einer Entscheidung haben kann — wie dieses . . . bey der im Patent ausgesprochenen Aufhebung des Grundgesetzes der Fall ist — kann diese auch nicht durch den befehlenden und entscheidenden Ton, in dem es abgefaßt ist, erhalten; jene Form ist dabey zwar in sprachlicher, nicht aber in juristischer Hinsicht vorhanden“.²⁹

26. a. a. O. S. 17 f.

27. a. a. O. S. 19.

28. a. a. O. S. 23.

29. a. a. O. S. 24.

Hat der Beamte demnach das Recht, für die Verfassung einzutreten, so wird das zu einer Pflicht wegen des von ihm auf die Verfassung abgelegten Eides, da der König den Beamten nicht von einem nicht ihm persönlich geleisteten Eid entbinden kann. — Zum mindesten hat also jeder Beamte das Recht, für die Erhaltung der von ihm beschworenen Verfassung einzutreten. —

Gegen diese Thesen Albrechts wandte sich Gustav Zimmermann in seiner Schrift „Ein anderes Wort zur Protestation und Entlassung der sieben Göttinger Professoren“, die als Beispiel einer Veröffentlichung der Gegenpartei dienen mag. Zimmermann führt folgendes aus:

Zwar hat das Volk als Gesamtheit Rechte aus dem Grundgesetz erworben, „keineswegs jedoch die einzelnen Personen, aus denen es besteht, und aus diesem Satz folgt unmittelbar der andere, daß auch nicht die einzelnen Unterthanen, sondern das Volk . . . ein Recht auf das Bestehen der Verfassung besitzt, da nur derjenige juristisches Interesse an dem Dasein eines Gesetzes hat, dem dieses Rechte gewährt“.³⁰ Nicht nur die einzelnen haben kein Recht zur Protestation, sondern auch nicht die Mitglieder einer Wahlcorporation, da „nur die Corporation dem Staat für eine Person gilt und lediglich sie ein Recht auf Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten besitzt, während die einzelnen Glieder in ihr verschwinden und ihre Functionen dem öffentlichen Wesen gegenüber keine Gestalt haben“.³¹ Der Beamte ferner hat keine Pflicht, sich zum Vertheidiger der Verfassung aufzuwerfen, da er seinen Eid nur auf Beobachtung des Grundgesetzes geleistet hat, nicht aber auf Verteidigung des Grundgesetzes.³² Er hat vielmehr die Pflicht des unbedingten Gehorsams dem König gegenüber; glaubt er, daß ein Befehl des Königs illegal ist, so hat er trotzdem zu gehorchen: Will er das nicht, muß er seine Entlassung fordern. Demnach haben sich die Sieben einer Anmaßung gegen ihren König schuldig gemacht, wenn sie die Aufhebung des Grundgesetzes für unrechtmäßig und ein Werk der Willkür³³ erklären, da ihnen hierüber nur das Recht einer bescheidenen Vor-

30. a. a. O. S. 12.

31. a. a. O. S. 23.

32. a. a. O. S. 24 f.

33. Von „Willkür“ ist allerdings nirgends in der Protestation die Rede!

stellung, nicht aber das einer Entscheidung zusteht. Offener Ungehorsam gegen den Befehl des Königs liegt in der Erklärung, die Deputiertenwahlen und die Nichtanerkennung einer neuen Ständerversammlung betreffend, und schließlich sei die Form der Protestation eine Beleidigung, wenn die Sieben dem König vorwerfen, er handle mit blinder Willkür,³³ und die Verfassung gehe allein auf dem Wege der Macht zugrunde.³⁴ —

Es ergibt sich aus den beiden angeführten Beispielen, daß man mit ebenso viel Recht und mit ebenso mehr oder weniger beweiskräftigen Argumenten das Recht oder das Unrecht der Sieben nachweisen kann. Eine klare und eindeutige juristische Entscheidung — nach dem damals geltenden Recht und den damals herrschenden Auffassungen — ist unmöglich, für den Historiker aber auch nicht notwendig, da es für diesen in einer so umstrittenen Rechtsfrage nicht darauf ankommt zu erfahren, ob die Sieben juristisch im Recht waren oder nicht, sondern ob sie historisch — und auch moralisch — im Recht waren, und hier allerdings kann — wie dargelegt ist — die Antwort nicht zweifelhaft lauten: Es mußten sich Stimmen gegen den Verfassungsbruch des Königs erheben, des Königs, der versuchte, die Strömung der Zeit zu ignorieren und eine alte und überlebte Ordnung wiedereinzuführen. Zweifellos waren die Sieben — wenigstens im Prinzip — im Recht, wenn sie der Auffassung der Zeit, der neuen Zeit und neuen Generation, Ausdruck verliehen: mögen sie auch manchen Fehler begangen haben. Ihr Prinzip, daß jeder einzelne Staatsbürger für seinen Staat mitverantwortlich ist, war das neue und siungemäßere; erlitt dieses Prinzip auch dieses Mal noch eine Niederlage, so wurde es doch die das Jahrhundert beherrschende Idee. Blieben die Sieben auch formal im Unrecht, blieb ihre Protestation politisch zunächst scheinbar unwirksam, mag sie vom juristischen Standpunkt aus falsch, mögen in mancher Hinsicht die Schritte der Sieben höchst unzweckmäßig und verkehrt gewesen sein, so hatte die Protestation doch mit Recht größte Folgen auf moralisch-sittlichem Gebiet: Die Sieben hatten ihren Eid gehalten, sich geweigert, ihn zu brechen, und bald wetteiferte ganz Deutschland, den „Göttinger Sieben“ seine Zustimmung zum Ausdruck zu bringen. Trotz aller Fehler der Sieben werden unsere Sympathien immer auf ihrer Seite bleiben, weil sie in einer Zeit

34. a. a. O. S. 32.

der Schwäche und Nachgiebigkeit, der Unterwerfung und Kriecherei es wagten, Charakter und Mannesmut zu zeigen, dem vollkommen unnötigen und historisch gänzlich unberechtigten Staatsstreich eines Königs zu trotzen, — weil sie bewiesen, daß der Deutsche, bei aller Nachgiebigkeit, an seiner Ehren- und Gewissenhaftigkeit, an seiner Treue einem geleisteten Eide gegenüber nicht rütteln läßt, sollte er persönlich auch Schaden erleiden und sein Wohl, seine Lebensstellung gefährdet und verloren ansehen.

Dieser sittliche Charakter der Protestation, die in ihr ausgesprochenen Gesinnungen, die jeden Menschen angingen und ergriffen, bewirkten, daß bald ganz Deutschland die Protestation kannte und den „Göttinger Sieben“ zujubelte: diese Verbreitung und Wirkung der Protestation in Göttingen und in ganz Deutschland riefen aber erst die behördlichen Maßnahmen hervor, die gegen die Sieben ergriffen wurden. Es ist daher, bevor die Stellung der Regierung den Sieben gegenüber dargelegt werden kann, in dem nächsten Abschnitt auf die Verbreitung und Wirkung der Protestation einzugehen.

3. Die Verbreitung der Protestation.

Am Sonnabend, den 18. November, war die Protestation an das Curatorium in Hannover abgeschickt worden, am Montag, den 20., lief sie im Curatorium ein;¹ inzwischen aber war sie bereits in Göttingen in zahlreichen Exemplaren verbreitet, ja, in wenigen Tagen wußte man in ganz Deutschland von der Protestation der sieben Göttinger Professoren, obwohl das Curatorium die Protestation völlig geheimhielt, und obwohl angeblich keiner der Sieben die Protestation einem anderen gegeben oder auf andere Weise zu ihrer Verbreitung, überhaupt zur Bekanntmachung des Schrittes der Sieben beigetragen hat. Wie kam diese schnelle und ungeheure Verbreitung zustande? Während man früher vor einem Rätsel stand und nicht wußte — auch nicht wissen konnte —, wer den Anstoß zur Verbreitung gegeben hat, sind wir heute durch das vorhandene Aktenmaterial und sonstige Berichte in der Lage, diese Vorgänge fast restlos aufzuklären. —

Am Sonntag, den 19. XI. ließ Dahlmann durch einen Kopisten namens Sünne drei Kopien von der Protestation anfertigen² nach

1. Vermerk auf der Protestation.

2. Vernehmungsprotokoll der Sieben vor dem Universitätsgericht vom

dem Entwurf der Protestation, den er noch in Händen hatte, da er selbst am 18. November seinen Entwurf noch einmal ins Reine geschrieben hatte:³ Es bestanden jetzt — am Sonntag — somit vier Exemplare der Protestation, abgesehen von der Reinschrift, die nach Hannover gegangen war, und alle vier Exemplare waren in Dahlmanns Hand. Von diesen vier Stücken behielt selbstverständlich Dahlmann selbst eines, ein zweites sandte er am gleichen Tage an seinen Schwager, den Justizrat Hegewisch in Kiel;⁴ das dritte Exemplar erhielt Jacob Grimm, der es — erst nach vier Tagen — einem auswärtigen Freunde mitteilte;⁵ das vierte Exemplar endlich bekam Gervinus, der es später — nach acht Tagen — an Wilhelm Weber weitergab, nachdem er allerdings selbst noch eine weitere Abschrift genommen hatte, die er einem gerade bei ihm zu Besuch weilenden Bekannten, einem Architekten namens Gladbach aus Darmstadt gab.⁶ Da der Kopist nach eigener Aussage keine weitere Abschrift von der Protestation genommen hat⁷ — er konnte ja auch gar kein Interesse daran haben und nicht die Bedeutung der Protestation erkennen —, Dahlmann und Jacob Grimm ihre Exemplare aber nach auswärts mitteilen, so bleibt keine andere Möglichkeit, als daß Gervinus der Anstifter der Verbreitung und Vervielfältigung der Protestation gewesen ist, zumal er selbst bekennt, eine Abschrift habe der genannte Gladbach zu sich genommen, und er habe es seinen Besuchern, jüngeren Kollegen und auch Studierenden, „nicht verwehrt, die Vorstellung zu lesen, da zu deren Geheimhaltung kein Grund vorhanden gewesen sei, es vielmehr habe besser erscheinen müssen, daß durch Kenntnis des Inhalts der Protestation alle lügenhaften Gerüchte darüber beseitigt würden“.⁸ Dahlmann sagt in der „Verständigung“ sehr vieldeutig:⁹ „Auch Gervinus hatte die seine (sc. Abschrift) mitge-

4. XII. 37 (St. A.): Aussage Dahlmanns und Sünnes. . . Das Vernehmungsprotokoll ist vollständig abgedruckt im Anhang 4.

3. Dahlmann, Verständigung, S. 33.

4. Vernehmungsprotokoll, Aussage Dahlmanns. — Dahlmann sandte schon am 19., nicht „später“, wie er in der Vernehmung angibt, die Protestation an Hegewisch, da der Begleitbrief (Springer I, 437) vom 19. XI. datiert ist.

5. Protokoll, Aussage Jacob Grimms.

6. Ebda, Aussage Gervinus', Webers.

7. Ebda, Aussage Sünnes.

8. Vernehmungsprotokoll, Aussage Gervinus'.

9. a. a. O. S. 61.

theilt“, so daß kein Zweifel bestehen kann, daß Gervinus der Veranlasser der Verbreitung gewesen ist.¹⁰

Da auch die übrigen Unterzeichner der Protestation kein Hehl daraus machten, daß sie eine Eingabe an das Curatorium gesandt hatten, wenn sie auch die Protestation selbst nicht verbreiteten, und da man sich in Göttingen schon vor dem 18. November über eine Protestation besprochen hatte, konnte es nicht ausbleiben, daß bereits am Sonntag viele Männer, vor allem Dozenten und Studenten, Kunde von der Protestation erhielten. Da jedermann größtes Interesse daran nahm — die Verfassungsfrage hatte ja alle Gemüter sehr erregt — suchte sich jeder eine Abschrift der Protestation zu verschaffen. Durch Gervinus war eine Abschrift in das Publikum gekommen, sei es durch Gervinus selbst, sei es durch Gladbach: die Kunde von der Protestation durcheilte die Stadt, und von der einen Abschrift wurden immer weitere genommen.

H. A. Oppermann, damals junger Kandidat der Rechte in Göttingen, der auch lebhaften Anteil an der ganzen Sache nahm — er wird uns noch begegnen als Teilnehmer an den Demonstrationen in Göttingen — Oppermann schildert die Vervielfältigung und Verbreitung der Protestation — er selbst nahm aktiv daran teil — in seiner „Geschichte des Königreichs Hannover“ folgendermaßen:¹¹

„Am Tage nach der Absendung, am 19. November, verbreitete sich das Gerücht von einem solchen Schritte, am Abend erhielt der Verfasser dieses, von einem befreundeten Professor, der nicht mit unterschrieben hatte, dies aber, wie er sagte, sehr bedauerte, auf eine halbe Stunde eine Abschrift. Dies genügte, um eine Copie zu nehmen, von der er mit einem Freunde die ganze Nacht hindurch neue Abschriften schrieb. Das geschah wohl noch von 6 bis 7 Personen, mehr mochten am 19. November dies Schriftstück nicht zu Gesicht bekommen haben. Von diesen Copien wurden die meisten nach auswärts an Zeitungsredactionen ge-

10. Dieselbe Ansicht teilt Thimme (S. 281, Anm. 1), der auch Einsicht in das Vernehmungsprotokoll genommen hat. — Auch der Prorektor Bergmann meint im Bericht vom 5. XII. 37 an das Curatorium (C. A.), die Verbreitung sei durch Gervinus' Unvorsichtigkeit veranlaßt.

11. a. a. O. S. 138. — Dasselbe erzählte Oppermann an Karl Braun — Wiesbaden, den Verfasser eines Aufsatzes über „Die Brüder Grimm, 1837—1840“ (in: Allgemeine Augsburger Zeitung, 1881, Beilage zu Nr. 36, 37, 39.

schickt, die andern am folgenden Tage denjenigen Personen, die sich dafür interessirten, mitgetheilt. Es entstand eine förmliche Hetze nach Abschriften und der Drang der Umstände machte erfinderisch. Verfasser fand am 20. November gegen Abend in der Stube eines ihm befreundeten Studenten elf Personen, die sämmtlich die Protestation nach einem Dictate aufzeichneten. Kaum waren die Abschriften fertig, als sie auch schon von Competenten in Empfang genommen wurden, um an eben so viel anderen Orten auf ähnliche Weise vervielfältigt zu werden. Dieser Eifer war nicht künstlich producirt, sondern er hatte sich ganz von selbst gemacht. So war es möglich, daß am zweiten Tage schon mehrere tausend Abschriften existirten. Wir sind überzeugt, daß von den etwa 900 Studenten, welche in Göttingen lebten, mindestens Achthundert Abschriften und oft in großer Zahl in die Heimath, über ganz Deutschland verschickten, so daß die Protestation in kürzester Frist durch ganz Deutschland verbreitet war.“

Eine Bestätigung dieser Erzählung Oppermanns findet sich in einem Bericht des Landdrosten von Bar zu Osnabrück an das Ministerium des Innern,¹² in dem es heißt, „ein Studierender in Göttingen“ habe eine Abschrift der Protestation „als merkwürdige Neuigkeit einem Briefe an seine Mutter und Verwandte beigelegt“; in dem Briefe „war bemerkt, daß zu der Zeit, als diese (sc. Abschrift) gemacht worden, mehr als 300 Studierende beschäftigt gewesen wären, gleiche Abschriften zur Mittheilung in die Heimat anzufertigen.“ —

So wurde die Protestation in Göttingen selbst zahlreich verbreitet, nach auswärts und vor allem an verschiedene Zeitungsredaktionen in ganz Deutschland versandt.¹³ Der Polizei in Göt-

12. Bericht des Landdrosten von Bar zu Osnabrück an das K. Ministerium des Innern, 13. XII. 37 (C. A.).

13. In einem aus Göttingen, den 19. XI. datierten — zweifellos von einem Studenten verfaßten — Artikel des Stuttgarter Deutschen Couriers (Jg. 1837, Nr. 278, 25. XI.) heißt es: „Nichts hat seit dem Erscheinen der beiden königlichen Patente hier so großes Aufsehen erregt, und wird es in unserem Lande, ja in ganz Deutschland machen, als die Abschickung der (wenn ich vor Postschluß die Abschrift noch besorgt erhalte) beyliegenden (Anm. der Red.: Die Abschrift lag nicht bei) von den Hofräthen resp. Professoren Dahlmann, Wilhelm und Jacob Grimm, Ewald, Weber, Albrecht und Gervinus unterzeichneten Erklärung oder Protestation gegen das Patent vom 1. November. Sonnabend Nachmittag ward diese von hier abgeschickt, es existirte bis Sonntag nur eine Abschrift davon, die

tingen und dem Districts-Kommando des Königlichen Landdragoner-Corps zu Göttingen blieben diese Vorgänge nicht unbekannt, aber noch hatten die Behörden keinen Grund, gegen die Verbreitung der Protestation einzuschreiten,¹⁴ und als die Behörden gegen die Verbreitung einschreiten sollten,¹⁵ war es zu spät, denn am 23. November war bereits in mehreren Deutschen Blättern die Protestation selbst oder doch die Tatsache der Protestation mitgeteilt.¹⁶ Ja sogar englische und französische Blätter schrieben von den „Göttinger Sieben“ und zwar merkwürdigerweise unter dem 18. und 20. November, als die Protestation im Ausland noch gar nicht bekannt sein konnte. Die englische Zeitung „Galignianis Messenger“ berichtet am Sonnabend, den 18. November — also am Tage der Unterzeichnung der Protestation —, den „Courrier Français“ zitierend, sieben Professoren der Göttinger Universität weigerten sich, dem neuen König den Huldigungseid zu leisten,¹⁷ und im „Journal des Débats“ vom 20. November war „ein Artikel aus Hannover befindlich, nach welchem ein Theil der ausgezeichnetsten Professoren in Göttingen sich vereinbart haben soll, für einen gewissen Fall den Dienst zu verlassen“.¹⁸

Diese Veröffentlichung der Protestation in ausländischen Blättern war den Behörden in Hannover naturgemäß außerordentlich peinlich, sie suchten daher wenigstens festzustellen, durch wen

sich aber, mit dem Gerücht von dem, was geschehen war, enorm vervielfältigte und wie ich erfahre, auch schon mehreren anderen politischen Blättern zugesandt ist.“ — Eine Bestätigung also der Oppermannschen Erzählung, ein Beweis, daß tatsächlich die Studenten die Protestation an die Zeitungsredaktionen gesandt haben.

14. Polizeibericht Göttingen, 20. XI. 37 (C. A.). — Bericht Wynekens, 23. XI. 37 (C. A.).

15. Ernst August an Schele, 28. XI. 37 (St. A.). (Anh. 6).

16. Kasselsche Allg. Zeitung, 23. XI. (Nr. 324, S. 2599): Mitteilung des Inhaltes der Protestation. — Ebda, 24. XI. (Nr. 325, S. 2304): Abdruck der Protestation (Ohne den Schlußsatz). — Staats- und Gelehrte Zeitung des Hamburger unpartheyischen Correspondenten, 23. XI. (Nr. 277): Mitteilung der Protestation. — Ebda, 28. XI. (Nr. 281): Abdruck der Protestation. — Die Augsburger Allgemeine Zeitung erwähnt die Protestation erst am 29. XI. (Nr. 333), der Deutsche Courier (s. S. 54, Anm. 13) am 25. XI.

17. “Seven professors in the university of that city (sc. Göttingen) refuse to taken the oath of fidelity to the new king.”: Dahlmann, Verständigung, S. 65, ebenso “The Times“, Jg. 1837, 20. XI., S. 5.

18. Curatorium an Bergmann, 25. XI. 37 (Postscript) (C. A.).

diese Mitteilungen an die Presse, vor allem an die außerdeutsche, gelangt waren: Wie meistens in solchen Fällen blieben die Nachforschungen ergebnislos. Die sieben Professoren wurden zwar am 4. Dezember vernommen, ob sie die Protestation verbreitet hatten,¹⁹ jedoch auch diese konnten keine weitere Auskunft darüber geben, wiesen im übrigen mit Recht darauf hin, daß sie vor dem 18. November noch gar keine Mitteilung von der Protestation in das Ausland hätten senden können, da die Siebenzahl sich erst am 18. November selbst zusammenfand, die Protestation auch erst am 17. abends abgefaßt sei.²⁰

Ist es auch ausgeschlossen, daß eine französische Zeitung schon am 18. November von der Protestation und vor allem von der Siebenzahl der Unterzeichner bereits Kenntnis hatte, so ist es doch nicht so sehr verwunderlich, daß ausländische Zeitungen bereits von einer Protestation sprachen, da eine solche ja schon am 11. November geplant war. Daß ausländische Zeitungen von der vollendeten Tatsache schrieben, ist bei den besonders damals beliebten Übertreibungen der Zeitungen kein Wunder; daß sie auch schon von sieben Professoren — wie der „*Courrier Français*“, „*Galignianis Messenger*“ und die „*Times*“ — sprachen, bleibt ein merkwürdiger Zufall, da tatsächlich Dahlmann selbst am 18. morgens noch nicht wußte, wieviele Kollegen unterzeichnen würden (s. S. 29).

Durch die Verbreitung der Protestation war das Curatorium in schwere Bedrängnis geraten: es hatte angenommen, die Erklärung der Sieben sei vertraulich geschehen, hatte (s. u.) in dieser Voraussetzung unter dem 22. November ein Rescript an die Sieben erlassen, „welches den Zweck hatte, um womöglich die aus der Überreichung der Erklärung an des Königs Majestät entstehenden nachtheiligen Folgen zu verhindern“, ²¹ hatte also die Protestation geheim gehalten und dem Könige noch nicht mitgeteilt, und nun las und hörte man überall von der Protestation! Sie mußte also auch dem Könige bekannt werden, und was würde dieser sagen, wenn er von einer Eingabe an seine Behörde erst durch die Zeitungen Kenntnis erhielt?! Das Curatorium war wirk-

19. Vernehmungsprotokoll der Sieben vor dem Univ. Gericht, 4. XII. 37 (St. A.): Anhang 4.

20. Vernehmungsprotokoll, 4. XII. (Anh. 4). — Dahlmann, Verständigung, S. 60 f.

21. Curatorium an Bergmann, 25. XI. 37 (C. A.).

lich in arger Bedrängnis: nun hieß es gar noch, die Protestation sei in Göttingen lithographiert²² — nähere Erkundigungen ergaben zwar, daß dies nicht der Fall war, daß allerdings der Göttinger Lithograph Rittmüller „deshalb und wegen des Abdrucks der Bildnisse der sieben Professoren in einer Gruppe Anträge von Studirenden erhalten, aber abgelehnt habe“.²³ Den Hannoveranern wurde sogar die Abschrift der Protestation ins Haus getragen,²⁴ so daß das Curatorium sich genötigt sah, energisch nachzuforschen, wie diese ungeheure Verbreitung zustande kam.

Zunächst wandte es sich an den derzeitigen Prorektor der Georgia-Augusta, den Juristen Friedrich Bergmann, mit dem Auftrag, er solle zu erkunden suchen, durch wen und auf welche Weise die Verbreitung geschehen sei.²⁵ Bergmanns Antworten und Auskünfte²⁶ — der Prorektor war eine scheue Natur, die keinen Menschen kränken wollte — lauteten zunächst sehr unbestimmt, und auch als er die vom Könige angeordnete Vernehmung der Sieben²⁷ — der König hatte inzwischen Kunde von der Protestation erhalten²⁸ — zu leiten hatte, konnte er nur zum Teil sehr unbestimmte Antworten von den sieben Professoren erhalten,²⁹ auch wagte er es nicht, das Ergebnis der Untersuchung voll auszuwerten, sondern überließ das dem die Verhältnisse doch gar nicht übersehenden Cabinet,³⁰ und auch in seinem Bericht über die Vernehmung an das Curatorium³¹ wagte er nicht, die Schlußfolgerungen zu ziehen, sondern begnügte sich damit, die Aussagen der Professoren wiederzugeben. Er deutete zwar an, daß Gervinus wohl der Hauptschuldige an der Verbreitung sein könne, hütete sich aber — aus Furcht vor Verantwortung — seine Ansicht klar auszusprechen.

22. Polizeibericht Göttingen, 25. XI. (C. A.).

23. Polizeibericht Göttingen, 29. XI. (C. A.).

24. Hassel, S. 388 (Schele an den König, 27. XI.). — Schele an Stralenheim, 27. XI. (C. A.).

25. Curatorium an Bergmann, 25. XI., 28. XI., 2. XII. (C. A.).

26. Bergmann an das Curatorium, 28. XI., 5. XII. (C. A.).

27. Schele an das Univ. Gericht in Göttingen, 29. XI. (St. A.).

28. Ernst August an Schele, 28. XI. (St. A.).

29. Vernehmungsprotokoll, 4. XII. (Anh. 4.).

30. Univ. Gericht an Cabinet, 4. XII. (St. A.). — Bergmann schreibt kein Wort darüber, was er aus der Vernehmung schließen zu können glaubt.

31. Bergmann an Curatorium, 5. XII. (C. A.).

Mit den gewundenen Auskünften Bergmanns war dem Curatorium nicht genügend gedient: es setzte daher andere Mittel an, um zu erfahren, wie die Verbreitung geschehen sei. Schon vor der Ankunft des Berichtes von Bergmann vom 5. XII. forderte das Curatorium Bergmann noch einmal energisch auf, festzustellen und mitzuteilen, w e r denn eigentlich die Verbreitung der Protestation verschuldet habe.³² Gleichzeitig aber bat das Kultusministerium — das Kultusministerium (Ministerium der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten) und das Curatorium lagen in einer Hand, in der des Ministers Freiherrn von Strahlenheim — das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten³³ um Nachforschung, „wer eine Abschrift der fraglichen Erklärung an die Redaction des Hamburger Correspondenten eingesandt“ habe, und ebenso das Ministerium des Innern³⁴ um Auskunft darüber, in welchen Städten des Königreichs die Protestation verbreitet sei und wie sie dorthin gelangt sei.

Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gab den Auftrag des Kultusministeriums an den Legationsrat und Ministerresidenten Hambury zu Hamburg weiter,³⁵ Hambury stellte Nachforschungen an, teilte das Ergebnis aber sofort dem Cabinetsminister Schele mit, so daß das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und das Kultusministerium ohne Antwort blieben — ein Bericht Scheles darüber an die Ministerien erübrigte sich; da inzwischen die Sieben bereits entlassen waren. Hambury berichtete an den Cabinetsminister von Schele:³⁶ Die Abschrift der Protestation sei in Hamburg gleichzeitig bei dem Hamburger Correspondenten und anderen Zeitungen eingetroffen, beim Correspondenten ohne Unterschrift und Begleitschreiben, so daß man daraus schließen müsse, diese Abschrift sei von den Professoren selbst geschickt. — Wir wissen durch Oppermanns Mitteilungen (s. S. 53 f.), daß dieser Schluß irrig ist, daß vielmehr Studenten die Abschrift geschickt haben. — Hambury berichtet weiter, an die „Neue Zeitung“ sei die Protestation von einem in Göttingen studierenden Hamburger geschickt, an die „Börsenhalle“ durch einen Göttinger Korrespondenten. Weitere Ab-

32. Curatorium an Bergmann, 2. XII. (C. A.).

33. Kultusmin. an Min. der ausw. Angelegenheiten, 5. XII.

34. Kultusmin. an Min. des Innern, 5. XII. (C. A.).

35. Min. d. ausw. Ang. an Hambury, 6. XII. 37. (C. A.).

36. Hambury an das Cabinet, 16. XII. (St. A.).

schriften seien anscheinend nicht nach Hamburg gesandt, die Zeitungen hätten aber selbst Abschriften hergestellt und diese dann in der Stadt verteilt. Hambury meint sogar, die Sieben hätten die Protestation „nicht nur geflissentlich verbreitet, sondern auch schon im Voraus die Aufmerksamkeit des Publicums auf den Schritt, den sie zu thun beabsichtigten, gelenkt.“ Wie unsinnig und haltlos dieser Verdacht ist, ergibt sich aus den bereits festgestellten Tatsachen, daß die Professoren vor dem 19. gar keine Mitteilung nach auswärts gelangen ließen, daß vielmehr die Studenten die Protestation in Deutschland verbreitet haben.

Wertvoller und aufschlußreicher als dieser übertriebene Bericht Hamburys waren die Auskünfte, die das Ministerium des Innern, das die Landdrosten und den Kommandanten des Landdragoner-Corps, Wyneken, mit der Aufklärung der Verbreitung der Protestation beauftragte,³⁷ dem Kultusministerium gab. Zunächst berichtete das Ministerium des Innern an das Kultusministerium,³⁸ in Hildesheim cirkulierten Abschriften. Der Landdrost, Geheimrat von Schmidt-Phiseldeck, „habe daher die Gelegenheit genommen, die Censur der beiden dortigen Zeitungen darauf aufmerksam zu machen, daß nicht etwa eine solche Abschrift darin abgedruckt werde“. (Eine Maßnahme, die natürlich viel zu spät kam.) Ferner seien in Hannover selbst (s. S. 57), in Stade und Osnabrück Abschriften im Umlauf, gerüchtweise auch noch in einigen anderen Städten des Königreichs. — In einem ergänzenden Bericht teilt das Innenministerium mit, wie nach einem Bericht des Landdrosten zu Osnabrück die Kunde der Protestation nach Osnabrück gekommen und wie dort die Protestation verbreitet sei:³⁹ In diesem — bereits auf S. 54 zit. — Bericht heißt es, die erste Kunde der Protestation sei am 26. oder 27. Nov. dadurch nach Osnabrück gekommen, „daß ein Studirender in Göttingen eine Abschrift derselben als merkwürdige Neuigkeit einem Briefe an seine Mutter und Verwandte beigelegt hat“. Viele Leute seien erschienen, hätten die Neuigkeit gesehen, gelesen und Abschriften genommen, die dann von Hand zu Hand gingen.

37. Auftrag des Innenministeriums an die Landdrosten und an Wyneken, 8. XII. (St. A.).

38. Promemoria des Min. des Innern an das Kultusministerium, 8. XII. (C. A.).

39. Min. des Inn. an Kultusmin., 17. XII. — Landdrost Bar zu Osnabrück an Min. d. Inn., 13. XII. (C. A.).

— In einem weiteren Bericht⁴⁰ heißt es, die Protestation sei in Hildesheim durch einen Dr. jur. Flügge im sogenannten großen Club mehreren Anwesenden mitgeteilt. Die Tatsache der Protestation selbst sei schon einige Tage vorher bekannt gewesen, Flügge habe die Nachricht wohl von seinem in Göttingen studierenden Bruder erhalten. In Elze sei die Protestation einem Advokaten Rohjahn zugesandt, der sie dann abgeschrieben und veröffentlicht haben soll. „In Münden ist die Protestation zuerst in den Händen des Bürgermeisters gewesen.“ In Osnabrück habe ein Postsekretär Götte ein Exemplar der Protestation in Händen gehabt, jedoch erst, als schon die Zeitungen davon redeten. —

Ich fasse zusammen:

Die Protestation ist durch Gervinus, vielleicht durch dessen Unvorsichtigkeit, vielleicht aber auch mit Absicht, bestimmt aber nicht gegen dessen ausdrücklichen Willen, in die Hände von Studenten geraten, die dann die Protestation in zahlreichen Exemplaren vervielfältigten, in Göttingen verteilten und nach auswärts versandten. So kam die Protestation — seit dem 23. Nov. — in die Zeitungen und wurde auch sonst, zumal natürlich im Königreich Hannover verbreitet. Außerhalb Göttingens wurden von den aus Göttingen eingetroffenen Exemplaren weitere Abschriften angefertigt, so daß binnen wenigen Tagen in ganz Deutschland Abschriften der Protestation kursierten, ja die Mitteilung von einem Schritte der Professoren gegen den Staatsstreich des Königs war schon vor der Abfassung der Protestation in außerdeutschen Zeitungen enthalten, so daß, als der König und die Behörden gegen die Verbreitung einschreiten wollten, dazu keine Möglichkeit mehr bestand, denn Ende November kannte fast jeder Mensch in ganz Deutschland die Protestation der „Göttinger Sieben“. —

Ist auch Gervinus der Veranlasser der Verbreitung der Protestation, so ist doch festzustellen und zu beachten, daß keiner der Sieben weder von Gervinus, noch von Dahlmann und Jacob Grimm — die ja auch die Protestation, wenn auch später, nach auswärts mitgeteilt haben — auch nur etwas abzurücken versucht und diesen Dreien einen Vorwurf aus der Verbreitung gemacht hätte.

40. Min. des Innern an Kultusmin., 21. XI. — Leutnant Niemann des Landdragonercorps an das Min. des Innern, 17. XII. (C. A.).

Albrecht schreibt dazu:⁴¹ Was nun die Veröffentlichung selbst betrifft, so machen diejenigen unter uns, die zufolge des oben referirten Verhöres (gemeint ist die bereits mehrfach erwähnte Vernehmung der Sieben vor dem Univ. Gericht über die Verbreitung der Protestation) nichts dazu gethan haben, keinen Anspruch darauf, anders als die Übrigen beurtheilt zu werden; vielmehr stehen wir Alle insofern gleich, als keiner von uns die Veröffentlichung verhindert hat; ja! wir scheuen uns nicht, die Verantwortlichkeit dafür so, als ob sie von uns direkt herbeygeführt worden sey, zu übernehmen.“ Das Recht zur Veröffentlichung der Protestation und damit die Verantwortung der Sieben darüber begründet Albrecht damit: der Streit zwischen den Sieben und dem König sei ein Rechtsstreit, der „nicht im Geheim und gleichsam bey verschlossenen Türen, sondern mit der größten Publicität vor den Augen von ganz Deutschland, der Welt geführt wird. Waren doch auch die königlichen Patente nicht bloß als offizielle Erlasse an das hannoversche Volk publicirt, sondern auch, wenn nicht mit, so doch wenigstens nicht wider den Willen der Regierung, in öffentliche Blätter des In- und Auslandes übergegangen.“⁴² — Ähnlich argumentiert Jacob Grimm:⁴³ „Wie hätte eine Vorstellung gegen das, was der König öffentlich an das ganze Volk erlassen hatte, sich in die Schranken einer bloß an das Ministerium gerichteten, vielleicht ohne weitere Folge zu den Acten genommenen Antwort zwängen mögen? Diese Antwort bedurfte eben so sehr an das Licht der Welt zu treten, als ihr Anlaß. Richtet der König sein Wort an seine Untertanen, so steht auch ihnen offen zu antworten und sich zu vertheidigen frei.“ Und „wir wollten sie (die Worte der Sieben) nicht zuerst verbreiten, erwarteten nie, daß sie geheim bleiben würden.“⁴⁴ „War das Ausgesprochene in Recht und Wahrheit gegründet, so durfte es vor die Welt hintreten, wie vor den König selbst“⁴⁵ „Alles bei unserer einsprache hieng ab von ihrer öffentlichkeit, diese sache strebte, wie die pflanze nach dem licht, nach der öffentlichkeit“⁴⁶

41. Albrecht, S. 29 f.

42. Albrecht, S. 30.

43. Jacob Grimm, S. 27 f.

44. Jacob Grimm, S. 32.

45. Ebda, S. 33.

46. Jacob Grimm an Lücke, 22. V. 38, in: Briefwechsel Lücke, S. 19.

- Ewald endlich schreibt:⁴⁷ „Verborgen vor der Welt konnte und sollte sie (die Protestation) nicht bleiben, aus dem einfachen Grunde, weil unsere Gesinnungen gerade vor der Welt nicht länger im Geringsten als zweifelhaft erscheinen durften, da doch jeder, der jetzt öffentlich auch nur schwieg, den Vorwurf der Zweideutigkeit auf sich lud. Es wurden also, mit unserer Einwilligung einige Abschriften in den folgenden Tagen an Freunde gegeben.“ —

Es ist unmöglich, sich diesen Argumenten verschließen zu wollen: wollten die Sieben irgend eine Wirkung mit ihrer Protestation erreichen, so mußte sie der Öffentlichkeit bekannt werden, denn andernfalls konnte sich leicht Jacob Grimms Befürchtung bewahrheiten, daß die Protestation ohne weitere Folge zu den Akten genommen wurde.

Bevor auf die Stellungnahme der Behörden zur Protestation und den Sieben gegenüber eingegangen werden kann, muß in kurzen Worten auf die Wirkung, die die Protestation in Göttingen und Deutschland erregte, hingewiesen werden: nur aus der Verbreitung der Protestation und der großen öffentlichen Anteilnahme, die sie erregte, sind die behördlichen Maßnahmen gegen die Sieben zu verstehen und zu erklären.

4. Die Wirkung der Protestation.

a) in Göttingen.

Wie groß die Wirkung der Protestation sowohl in Göttingen, als auch in ganz Deutschland gewesen ist, erhellt allein schon aus der Tatsache der ungeheuren Verbreitung der Erklärung: Es ist erstaunlich, wie schnell in dieser doch noch sehr langsam und beschaulich lebenden Zeit die Protestation in ganz Deutschland bekannt wurde: jeder hatte Interesse an den „Göttinger Sieben“, jeder wollte von ihnen wissen.

Obwohl sich in Göttingen selbst die Kunde der Protestation zumal unter den Studenten wie ein Lauffeuer verbreitet hatte, blieb der Polizei die Protestation selbst noch unbekannt: Der Polizeidirektor von Beaulieu berichtete am Montag, den 20. November, also zwei Tage nach Absendung der Protestation, an das Cura-

47. Ewald, Worte an Klenze, S. 63 f.

torium:¹ „Eurer Excellenz berichte ich pflichtmäßig, daß die von den Professoren Dahlmann hieselbst und Consorten dem Vernehmen nach bei Eurer Excellenz eingereichte Protestation wider das königliche Patent vom 1. d. Monats nicht allein in mehreren Abschriften hieselbst cursieren und in den Händen von Studierenden sich befinden, sondern auch an die Redactionen mehrerer Zeitungen zur Veröffentlichung gesandt seyn soll“. Zurzeit ließe sich „eine Aufregung unter der Menge nicht wahrnehmen.“

Am Abend jedoch hatte von Beaulieu Nachricht von den Vorgängen in der Universität erhalten;² der Polizeibericht vom 21., also vom Dienstag, gibt uns von diesen Vorgängen des Montag Kunde:³ „Den Professoren Dahlmann und Albrecht wurde von ihren Zuhörern in den Auditorien ein Vivat gebracht“ — Dahlmann wurde als Mann des Wortes und der Tat gepriesen⁴ — „Auch wurde von Studierenden bei der academischen Behörde um die Erlaubnis nachgesucht, den Professoren Dahlmann, Albrecht, Grimm sen., Grimm jun., Gervinus, Weber und Ewald gestern abend (also am Montag) ein Vivat zu bringen. Diese Erlaubnis wurde versagt. Indeß erhielt ich Kenntniß, daß die erwähnte Ehrenbezeugung dennoch vor sich gehen solle. Im Einverständnisse mit den academischen Behörden ließ ich daher die geeigneten Maaßregeln zur Verhütung dieser Ordnungswidrigkeiten⁵ eintreten. — Um 8 Uhr versammelten sich auch wirklich gegen 150

1. Bericht der Polizeidirektion zu Göttingen vom 20. XI. 1837 (C. A.). — (Im folgenden kurz als „Polizeiberichte“ zitiert.)

2. Von Beaulieu an?, 20. XI. (C. A.).

3. Polizeibericht, 21. XI. (C. A.).

4. Dahlmann berichtet davon als am Dienstag, den 21. geschehen (Verständigung, S. 61), ebenso Hassel, der sich zweifellos auf Dahlmann stützt, wie auch verschiedene andere. Es muß hier jedoch ein Irrtum in der Datierung vorliegen, ein Irrtum Dahlmanns, der in alle späteren Darstellungen übergegangen ist, da die Polizeiberichte von einem Vivat auf Dahlmann nur am 20. zu berichten wissen. Da die Polizeiberichte gleichzeitig geschrieben sind, Dahlmanns Verständigung aber erst im Januar 38, ist dem Polizeibericht mehr Glauben zu schenken. Im übrigen war die Protestation bereits am Sonntag und Montag morgen in Göttingen bekannt, so daß es viel wahrscheinlicher ist, daß die Studenten Dahlmann am Montag Nachmittag als erst am Dienstag Nachmittag ein Vivat brachten. (Dahl. las nachmittags, Verst. S. 61).

5. In Göttingen waren Vivats verboten!

Studierende an verschiedenen Orten der Stadt in aller Stille und begaben sich vor das Haus des Hofrathes Dahlmann (gegenüber dem jetzigen Auditorium, das damals noch nicht bestand), wo sie indeß eine Abtheilung Landdragoner und Pedellen fanden. Auf die Aufforderung der Pedellen, sich zu Hause zu begeben, stutzten sie sofort. Einige Stimmen fingen zwar dennoch an zu rufen, als diese aber sofort angehalten wurden, ging der Haufe zurück und vertheilte sich in der Stadt. Etwa 20 Studierende riefen darauf im Vorbeigehen vor den Wohnungen der Professoren Grimm (in der Goethe-Allee) und Gervinus (in der Mühlenstraße), und ein anderer Haufe von gleicher Stärke begab sich vor die Wohnung des Professors Ewald (am Geismartor). Unter diesem Haufen wurde nur der Ruf des Candidaten der Advokatur Oppermann,⁶ welcher sich unter die Studierenden gemischt hatte, gehört. Auf die einfache Aufforderung der Pedellen zerstreuten sich alle diese Haufen in der Stille, und es sind weiter keine Excesse passiert. — Die erkannten Studierenden, etwa sieben an der Zahl, und der erwähnte Oppermann werden sofort zur Verantwortung gezogen werden. — Heute Morgen (also Dienstag) bemerkt man einige Bewegung unter den Studierenden. Sie versammelten sich in bedeutender Zahl in der Rathsbierstube, verweilten daselbst aber nur kurze Zeit. Ein Gerücht sagt, daß sie beabsichtigten, dem Prorector die Fenster einzuwerfen. — Auch auf die Bürger hat die fragliche Protestation großen Eindruck gemacht, weil sie fürchten, daß die Unterzeichner derselben und noch mehr andere Professoren abgehen und dadurch dem Wohlstand der Stadt und Universität großen Schaden zufügen werden. — Unter diesen Umständen habe ich die Abendpatrouille verstärken und alle sonstigen Maaßregeln eintreten lassen, welche der Abwendung von Ordnungswidrigkeiten dienlich sind.“⁷

Diese polizeilichen Maßnahmen hatten den gewünschten Erfolg: die Studenten verhielten sich in den nächsten Tagen ruhig, um so mehr, als die Festgenommenen theils mit Carcer, theils mit einem ernstlichen Verweise, und der Kandidat Oppermann mit

6. der bereits mehrfach genannte Oppermann, der die Geschichte Hannovers schrieb. Er hatte 1836 sein Examen gemacht und war jetzt bei einem Advokaten in Göttingen tätig.

7. Das Gleiche berichtet das Hauptkommando des Königlichen Landdragoner-Corps (Oberstlieutenant Wyneken) am 23. XI. an das Kultusmin. (C. A.).

einer Geldbuße von zwei Talern bestraft wurden.⁸ blieb in Göttingen auch alles ruhig, so machte sich doch unter den Bürgern eine gewisse Niedergeschlagenheit bemerkbar, weil sie für den Bestand der Universität fürchteten; die Beamten fühlten sich wegen der allgemeinen Unsicherheit, was kommen werde, auch nicht wohl, die Studenten schließlich machten kein Hehl aus ihrer Sympathie für die sieben Professoren. Übertriebene Gerüchte, das oberste Tribunal (Zu Celle) und die ganze Provinz Ostfriesland hätten gegen das Novemberpatent Einspruch erhoben, die verhaßte Mahl- und Schlachtsteuer sollten wieder eingeführt werden, drückten die Stimmung weiter nieder. Man dachte an die „gute alte Zeit“, die man unter Wilhelm IV. erlebt hatte, und so wurde, als Ausdruck der Sympathie für Wilhelm IV. und dessen Staatsgrundgesetz und als Zeichen der Opposition gegen Ernst August, in der Nacht vom 24. zum 25. November das Denkmal Wilhelms IV. — auf dem Wilhelmsplatze der heutigen Aula gegenüber — von Unbekannten mit einem großen Blumenkranz und grünen Zweigen geschmückt.⁹ Schmähschriften gegen den König erschienen in Göttingen und wurden heimlich verbreitet,¹⁰ und folgendes Gedicht fand man in Göttingen an einigen Stellen angeschlagen:¹¹

„Auf! Auf! Hannovers Söhne!
Auf! Auf! es nah't der Tyrann!
Nicht wolle der Knechtschaft fröhnen,
Wer Hannoveraner sich nennen kann!

Darum greift zu der Freiheit Waffen,
Erkämpfet das heilige Gut!
Sollte uns der Tod dahin raff'en, —
Scheut nicht des Tyrannen Wuth!

Blickt auf die deutschen Väter,
Als ihrer Söhne werth,
Nicht als des Land's Verräther,
Nein! schützt Hannovers Herd!

8. Polizeibericht, 22. XI. (C. A.).

9. Polizeibericht, 25. XI. — Bericht Wynekens, 27. XI. (C. A.).

10. Kultusmin. an Polizeidirektion Göttingen, 30. XI. (C. A.): Antwort auf den Polizeibericht vom 27. XI., der in den Akten fehlt.

11. Bericht Wynekens an das Kultusministerium, 1. XII. (C. A.).

Heimführen im Sieges-Kranze
Hannovers treuen Söhne
In neu verjüngtem Glanze
Die Freiheit! neu und schön! —“

Was der Verfasser unter „Freiheit“ versteht, bleibt allerdings gänzlich unklar, ebenso hat er sich wohl keine Gedanken über den Siegeskranz, den er erringen wollte, gemacht: Meinte er, die Hannoveraner würden eine Revolution gegen ihren König machen und dann die ruhmbedeckten Sieger mit Eichenkränzen schmücken? — Das Gedicht zeigt die unglaubliche geistige Verwirrung der Zeit: jeder Oppositionsmacher mußte möglichst große Worte machen, jede Gelegenheit dazu wurde weidlich ausgeschlachtet: So wurde die Tat der „Göttinger Sieben“, die von Parteiliberalismus und demokratischer Opposition weit entfernt war, in den Sumpf des Parteihaders gezogen und aufs grausamste erniedrigt.

Von größerer Gesinnung, die mehr Verständnis für die Sieben zu haben schien, zeugt ein Scriptum, das in der Nacht vom 7. zum 8. Dezember in der Nähe der Bibliothek gefunden wurde:¹²

„Wer das Herz am rechten Fleck hat und nicht kalt die edeln aber fruchtlosen Bestrebungen der sieben hochherzigsten Männer der Georgia-Augusta ansieht: der erscheine Abends 8 Uhr vor dem Albani-Thore! Dulce et decorum est Pro patria mori!“

Darunter war mit gewandter Hand eine Wolke gezeichnet, aus welcher ein mit einem Dolche bewaffneter Arm gestreckt wird. Zweifellos war ein Student der Verfasser: nicht nur das Pathos der Zeilen deutet darauf, sondern auch die Tatsache, daß der Aufruf auf sogenantem Pandecten-Papier geschrieben war, das eigentlich nur von Studenten gebraucht wurde; man vermutete — mit Recht — den Täter unter den Angehörigen der Burschenschaft, da die unter dem Aufruf gezeichnete Figur ein von Mitgliedern der Burschenschaft sehr beliebtes Symbol war. — Was der Verfasser mit dem Aufrufe bezwecken wollte, ist nicht ganz klar: der Aufruf ist in Göttingen nicht weiter verbreitet und nur drei oder vier Beamten bekannt geworden;¹³

12. Polizeibericht, 9. XII. — Bericht Wynekens, 12. XII. (C. A.).

13. Polizeibericht, 9. XII.

es fanden sich auch zur festgesetzten Zeit keine Studenten am Albani-Tor ein.¹⁴ Sollte der Verfasser aber auch gar keine derartige Absicht gehabt haben, sondern sich nur einen Scherz mit den Behörden erlaubt haben, um deren Spürsinn anzuregen und ihnen einen Schrecken einzujagen? Dies scheint fast das wahrscheinlichste zu sein, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß der Aufruf selbst einer ehrlichen Gesinnung entsprungen ist und zweifellos eine Sympathiekundgebung für die Sieben bedeutet, die den Behörden wieder zeigte, daß die Studenten in der Mehrzahl sich durchaus auf die Seite der Sieben stellten.

Ja, die Studenten waren ehrlich empört über die übrigen Professoren, die sich nicht zu den Sieben bekannten, vor allem empört über den Prorektor, der ihrer Ansicht nach sich voll und ganz für die Sieben erklären mußte. Der Ärger unter den Studenten über den Prorektor hatte sich seit der Rotenkircher Deputation (s. Kap. III) noch erheblich gesteigert: man hielt den Prorektor für feige und unterwürfig. Die Studenten gaben dieser Mißstimmung Ausdruck und warfen dem Prorektor in der Nacht vom 7. zum 8. Dezember einen Chausseestein durch das Fenster!¹⁴ —

Während die Studenten sich durchaus zur Protestation der Sieben bekannten, waren die Göttinger Bürger in großer Besorgnis um ihr Wohlergehen: sie fürchteten mit Recht, die Protestation werde für die Universität und damit für die Stadt nachteilige Folgen haben. Vor allem wünschten sie, die Sieben der Universität zu erhalten, weil sonst viele Studenten aus Göttingen fortgehen würden. Die Göttinger Bürgervorsteher richteten daher am 8. Dezember eine Adresse an den König, in der sie ihrer schweren Sorge für das Wohl der Stadt Ausdruck gaben und den Sieben ein „Leumundszeugnis“ ausstellten: diese seien „stets durchaus loyale Unterthanen und auch nicht im geringsten politisch verdächtig gewesen.“ Die Adresse schloß ohne bestimmt formulierte Bitte, gab aber — zwischen den Zeilen — durchaus der Hoffnung Ausdruck, daß die sieben Professoren nicht entlassen würden.¹⁵ — Die Adresse blieb ohne Folgen. Zwar erhielt der Magistrat am 22. Dezember eine freundliche Antwort und die Zusicherung, der Glanz der

14. Polizeibericht, 9. XII. (C. A.).

15. Göttinger Bürgervorsteher an den König, 8. XII. (St. A.).

Universität solle durch Entlassung der Sieben nicht gefährdet werden,¹⁶ jedoch die Sieben waren inzwischen entlassen, und die Befürchtungen der Göttinger sollten sich nur zu sehr bewahrheiten!

4. *Die Wirkung der Protestation.*

b) in Deutschland.

Nicht nur in Göttingen, sondern auch in ganz Deutschland erwachte das größte Interesse an den „Göttinger Sieben“. Schon das Novemberpatent hatte große Aufregung hervorgerufen (s. S. 23), jetzt aber, nach dem Bekanntwerden der Protestation durch alle Zeitungen, wuchs das Interesse ins Riesenhafte. Wie groß die Anteilnahme an den „Göttinger Sieben“ und an dem hannoverschen Verfassungsstreit war, erhellt aus den zahlreichen Zeitungsartikeln, die in jenen Tagen erschienen. Besonders die süddeutschen liberalen Zeitungen, die die Sieben für ihre Parteigänger hielten, konnten sich in Berichten aus Göttingen und Hannover, in Aufsätzen über die Lage und in Auseinandersetzungen über die rechtlichen Verhältnisse gar nicht genug tun. Blättert man beispielsweise die Augsburger Allgemeine Zeitung durch, so kann man jeden Tag seit dem ersten Bericht über die Protestation der Sieben (29. XI.) Neues über die Sieben lesen: es ist unmöglich, auf diese überaus zahlreichen Artikel, die nicht nur in der Augsburger Allgemeinen Zeitung, sondern auch in allen anderen Zeitungen erschienen — meist eine Zeitung die andere zitierend —, einzugehen: sie bringen neben tatsächlichen und richtigen Ereignissen eine Fülle von Gerüchten, Übertreibungen, Widersprüchen und Berichtigungen; die Protestation wurde überall abgedruckt, Berichte über die Rotenkircher Deputation (s. Kap. III), die Erklärung der Sechs (s. U., Kap. III), die Entlassungsurkunden und Be-

16. Ernst August an den Magistrat zu Göttingen, 22. XII. (St. A.). — Das Rescript wurde mit Erlaubnis des Königs den Göttingern durch Anschlag zur Kenntnis gebracht und veröffentlicht. Es ist abgedruckt in der Hannoverschen Zeitung, 28. XII. 37 (Nr. 308, S. 2848), Göttingisches Wochenblatt 1837, Nr. 52 (30. XII, S. 469 f.), ferner im Sammelband der Univ.-Bibliothek Göttingen „Hannover nach dem Tode Wilhelms IV.“, T. 1.

richte über die Entlassung selbst und die Vorgänge während dieser Zeit.¹

Es ergibt sich daraus, wie groß das Interesse an den Sieben war: man wünschte genau über dieses sensationelle Zeitereignis im Bilde zu sein.

Die große Wirkung der Protestation und die Anteilnahme aller Kreise in Deutschland erhellt nicht nur aus den täglich erscheinenden Zeitungsartikeln, sondern ebenso aus den zahlreichen Zustimmungsadressen, die aus allen Gegenden Deutschlands an die Sieben gesandt wurden, die meisten zwar erst nach der Entlassung, viele jedoch auch schon vorher.

Den Reigen der Adressen eröffnete die Hamburger Adresse vom 26. November.² Sie war im Bekanntenkreise des Professors Wurm — am akademischen Gymnasium — entstanden, des Professors Wurm, der schon während des Verfassungskampfes mit zwei Schriften gegen Ernst August hervorgetreten war,³ von dessen Kollegen Professor Krabbe verfaßt, und zwischen diesem und dem nachmaligen Bürgermeister Dr. Kirchenpauer am Sonntag, den 26. November vereinbart nach einer am Abend zuvor abgehaltenen Zusammenkunft bei Professor Wurm.

Die Adresse⁴ betont die „Zustimmung aller Tüchtigen und Gesinnungsvollen im deutschen Volke“ zur Protestation der Sieben: „denn es ist das heilige Feuer des Gemeingeistes und der Vaterlandsliebe, das aus Ihnen gesprochen.“ Die Adresse rühmte die „Macht des freien Wortes“ und „die Kraft der freien Presse“ und bekannte, die Unterzeichner, „einst Zöglinge deutscher Hochschulen, jetzt Bürger eines kleinen Freistaates“ wünschten durch diese Adresse ihrem Dank und ihrer Freude

1. Auf die Stellungnahme der Zeitungen zu den „Göttinger Sieben“ gehe ich im Kap. VI. (Publizistik) noch im Zusammenhang ein.

2. abgedruckt in den „Mitteilungen des Vereins für Hamburgische Geschichte“, Bd. 4 (Jgge 1887—89): Jg. 11 (1888), S. 263 f. — Ebda, S. 262 und Jg. 12 (1889), S. 387 f. nähere Mitteilungen über die Adresse und ihre Entstehung.

3. Dr. C. F. Wurm: „Das k. Hannoversche Patent, die deutschen Stände und der Bundestag.“ (Leipzig 1837): das Julipatent betreffend. — Ders.: „Die Gründe des Patents vom 1. XI. 1837“ (Hamburg 1837) (An: „Staatsrechtliche Würdigung des Patentes vom 1. XI. 1837, Hamburg 1837).

4. Ich drucke die Adresse im Anhang 5 nochmals ab, als Beispiel einer der zahlreichen Adressen an die 7.

über die Tat der Sieben Ausdruck zu geben. — Die Unterzeichner waren neben den Genannten — Wurm, Krabbe und Kirchenpauer — Hamburger Prediger, Advokaten, Ärzte und Privatgelehrte.⁵ Die Adresse, die in den ersten Dezembertagen in Göttingen eintraf,⁶ blieb den Behörden nicht verborgen. Das Curatorium bemühte sich eifrigst, den Wortlaut der Adresse und die Unterzeichner festzustellen; es war recht unangenehm berührt, daß bereits eine Zustimmungsadresse an die Sieben gelangt war, und hoffte, weitere Adressen verhindern zu können. Das gelang jedoch nicht: die Hamburger Adresse war nur die erste, sie hatte noch die Behörden erregt, von den weiteren Adressen wurde in Hannover kaum noch Notiz genommen.

Bereits die Absicht der Hamburger gelehrten Kreise, eine Adresse an die Sieben zu senden, hatte auf Kiel gewirkt. Hier entwarf Theodor Olshausen, der Redakteur des Correspondenzblattes, die Adresse,⁷ die in Dankbarkeit zumal der Tätigkeit Dahlmanns als Mitgliedes des schleswig-holsteinischen Landesuniversität und als Sekretär der schleswig-holsteinischen Ritterschaft gedachte.⁸ Die Adresse war am 29. November von 70 Männern, Professoren, des Bürgermeisters, eines Archidiacons, Ständemitgliedern und anderen unterzeichnet und traf bald nach der Hamburger Adresse in Göttingen ein.⁹

Die nächste Adresse, wirksamer und bedeutungsvoller noch als die aus Hamburg und Kiel, war die Leipziger. Die Hamburger Unterzeichner waren Akademiker, die das Ansehen der Universität wahren wollten, außerdem hatte Gervinus eine geborene Hamburgerin geheiratet, die vornehme Verwandtschaft in Hamburg hatte; Gervinus selbst war verschiedentlich längere Zeit in Hamburg gewesen und hatte so diese Kreise kennengelernt.¹⁰ In Kiel vollends war Dahlmann seit seiner dortigen Tätigkeit hochgeachtet und beliebt, so daß es nicht verwunderlich ist, wenn diese beiden Städte, die Beziehungen zu einem der Sieben hatten, die ersten Adressen abfaßten. — „Unter-

5. Bergmann an Curatorium, 24. XII. (C. A.).

6. Polizeibericht, 4. XII. (C. A.).

7. Mitteilungen des Vereins für Hamb. Gesch., 4, S. 388.

8. Springer II, S. 12.

9. Augsburger Allg. Zeitung, 1837, Nr. 345 (11. XII., S. 2758). — Kasselsche Allg. Zeitung 1837, Nr. 343a. (12. XII., S. 2760), Nr. 353 (22. XII., S. 2847), Nr. 354 (23. XII., S. 2856).

10. Polizeibericht, 9. XII. (C. A.).

der Leipziger Zuschrift standen aber persönlich fremde Namen, welche Vertretern der verschiedensten Stände angehörten, so daß mit Recht gesagt werden konnte, hier hatte die öffentliche Meinung schlechthin sich kundgegeben, hier, wie der Kern des deutschen Bürgerthums von der That dachte, Ausdruck gefunden¹¹. Am 7. Dezember wurde von einer Anzahl Bürgern, Kaufleuten, Professoren und anderen Gelehrten eine Zustimmungsadresse unterzeichnet und abgesandt. Damit nicht genug! Am 9. Dezember erließen „zehn wackere Kaufherren, freisinnige Gelehrte, von der nationalen Würde unserer Wissenschaft ernst und würdig denkende Buchhändler“¹¹ einen Aufruf, der zur Subscription für die Sieben aufforderte, falls diese „biederen Männer ihres Amtes verlustig werden sollten“¹². „Dieser Aufruf, von W. Crusius, Gustav Harkort, A. Dufour, G. L. Preußner, O. L. Erdmann, C. Hirzel-Lampe, Prof. Weber, Karl Reimer, Salomon Hirzel und Otto Wigand unterschrieben, fand begeisterte Zustimmung. Reich und Arm, Jung und Alt, Männer und Frauen eilten herbei, um durch Zusicherung von Beiträgen ihre Theilnahme für die Sieben Göttinger kundzugeben. In den ersten zwölf Stunden wurde die Summe von beinahe Tausend Thalern gezeichnet“¹³ — Dieses „Leipziger Comité“ ließ es sich angelegen sein, die Sieben nicht in Not geraten zu lassen, zog sofort nach der Entlassung die Subscriptionen ein und verstärkte die Sammeltätigkeit, um den Sieben auch weiterhin ihr Gehalt zu zahlen, bis diese eine neue Stellung gefunden hatten (s. u.). Es ist beachtenswert, daß diese Subscriptionen schon vor der Entlassung eingeleitet wurden: nicht erst durch die Entlassung, sondern schon durch die Protestation hatten die Sieben weithin Anerkennung und Zustimmung gefunden!

Andere Städte folgten dem Beispiel Leipzigs: In Braunschweig wurde eine Sammlung für die Sieben und die sechs „Nachprotestierenden“ eingeleitet, ebenso in Hamburg.¹⁴ Auch Schleswig sandte eine mit 41 Unterschriften aller Stände versehene Adresse an die Sieben.¹⁵ —

11. Springer II, S. 5.

12. Springer II, S. 6.

13. Springer II, S. 6.

14. Augsburger Allg. Zeitung, Nr. 362 (28. XII., S. 2893 f.): Bericht aus Braunschweig v. 17. XII., aus Hamburg vom 21. XII.

15. Ebda, Nr. 364 (30. XII.): Bericht aus Schleswig vom 18. XII. (S. 2911).

Aus diesen Adressen, deren Zahl nach der Entlassung noch weit größer wurde, und aus den zahlreichen Zeitungsartikeln erhellt deutlich die starke Wirkung, die die Protestation der Sieben in ganz Deutschland ausübte: Und „zum ersten Male seit den Befreiungskriegen veranstalteten die Deutschen wieder eine Geldsammlung für ihre eigenen politischen Zwecke; in den letzten 20 Jahren hatten sie nur zu Gunsten der Griechen und Polen freiwillig gesteuert“.¹⁶ — Oppermann schreibt:¹⁷ „Diese Protestation schlug aber in die Herzen und Gemüther der Menschen ein, wie ich selten von einem Schriftstücke es erlebt habe und lebhaft dabei an die Luthersche Tat in Wittenberg und ihre Folgen erinnert wurde.“

Diese ungeheure Wirkung der Protestation muß man sich klarmachen und ständig vor Augen halten, wenn man die — im nächsten Abschnitt zu erörternde — Haltung und die Maßnahmen der Behörden und des Königs den „Göttinger Sieben“ gegenüber verstehen und würdigen will.

5. *Stellung der hannoverschen Regierung zur Protestation.*

Die „Unterthänigste Vorstellung einiger Mitglieder der Landesuniversität, das königliche Patent vom 1. November d. J. betreffend“, kurz die „Protestation“ genannt, wurde am 18. Nov. — Sonnabend — abends von Dahlmann an das königliche Universitäts-Curatorium in Hannover gesandt, wo sie am 20. Nov. — Montag — eintraf.¹

Die leitenden Beamten im Curatorium waren: Als 1. Curator der Staats- und Cabinetsminister Carl Friedrich Alexander von Arnswaldt, der aber bei seinem Alter — er war 69 Jahre alt — nur noch wenig Einfluß ausübte. Der eigentliche Leiter des Curatoriums war der 2. Curator, der Freiherr von Strahlenheim, Staats- und Justizminister, der neben der Leitung des Curatoriums die des Justizministeriums, vor allem aber, was in unserem Zusammenhang wichtig ist, auch die Leitung des Kultusministeriums inne hatte. Hatte Strahlenheim die tatsächliche Leitung des Curatoriums und des Kultusministeriums, so war der eigentliche „Arbeiter“ bei beiden Behörden, ob-

16. Treitschke IV, S. 662 f.

17. Oppermann, S. 138.

1. Vermerk auf der Protestation.

wohl offiziell nur zum Kultusministerium gehörig, der Geheime Cabinets-Rath Georg Hoppenstedt, General-Secretair des Ministerii der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten, unterstützt von seinem Neffen, Carl Ludwig Rudolf Hoppenstedt, Geheimen Canzley-Sekretair.² —

Das Curatorium war über die Protestation recht unangenehm überrascht: es wünschte, die Protestation möglichst ungeschehen zu machen, daher die Professoren auf die möglichen Folgen ihres Schrittes hinzuweisen. Der reaktionäre Stralenheim war erbost über das Vorgehen der Professoren gegen ein königliches Patent, ja er meinte, „daß die gedachten Herren ihr Gewissen nur als Deckmantel vorgeschoben haben, um Eitelkeit oder wohl gar noch schlimmere Absichten zu befriedigen“;³ noch zorniger aber wurde er, als die Kunde eintraf, die Protestation sei in Göttingen bereits verbreitet;⁴ er meinte, das Benehmen der Professoren stehe „schon auf der Grenze der Criminalität“.⁵

So ging am 22. November die Antwort des Curatoriums auf die Protestation ab, eine Antwort, die nur schlecht die Furcht und Besorgnis des Curatoriums verbarg, aber doch ehrlich bemüht war, den drohenden Konflikt zwischen der Universität und dem König nicht zum Ausbruch kommen zu lassen.⁶ In dem Schreiben wies das Curatorium darauf hin, es zieme den Untertanen nicht, Entscheidungen des Landesherren zu kritisieren oder sogar den Gehorsam zu verweigern. Das Benehmen der Professoren sei etwas sonderbar, sie ständen mit ihren Ansichten auch ganz allein. Die Protestation werde noch nicht dem König übersandt, vielmehr sollten die Professoren sich ihren Schritt noch einmal überlegen und sich keine widerrechtliche Handlung zu Schulden kommen lassen, sollten auch alles vermeiden, was Aufregung und für die Universität böse Folgen nach sich ziehen könne. — Zwischen den Zeilen stand die Aufforderung zu lesen, die Sieben möchten den Schritt

2. Hof- und Staatshandbuch für das Königreich Hannover auf das Jahr 1838.

3. Randbemerkung Stralenheims zu einem Schreiben Scheles vom 25. XI. (C. A.).

4. Polizeibericht, 20. XI., eingeg.: 22. XI. (C. A.).

5. Randbemerkung Stralenheims dazu.

6. Curatorium an die Sieben, 22. XI. (C. A.): s. Anh. 2.

rückgängig machen, eine Aufforderung, die klar und deutlich in einem Privatbriefe Hoppenstedts an Dahlmann ausgesprochen wurde:⁷ Hoppenstedt wies sehr richtig darauf hin, die Protestation werde auf die Entschlüsse des Königs keinerlei Einfluß ausüben, vielmehr nur den Zorn des Königs erregen, Entlassung für die Sieben und unermesslichen Schaden für die Universität bedeuten. Er, Hoppenstedt, mache sich die größten Sorgen um die Sieben und die Universität und bitte daher, die Protestation doch zurückzunehmen. — Springer bemerkt zu diesem Brief:⁸ „Also, weil das engste Universitätsinteresse durch den Rechtsbruch vorläufig nicht verletzt wurde, und weil andere Staatsdiener es mit ihrem Gewissen vereinten, sich dem fürstlichen Eigenwillen zu fügen, sollten auch die sieben Göttinger das Machtgebot ruhig ertragen. Der Rath war in feinere Worte gekleidet, aber schließlich glich er doch dem Spruche, den Einzelne auf ihre Fahne geschrieben hatten: „Ich unterschreibe Alles, Hunde sind wir ja doch.““ Die Zumutung Hoppenstedts war für die Sieben völlig unmöglich. Dahlmann antwortete dementsprechend an Hoppenstedt:⁹ Er und die Mitunterzeichner blieben der Ansicht, daß das Staatsgrundgesetz nicht durch ein königliches Patent für erloschen erklärt werden könne: dieser Gewissensüberzeugung hätten sie Ausdruck geben müssen, zumal das von berufener Seite, dem Staatsministerium, nicht geschehen sei. Die Folgen würden sie auf sich nehmen, sie wollten als ehrliche Männer aus dem Lande gehen, nicht aber „die Pflicht der Knechtschaft, die im Rescript vom 22ten d. M. gepredigt wird,“ anerkennen.

So brach auch hier, zwischen dem Curatorium und den Sieben, ein unüberbrückbarer Gegensatz auf: Das Curatorium vertrat noch den absolutistischen Standpunkt, Recht sei, was der König befehle, während die Sieben noch ein Recht kannten, das über dem König stehe, dem auch dieser sich zu unterwerfen habe. Wenn sich jetzt das Curatorium entschlossen auf die Seite der Sieben stellte, so mußten noch weitere Proteste folgen, und der König wurde zum Nachgeben gezwungen, wenn er nicht offenen Aufruhr heraufbeschwören wollte. Diesen

7. Hoppenstedt an Dahlmann, 22. XI., abgedruckt bei Springer I, S. 435 f.

8. Springer I, S. 436.

9. Dahlmann an Hoppenstedt, in: Dahlmann, Verständigung, S. 42 ff.

Mut besaß aber das Curatorium nicht, so blieben die Sieben einsam und mußten unterliegen: gegen sie allein zu kämpfen mußte dem König ein leichtes dünken. —

Ein Rescript ähnlichen Inhaltes wie an die Sieben hatte das Curatorium an den Prorektor Bergmann gerichtet, mit der Aufforderung, „die etwa Zweifelnden und Ungewissen mit seinem freundschaftlichen Rathe zu unterstützen“.¹⁰ So war das Curatorium bemüht, auf jeden Fall einen Konflikt zu verhüten und jeden Nachtheil für die Universität zu vermeiden. Vor allem war das Curatorium bestrebt, die Protestation dem Könige zu verbergen: am 24. war die Protestation immer noch in Händen des Curatoriums,¹¹ sie konnte jedoch dem Könige bald bekannt werden, da sie bereits in allen Zeitungen zu lesen stand. So hielt sich der Cabinetsminister von Schele für verpflichtet, endlich am 27. November dem Könige, der sich seit dem 26. Nov. im Schlosse Rotenkirchen — im Solling bei Einbeck — aufhielt,¹² offiziell von der Protestation und auch von deren Verbreitung Mitteilung zu machen.¹³

Der König geriet in großen Ärger über diese Mittheilungen und forderte Schele auf, der Verbreitung entgegenzuwirken und der Verbreitung auf die Spur zu kommen:¹⁴ „Es wird überhaupt schleunigst eingeschritten werden müssen, um diesem Unwesen Einhalt zu thun.“ Der König war der Ansicht, „daß die Professoren augenfällig eine revolutionäre, hochverrätherische Tendenz verfolgen, welche sie persönlich verantwortlich macht: sie scheinen daher der Macht des peinlichen Richters verfallen und zweifle ich nicht, daß von allen betheiligten Behörden Alles werde gethan werden, um diesem verbrecherischen Beginnen nicht allein zu steuern, sondern auch die Schuldigen zur Verantwortung und Strafe zu ziehen. Es wird rasch gehandelt werden müssen, um Eindruck zu machen.“ — Daraufhin forderte Schele den Freiherrn von Strahlenheim auf, die Protestation sofort an den König zu senden.¹⁵

10. Curatorium an Bergmann, 22. XI. (C. A.).

11. Curatorium an Bergmann, 24. XI. (C. A.).

12. Hannoversche Zeitung, 27. XI. 37 (S. 2630).

13. Schele an Strahlenheim, 27. XI. (C. A.) — Ernst August an Schele, 28. XI. (St. A.). Der Bericht Scheles an den König vom 27. XI. fehlt in den Akten.

14. Ernst August an Schele, 28. XI.: s. Anhang 6. (St. A.).

15. Schele an Strahlenheim, 29. XI. (C. A.).

Gleichzeitig sandte Schele einen umfassenden Bericht über den ganzen Fragenkomplex an den König,¹⁶ einen Bericht, der die weiteren Handlungen des Königs maßgebend bestimmte und von größter Bedeutung für das Schicksal der Sieben wurde. Schele hatte am gleichen Tage das Universitätsgericht zu Göttingen aufgefordert, 1. den sieben Professoren die Protestation vorzulegen „und von ihnen eine bestimmte Erklärung zu fordern, ob sie die darunter befindliche Unterschrift für die ihre erkennen? 2. gedachte Professoren darüber zu vernehmen, auf welche Art und Weise die Protestationsschrift veröffentlicht worden sey? Zumal nach allen Umständen die Veröffentlichung dieser Schrift der Einsendung an das Curatorium vorausgegangen zu sein scheint“.¹⁷

Von diesen Maßnahmen setzte Schele den König in Kenntnis¹⁶ und bat um dessen Genehmigung. Er sprach sich dann gegen eine Verhaftung der Sieben aus, da dadurch die Verbreitung nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, — trotz der „starken Indicien, fast schon Beweisen, welche gegen die Professoren vorliegen.“ Geben die Professoren die Verbreitung zu, so sind sie „in hohem Grade strafbar“, jedoch auch ohne dieses Zugeständnis „ist doch ihr Schreiben an sich selbst von der Art, daß sie sofort von ihrem Amte als Professoren und selbst aus Göttingen dürften entfernt werden müssen“, um so „durch ein abschreckendes Beyspiel den üblen Folgen vorzubeugen, welche ein so gefährliches Beyspiel von Seiten gelehrter und bisher hochgeschätzter Männer für andere königliche Diener und für die Wahlcorporationen hervorbringen möchte.“ — Damit war das Schicksal der Sieben bereits entschieden: es war nicht anzunehmen, daß der König milder als sein vertraulicher Minister dachte. So stand bereits am 29. Nov. im Grunde die Entlassung der Sieben schon fest: es handelte sich nur noch um die Form der Ausführung und Formulierung eines Grundes.

Am selben Tage noch antwortete das Curatorium auf die Aufforderung Scheles, die Protestation zu übersenden¹⁸ (s.

16. Schele an den König, 29. XI. (St. A.): s. Anhang .

17. Cabinet des Königs an das Univ. Gericht in Göttingen, 29. XI. (St. A.). — Das Ergebnis der Untersuchung s. Anhang 4 (Vernehmungsprotokoll) und S. 51 ff. (Verbreitung der Protestation).

18. Curatorium an Schele, 29. XI. (C. A.).

S. 75): Der Aufforderung wurde entsprochen und gleichzeitig eine Abschrift des Rescriptes vom 22. XI. an die Sieben beigefügt und eine Zusammenfassung der bisher ergriffenen Maßnahmen¹⁹ angeschlossen. Dieses Schreiben des Curatoriums übersandte Schele am 30. November an den König²⁰ und sprach sich nochmals für eine „möglichst schnelle Bestrafung (der Sieben) sofort nach dem Verhör und die Publication derselben (der Bestrafung) mit Entwicklung der Gründe“ aus. Die Entlassung der Sieben war also eine beschlossene Sache, bevor die Sieben überhaupt vernommen waren, geschweige, daß ihnen eine Möglichkeit zur Verteidigung gegeben wurde!

Dem Curatorium waren die Verhältnisse vollkommen über den Kopf gewachsen: Schele hatte die Initiative ergriffen und das Curatorium fast völlig ausgeschaltet. Das Curatorium war auch gar nicht imstande, die Leitung der Angelegenheiten in der Hand zu behalten: willenlos hatte es sich diese aus der Hand winden lassen, ohne seinen Einfluß geltend zu machen. Von der durch Schele befohlenen Untersuchung war dem Curatorium nichts bekannt! Man hielt es im Cabinet nicht für nötig, die der Universität direkt vorgesetzte und die Angelegenheiten der Universität leitende Behörde von einem derartig wichtigen Vorgange, wie es eine Untersuchung und Vernehmung von Professoren war, in Kenntnis zu setzen!

Das Curatorium begnügte sich in den folgenden Tagen damit, die Verbreitung der Protestation durch zahllose Anfragen und Rückfragen aufzuhellen (s. S. 56 ff.).

Am 4. Dezember wurde die Vernehmung der Sieben vor dem Universitätsgericht vorgenommen, und der Prorektor Bergmann sandte als Vorsitzender des Universitätsgerichtes das Vernehmungsprotokoll (Anhang 4) an das Cabinet, ferner einen Bericht über die Vernehmung an das Curatorium,²¹ so daß dieses jetzt zuerst Kunde von der Vernehmung der Professoren erhielt. Schele sandte dann das Protokoll an Stralenheim und fügte hinzu, der König wünsche sofort einen gutachtlichen Bericht

19. verschiedene Schreiben an den Prorektor und die Polizeidirektion in Göttingen, (z. T. belanglos.).

20. Schele an den König, 30. XI. (St. A.).

21. Univ. Gericht an Cabinet, 4. XII. (St. A.). — Bergmann an Curatorium, 5. XII. (C. A.). —

vom Curatorium in Rücksicht der weiteren Maßregeln zu erhalten.²²

Hoppenstedt arbeitete den gewünschten Bericht aus, der dann am 8. Dezember an den König gesandt wurde.²³

Hoppenstedt gab zunächst ein Resumé über die bisherigen Ereignisse und Maßregeln und betonte, daß vor allem durch die Verbreitung der Protestation weitere Maßregeln gegen die beteiligten Professoren notwendig seien, weil sie gefährliche Grundsätze in ihrer Erklärung aussprächen. Jedoch dürfe die Gerechtigkeit nicht verletzt werden; ein criminelles Verfahren sei aber nicht empfehlenswert, weil es fraglich sei, ob dadurch geeignete Beweise gegen die Sieben erbracht würden, ein derartiges Verfahren aber auch zu viel Zeit kosten würde. Es komme daher für die weitere Behandlung des Falles der § 2 der Karlsbader Beschlüsse über die Universität in Frage, der die Entlassung der Sieben nach einem vom Regierungsbevollmächtigten zu erstattenden Bericht fordere. Demgemäß sei der Geheime Legationsrat von Laffert — der Regierungsbevollmächtigte für die Georgia-Augusta — zu beauftragen, diesen Bericht abzufassen. Außerdem aber müßten die Sieben selbst gehört werden, damit sie sich verteidigen oder ihre Protestation zurücknehmen könnten. Es sei zu wünschen, daß nicht alle Sieben zu entlassen sich nötig zeige; gewiß würden einige die Protestation zurücknehmen, andere aber wollten nur Märtyrer sein: das aber müsse vermieden werden. — Fraglich sei die Frage der Entschädigungsansprüche der Sieben, da diese unbedingt und ohne Vorbehalt einer Kündigung angestellt seien, mit Professoren auch niemals schriftliche Kontrakte abgeschlossen seien. —

Dieser von Hoppenstedt verfaßte Bericht wies einen richtigen Weg, den der König beschreiten konnte, wenn er weiter gegen die Sieben vorgehen wollte — und das allerdings mußte er nun, nachdem bereits eine erste Untersuchung eingeleitet, nachdem vor allem die Protestation in ganz Deutschland bekannt war. Ein Auf-sich-beruhen-lassen war jetzt unmöglich, und der gangbarste Weg war der von Hoppenstedt vorgeschlagene: Verfahren nach den Karlsbader Beschlüssen und Entlassung der Professoren. Nach dem Staatsgrundgesetz gegen

22. Schele an Strahlenheim, 7. XII. (C. A.).

23. Curatorium an den König, 8. XII. (C. A.): s. Anh. 8.

die Sieben vorzugehen, war für den König unmöglich,²⁴ ebenso aber war es noch nicht möglich, nach der königlichen Cabinetsverordnung vom 14. November 1837, das Cabinet und die Departements-Ministerien betreffend“, zu verfahren: hiernach konnte das Cabinet die Professoren entlassen, aber erst nach Anhörung des vom Staatsrat zu erstattenden Gutachtens;²⁵ dieser Staatsrat aber war noch nicht eingerichtet. Es blieb also rechtlich nur die Möglichkeit, nach den Karlsbader Beschlüssen gegen die Sieben vorzugehen, also dem Rat Hoppenstedts zu folgen. Diesen Weg aber verschmähte der König, sondern er entließ die Professoren aus eigener Machtvollkommenheit.

Bevor die Entlassung aber eintrat, ausgerechnet am gleichen Tage, als der König die Entlassungsurkunden für die Sieben unterschrieb, am 11. Dezember, versuchten die Sieben noch einmal, ihren Schritt zu verteidigen, vor allem sich gegen den Vorwurf der Verbreitung zu verwahren. In dieser Eingabe vom 11. Dezember an das Curatorium²⁶ wiesen die Sieben noch einmal darauf hin, daß eine Verbreitung der Protestation in französischen Blättern vor der Einreichung an das Curatorium „schon darum eine völlige Unmöglichkeit“ sei, weil die Vorstellung erst am 17. abends verfaßt, am 18 unterschrieben und an das Curatorium geschickt sei. Daß der Artikel in Galigniani's Messenger (s. S. 55) von sieben Professoren spreche, müsse also ein merkwürdiger Zufall sein. Die Sieben betonten dann, daß sie mit den Tendenzen der französischen Revolution und dem Liberalismus nichts gemein hätten. Zwar hätten sie ihren Schritt, der nach der Natur der Sache nicht hätte verborgen bleiben können, nicht in Dunkel gehüllt, aber keine Aufregung bezweckt, vielmehr immer, — vor allem die Studirenden zur Ruhe ermahnt.

Im Curatorium waren die Meinungen sehr geteilt, was mit dieser Eingabe der Sieben zu geschehen habe. Sollte sie an das Cabinet weitergegeben werden? Strafenheim befürwortete das,

24. § 163 des Staatsgrundgesetzes schrieb in diesem Fall Anhörung des Geheimratskollegii vor, danach eventuell Entlassung.

25. Königliche Cabinets-Verordnung, das Cabinet und die Departements-Ministerien betreffend, vom 14. XI. 37 (publiziert 22. XI.) (Gesetz-Sammlung für das Königreich Hannover, 1837, Nr. 31.)

26. Die Sieben an das Curatorium, 11. XII. 1837 (C. A.). abgedruckt im Anhang 3. Original im Staatsarchiv.

weil die Sieben nur auf die vom König befohlene Untersuchung Bezug nähmen, nicht aber auf das Rescript des Curatoriums vom 22. November: die Sieben wünschten daher wohl selbst eine Weiterleitung an das Cabinet. Arnswaldt hielt das für unnötig, da die Eingabe nur das enthalte, was die Sieben bereits bei ihrer Vernehmung ausgesagt hätten; Hoppenstedt schließlich befürwortete eine Anfrage an die Sieben, ob sie eine Weiterleitung der Eingabe an das Cabinet wünschten, sprach sich im übrigen gegen eine Weiterleitung aus. Strahlenheim aber setzte seinen Willen durch: die Eingabe müsse unbedingt an das Cabinet, weil sonst die Sieben wieder die Eingabe veröffentlichen würden, Arnswaldt fügte sich,²⁷ und so wurde die Eingabe an Schele weitergeleitet.²⁸

Eine Erwiderung des Curatoriums an die Sieben vom 14. Dezember²⁹ — dem Tage, an dem die Entlassungsurkunden in Göttingen eintrafen, was dem Curatorium gänzlich unbekannt war! — benachrichtigte die Sieben nur, das Curatorium habe sich verpflichtet gehalten, den „Vortrag sofort an das Cabinet Sr. Königlichen Majestät, welche die Untersuchung über die Verbreitung der Vorstellung vom 18. November angeordnet hat, gelangen zu lassen.“

Überschaut man diese eben besprochenen Vorgänge vom Eingang der Protestation im Curatorium bis zum 14. Dezember, so ist bezüglich des Curatoriums festzustellen, daß dieses sich aufs stärkste bemüht hat, korrekt zu handeln, den Sieben kein Unrecht zu tun, sondern soweit es möglich schien, ihnen zu helfen, andererseits aber auch dem Könige keine Opposition zu machen, sondern sich dessen Anordnungen zu fügen. Und dieses „Einerseits — Andererseits“ charakterisiert die Stellung des Curatoriums in dem ganzen Konflikt: Als Mittelbehörde war es auf dieses Lavieren angewiesen, es hatte keine Möglichkeit, seine Ansichten voll und ganz durchzusetzen. Dabei ist aber nicht zu verkennen, daß es sich im ganzen doch zu schwach gezeigt hat. Es ließ sich die Angelegenheit von Schele widerspruchslos aus der Hand winden: Schele ordnete die Unter-

27. Randbemerkungen von Strahlenheim, Arnswaldt und Hoppenstedt zur Eingabe der Sieben v. 11. XI. (C. A.).

28. Curatorium an Schele, 13. XII. (C. A.).

29. Curatorium an die Sieben, 14. XII. (C. A.). — Abgedruckt in Dahlmann, Verständigung, S. 65.

suchung der Sieben an, Schele und der König entließen die Sieben, ohne dem Curatorium Nachricht davon zu geben: daraus ersieht man die Machtlosigkeit des Curatoriums, so daß die Vorwürfe Dahlmanns und Jacob Grimms,³⁰ das Curatorium sei bei seiner untergeordneten Stellung nur eine abtrünnige und abgelebte Behörde, nicht unberechtigt sind. Dem Freiherrn von Stralenheim war das Schicksal der Sieben gleichgültig: er sah in ihnen — wie Ernst August und Schele — nur strafbare Rebellen; deshalb hieß er jede Maßnahme gegen die Sieben gut. Hoppenstedt dagegen sah, daß die Sieben bei Abfassung der Protestation von ehrlicher Gesinnung und besten Absichten geleitet waren; im Grunde war er wohl auf ihrer Seite, versuchte, für sie zu tun, was **in seiner** Macht lag, war aber immer durch Stralenheims reaktionäre Gesinnung und die machtlose Stellung des Curatoriums gehemmt. Wenn Hoppenstedts Sohn schreibt:³¹ „Daß Eitelkeit und Selbstüberschätzung einen ebenso großen Antheil an der Protestation hatten, als gewissenhafte rechtliche Überzeugung, daß der Mehrzahl der Unterzeichner das Verständniß der Sache wie die Tragweite ihres Schrittes abging, blieb ihm (Hoppenstedt) nicht verborgen“, so ist das zum mindesten reichlich übertrieben: Hoppenstedt achtete durchaus die Gesinnung der Sieben und bemühte sich immer, für sie zu wirken, wie es deutlich aus den Akten hervorgeht. Jedoch einem Stralenheim gegenüber, vor allem aber dem König und Schele gegenüber, die von vornherein entschlossen waren, die Sieben zu entlassen, war er machtlos.

Stralenheim war ein willfähriges Werkzeug Scheles, dieser der geistige Urheber der Entlassung: Schele beeinflusste den König derartig, daß dieser widerrechtlich die Sieben entließ, trotz des davon abmahnenden Berichtes des Curatoriums vom 8. Dezember.

Bevor ich auf die Entlassung selbst eingehen kann, muß ich noch auf ein Ereignis hinweisen, das in die letzten Novembertage, also noch vor die Entlassung fiel, das viel Staub aufwirbelte und große Erregung hervorrief: die Rotenkircher Depu-

30. Dahlmann, Verständigung, S. 55. — Jacob Grimm an Lücke, 22. V. 38 (Briefwechsel Lücke, S. 19).

31. Materialien zum Leben meines sel. Vaters (von A. Hoppenstedt) (1858), in: Nachlaß Wagner, Bd. 4 (Univ. Bibl. Göttingen).

tation, „ein Ereignis“ — so sagt Jacob Grimm³² — „das künftige Geschichtsschreiber aus der Geschichte der Universität streichen möchten.“

32. Jacob Grimm über seine Entlassung, S. 34.

Drittes Kapitel.

Die Rotenkircher Deputation vom 30. November 1837.

1. Die Deputation in Rotenkirchen.¹

Am Sonntag, den 26. November, hatte sich der König Ernst August nach dem Jagdschlosse Rotenkirchen am Solling — etwa 10 km südwestlich von Einbeck unterhalb der Burg Grubenhagen — begeben.² Hier bekam der König — wie bereits erwähnt (s. S. 75) — zuerst Kunde von der Protestation der sieben Göttinger Professoren. Gleichzeitig erhielt er die Nachricht aus Göttingen, daß die Göttinger Bürger beabsichtigten, eine Deputation nach Rotenkirchen zu senden, um den König einzuladen, nach Göttingen zu kommen.³ Der König wollte dem Wunsche willfahren, wie er selbst sagt, „besonders aus dem Grunde, um den Professoren und der ganzen Stadt Göttingen zu zeigen, daß ich keine Scheu trage, ihnen mich jetzt zu zeigen“.⁴ Diese Absicht des Königs, nach Göttingen zu fahren, kam jedoch nicht zur Ausführung — warum, ist unbekannt. Vielmehr ließ Ernst August durch den Regierungsrat Lüder aus Weende in Göttingen durchblicken, daß er eine Begrüßungsdeputation der Universität und Stadt Göttingen in Rotenkirchen erwarte.⁵ Daraufhin beschloß der Senat der Georgia-Augusta,

1. Ich stütze mich in der Erzählung dieser Vorgänge in der Hauptsache auf den Bericht Dahlmanns (Verständigung, S. 44 ff.), ein Schreiben Bergmanns an das Curatorium (8. XII.) (C. A.), und einen ausführlichen Artikel Gieselers in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 15. II. 1838 (Beil. zu Nr. 46, S. 565 ff.) (Daß der Verfasser dieses Artikels der Theologe Prof. Gieseler ist, geht aus einem Briefe Wilhelm Grimms an Dahlmann vom 3. VIII. 38 (Ippel I, S. 212) hervor).

2. Hannoversche Zeitung, 27. XI. 37 (S. 2630).

3. Ernst August an Schele, 28. XI. (St. A.) (Anh. 6).

4. Ebda. — s. auch Gieseler a. a. O.

5. Hassel, S. 389. — Gieseler und Dahlmann a. a. O.

die sogenannte Honoren-Deputation, die bestimmt war, die Universität als gelehrtes Corpus zu repräsentieren — aus dem jeweiligen Prorektor und den Dekanen der vier Fakultäten bestehend⁶ —, nach Rotenkirchen zu senden.

Am 30. November morgens begaben sich demnach der Prorektor Bergmann, der Dekan der theologischen Fakultät, Giesefer, für den der medizinischen Conradi, der Dekan der philosophischen Fakultät, Herbart, und da Bergmann selbst das Dekanat der juristischen Fakultät innehatte, für diesen der Prodekan Bauer nach Rotenkirchen. Als Vertreter der Stadt Göttingen schlossen sich ihnen der Magistratsdirektor Dr. Ebell und Mitglieder des Magistratskollegiums und der Bürgervorsteher an. Eine schriftliche Instruktion war der Universitätsdeputation nicht mitgegeben worden, da man in Göttingen mit Recht annahm, die Deputationen hätten nur die üblichen Versicherungen der Treue und Ehrfurcht dem Knöige gegenüber abzugeben und dem König das Wohl der Universität ans Herz zu legen.

Es kam jedoch ganz anders, als man erwartet hatte. In Einbeck kam den Deputationen der schon genannte Regierungsrat Lüder entgegen und „eröffnete ihnen, daß der König aufs genaueste und mit allen Details von dem, was sich in Göttingen zugetragen, unterrichtet sei, und deutete ihnen zugleich an, von welcher Beschaffenheit und von welchem Inhalte die von Seiten der Deputationen an den König zu richtenden Reden sein müßten, um dessen Erwartungen zu entsprechen und dessen Zufriedenheit zu erlangen. Er gab zu verstehen, daß der König insbesondere wünschen würde, von den Abgeordneten der Universität und der Stadt Göttingen eine Mißbilligung des Benehmens der sieben Professoren ausgesprochen zu hören, und daß es die theuersten Interessen, sowohl der Akademie als der Stadtgemeinde, erfordern dürften, dem Könige auf das unzweideutigste die Versicherung zu ertheilen, daß die akademische und städtische Corporation weit entfernt seien, die Gesinnungen und Ansichten jener Professoren zu theilen. Die Mitglieder der Deputationen erwiderten hierauf, daß sie zu officiellen Äußerungen in dieser Beziehung sich ohne Auftrag und Vollmacht befänden, dagegen aber den König vollkommen in Betreff

6. Hof- und Staatshandbuch für das Königreich Hannover, 1837, S. 392.

der treuen Anhänglichkeit der Universität und Bürgerschaft beruhigen könnten“.⁷ „Verblüfft und verlegen ziehen die Deputierten weiter“.⁸

Nach der Ankunft in Rotenkirchen wurde den Deputationen von demselben Lüder, der die Deputierten von Einbeck bis Rotenkirchen begleitet und sich hier sofort zum König begeben hatte, eröffnet, „daß der König der Eingabe schriftlicher Adressen von ihnen entgegenthe“.⁹ Die Universitätsdeputation war in großer Bedrängnis: der König wünschte eine Adresse, aber die Deputation hatte vom Senat keinerlei Auftrag für eine Adresse erhalten, sie war also gar nicht berechtigt, eine Adresse zu übergeben. Bergmann jedoch wußte sich zu helfen: er und Conradi waren „Mitglied schon einer früheren Deputation gewesen, die den neuen König zur Zeit seiner Ankunft in Hannover Namens der Universität bewillkommnet hatte; er erinnerte sich, daß damals ebenfalls es der Hofetiquette gemäß erachtet worden war, mittels einer vorgängigen kurzen schriftlichen Eingabe den Zweck der Sendung der eingetroffenen Universitäts-Deputierten anzudeuten und um Gewährung einer Audienz nachzusuchen. Eine Vorstellung der Art wurde denn auch vom Prorektor im Einverständniß mit den ihn begleitenden Dekanen aufgesetzt und dem königlichen Geheimen Cabinetssecretair, Legationsrath von Schele¹⁰ zur Überreichung eingehändigt. Die nämliche Förmlichkeit wurde nach dem Beispiele der akademischen Deputation auch von der städtischen beobachtet“.¹¹

Folgenden Wortlaut hatte die dann so umstrittene „Rotenkircher Adresse“: „Die unterzeichneten Deputirten der Georg-Augustus Universität wünschen vor Sr. Majestät, ihrem allergnädigsten Könige, zu erscheinen, um die Versicherung auszusprechen, daß die Mitglieder der Georgia-Augusta unverbrüchlich festhalten an der Ehrfurcht und Treue gegen ihren Landesherren, daß sie in dem Vertrauen zu den landesväterlichen Absichten Sr. Majestät überall nicht wanken und niemals Gesinnungen hegen werden, welche dem entgegen sind. Sie bitten um die

7. Gieseler a. a. O.

8. Springer I, S. 441.

9. Gieseler a. a. O.

10. Sohn des Cabinetsministers von Schele.

11. Gieseler a. a. O.

Gewährung der Gnade, daß Se. Majestät Allerhöchstpersönlich die Äußerungen jener Gefühle entgegennehmen wollen. Rotenkirchen, 30. November 1837.“ — Es folgen die Unterschriften der fünf Deputierten: F. Bergmann, Gieseler, Bauer, Conradi, Herbart.¹² —

Der König hatte zunächst die Absicht, nur schriftlich auf die Adresse zu antworten, die Deputation also gar nicht persönlich zu empfangen. Die Antwort sollte folgenden Inhalt haben:¹³ Er, der König, habe mit Wohlgefallen aus der Zuschrift ersehen, daß die Georgia-Augusta an der Treue gegen ihren Landesherrn unverbrüchlich festhalten und in dem Vertrauen zu den landesväterlichen Absichten des Königs nicht wanken werde. Um so unangenehmer habe es ihn aber überraschen müssen, daß von einigen Professoren nicht allein seine landesväterlichen Absichten in Zweifel gezogen, sondern auch die Rechtsbeständigkeit des Königlichen Patentes vom 1. November „geradezu einer völlig unzulässigen und unrichtigen Kritik unterzogen“ sei. Er beklage es aufrichtig, „daß Verblendung und augenblickliche Leidenschaft — wenn nicht böser Wille — diese Professoren — welchen als Gelehrten schon ein umsichtigeres Benehmen hätte zugetraut werden mögen —“ so weit hätten verleiten können, ihre Pflichten als Lehrer der zum Staatsdienst sich vorbereitenden Jugend gegenüber „völlig zu verkennen.“ Die Adresse sei ihm jedoch eine Bürgschaft dafür, „daß die Verblendung Einzelner auf den guten Geist und Glanz“ der Georgia-Augusta — „auf welcher Wir frohe Tage der Jugend verlebten“ — „nicht nachtheilig einzuwirken vermögen.“

Diese schriftliche Antwort wurde jedoch der Deputation nicht übergeben, sondern der König beschloß, die Deputation persönlich zu empfangen, um ihr selbst seine Ansicht über die sieben Professoren zu sagen, um vielleicht auch von der Deputation neues über die Protestation und deren Verbreitung, vor allem auch über die Haltung der Professorenschaft den Sieben gegenüber zu erfahren. Seine geheime Absicht war, die Deputation solle im Namen der Universität entschieden von der Tat abrücken und

12. Rotenkircher Adresse, Rotenkirchen, 30. XI. (St. A.).

13. Ernst August an die Deputirten der Georg-Augustus-Universität in Göttingen, Rotenkirchen, den 30. XI. 1837 (St. A.). (Mit dem Vermerk „geht nicht ab, da der König mündlich geantwortet.“ — Das Schreiben ist auch nicht signiert worden.)

ihre Kollegen bloßstellen, damit er dann leichtes Spiel mit den Sieben hätte. Dieser fromme Wunsch des Königs jedoch, Zwiespalt zu säen, ging nicht so in Erfüllung, wie er es erhoffte.

Nach dem Empfang der städtischen Abgeordneten wurde die Universitäts-Deputation vom König empfangen: „Im Audienzsaale waren außer dem Könige die zwei Prinzen von Solms, der Oberhofmarschall von Wangenheim, mehre Stabsoffiziere und der Cabinetssecretair von Schele zugegen; es fehlte daher nicht an Zeugen bei dieser Scene. Der Prorektor sprach ganz so, wie er mit den Dekanen übereingekommen war“.¹⁴ „Es sei zwar von der Universität schon einmahl schriftlich versucht worden, Sr. Majestät den ehrfurchtsvollen und tiefempfundenen Dank zu bezeugen für die Gnade, welche ihr insbesondere in den Tagen der Säcular-Feier zu Theil geworden — für die wahrhaft königliche Munificenz, durch welche das Fest groß und herrlich erschienen sei vor ganz Deutschland. Die jetzige Anwesenheit Sr. Majestät in der Nähe von Göttingen habe indeß den Wunsch erzeugen müssen, die Dankesverpflichtung der Universität von Neuem unmittelbar auszusprechen“.¹⁵ Bergmann schloß noch einige Worte an, die den König der unverbrüchlichen Treue und Anhänglichkeit der Georgia-Augusta versichern und die Universität seiner ferneren Gnade empfehlen sollten. Bergmann fuhr dann etwa folgendermaßen fort:¹⁶ „Ich fühle mich zugleich veranlaßt, über ein unglückliches Ereigniß zu sprechen, — über die Verbreitung der Erklärung einiger Professoren in Beziehung auf das Patent Sr. Majestät vom 1. Nov.“¹⁷

14. Gieseler a. a. O.

15. Bergmann a. a. O.

16. Bergmann a. a. O.

17. Es ist zu beachten, daß Bergmann die Verbreitung der Protestation ein „unglückliches Ereigniß“ genannt hat, nicht aber die Protestation selbst! Das bezeugen auch alle übrigen Berichte über Bergmanns Rede (Gieseler a. a. O. — Dahlmann, Verständigung, S. 47. — Ein Bericht Bergmanns (anonym!) in der Kasselschen Allgemeinen Zeitung vom 27. XII. 37 (Nr. 357, S. 2875), abgedruckt in Dahlmanns Verständigung, S. 56 ff.) (Daß der Verfasser des Artikels in der Kasselschen Allg. Zeitg. Bergmann ist, geht aus Gieselers Erzählung in der Leipziger Allg. Zeitg. (a. a. O.) hervor, ebenso Springer (I, S. 443.). — Springer berichtet (I, S. 441): „Vor den König aber gestellt und die Ansprache beginnend vergißt er (Bergmann) jedes Gebot der Ehre, und um nicht den entsetzlichen Schein der Illoyalität auf sich zu laden, erwähnt er doch seufzend „das unglückliche Ereignis“ und entschuldigt die Universität, die ja von dem Schritte der Sieben nicht unterrichtet war, ihn daher auch

ich glaube derüber einige Worte sagen zu dürfen, weil einmahl die Publicität eingetreten sei.¹⁸ Freilich habe (sic!) das corpus academicum keinen Antheil an der Sache¹⁹ und die vor dem Könige Erschienenen seien daher nicht im Stande, genaue Auskunft zu geben; allein ich (sic!) glaube mit gutem Gewissen versichern zu können, daß durch die Verfasser jener Erklärung die Verbreitung nicht gesucht und am wenigsten aus widerrechtlicher Absicht herbeigeführt sei, daß vielmehr dritte Personen die Divulgirung bewirkt haben müssen“.²⁰ „In dieser Art des Ausdrucks“ — so erzählt Bergmann selbst²¹ — „fuhr ich fort, ohne gegen Dahlmann und seine Freunde harte Worte zu gebrauchen. Ich schloß zuletzt mit der Bitte um Fortdauer der die Universität beglückenden königlichen Gesinnungen.“

Diese Anrede an den König, meist entstellt und verzerrt wiedergegeben, ist Bergmann so oft zum Vorwurfe gemacht, ihm unmännliche und schwächliche Haltung zugeschrieben, daß es notwendig erscheint, kurz auf die Bedeutung der Worte einzugehen. Den ersten Teil der Rede, der nur die üblichen Versicherungen des Dankes und der Huldigung enthält, kann keiner tadeln; es hat dies auch keiner versucht, jedoch hat man mehrmals diesen

nicht hindern konnte; übrigens seien die Sieben gewiß ehrenwerthe Männer und an der Verbreitung des Protestes unschuldig.“ — Diese Darstellung Springers ist einseitig, da sie den Schein erweckt, als ob Bergmann die Protestation selbst ein unglückliches Ereignis genannt habe. Es ist dies um so weniger zu verstehen, warum Springer derartig verschleiernde Wendungen gebraucht, als er sowohl Bergmanns Bericht in der Kasselschen Allg. Ztg., als auch Gieslers Bericht in der Leipziger Allg. Zeitg. kannte, da er diese Berichte selbst erwähnt (I, S. 443).

18. Gieseler (a. a. O.) fügt an dieser Stelle der Rede noch ein: „Bergmann bemerkte zugleich, daß der akademische Senat von diesem Schritt einiger Professoren nicht unterrichtet gewesen sei und ihn darum nicht habe hindern können.“ — s. auch Springer I, S. 442.

19. In einer Privat-Aufzeichnung über die Rotenkircher Vorgänge (vom 3. XII. 37) fügt hier Bergmann am Rande hinzu: „Hier kamen auch vielleicht die Worte vor: ich muß das corpus academicum gänzlich lossagen von jeder Theilnahme an dem Schritte (an dem Verfahren) der sieben Collegen.“ (Aus Bergmanns Handakten, Universitäts-Archiv, Göttingen.)

20. Gieseler (a. a. O.) drückt in seinem Bericht dasselbe etwas anders aus: „Bergmann bemerkte, daß das corpus academicum auch keinen Theil an demselben (Schritte) genommen, übrigens jene sieben Professoren so allgemein als ehrenwerthe Männer bekannt seien, daß sie gewiß nicht vorsätzlich zur Verbreitung der von ihnen unterzeichneten Schrift beigetragen“.

21. Bergmann a. a. O.

Teil der Rede in Berichten unterschlagen, so daß der Eindruck erweckt wurde, Bergmann habe die Audienz nur dazu benutzt, um über die Sieben zu sprechen, vor allem sich von einem etwaigen Vorwurf der Teilnahme an der Protestation zu reinigen. — Der entscheidende Satz ist jedoch der, der die Verbreitung der Protestation ein unglückliches Ereignis nennt: Diese Aussage Bergmanns war zweifellos richtig und enthielt auch keinen Vorwurf gegen die Sieben, da Bergmann diese selbst von dem Vorwurfe der böswilligen und absichtlichen Verbreitung zu reinigen suchte. Aus dieser Wendung kann man Bergmann keinen Vorwurf machen, da tatsächlich nicht die Protestation, sondern deren Verbreitung das entscheidende Ereignis war, das den König zur Entlassung bestimmte. Auch jener Satz, das *corpus academicum* habe keinen Anteil an der Protestation, enthält keinen Tadel gegen die Sieben, wenn er auch ungeschickt gesagt ist und die Sieben isolierte, da der König nun mit Recht annehmen konnte, die Sieben ständen mit ihren Ansichten gänzlich allein da; das zu behaupten, lag Bergmann allerdings fern, wußte er doch, daß auch verschiedene Professoren durchaus zu den Sieben hielten; er wollte nur sagen, die Universität als Corporation, als Gesamtheit habe an der Protestation keinen Teil gehabt, die Protestation sei also ein privater Schritt einzelner Professoren gewesen. Zum Schluß endlich versucht Bergmann, die Sieben vom Vorwurf der Verbreitung zu reinigen, sie also zu verteidigen. — Es ist zuzugeben, daß Bergmann klarer und energischer hätte sprechen müssen, wenn er etwas erreichen wollte, aber gegen die Sieben hat er wenigstens nicht gesprochen, vielmehr durchaus versucht, sie — wenn auch in schwachen Worten — zu verteidigen. —

Der König antwortete ungefähr folgendermaßen:²² Er wolle gern an die Versicherung glauben, die ihm von Seiten der Universität gegeben; auch sei er überzeugt, daß die Handlungsweise der sieben Professoren, unter denen nur ein einziger Hannoveraner sei,²³ die Billigung der übrigen Professoren nicht habe finden können. Wenn aber die Bekanntmachung der Protestation von den Unterzeichnern ausgegangen und sich als Tatsache herausstellen sollte, daß sie in böswilliger Absicht die Schrift verbreitet hätten, so könne er hierin nichts anderes als eine strafwürdige

22. Gieseler a. a. O.

23. Ewald, der (1803) in Göttingen geboren ist.

Handlung zur Störung des öffentlichen Friedens sehen. Die Sache erheische daher eine strenge Untersuchung, die er anordnen werde.²⁴ Lieb würde es ihm übrigens sein, wenn sich ergeben sollte, daß jenen Professoren nicht die Schuld der absichtlichen Verbreitung zuzumessen sei. Kaum könne er jedoch dies annehmen, indem fast gleichzeitig mit der Absendung der Schrift an das Universitäts-Curatorium wohl hundert Abschriften derselben unter verschiedenen Adressen allein in Hannover eingelaufen und die öffentlichen Blätter des Auslandes als Mittel zu deren Veröffentlichung benutzt worden seien. Auch sei es ihm auffallend gewesen, die Nachricht, daß göttingische Professoren mit einem solchen Plan umgingen, schon zuvor in englischen und französischen Zeitungen zu lesen. —

Trotz der Ausführungen Bergmanns, und obwohl dieser nach der Antwort des Königs noch einmal das Wort nahm, um die Sieben gegen den Verdacht und Vorwurf der Verbreitung zu schützen, blieb der König der Überzeugung, die Sieben hätten die Protestation selbst in böswilliger Absicht verbreitet. Es geht klar aus den Worten des Königs hervor, daß das, was seinen Zorn erregte, nicht so sehr die Protestation selbst, als vielmehr deren Verbreitung war. Diese Haltung ist verständlich, wenn man bedenkt, daß eine unbekannt gebliebene Protestation einiger Professoren ohne jede Wirkung im Lande blieb, daß aber die bekanntgewordene Protestation den größten Widerhall in Hannover und sogar in Deutschland fand: die ganze öffentliche Meinung hatte sich gegen den König erhoben, seine Stellung im Verfassungskonflikt war dadurch also sehr erschwert worden. Um seine Position wieder einigermaßen zu festigen, mußte er daher die Sieben streng bestrafen. Gründe dafür hoffte er nach der von Schele anbefohlenen Untersuchung zu erhalten. Um schärfer gegen die Sieben vorgehen zu können, hatte er daher auch gehofft, Bergmann werde in seiner Anrede scharf von den Handlungen der Sieben abrücken: darin hatte er sich getäuscht, da Bergmann im Gegenteil die Sieben in Schutz genommen hatte.

Nach den Reden wurde die Deputation entlassen und später

24. Die Anordnung zur Vernehmung der Sieben war bereits am 29. XI., also einen Tag vor der Rotenkircher Deputation, von Schele angeordnet und gleichzeitig dem König mitgeteilt (s. S. 76), so daß dieser also schon wußte, daß eine Untersuchung stattfinden werde.

zur Mittagstafel eingeladen, ebenso wie die städtischen Deputierten, die vorher vom König empfangen waren. Ihr Führer, der Magistratsdirektor Ebell hatte in dem nämlichen Sinne wie der Prorektor gesprochen und das Wohl und Heil der Universitätsstadt der königlichen Fürsorge empfohlen. Kurz vor der Tafel wurde der Prorektor noch einmal zu einer kurzen Privataudienz zum Könige gerufen; nur wenige Minuten währte diese Unterredung unter vier Augen: der König betonte nochmals, er könne sich noch immer nicht überzeugen, daß die Sieben an der Verbreitung der Protestation unschuldig seien, worauf Bergmann sich noch einmal bemühte, den König davon zu überzeugen, daß die Sieben in bester Gesinnung gehandelt hätten, vor allem aber an der Verbreitung unschuldig seien, bestimmt aber nicht diese absichtlich herbeigeführt hätten.

Nach der Mittagstafel, bei der Ernst August sich sehr freundlich zeigte und nicht mehr von den Sieben sprach, fuhren die Deputationen wieder nach Göttingen zurück.

Zusammenfassend ist festzustellen:

1. Die Universitätsdeputation hat in Rotenkirchen eine schriftliche Adresse abgegeben, in der um Gewährung einer Audienz gebeten wurde.

2. In der Anrede an den König hat Bergmann die Verbreitung der Erklärung der Sieben ein unglückliches Ereignis genannt, sich aber bemüht, die Sieben von dem Vorwurfe der absichtlichen Verbreitung zu befreien.

3. Der Zorn des Königs ist nicht so sehr gegen die Protestation selbst als vielmehr gegen deren Verbreitung gerichtet gewesen.²⁵

2. Der Streit um die Rotenkircher Adresse.

Der Eindruck von der Rotenkircher Deputation in Göttingen war günstig, da allgemein von einem gnädigen Empfang der Deputationen gesprochen wurde.¹ Ein Bericht der Depu-

25. Wenn Dahlmann (Verständigung, S. 48) von einer zweiten Adresse mit dem Zusatz „einer allgemeinen Mißbilligung aller gegen die Treue streitenden Gesinnungen“ spricht (ebenso Jacob Grimm, S. 35 f. und Oppermann, S. 139 f.), so soll damit zweifellos die Anrede Bergmanns gemeint sein: eine zweite Adresse ist nicht abgegeben.

1. Polizeibericht, 4. XII. (C. A.). — Hannoversche Zeitg, Nr. 288 (4. XII., S. 2668): Göttingen, 1. XII.

tation im Senat fand zunächst nicht statt. Man hielt die ganze Angelegenheit schon für erledigt und wartete nur noch auf die offizielle Bekanntgabe der in Rotenkirchen gewechselten Ansprachen, als am 2. Dezember in dem Regierungsorgan, der „Hannoverschen Zeitung“, ein Artikel erschien, der allerdings größtes Aufsehen erregen mußte, da es in ihm hieß, die Göttinger Deputationen hätten in Rotenkirchen Adressen überreicht, „in denen sie ihre Mißbilligung des von sieben Professoren der Landes-Universität gethanen Schrittes aussprechen und Seine Majestät ihrer unverbrüchlichen Treue und Anhänglichkeit versichern. Seine Majestät sollen den Deputationen erwidert haben: Sie hätten niemals Mißtrauen gegen die Stadt und Universität Göttingen gehegt und daher auf's tiefste nur bedauern können, daß einige der dortigen academischen Lehrer ihre Stellung so sehr hätten verkennen und durch eine zur öffentlichen Kunde gekommene Erklärung auf so unangemessene Weise sich gegen das Patent vom 1. November aussprechen mögen“.² In der gleichen Nummer der Hannoverschen Zeitung befaßt sich — zum ersten Mal in der Hannoverschen Zeitung — ein „Schreiben aus dem Göttingischen“ ausführlich mit der Protestation der Sieben: die Protestation wird mit strengen Worten getadelt und überhaupt sehr ungünstig über die Sieben gesprochen. Beide Artikel sind zweifellos von Schele inspiriert, der auf diese Weise Propaganda gegen die Sieben zu machen suchte, um so seine beabsichtigten Maßnahmen gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

In Göttingen erregten diese Artikel begreiflicherweise Sensation, da bislang nur von einer Ergebnheitsadresse die Rede war, nicht aber davon, daß die Deputationen den Schritt der Sieben mißbilligt hätten.

Dahlmann und Albrecht — die einzigen von den Sieben, die damals im Senate saßen — beschlossen, eine Gegenerklärung gegen den Artikel in der Hannoverschen Zeitung abzufassen, die den Zweck verfolgte, Klarheit in die Angelegenheit zu bringen, die propagandistische Wirkung des Artikels in der Hannoverschen Zeitung aufzuheben, und nicht die Meinung aufkommen zu lassen, die Sieben seien isoliert, die Universität stände gegen sie. In dieser Erklärung vom 5. Dezember, von Dahlmann und Albrecht unterzeichnet, am 6. Dezember in der

2. Hannoversche Zeitg., Nr. 287 (2. XII.) S. 2666).

„Kasselschen Allgemeinen Zeitung“ erschienen,³ heißt es: „Um der Verbreitung verfälschter Thatsachen entgegen zu wirken, bemerken wir, daß sicheren Erkundigungen zufolge die Deputirten des Magistrats und der Bürgerschaft von Göttingen Sr. Majestät dem Könige gar keine Adresse übergeben haben, mithin auch keine, welche die bekannte Vorstellung von sieben Professoren mißbilligt. Als Mitglieder des Senats der Universität wissen wir gewiß, daß seine Deputirten weder eine Adresse, noch irgend einen Auftrag vom Senat, jene Vorstellung angehend, erhalten haben.“

Diese Erklärung hatte Dahlmann abgefaßt, als Bergmann im Senat noch nicht über die Rotenkircher Deputation berichtet hatte: er konnte also mit Fug und Recht annehmen, daß keine Adresse abgegeben sei, da der Senat keinen Auftrag dazu gegeben hatte, der Senat auch noch nicht davon in Kenntnis gesetzt war, daß trotzdem eine Adresse überreicht war.

Bergmann gab jetzt im Senat eine Erklärung über die Deputation ab und teilte die abgegebene schriftliche Adresse mit, auf Dahlmanns Drängen hin dann auch endlich den Inhalt der Ansprache an den König. Es mußte sehr merkwürdig berühren, daß Bergmann sich nicht von vornherein klar über die ganze Rotenkircher Angelegenheit ausgesprochen hatte: man mußte vermuten, der Artikel in der Hannoverschen Zeitung habe tatsächlich Recht damit, wenn es darin hieß, Bergmann habe den Schritt der Sieben mißbilligt.

Klarheit war aber immer noch nicht erreicht, im Gegenteil: Der Artikel in der Hannoverschen Zeitung redete von Mißbilligung, der Artikel in der Kasselschen Allgemeinen Zeitung bestritt, daß überhaupt eine Adresse abgegeben sei, und inzwischen, am 6. Dezember, war noch ein Artikel in der Hannoverschen Zeitung erschienen, der die gehaltenen Reden wörtlich wiederzugeben behauptete.⁴

Hiernach hat der Magistratsdirektor Ebell nach einigen huldigenden Worten das aufrichtige Bedauern der Göttinger Bürgerschaft darüber ausgesprochen, „daß einige an der Georg-Augustus-Universität angestellte öffentliche Lehrer, ihre Stellung völlig miß-

3. Kasselsche Allgemeine Zeitung, 6. XII. (Nr. 337, S. 2708), darauf in allen Zeitungen abgedruckt, sogar in der Times (1837, 14. XII.).

4. Hannoversche Zeitg., 6. XII. (Nr. 290, S. 2681 f.).

kennend, Schritte gethan haben, welche von der Bürgerschaft allgemein gemäßbilligt werden.“

Der König erwiderte, er sei unangenehm berührt worden durch die Protestation und deren Verbreitung, um so angenehmer aber jetzt durch die Gesinnung der Stadt.

Darauf sprach Bergmann nach einleitenden Worten der Huldigung von unüberlegten Schritten einiger Lehrer, die weder dem Prorektor noch den Dekanen bekannt gewesen seien, und fuhr dann fort: „Wenngleich mit Sicherheit anzunehmen seyn dürfte, daß jene Schritte der erwähnten Lehrer nicht eigentlich in bösem Willen, sondern vielmehr in Unbesonnenheit und augenblicklicher Aufregung ihren Grund gehabt haben, und wenn auch ferner die Überzeugung der Deputirten . . . dahingeht, daß die Veröffentlichung der . . . Eingabe . . . nicht geflissentlich von diesen Professoren ausgegangen, sondern einer unüberlegten Mittheilung an dritte Personen zuzuschreiben ist, so hat die Georgia Augusta in den Gesinnungen der treuesten Anhänglichkeit an Ew. Königlichen Majestät Allerhöchst erhabene Person das Vorgefallene doch innigst zu beklagen, zugleich aber auch der beglückenden Hoffnung sich hingeben zu dürfen geglaubt, daß Ew. Königliche Majestät Allerhöchstdero Huld und Gnade der Universität darum in ungeschmälertem Maße auch künftighin zuwenden werden.“

Der König sprach in der Antwort von der unangenehmen Überraschung, die ihm durch die Protestation zugefügt sei, von den irrigen Ansichten und unerlaubten Tendenzen der Sieben und der Veröffentlichung, weswegen unverzüglich eine Untersuchung gegen die Sieben eingeleitet werde. Er bedaure die Schritte um so mehr, als sie für die Universität nachtheilige Folgen hervorrufen könnten, sei aber gesonnen, den Glanz der Universität auch weiterhin aufrecht zu erhalten, müsse allerdings gegen die Sieben vorgehen, da er es nicht dulden könne, daß solche Grundsätze, wie von den Sieben verkündet, gelehrt werden könnten. Zum Schluß sprach er seine Freude darüber aus, daß nur ein Hannoveraner (Ewald) unter den Sieben sei, und über die ihm soeben ausgesprochenen Gesinnungen, die ihm eine Bürgschaft dafür seien, „daß die Verblendung Einzelner auf den guten Geist der Georg-Augustus Universität nicht nachtheilig einzuwirken vermöge.“ —

Ich brauche kaum noch darauf hinzuweisen, daß dieser Artikel in der Hannoverschen Zeitung eine Fälschung darstellt: aus den

übereinstimmenden Berichten von Gieseler und Bergmann geht klar hervor, welchen Inhalt die Reden gehabt haben (s. S. 87 ff.). Dieser Artikel in der Hannoverschen Zeitung stammt von Schele selbst, wie aus einem späteren Artikel in der Hannoverschen Zeitung und aus einer Bemerkung Hoppenstedts klar hervorgeht,⁵ und zwar hat Schele in diesen „Reden“ sehr geschickt den Entwurf der schriftlichen Antwort des Königs auf die Adresse der Universitätsdeputierten (s. S. 86), den ihm der König offenbar zugeschickt hat, mit eigenen Wünschen, wie die Rede nach seinen Absichten hätte gehalten werden sollen, zusammengearbeitet. Immer wieder zeigt sich Scheles Absicht, die Sieben zu isolieren, um damit seine Maßnahmen gerechtfertigt erscheinen zu lassen. Zwar fiel hier von Seiten des Prorektors das Wort „Mißbilligung“ nicht, wie von Seiten des Magistratsdirektors Ebell angeblich, aber diese Reden zusammen mit dem Artikel in der Nr. 287 mußten die von Schele gewünschte Wirkung erzielen. Zudem stellte dieser angebliche Inhalt der Rede des Prorektors, wenn auch nicht von Mißbilligung die Rede war, in durchaus genügender Weise die Sieben völlig bloß, da von „Unbesonnenheit“ und „Beklagen des Vorgefallenen“ die Rede war. — Was der Magistratsdirektor Ebell in Rotenkirchen im einzelnen in Wahrheit gesagt hat, ist nicht bekannt; wir wissen aber, daß er „bei seiner Anrede an den König in dem nämlichen Sinne wie der Prorektor gesprochen und das Wohl und Heil der Universitäts-

5. Hannoversche Zeitg., 26. XII. (Nr. 306, S. 2835): „Dagegen können wir die Echtheit des wesentlichen Inhaltes und die Richtigkeit des Sinnes der in Nr. 290 der Hannoverschen Zeitung abgedruckten, in Rotenkirchen gehaltenen Reden des Magistrats-Directors Ebell, sowie des Prorektors auf das Bestimmteste und auf eine Weise verbürgen, welche jeder anderen Beweisführung überheben dürfte; und sind wir namentlich autorisirt zu bemerken, daß Seine Königliche Majestät sich niemals würden bewogen gefunden haben, den Deputationen des Magistrats und der Universität Göttingen die unzweideutigsten Beweise Allerhöchstdero Huld zu ertheilen, wenn nicht von jenen Deputationen bestimmt die Mißbilligung der von den bekannten Professoren gethanen Schritte an den Tag gelegt worden wäre.“ — In einer Randbemerkung Hoppenstedts zu einer — noch zu erwähnenden — Eingabe Bergmanns heißt es: „Daß, wenn die Artikel in der Nr. 290 der hiesigen Zeitung höheren Ortes der Zeitung zugeschickt sind, die Aufnahme des von dem Prorektor verfaßten berichtigenden Artikels Schwierigkeiten finden wird, mag ich nicht verkennen, aber ich bedaure es sehr, daß der Wunsch Bergmanns nicht erfüllt werden kann.“

stadt der königlichen Fürsorge empfohlen hat“.⁶ Soviel ist gewiß, daß auch Ebell nichts von einer „Mißbilligung“ des Schrittes der Sieben gesagt hat. Die Antworten des Königs sind wenigstens dem Sinne nach einigermaßen richtig wiedergegeben worden: hier war eine Fälschung ja auch nicht notwendig. Entscheidend in der ganzen Frage ist nur, daß Bergmann nach dem Zeitungsartikel sich absprechend über die Sieben geäußert haben soll. —

Dieser Artikel wurde nach seinem Bekanntwerden in Göttingen Bergmann sofort vorgehalten: Dahlmann beantragte nochmals im Senat eine bindende Erklärung Bergmanns, was eigentlich genau in Rotenkirchen gesagt sei; die Mehrheit des Senates verzichtete jedoch auf eine solche Erklärung, so daß die Angelegenheit immer noch dunkel blieb.

Für Bergmann jedoch war es unmöglich, den Artikel in der Hannoverschen Zeitung unwidersprochen zu lassen, wollte er nicht seine Ehre, die wahrlich schon genug angegriffen war, gänzlich preisgeben. Bergmann entschloß sich daher, einen berichtigenden Artikel in die Hannoversche Zeitung einsetzen zu lassen, sandte diesen Artikel aber nicht direkt an die Hannoversche Zeitung, sondern an das Curatorium.⁷ In diesem Bericht wies Bergmann auf die unrichtige Darstellung der Hannoverschen Zeitung hin: Es sei keine mißbilligende Adresse abgegeben worden, wie es im Artikel der Nr. 287 heiße, vor allem aber sei seine mündliche Anrede an den König in der Nr. 290 gänzlich sinnentstellt wiedergegeben. Er bat daher um die Erlaubnis, einen im Entwurf beiliegenden berichtigenden Artikel in die Hannoversche Zeitung einsetzen lassen zu dürfen, da seine Ehre und sein Ansehen auf dem Spiele ständen. — In dem Entwurf sollte die entscheidende Stelle lauten: „Es fehlt in dem genannten Zeitungsartikel der warme Ausdruck der Dankesverpflichtung gegen Se. Majestät den König, welche den Anfang der Anrede bildete; und andererseits sind in Beziehung auf die Erklärung der sieben Professoren über das königliche Patent vom 1. November härtere Worte gebraucht worden, als der Redner sie aussprach. Seine, auf die Entschuldigung jener Professoren gegen den Vorwurf der Verbreitung gerichteten Äußerungen gingen unverkenn-

6. Gieseler a. a. O.

7. Bergmann an Curatorium, 8. XII. (C. A.).

bar aus seiner hier sehr bekannten versöhnenden Gesinnung hervor, und Was von ihm auf diese Weise gesagt wurde, schien von Sr. Majestät mit besonderem Wohlgefallen aufgenommen zu werden.“

Das Curatorium⁸ befand sich wieder einmal in Bedrängnis, als dieser Antrag Bergmanns einlief. Eine selbständige Entscheidung glaubte es nicht wagen zu dürfen, hielt es vielmehr für angezeigt, Schele die Entscheidung zu überlassen, ausgerechnet Schele, der den Artikel in der Nr. 290 inspiriert hatte, was das Curatorium zwar nicht wußte, sich aber leicht denken konnte. Bedenken erregte vor allem die Bemerkung in dem Artikel Bergmanns, es seien härtere Worte gebraucht worden, als der Redner sie ausgesprochen habe. Hoppenstedt und die anderen Beamten des Curatoriums schlugen andere Fassungen dieser Stelle vor.⁹ Immerhin bemühte sich das Curatorium, dem Antrag Bergmanns nach Rücksprache mit Schele stattzugeben, vor allem setzte sich Hoppenstedt entschieden für Bergmann ein, zumal Bergmann selbst ihn in einem Privatbriefe um Unterstützung gebeten hatte. Hoppenstedt wies darauf hin, daß es für Bergmann und seine Sache sehr wichtig sei, daß sein Credit in Göttingen aufrecht erhalten werde: „Seine Stellung ist sehr schwierig, und es ist gerecht und billig, alles zu entfernen, was sie noch schwieriger machen muß.“ Gerade die Stelle, über deren Änderung man berate, sei die wichtigste; es sei daher wünschenswert, wenn schon der Artikel vorher Schele mitgeteilt werden solle, „er ganz so mitgeteilt werde, wie er gefaßt ist, und daß nur in dem Schreiben eventualiter dafür eine andere Fassung vorgeschlagen werde, wenn solche durchaus nöthig gefunden werden sollte.“ Keinesfalls aber dürfe man den Sinn der Stelle verändern.

Hoppenstedts Wunsch, Bergmanns Ehre und Ansehen zu retten, ging nicht in Erfüllung, da schon Stralenheim eine Klarstellung für unthunlich hielt; Stralenheim meinte, „wenn nun die

8. Randbemerkungen Stralenheims, Hoppenstedts etc. zu Bergmanns Eingabe (C. A.).

9. Welche Mühe das Curatorium sich mit dem Artikel gegeben hat, geht aus den zahlreichen Änderungsvorschlägen hervor: „hat der Redner so mild sich geäußert, wie es die Umstände irgend gestatteten“, „sind die Worte so schonend nicht wiedergegeben“, „die ungleich milderer Ausdrücke nicht wörtlich wiedergegeben“, „die Äußerungen des Redners nicht in den ungleich milderer Worten wiedergegeben.“

anderen anwesend gewesenen Zuhörer (bei dem Empfang der Deputation) behaupten, es sei seine (Bergmanns) Rede gerade so gehalten, wie sie abgedruckt worden, so kommt der Prorektor noch in eine unangenehmere Lage als jetzt.“ „Die Äußerungen über das Benehmen der sieben Professoren sind übrigens nach meiner Ansicht selbst in der gedruckten Rede so gemäßigt gefaßt, wie es nach Maßgabe des Vorgehens und der Anmaßung derselben nur thunlich war.“ — Wieder standen sich die Parteien des Curatoriums, auf der einen Seite Hoppenstedt, auf der andern Stralenheim gegenüber (s. S. 79 f.): wieder setzte Stralenheim seine Ansicht durch, zumal das Curatorium Kenntniss davon erhielt, daß der Artikel in der Nr. 290 der Hannoverschen Zeitung „höheren Orts der Zeitung zugeschickt“ sei. Damit war das Schicksal des Bergmannschen Antrages, einen Artikel zu seiner Rehabilitation einsetzen lassen zu dürfen, zu Ungunsten Bergmanns entschieden, obwohl Hoppenstedt noch einmal darauf hinwies, daß Bergmanns „Credit nur zu wahrscheinlich leiden wird.“

So erhielt Bergmann eine freundliche, aber abschlägige Antwort:¹⁰ „. . . Es scheint uns nicht gerathen, durch den Versuch einer Berichtigung der fraglichen Zeitungsangaben die ohnehin schon erregten Gemüther von Neuem diesem Gegenstande zuzuwenden, zugleich aber vielleicht Gegenbemerkungen hervorzurufen, und solchergestalt einen öffentlichen Streit nicht über den wesentlichen Inhalt der Rede, sondern nur über einzelne Worte, und zwar über Worte herbeizuführen, welche vor Sr. Majestät dem Könige gesprochen sind.“ Die hohe Achtung, die der Prorektor genieße, werde mehr als ein Zeitungsartikel dazu beitragen, „die Handlungsweise des H. Prorectors auch für den vorliegenden Fall in das rechte Licht zu stellen.“ —

Mit dieser Ablehnung des Antrages war nun aber Bergmann keineswegs gedient. Sein Ansehen war seit der Rotenkircher Deputation sehr gesunken, und als nun gar der Artikel in der Hannov. Zeitung unwidersprochen blieb, glaubte man, Bergmann habe sich in Rotenkirchen tatsächlich gegen die Sieben ausgesprochen und in mehr oder minder verhüllter Form deren Schritt mißbilligt. Nach der Ablehnung seines Antrages durch das Curatorium wagte Bergmann zunächst keine weiteren Schritte zu seiner Rechtfertigung zu unternehmen: er hatte nicht den Mut, gegen eine Be-

10. Curatorium an Bergmann, 13. XII. (C. A.).

hörde sich zu wenden, selbst wenn ihm bitter Unrecht getan war. Erst einige Wochen später, am 27. Dezember, erschien ein Artikel Bergmanns in der Kasselschen Allgemeinen Zeitung,¹¹ der eine berichtigende Darstellung enthielt und die Worte Bergmanns anführte, die er über die Sieben vor dem König gesprochen hatte. Da der Artikel aber anonym erschien, brachte er wohl einigermaßen Klarheit in die fragliche Angelegenheit, zumal er auch von der übrigen Presse übernommen wurde, diente aber kaum zur Rehabilitierung Bergmanns, der weiter in dem Rufe blieb, er lasse sich alles gefallen. —

Unternahm Bergmann nach der Ablehnung seines Antrages durch das Curatorium auch im Augenblick nichts weiter gegen die Lügenartikel in der Hannoverschen Zeitung,¹² — und wenn er es einige Wochen später tat, so doch anonym — so beschlossen doch sechs Göttinger Professoren, sich gegen die Artikel in der Hannoverschen Zeitung zu wenden: Am 17. Dezember erschien in der Kasselschen Allgemeinen Zeitung¹³ eine aus Göttingen, den 13. Dezember datierte und von sechs Professoren — C. O. Müller, W. T. Kraut, H. Ritter, H. Thöl, Ernst von Leutsch, Friedrich Wilhelm Schneidewin — unterzeichnete „Erklärung“: „Wir unterzeichneten Professoren der hiesigen Universität erklären hiermit öffentlich, zur Berichtigung falscher Gerüchte, daß wir uns niemals tadelnd über die in der bekannten Protestation unserer sieben Collegen enthaltenen Gesinnungen ausgesprochen haben, und daß wir uns insofern nicht zu dem Inhalt der nach der Hannoverschen Zeitung Nr. 287 angeblich von der Deputation der Universität zu Rotenkirchen Sr. Königlichen Majestät überreichten Adresse und der in derselben Zeitung Nr. 290 dem Herrn Prorector in den Mund gelegten Anrede bekennen können“.¹⁴

11. Kasselsche Allg. Zeitg., 27. XII. (Nr. 357, S. 2875), s. S. 87, Anm. 17). — Ich brauche nicht näher auf den Artikel einzugehen, da er in verkürzter Form nur das enthält, was ich bereits S. 85 f. (die schriftliche Adresse) und S. 87 ff. (die Reden in Rotenkirchen) ausgeführt habe.

12. Jacob Grimm wollte in seinem Deutschen Wörterbuche, wenn er zum Buchstaben R komme, aufnehmen: „Rotenkircher Nachrichten = Lügen“ (Jacob Grimm an Dahlmann, 9. V. 1838, in: Ippel I, S. 170.).

13. Kasselsche Allg. Zeitg., 17. XII. (Nr. 348, S. 2806).

14. Treitschke (IV, S. 661) berichtet von dieser Erklärung: „Sechs jüngere Professoren . . . entschlossen sich . . . zu der öffentlichen Erklärung, daß sie den Schritt ihrer entlassenen Kollegen nicht mißbilligten.“

Der Urheber dieser Erklärung war Carl Otfried Müller,¹⁵ der damit beabsichtigte, den König von der Fruchtlosigkeit der Bemühungen, die Sieben von ihren Kollegen zu isolieren, zu überzeugen, vielmehr ihm zu zeigen, daß es auch Professoren gab, die mit den Ansichten der Sieben durchaus übereinstimmten, und die auch bereit waren, das Schicksal der Sieben zu teilen. Es mag bei Müller auch die Erwägung mitgesprochen haben, durch diese Erklärung den König von einer Entlassung der Sieben abzuhalten — die Entlassung war am 13. Dezember in Göttingen noch nicht bekannt —, da der König jetzt, nach der Erklärung der Sechs, wenn er die Sieben entließ, auch die sechs „Nachprotestierenden“ zu entlassen gezwungen war. Daß dieses nicht geschah, lag daran, daß die Entlassung der Sieben inzwischen schon ausgesprochen war. Immerhin rechneten auch die Sechs fest mit ihrer Entlassung.¹⁶ Sie wurden jedoch nicht entlassen, im Gegenteil, die hannoversche Regierung ignorierte die Erklärung der Sechs völlig: sie wollte keine neuen Märtyrer schaffen, hatte sie doch auch genug zu tun, um mit den Sieben fertig zu werden.

Die Erklärung der Sechs, der „Nachprotestierenden“, wie sie bald genannt wurden, erschien sofort in fast allen Deutschen

— Hassel (S. 390): „Sechs junge Professoren hatten den Mut, öffentlich zu erklären, daß sie den Schritt ihrer Kollegen billigten.“ — Thimme (S. 268) wendet sich gegen diese nicht korrekte Wiedergabe und meint: „Tatsächlich schließt die vorsichtige Erklärung dieser 6 Professoren gar nicht aus, daß sie den Schritt ihrer Kollegen, wenigstens der Form nach, entschieden mißbilligt haben.“ — Damit versucht Thimme, einen Sinn in die Erklärung hineinzulegen, der nach Entstehung und Wesen der Erklärung niemals in ihr gesucht werden kann. C. O. Müller war mit den Sieben „in Gesinnungen und Ansichten ganz einverstanden“ (Müller an Boeckh, Briefwechsel Boeckh, S. 401). Müller beabsichtigte, wie aus dem Briefe klar hervorgeht, eine energische Unterstützung der Sieben. Die Sechs erwarteten auf ihre Erklärung hin auch ihre Entlassung.

15. Daß die Erklärung von Müller ausging, ergibt sich aus dem schon zitierten Briefe an Boeckh v. 19. XII. 37 (Briefwechsel Boeckh, S. 401), in dem Müller schreibt „Unter diesen Umständen haben wenigstens sechs von uns, mit mir Kraut . . . (von denen ich keinen zur Theilnahme eingeladen hatte), uns in einem Artikel . . . von den in der angeblichen Anrede und Adresse ausgesprochenen Gesinnungen losgesagt.“

16. Müller an Boeckh, 19. XII. 37 (Briefwechsel Boeckh, S. 401): Wir „erwarten nun ruhig, was darauf geschehen wird, da wir doch, wie die Sachen stehen, aus einem oder dem andern Grunde um unser Amt kommen werden.“

Zeitungen und fand auch den Weg in die ausländische Presse,¹⁷ wurde aber bald übertrieben und vollkommen unrichtig wiedergegeben: es hieß, die Sechs hätten ihre Entlassung gefordert,¹⁸ woran diese gar nicht dachten, wenn sie auch mit ihrer Amtsentsetzung rechneten.

Diese Erklärung der Sechs zwang auch den Prorektor Bergmann, noch einmal einen Versuch zur Berichtigung der Artikel in der Hannoverschen Zeitung zu machen: so ließ Bergmann den schon erwähnten Artikel in der Kasselschen Allgemeinen Zeitung erscheinen (s. S. 99).

Auch der Konsistorialrat Lücke, obwohl selbst nicht unmittelbar an der Deputation nach Rotenkirchen beteiligt, setzte ein „Eingesandt“, eine Berichtigung der Artikel in der Hannoverschen Zeitung in die Hamburgische Staatszeitung (= Hamburger Correspondent) ein.¹⁹ Lücke stellt darin fest, daß die Deputation in Rotenkirchen — entgegen dem Bericht in der Hannoverschen Zeitung — keine Adresse im Namen der Universität habe überreichen können, da sie dazu nicht beauftragt gewesen sei; sie habe vielmehr nur im eigenen Namen um Audienz gebeten; ferner habe sich der Prorektor in seiner Anrede darauf beschränkt, „die bekannten sieben Professoren von dem Vorwurfe einer böswilligen Verbreitung ihrer Erklärung zu vertheidigen.“

Den einstweiligen Abschluß dieses Streites um die Rotenkircher Adresse, um den Inhalt der dort gehaltenen Reden bildete der bereits zur Darstellung der Deputation ausführlich herangezogene Aufsatz des Theologen Gieseler, Mitgliedes der Deputation, in der Leipziger Allgemeinen Zeitung vom 15. Februar 1838.²⁰

Damit war aber der Streit um die Rotenkircher Angelegenheit

17. Hamburgischer Correspondent, 19. XII. (Nr. 299). — Times, 1837, 25. XII. (S. 4.).

18. Kasselsche Allgemeine Zeitung, 23. XII. (Nr. 354, S. 2856). — Polizeibericht 15. XII. (C. A.). — Hamburgischer Correspondent, 21. XII. (Nr. 301).

19. Hamburgischer Correspondent, 23. XII. (Nr. 303). — Der Verfasser des Artikels ist nach eigener Angabe Lücke (Lücke an Jacob Grimm, 16. V. 38 (Briefw. Lücke S. 15)).

20. Leipziger Allg. Zeitg., 1838, Nr. 46 (Beil.) (15. II.) (S. 565 ff.). s. S. 83, Anm. 1. — Auch diesen Aufsatz brauche ich nicht näher zu charakterisieren, da ich seinen Inhalt auf S. 83 ff. (Darstellung der Rotenkircher Deputation) bereits im einzelnen wiedergegeben habe.

immer noch nicht endgültig beigelegt: Im Jahre 1842 erschien ein Posthumum Herbarts, des einen Mitgliedes der Deputation:²¹ Herbart kam hier noch einmal auf den alten Streit zu sprechen, ob die Deputation recht gehandelt hatte oder nicht: von dem allgemeinen Satz ausgehend, man müsse sich auf das reine Amt beschränken, die Politik habe nichts auf der Universität zu suchen, spricht er von der Deputation:²² man habe gemeint, die Deputation wäre besser, ohne eine Audienz erlangt zu haben, nach Göttingen zurückgekehrt. Eine Audienz sei jedoch notwendig gewesen, um den König zu versöhnen, dessen Zorn schon genügend erregt war; im Falle einer vorzeitigen Abreise der Deputation wäre die Ungunst des Königs dann noch mehr gesteigert worden. In den Kreisen der Göttinger Professorenschaft sei eben keine Übereinstimmung über die Verbreitung vorhanden gewesen, und diese Ansicht habe in Rotenkirchen zum Ausdruck gebracht werden müssen: „Das war eben das Unheil, was die Herrn (die Sieben) angerichtet hatten, daß in Beziehung auf Göttingen die Form wichtiger wurde als die Sache“.²³

Diese Behauptung, die Sieben und deren Gesinnungsgenossen hätten sich an der bloßen Formsache gestoßen, daß die Deputation zur Abgabe einer Adresse nicht beauftragt gewesen sei, geht an dem Kern des Streites völlig vorbei: nicht das war das entscheidende, daß unberechtigterweise eine Adresse abgegeben war — diese gewiß verzeihliche Eigenmächtigkeit der Deputierten benutzte Dahlmann nur, um von diesem Vorwurf einer eigenmächtigen Handlungsweise aus die ganze Frage aufzurollen, was in Rotenkirchen gesagt sei, da hierüber keine Klarheit zu erlangen war.

Nicht die Tatsache einer Adresse, und nicht die Tatsache, daß in der Anrede an den König von den Sieben gesprochen war, wurde Bergmann zum Vorwurf gemacht, vielmehr der angeblich mißbilligende Charakter der Adresse und der Anrede. Es bleibt auch heute noch ganz unverständlich, warum Bergmann nicht sofort nach der Rückkehr von Rotenkirchen Bericht im Senat über die Deputation erstattet hat: der ganze so unerfreuliche Streit, ob

21. J. F. Herbart: Erinnerung an die Göttingische Katastrophe im Jahre 1837. (Geschrieben 1838).

22. a. a. O. S. 38.

23. a. a. O. S. 39.

eine Adresse übergeben sei, wie die Adresse gelaute habe, was Bergmann im einzelnen gesagt habe, war dann überflüssig. Unbestreitbar allerdings hat der Prorektor Bergmann in der Rotenkirchen Angelegenheit eine etwas unglückliche Rolle gespielt: Daraus, daß er eine Adresse — die vom König gewünscht war! — übergeben hat, obwohl er keinen Senatsauftrag dazu hatte, daraus ist Bergmann kein Vorwurf zu machen, zumal der wirkliche Inhalt der Adresse durchaus keinen Anlaß dazu bieten konnte; auch der Inhalt der Rede selbst kann Bergmann kaum zum Tadel reichen, wenn auch zuzugeben ist, daß er mannhafter und energischer für die Sieben hätte eintreten können, wenn Bergmann auch darauf hinwies, die Universität als Corporation sei an dem Schritt der Sieben unbeteiligt gewesen: das ist um so weniger tadelnswert, als Bergmann sich ehrlich bemühte, den Vorwurf der böswilligen Verbreitung von den Sieben abzulenken. Mit Recht aber ist Bergmanns Haltung nach der Rückkehr der Deputation und während des Streites um den Inhalt der Adresse und der Rede zu verurteilen: er war derjenige, der sofort die ganze Angelegenheit klarstellen konnte und mußte, er aber schwieg und machte nur erfolglose Versuche zur Richtigstellung der Tatsachen. Bergmann hatte die größte Furcht davor, in Konflikt mit den hannoverschen Behörden und der Regierung zu kommen, er mußte aber in derartig entscheidenden Augenblicken, wo es sich nicht nur um seine Ehre handelte, sondern um das Ansehen seiner Kollegen und der ganzen Universität, wo die Augen von ganz Deutschland, ja von Europa nach Göttingen blickten, den Mut aufbringen, sich mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit und der hohen Würde seines Amtes für seine Kollegen und für seine Universität einzusetzen; konnte er das aus Überzeugungsgründen nicht, so mußte er sich klar und offen gegen die Sieben aussprechen, nicht aber durfte er aus Sorge um sein Amt den Dingen ihren Lauf lassen und schweigen! Bergmann mußte sich offen für oder gegen die Sieben erklären, ein Mittelding war für ihn in der exponierten Stellung des Prorektors unmöglich.

Es wird weiter unten noch darzustellen sein, welch verhängvoller Zwiespalt durch die Ereignisse um die Rotenkircher Deputation sich zwischen den Professoren der Georgia Augusta auftat; hier seien zur Charakterisierung der Ansichten nur zwei Aussprüche angefügt:

Herbart meinte, „Bergmann habe durch sein Betragen die Bürgerkrone verdient, und sie müßte ihm von rechtswegen zuerkannt werden“.²⁴

Wilhelm Grimm dagegen machte folgende, von Hohn und Satire überquellende Bemerkung:²⁵ „Bergmann hat sein Gartenhaus weiß anstreichen lassen, sitzt oben auf der Altane und raucht. Mir fällt immer ein, was ein Jude in Arnims Halle und Jerusalem sagt, „was ist Ehre? wen hat sie gesättigt und getränkt? wenn ich mich in mein Zimmer setze und mir einbilde, ich hätte alle Ehren des Königs Salomon, wer will mir's nehmen?“

24. Wilhelm Grimm an Dahlmann, 6. X. 38 (Ippel I, S. 257).

25. Wilhelm Grimm an Dahlmann, 30. VIII. 38 (Ippel I, S. 211).

Viertes Kapitel.

Die Entlassung der „Göttinger Sieben“ im Dezember 1837.

1. Die Entlassung.

Noch während des Streites um die Rotenkircher Adresse war in der Angelegenheit der „Göttinger Sieben“ die Entscheidung gefallen: Am 11. Dezember unterzeichnete der König Ernst August die Entlassungsurkunden der sieben Professoren!

Ich habe bereits darauf hingewiesen (s. S. 76 f.), daß schon am 29./30. November die Entlassung der Sieben bei Schele eine beschlossene Sache war, daß auch der König dem nicht widersprach, daß man nur noch nach einem Grund zur Entlassung suchte. Es ist dabei zu beachten, daß nicht so sehr die Tatsache der Protestation als vielmehr die der Verbreitung den König und Schele zur Entlassung bestimmten! Das ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus dem vorliegenden Aktenmaterial¹ und ist verständlich genug: nur eine im Lande und in Deutschland verbreitete und bekannt gewordene Protestation konnte irgend welche Folgen hervorrufen, konnte die Hannoveraner gegen ihren König aufreizen, konnte möglicherweise eine Erhebung des Landes gegen die

1. Schele an den König, 29. XI. (St. A.): „Wenn die Professoren vernommen werden, und sie erkennen, außer ihrer Unterschrift, auch die Verbreitung des Schreibens an, so sind sie, besonders wegen letzterer in hohem Grade strafbar.“ — In der Antwort des Königs auf Bergmanns Anrede in Rotenkirchen (s. S. 89 f.) wirft der König den Sieben nicht so sehr die Protestation, als vielmehr deren Verbreitung vor. — Graf Münster, der durch seine nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Schele über die Vorgänge im Kabinett sehr gut unterrichtet war, spricht in einem Briefe an C. O. Müller (Thimme, S. 289) von der Protestation, die, „wenn sie nicht verbreitet worden wäre, bevor das Curatorium der Universität auch nur einen Wink von ihrer Existenz erhalten hätte — vielleicht ohne Folgen geblieben wäre.“

königliche Willkür nach sich ziehen, nur eine solche bekannt gewordene Protestation zeigte den Deutschen und machte sie darauf aufmerksam, welch großes Unrecht der König mit dem Novemberpatent begangen hatte! Die Verbreitung aber war nicht mehr rückgängig zu machen, es blieb also nur ein Weg möglich, wenn man die Wirkung der Protestation aufheben wollte: Sofortige schärfste Maßregeln gegen die Sieben, d. h. deren Entlassung. Die Entlassung mußte aber auch so bald als möglich vollzogen werden, damit die Sieben nicht noch mehr Anhänger im Lande gewinnen konnten, damit keine Volksbewegung gegen das Novemberpatent sich erhob, damit vielmehr jedermann sah, daß jede Auflehnung gegen den königlichen Willen aufs strengste bestraft wurde. Deshalb, weil schnell gehandelt werden mußte, entschlossen Ernst August und Schele sich zur sofortigen Entlassung der Sieben, entgegen dem Rate des Curatoriums, ohne den Regierungsbevollmächtigten zu hören, ohne den Sieben auch nur Gelegenheit zu ihrer Verteidigung zu geben.

Auf die tieferliegenden Gründe, die eine Entlassung notwendig machten, da es sich um unversöhnliche Gegensätze handelte, Gegensätze zwischen dem König und den Sieben, die ein Nachgeben von einer Seite unmöglich machten, vielmehr Kampf und Ausharren bei dem für richtig gehaltenen Prinzip unbedingt forderten, bin ich bereits im Zusammenhang der Würdigung der Protestation (s. S. 37, 44 ff.) eingegangen. —

Am 11. Dez. 1837 unterzeichnete Ernst August das Rescript, das die Entlassung der Sieben verfügte, am 12. ein Schreiben an den Prorektor Bergmann in Göttingen, das gegen Drei der Sieben, Dahlmann, Jacob Grimm und Gervinus, noch weitere Verfügungen enthielt, durch die diese gezwungen wurden, das Land zu verlassen.

Am 12. Dezember wurden die Entlassungsurkunden der Sieben mit dem Schreiben des Königs vom 12. an Bergmann durch das Cabinet nach Göttingen gesandt,² wo sie am 14. Dezember eintrafen.³ In dem Begleitschreiben teilte das Cabinet noch einen Befehl des Königs mit, der Prorektor habe „den Studirenden eine Begleitung der weggehenden Professoren auf keine Weise zu gestatten, und wegen Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe auf

2. Cabinet an Prorektor Bergmann, 12. XII. (St. A.).

3. Bergmann an das Cabinet, 14. XII. (St. A.).

der Universität mit dem dortigen Commandanten des Militairs sich zu vereinbaren.“

Das Entlassungsrescript⁴ besagte: Die Protestation der Sieben sei dem Könige vorgelegt; obwohl die schnelle Verbreitung den König mit Recht hätte veranlassen können, deshalb eine gerichtliche Untersuchung anstellen zu lassen, um die Urheber der Veröffentlichung feststellen und bestrafen zu können, habe der König vorerst von der gerichtlichen Untersuchung Abstand genommen. Allein die in der Protestation enthaltenen Grundsätze verpflichteten den König, gegen die Verfasser nachdrückliche Maßregeln zu ergreifen, um den nachtheiligen Folgen der Protestation vorzubeugen. Die Verfasser der Protestation hätten dem Könige den schuldigen Gehorsam aufgekündigt, „da sie in dem Wahne stehen, die Unterthanentreue nur in dem Falle Uns (dem König) eidlich angeloben zu können, wenn das . . . aufgehobene Staatsgrundgesetz vom 26. September 1833 fortdauernd Gültigkeit und verbindliche Kraft hätte.“ Durch die Erklärungen in der Protestation, sie hielten sich an den auf das Staatsgrundgesetz geleisteten Eid auch ferner gebunden, als Lehrer dürften sie kein leichtsinniges Spiel mit ihren Eiden treiben, durch diese Erklärungen hätten die Sieben das Dienstverhältnis zum König völlig aufgelöst, wovon die Entlassung nur als eine notwendige Folge betrachtet werden könne, zumal der König der alleinige Dienstherr sei, dem einzig und allein der Diensteid geleistet werde, er auch nur das Recht habe, den Diensteid zu erlassen. Die Grundlagen des Staates würden untergraben, wenn Männer von solchen Gesinnungen ein öffentliches Lehramt bekleideten, da dann die künftige Dienerschaft eine für Staat und Kirche nachtheilige Bildung erhalte. Der König befinde sich daher „in der höchst traurigen Nothwendigkeit, den . . . (folgt Titel und Name) . . . von dem ihm in der . . . Facultät Unserer Universität Göttingen verliehenen öffentlichen Lehramte hiemit zu entlassen.“ Datirt waren die Entlassungsrescripte vom 11. Dezember, unterzeichnet von Ernst August, gegengezeichnet von Schele.

In dem Zusatzschreiben des Königs an den Prorektor⁵ heißt

4. Entlassungsrescript vom 11. XII. (St. A. — C. A.). — abgedruckt im Anhang 9.

5. Ernst August an den Prorektor der Universität Göttingen, 12. XII. 37. (St. A. — C. A.). abgedr. Anh. 10.

es: Drei von den Sieben Professoren, Dahlmann, Jacob Grimm und Gervinus, hätten „in dem am 4. Dezember vor dem academischen Gerichte aufgenommenen Protocolle unumwunden eingestanden, daß sie die Protestationsschrift Anderen mitgetheilt haben“, Dahlmann seinem Schwager Hegewisch, Jacob Grimm einem Freunde außerhalb des Königreiches, Gervinus dem bei ihm zu Besuch weilenden Architekten Gladbach, Gervinus habe außerdem seinen Besuchern nicht verwehrt, die Protestation zu lesen. Der Prorektor habe daher jedem von diesen Dreien „bei Behändigung der Dienstentlassungs-Urkunde anzukündigen, daß er drei Tage nachher nicht nur die Universität, sondern auch Unser Königreich zu verlassen habe, und daß, falls er aus freiem Antriebe dieses nicht thun würde, die gerichtliche Unterstützung wegen Verbreitung der Protestationsschrift nach aller Strenge wider ihn fortgesetzt werden solle, zu welchem Ende er sodann an einen bestimmten Ort im Königreiche würde gebracht werden.“ Den übrigen vier Professoren sei zwar verstattet, in Göttingen zu bleiben; wenn sie jedoch „Aufregungen auf irgend eine Weise zu bewirken versuchen“ sollten, müßten auch sie das Königreich verlassen. — Dieses Zusatzschreiben war vom 12. Dezember datiert und ebenfalls von Ernst August und von Schele unterzeichnet. —

Bezüglich dieser beiden Rescripte sind noch einige Bemerkungen erforderlich:

Der Verzicht auf eine gerichtliche Untersuchung wegen Verbreitung bedeutet keinen Akt der Gnade und der Großmut des Königs, ganz im Gegenteil: das Ergebnis einer derartigen Untersuchung war durchaus nicht sicher, es konnte daher der Fall eintreten, daß den Sieben keine Schuld an der Verbreitung zugesprochen wurde, vielleicht auch nicht den Dreien, vielleicht nur einem oder gar überhaupt keinem! Dann aber, wenn einmal der reguläre Rechtsweg beschritten war, war es viel schwieriger, einen Grund zur Landesverweisung für die Drei zu finden, außerdem aber war es möglich, daß das Gericht feststellte, die Protestation sei überhaupt nicht strafbar! Diesen Möglichkeiten wollte der König aus dem Wege gehen, indem er kurzerhand aus eigener Machtvollkommenheit die Sieben entließ und die Drei des Landes verwies. Bestärkt wurde er in diesem Entschlusse noch durch den Gedanken, daß eine schnelle Entscheidung nötig sei, um allen weiteren Folgen der Protestation vorzubeugen (s. S. 105 f.).

Als Grund zur Entlassung wird nicht die Verbreitung der Protestation angegeben, sondern die angeblich in der Protestation enthaltene staatsgefährliche Gesinnung der Sieben; ich habe aber bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß für den König selbst der Grund zur Entlassung vielmehr die Verbreitung war.

In der Entlassungsurkunde waren die Sieben als Staatsbeamte betrachtet, deren Entlassung in der Machtbefugnis des Königs liegt. Daß die Sieben aber nicht nur Beamte, sondern als Professoren einer Universität gleichzeitig Mitglieder einer Korporation waren, einer Korporation, die „zur Beurteilung dessen berufen“ war, „was den rechtmäßigen Bestand der Verfassung betrifft“,⁶ wurde vom König nicht berücksichtigt. Die Entlassung der „Göttinger Sieben“ bedeutet also — von allem anderen abgesehen, in universitätsrechtlicher Hinsicht betrachtet — eine erhebliche Schwächung der corporativen Stellung der Universität. In demselben Augenblick, in dem „die öffentliche Korporation ihre prägnante Bedeutung innerhalb der für das 19. Jahrhundert charakteristischen Spannungen zwischen dem dynastisch verfaßten Staat und der mit Macht in das öffentliche Leben hineindrängenden bürgerlichen Gesellschaft“ gewann,⁷ wurde die tatsächliche Macht dieser Korporation erheblich geschwächt, ein Vorgang, der für die Stellung der Universität als Korporation dem Staat gegenüber hoch bedeutsam ist. —

Bezüglich des Zusatzrescriptes ist zu bemerken, daß hierin formell zwar keine direkte Landesverweisung ausgesprochen wurde, da die Drei die Wahl zwischen Entfernung aus dem Königreich und weiterer gerichtlicher Untersuchung hatten. Was dieses aber bedeutete, zumal mit dem Zusatz, die Drei würden zu dem Zwecke an einen bestimmten Ort im Königreiche gebracht werden, wird sofort klar, wenn man bedenkt, daß die im Jahre 1831 beim sogenannten Göttinger Aufstand Verhafteten jetzt noch — im Jahre 1837 — ihres Urteils harreten!⁸ Schließlich lautete der Befehl an den Prorektor auch, die Drei hätten das Land zu verlassen; dies also war der königliche Befehl; wurde dem keine Folge geleistet,⁹

6. Ritschl, S. 49.

7. Köttgen, S. 45.

8. Treitschke IV, S. 156. — Oppermann, S. 141.

9. Wie sehr das Verlassen des Landes befohlen war, geht z. B. aus einer Verfügung des Königs an Bergmann vom 2. I. 38 (St. A.) hervor, in der es heißt: „Sobald der Hofrath Grimm nach Göttingen kommen

dann sollte strenge Untersuchung stattfinden: Es blieb den Dreien also keine andere Möglichkeit, als innerhalb dreier Tage das Königreich Hannover zu verlassen. Sämtliche Vorwürfe gegen die Drei, sie hätten es im Bewußtsein ihres Unrechtes vorgezogen, einer weiteren gerichtlichen Untersuchung aus dem Wege zu gehen,¹⁰ entbehren mithin jeder Grundlage.

Die Frage, wraum der König die Drei, Dahlmann, Jacob Grimm und Gervinus, des Landes verwiesen hat, ist kurz dahin zu beantworten, daß er durch ihre Zugeständnisse vor dem Universitätsgericht am 4. Dezember weitere Handhaben gegen sie besaß, und sie natürlich benutzte, um derartig „gefährliche“ und „staatsfeindliche“ Elemente aus seinem Lande zu entfernen. Daß den Dreien mit ihren Zugeständnissen die Schuld an der Verbreitung der Protestation noch keineswegs nachgewiesen war, spielte für den ja nur äußerst mangelhaft ausgebildeten, ja ich möchte sagen, gänzlich fehlenden Rechtssinn des Königs gar keine Rolle.

Ich komme damit zur Frage der Rechtmäßigkeit der Entlassung überhaupt. Thimme¹¹ hält die Entlassung der Sieben für durchaus rechtmäßig: „Da die hannoversche Regierung sich konsequent auf den Standpunkt stellte, das Grundgesetz sei mit dem Patent vom 1. XI. erloschen, so hatte sie von diesem ihrem Standpunkte aus nach Dahlmanns eigenen Worten völlig recht (siehe Verständigung S. 42, Dahlmann an Hoppenstedt), die Sieben als Verbrecher anzusehen und sie abzusetzen. Auch kann es der hannoverschen Regierung, nachdem sie einmal das Staatsgrundgesetz aufgehoben hatte, nicht mehr zum Vorwurf gemacht werden, daß sie die Vorschriften desselben über die Entlassung von Staatsdienern als nicht vorhanden ansah, sondern auf das vor dem Staatsgrundgesetz in Hannover geltende Recht zurückgriff. Dieses enthielt aber, wie auch Albrecht (S. 38) zugesteht, keine bestimmten Normen über die Entlassung von Staatsdienern, von einigen bestimmten Klassen derselben abgesehen. Albrechts Meinung, daß unter diesen Umständen auf die allgemein herrschenden Grundsätze hierüber, die eine willkürliche Entlassung

sollte, um sich heimlich, dem ergangenen Verbote zuwider, dort aufzuhalten . . .“

10. Hannoversche Zeitg., 1837, Nr. 300 (18. XII. S. 2798). — Beleuchtung der erschienenen Schrift: Die Protestation und Entlassung . . . (Lüneburg 1838), S. 31.

11. Thimme, S. 282.

nicht zuließen, hätte zurückgegriffen werden müssen, ist juristisch nicht haltbar. Die Anstellung und Absetzung der Staatsdiener gehörte unzweifelhaft zu den Hoheitsrechten eines souveränen Staates, wie Hannover es war. Nun ist es aber lediglich Sache des souveränen Staates, den Umfang seiner Hoheitsrechte zu bestimmen, ohne daß er dabei einer Beschränkung durch allgemeine Grundsätze unterliegt.

Es ist richtig, daß Ernst August von seinem Standpunkte aus die Sieben entsetzen mußte; richtig ist ferner, daß die hannoversche Regierung die Vorschriften des Staatsgrundgesetzes über die Entlassung nicht mehr zu beachten hatte. Wenn Thimme aber meint, der König sei an irgendwelche Vorschriften nicht gebunden gewesen, so befindet er sich im Irrtum: Der König hatte sich in der Cabinetsverordnung vom 14. November¹² selbst Beschränkungen auferlegt: Die Professoren gehörten nicht zur Klasse der Richter, standen auch nicht auf Kündigung,¹³ konnten also nur im Disziplinarwege nach Einholung eines Gutachtens des Staatsrates vom König entlassen werden. Der Staatsrat bestand aber noch nicht, der König hätte also, um den von ihm selbst erlassenen Vorschriften genügen zu können, erst den Staatsrat einrichten müssen. Aber auch nicht einmal der Disziplinarweg ist eingehalten worden! denn der König verfügte von sich aus ohne weiteres die Entlassung.

Nicht nur diese von ihm selbst erlassenen Vorschriften hat Ernst August gebrochen, sondern auch die sogenannten Karlsbader Beschlüsse, die durch die Königliche Verordnung vom 30. Juli 1832 in Hannover publiziert waren¹⁴ und damit Geltung eines Landesgesetzes erlangt hatten, trotz der Mahnungen des Curatoriums vom 8. Dezember völlig mißachtet. Der Regierungsbevollmächtigte ist über die gegen die Sieben zu

12. Königliche Cabinets-Verordnung, das Cabinet und die Departements-Ministerien betreffend, vom 14. XI. 37 (Gesetz-Sammlung für das Königr. Hannover, 1837, Nr. 31): § 8: Die an Unser Cabinet gehörenden Gegenstände sind folgende: . . . 12. Entlassung vom Dienst im Disciplinar-Wege solcher öffentlichen Diener, welche nicht lediglich zur Classe der Richter gehören, auch nicht auf Kündigung stehen, nach Anhörung des darüber von Unserem Staats-Rathe zu erstattenden Gutachtens.

13. Curatorium an König, 8. XII. 37 (C. A.): „Die Professoren unbedingt und ohne Vorbehalt einer Kündigung angestellt.“

14. Curatorium an den König, 8. XII. 37 (C. A.). — Hannoversche Gesetz-Sammlung, 1832 (I, S. 97).

ergreifenden Maßnahmen vor der Entlassung nicht zu einem Bericht aufgefordert worden! Die Entlassung der Sieben ist also in jeder Hinsicht unrechtmäßig und auf gänzlich ungesetzmäßigem Wege erfolgt.

Ist es, vom Standpunkt des Rechtes aus, unzweifelhaft, daß der König die Sieben zu Unrecht entlassen hat, so ist es doch nicht zu verkennen, daß er, vom Standpunkt des Historikers gesehen, die Sieben entlassen mußte!

Ich habe bereits bei der Besprechung der Protestation (s. S. 37, 44 ff.) darauf hingewiesen, ein wie schwerer Konflikt zwischen den Sieben und dem König durch den Protestschritt ausgebrochen war, daß ein Ausgleich unmöglich war, daß vielmehr derjenige der Sieger bleiben mußte, der die größere Macht besaß, und das war in diesem Falle der König. Da es für die Sieben unmöglich war, ihre Protestation zurückzunehmen, — wollten sie nicht als ehrlose und haltlose Schwächlinge erscheinen, wollten sie nicht sich vollkommen entblößen und als charakterlose Männer angesehen werden in Deutschland und Europa, nicht festhaltend an der einmal gewonnenen und mutig zum Ausdruck gebrachten Überzeugung, sondern diese beim geringsten Widerstand und bei ihnen drohender persönlicher Gefahr aufgebend, — so mußten sie sich auch verantwortlich für ihre Tat zeigen, dafür einstehen und alle Folgen auf sich nehmen. Und da die Sieben diese Bereitschaft gezeigt hatten, blieb für den König keine andere Möglichkeit, als diese Männer, die sich gegen seinen königlichen Willen zu erheben gewagt hatten, zu bestrafen, d. h. sie zu entlassen und möglichst aus seinem Lande zu entfernen. Tat er dies nicht, so bestand für ihn die große Gefahr, daß sein Ansehen und seine Würde nicht nur im Lande, sondern auch bei den Fürsten Europas litten: Was sollte man von einem Könige halten, der es geschehen ließ, daß sieben Männer seine Handlungen als unrechtmäßig und nicht verpflichtend ansahen und ansprachen?! Welche Folgen konnte aber die Protestation auch in seinem Lande haben! Es war möglich, daß noch mehrere sich der Protestation anschlossen, daß die Teilnahme an den Deputiertenwahlen verweigert wurde, daß also das ganze Staatsgefüge in Unordnung geriet, ja es war nicht ausgeschlossen, daß die Protestation eine Volksbewegung nach sich zog.

Alle diese Gefahren, die ihm und seinem Lande drohten,

mußte der König aber im Keime ersticken. Er war daher gezwungen, die Sieben zu entlassen, und er war — historisch gesehen — ebenso im Recht damit, wie die Sieben historisch im Recht mit ihrer Protestation waren: noch konnte die neue Auffassung vom Staat nicht siegen, noch war die Anschauung des Königs Ernst August herrschend, noch einmal mußte der reaktionäre Despotismus siegen, da die neue Staatsauffassung noch nicht zu voller Klarheit gekommen war, damit aber auch noch nicht das Recht zur Herrschaft erlangt hatte. Erst ein Dezennium später errangen diese neuen Anschauungen des 19. Jahrhunderts ihren Sieg. Kann man die „Göttinger Sieben“ auch nicht als Parteiliberale fassen, so sind sie doch Wegbereiter des Liberalismus und der Revolution von 1848. So erkämpften die Sieben ihren Sieg gegen Ernst August erst 1848, und es ist kein Zufall, sondern im Wesen der Dinge begründet, daß gerade 1848 die Sieben rehabilitiert wurden, daß einige von ihnen wieder in Göttingen angestellt wurden, und es ist auch kein Zufall, daß Dahlmann eine hervorragende Rolle in der Paulskirche spielte. —

Die Entlassungsurkunden für die Sieben und das Begleitschreiben an den Prorektor waren am 11. und 12. Dezember in Hannover ausgefertigt und wurden durch den Befehlshaber des Landdragoner-Corps, den Oberst-Lieutenant Wyneken, der sich persönlich nach Göttingen begab, um bei etwaigen Unruhen wegen der Entlassung der Sieben dort anwesend zu sein, am 14. Dezember gegen Mittag dem Prorektor Bergmann übergeben.¹⁵ Bergmann lud die Sieben sofort zu sich, um ihnen ihre Entlassung mitzuteilen: Um 2 Uhr fanden sich die Sieben bei Bergmann ein, und es wurden ihnen die Entlassungsurkunden einzeln ausgehändigt, den Dreien — Dahlmann, Jacob Grimm und Gervinus — außerdem dem Befehle des Königs gemäß angegeben, daß sie innerhalb von drei Tagen das Königreich zu verlassen hätten, „und falls sie solches nicht thun werden, die gerichtliche Untersuchung wegen Verbreitung der Protestationsschrift mit aller Strenge gegen sie fortgesetzt und zu dem Ende ihre Transportierung nach einem bestimmten Ort im Königreich verfügt werden müsse“.¹⁶ Die Drei erklärten, „sich zur bestimmten Zeit entfernen zu wollen“, ¹⁶ jedoch legte

15./16. Bergmann an Cabinet, 14. XII. (St. A.).

Dahlmann förmlichen Protest gegen die Entlassung ein und gab sogleich zu Protokoll:¹⁷ „Ich lege Protest ein gegen Alles, was mir eben mitgetheilt worden, als von Grund aus nichtig, weil es, was die Form angehe, von keinem verfassungsmäßigen Minister contrasignirt sei, sondern von einem Manne, der darum nicht Minister sein könne, weil er als solcher nicht auf das Staatsgrundgesetz verpflichtet sei, was aber den Inhalt betreffe, weil weder die Bedingungen, welche das Staatsgrundgesetz bei Entlassung von Beamten vorschreibt, noch diejenigen, welche der König bereits sich selber vorgezeichnet, hier wären erfüllt worden.“

Christern nennt diesen Protest Dahlmanns mit Recht einen „selbständigen Schritt“, in dem Dahlmann „wirklich aggressiv vorgeht“, und mit der Behauptung sowohl der formalen, als auch der materiellen Ungültigkeit der Königlichen Verfügung, mit der Behauptung der Ungesetzlichkeit des ganzen Verfahrens „über eine bloße Verwahrung zum Angriff übergeht.“¹⁸ Dieser Angriff Dahlmanns jedoch blieb wirkungslos: Sein Protest wurde zwar im Protokoll aufgenommen,¹⁹ aber Bergmann hielt es nicht einmal für nötig, davon Mitteilung an das Curatorium oder an das Cabinet ergehen zu lassen. Daß Dahlmann und seine sechs Kollegen sich aber nicht widerstandslos in ihre Entlassung fügten, sondern einen wirksamen Versuch machten, eine gerichtliche Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die Entlassung rechtmäßig oder ungesetzlich sei, wird weiter unten zu erörtern sein. Zunächst blieb den Sieben keine Wahl: sie waren gezwungen, ihre Lehrtätigkeit einzustellen, die Drei mußten das Land verlassen: Am 17. Dezember überschritten Dahlmann, Jacob Grimm und Gervinus die hannoversche Grenze bei Witzhausen. Damit war der Verfügung des Königs Genüge getan. Der königliche Wille hatte noch einmal gesiegt. Die Studenten allerdings verfehlten nicht, den Sieben ihre Sympathie in einer großen Demonstration zu offenbaren. Bevor ich jedoch von dieser Wirkung der Entlassung in Göttingen berichte, muß ich noch eine sehr merkwürdige Tatsache erwähnen: daß das Curato-

17. Dahlmann, Verständigung, S. 67.

18. Christern, S. 377.

19. wenigstens nach Dahlmann, Verständigung (S. 67). Das Protokoll über die Entlassung befindet sich nicht in den Akten.

rium erst nach Verlauf einer Woche offiziell Kunde von der Entlassung der sieben Professoren erhielt!

Am 8. Dezember hatte das Curatorium den großen gutachtlichen Bericht, wie nach Meinung des Curatoriums am besten in der Angelegenheit der Sieben zu verfahren sei, an den König gesandt (s. S. 78). Auf diesen Bericht blieb das Curatorium ohne jede Antwort von Seiten des Königs oder des Cabinets. Ich habe schon erwähnt (S. 80), daß noch am 14. Dezember, an dem Tage, an dem bereits die Entlassung in Göttingen vollzogen wurde, das Curatorium auf die letzte Eingabe der Sieben antwortete, ohne die geringste Kenntnis der erfolgten Entlassung zu haben! Berührt das schon sehr seltsam, daß die Behörde, die die Angelegenheiten der Universität verwaltete, zwei Tage nach Ausfertigung der Entlassungsurkunden noch ohne jede Kenntnis davon war, daß sieben Professoren, also Beamte, die dem Curatorium in gewisser Weise unterstellt waren, entlassen waren, so wird die Angelegenheit immer eigentümlicher, wenn man hört, daß Stralenheim am 16. Dezember in den Akten eine Notiz macht:²⁰ „Privatim habe ich die erfolgte Entlassung der sieben Professoren erfahren, ich habe um eine offizielle Nachricht ersucht. Die Modalitäten, die dabei stattgefunden, kenne ich nicht genau.“ — Auch am 19. Dezember war das Curatorium noch ohne jede Nachricht: weder war eine Antwort auf den Bericht vom 8. Dezember, noch eine offizielle Benachrichtigung von der Entlassung der Sieben erfolgt. Man sah sich daher im Curatorium genötigt, um wenigstens in den Akten etwas über die Entlassung der Sieben zu besitzen, das Blatt der Hannoverschen Zeitung vom 18. Dezember in die Akten einzufügen, da hier in der Zeitung bereits die Entlassungsurkunden nebst der Verfügung des Königs, daß die Drei das Land zu verlassen hätten, abgedruckt waren!²¹

Erst am 22. Dezember, also 11 Tage nach der Ausfertigung der Entlassungsurkunden, übersandte Schele an Stralenheim eine Abschrift der Entlassungsurkunden der Sieben, sowie eine Abschrift des an den Prorektor erlassenen Rescriptes vom 12. Dezember.²² Irgendwelche Erläuterungen, warum die Entlassung erfolgt sei, warum das Curatorium ohne Kenntnis davon ge-

20. Notiz Stralenheims in den Curatorial-Akten, 16. XII.

21. Notiz in den Curatorial-Akten, 19. XII.

22. Schele an Stralenheim, 22. XII. (C. A.).

blieben war, wurden nicht beigelegt! Aus welchem Grunde diese Benachrichtigung erst so spät erfolgt ist, bleibt vollkommen unerklärlich; es ist nur bezeichnend für die Hast, mit der plötzlich gegen die Sieben vorgegangen wurde. Schele wollte wohl auch verhindern, daß das Curatorium Einspruch gegen die Ungesetzlichkeit der Entlassung erhob: War die Entlassung vollzogen, war ein Protest des Curatoriums unwirksam. Das Curatorium verzichtete daher auch darauf, irgendwelche Bemerkungen zur Entlassung zu machen.

2. Die Wirkung der Entlassung.

a) in Göttingen.

Die Entlassung der sieben Professoren wurde in Göttingen schnell bekannt: um 2 Uhr waren die Sieben beim Prorektor (am 14. Dezember), zur gleichen Stunde wußte man in Göttingen bereits, daß die Sieben entlassen waren: alles deutete darauf hin: der Oberstlieutenant Wyneken war persönlich nach Göttingen gekommen, Truppenbewegungen fanden statt: In Weende standen 50 Curassiere bereit, das Göttinger Bataillon wurde durch 100 Beurlaubte verstärkt!¹ Dabei betrug die Zahl der Studenten in Göttingen 909:² und dem standen ein ganzes, noch dazu verstärktes Bataillon Infanterie, außerdem die Weender Curassiere, schließlich noch die Landdragoner und die Polizei gegenüber: Die Zahl der in jenen Tagen in Göttingen zur Verfügung stehenden Truppen betrug 250 Mann, dazu noch die Cavallerie, im ganzen also über 300 Mann!³ Und diese Menge gegen 900 Studenten, von denen viele doch an irgendwelchen Aufläufen keinen Anteil nahmen, sodaß das Verhältnis zwischen Militär und Studenten etwa 1:2 betrug! Fürwahr, man hatte große Furcht vor den Studenten in Göttingen! Auf zwei unbewaffnete und ungeübte Studenten ein bewaffneter und ausgebildeter Soldat, dazu war ein erheblicher Teil des Militärs noch beritten! Man fürchtete eine Wiederholung des Göttinger Aufstandes von 1831. Und unbegründet war diese Furcht nicht: es wäre bestimmt unruhiger in jenen Dezembertagen in Göttingen zugegangen, wenn nicht derartig viel Militär den Studenten drohte! —

1. Polizeibericht, 14. XII. (C. A.).

2. Statistik der Frequenz Göttingens von 1801—1850, in: Nachrichten von der Georg Augusts Univ., 1851.

3. Wyneken an Schele, 15. XII. (St. A.).

Dahlmann, der um 3 Uhr über Politik zu lesen hatte, verfaßte noch schnell einen Anschlag, um den Studenten anzuzeigen, warum er nicht lesen könne:⁴ „So eben erhalte ich die Nachricht, daß ich von Seiner Majestät dem Könige meines Amtes entlassen bin, und bin somit verpflichtet, meine Vorlesungen zu schließen. Wenn die Herren irgend einige Liebe für mich hegen, wovon Sie mir so oft rührende Beweise gegeben haben, so gehen Sie friedlich aus einander und bewahren Sie Gesetzmäßigkeit und ehren so die wenigen Tage, die ich noch unter Ihnen zuzubringen habe.“

Die Entlassung und Dahlmanns Anschlag, aus dem deutlich genug hervorging, daß er des Landes verwiesen war, erregten begreiflicherweise Sensation unter den Studenten. Trotz Dahlmanns Mahnung waren sie nicht gewillt, ohne weiteres die Entlassung ihrer Professoren hinzunehmen. In der Weenderstraße fanden sich die Studenten zusammen, und am Nachmittage um 4½ Uhr „wogte die Weenderstraße von Studirenden, welche zwar keine Excesse begingen, aber auch allen Aufforderungen, nach Hause zu gehen, keine Folge leisteten“.⁵ Patrouillen von Landdragonern drängten zwar die Studenten zur Seite, aber nach Hause ging keiner. Erst nachdem verschiedene Studenten verhaftet waren, wurde die Straße wieder frei. (Die verhafteten Studenten wurden am nächsten Tage „mit Carzerstrafen belegt, welche sie sofort antreten mußten“).⁶

Am gleichen Tage noch — am 14. Dezember — ging bei der Redaktion des Göttingischen Wochenblattes eine Aufforderung eines Emil Hoffmann aus Darmstadt zur Unterstützung der sieben Professoren ein. Die Polizei verhinderte, daß diese Subscriptionsaufforderung im Wochenblatt abgedruckt wurde.⁷

Am nächsten Morgen — 15. Dezember — rotteten die Studenten sich bereits um 9 Uhr wieder zusammen und zogen auf der Straße umher. Der Polizeidirektor ließ acht Studenten verhaften, worauf die übrigen sich zerstreuten.⁸ Die Vor-

4. Dahlmann, Verständigung, S. 68. — Polizeibericht, 14. XII. (C. A.).

5. Polizeibericht, 14. XII. (C. A.).

6. Polizeibericht, 15. XII. (C. A.).

7. Polizeibericht, 14. XII. — Die Hoffmannsche Aufforderung zur Subscription, um den Sieben das Gehalt für die Dauer der Entziehung desselben zu sichern, erschien am 26. XII. 37 in der Kasselschen Allg. Zeitung.

8. Polizeibericht, 15. XII. (C. A.).

lesungen der Sieben hatten aufgehört, es lief also mancher herum, der nichts zu tun hatte. Auf Müller, der sein Kolleg aus Sympathie für die entlassenen Sieben ausfallen ließ, und auf Ewald wurden Vivats ausgebracht.⁹ Auch die übrigen Kollegs wurden nur mangelhaft besucht, weil man sagte, wenn die Sieben nicht lesen dürfen, sollen auch die anderen nicht lesen, sondern Ärger und Verdruß haben. Im Kolleg Bergmanns z. B. — Bergmann hatte sich durch sein Verhalten bei der Rotenkircher Deputation ja besonders unbeliebt gemacht — waren statt der üblichen 70 Hörer nur noch 8 anwesend!¹⁰

So vergrößerte sich die Zahl der auf der Weenderstraße Demonstrierenden immer mehr: auf dem Markt fand ein Auflauf statt, die Studenten verhöhnten den Oberstlieutenant Wyneken und beschimpften die Landdragoner, sodaß diese zum Seitengewehr griffen und mit den Säbeln flach schlugen; dabei wurde ein Student Heinzemann aus Goslar am Kopf verwundet. Begreiflicherweise wurde die Erregung unter den Studenten damit nicht geringer.¹¹

Am Abend zogen etwa 300 bis 400 Studenten zum Rohns (Gasthaus am Hainberg): Hier wurden verschiedene Reden gehalten und Beschlüsse gefaßt: Kein Kolleg, mit Ausnahme der Kliniker, solle besucht werden; am Sonnabend, dem Vortag der Abreise der Drei, wolle man in Hannoversch-Münden sein, um hier die Drei zu feiern; schließlich sollte kein Student von den Entlassenen das Kolleggeld zurückfordern, wozu diese sich bereit erklärt hatten.¹² — Der Polizeidirektor schickte einen Pedell und einige Polizeidiener zum Rohns herauf, „um die dasselbst versammelten Studirenden zu warnen und ihnen anzudeuten, daß ihr Einzug in die Stadt in Masse nicht geduldet werden werde, und daß sie sowohl in diesem Falle so wie auch bei Begehung jeglicher Ordnungswidrigkeit mit der Gewalt der Waffen zerstreut und zur Ordnung gebracht werden würden.“¹³ Die Versammlung löste sich daraufhin ruhig auf, und die Studenten kehrten einzeln in die Stadt zurück. —

9. Wyneken an Schele, 15. XII. (St. A.).

10./11. Polizeibericht, 15. XII. (C. A.). — Bergmann an das Curatorium, 17. XII. (C. A.).

12. Polizeibericht, 15. XII. (C. A.). — Bergmann an das Curatorium, 17. XII. (C. A.). — Deutscher Courier, Nr. 299 (20. XII, 37, S. 1215 f.).

13. Polizeibericht, 15. XII. (C. A.).

Am Sonnabend, den 16. Dezember, blieb es ruhig in Göttingen. Den drei des Landes Verwiesenen wurde bedeutet, sie sollten nicht, wie beabsichtigt, über Hannoversch-Münden fahren, — es wurden ihnen vielmehr Zwangspässe gegeben, die über Witzenhausen nach Kassel lauteten.¹⁴ Dem königlichen Befehl gemäß (s. S. 106) wurde den Mietskutschen und Pferdeverleihern bei 20 Thaler Strafe anbefohlen, weder Wagen noch Reitpferde zu einem Comitæ für die Drei herzugeben. — Kollegs wurden fast gar nicht mehr besucht, der Prorektor beschloß daher, den Studenten „für die ohnehin sehr nahe bevorstehenden Weihnachtsferien Pässe zu ertheilen.“¹⁵ Die Studenten waren über die ganzen Vorgänge sehr erbittert, und viele beschlossen, jetzt schon in die Ferien zu gehen, viele auch, nach Weihnachten nicht wieder zu kommen, zumal mehrere jetzt überhaupt kein Kolleg mehr zu besuchen hatten.¹⁶ Die Bürgerschaft Göttingens verhielt sich ruhig, war aber sehr niedergeschlagen, weil man mit Recht befürchtete, viele Studenten würden nicht wieder nach Göttingen kommen, dadurch aber werde der Wohlstand der Stadt leiden.¹⁷ —

In der Nacht vom 16. zum 17. Dezember machten sich 150 bis 200 Studenten einzeln auf den Weg nach Witzenhausen — natürlich wußte man allgemein, daß die Drei nicht über Hannoversch-Münden, sondern über Witzenhausen fahren würden —, um hier den drei des Landes Verwiesenen, Dahlmann, Jacob Grimm und Gervinus, einen festlichen Abschied zu bereiten. Unterwegs halfen die Studenten noch einen Brand im Dorfe Friedland löschen,¹⁸ und kamen am Sonntag, den 17. Dezember, morgens in Witzenhausen an.

Am Sonntag morgen um 9 Uhr fuhren die Drei aus Göttingen ab: Dahlmanns Frau mußte wegen Krankheit zurückbleiben, sein Sohn Herrmann befand sich mit ihm in demselben Wagen. Gervinus war von seiner jungen Frau begleitet. Außerdem hatte sich den Dreien noch eine Anzahl der Göttinger Kollegen, darunter die sogenannten „Nachprotestierenden“ (S. 99 ff.) angeschlossen:¹⁹ Der Jurist Thöl, der Theologe Ludwig

14. Dahlmann, Verständigung, S. 81 f.

15. Polizeibericht, 16. XII. (C. A.).

16. Bergmann an das Curatorium, 17. XII. (C. A.).

17. Polizeibericht, 16. XII. (C. A.).

18. Dahlmann, Verständigung, S. 83.

19. Duncker, Erinnerungen, S. 438 f.

Duncker, die Philologen Karl Otfried Müller, Ernst von Leutsch, Schneidewin und Bertheau, und der Philosoph Heinrich Ritter fuhren mit nach Witzenhausen.²⁰

Die Straße nach Witzenhausen war von Militär besetzt, um jede Kundgebung auf hannoverschem Boden zu verhindern.²¹ — Als die beiden Wagen, welche die Verbannten trugen, in das erste hessische Dorf kamen, wollte Jacob Grimm, ein großer Kinderfreund, einem kleinen am Wege stehenden Bauernjungen die Hand geben. Nach Kinderart verbarg sich der Knabe scheu hinter seiner bei ihm stehenden Großmutter. „Gib dem Herrn eine Hand, er ist ein Flüchtling,“ so mahnte darauf die alte Bauersfrau ihr Enkelchen.“²² „Und wo ward ich so genannt?“ — schreibt Jacob Grimm²³ — „In meinem Geburtslande, das an dem Abend desselben Tages ungern mich wieder aufnahm, meine Gefährten sogar von sich stieß.“

Gegen Mittag trafen die Professoren in Witzenhausen ein, wo sie von den Studenten auf der Werrabrücke empfangen wurden. „Nachdem ihnen ein Vivat gebracht worden war, wurden die vor ihren Wagen befindlichen Pferde abgespannt, und die Studirenden zogen die Wagen bis zum Gasthofe, wo ein Mahl für sie bereitet war.“²⁴ Die Räume des Gasthauses „Zur Krone“ konnten aber bei weitem nicht alle die fassen, die ihre verehrten Lehrer noch einmal zu sehen wünschten. Auf die Bitten der Studenten öffnete daher der Bürgermeister von Witzenhausen den Saal des Rathauses.²⁵ Reden wurden gehalten und Gedichte überreicht: Theodor Creuznach sprach einen „Abschiedsgruß an Dahlmann, Gervinus und Jacob Grimm“, ein warmes, von Dankbarkeit und Verehrung überquellendes Gedicht.²⁶ Dahlmann antwortete:²⁷ „In diesem Augenblicke fühle

20. Duncker, Die Brüder Grimm, S. 80.

21. Polizeibericht, 16. XII. (C. A.). — Duncker, Die Brüder Grimm, S. 80.

22. Duncker, Die Brüder Grimm, S. 79.

23. Jacob Grimm über seine Entlassung, S. 3.

24. Polizeibericht, 18. XII. (C. A.).

25. Duncker, Brüder Grimm, S. 80 f.

26. Das Gedicht erschien später im Druck (o. O. & J.) (in: Sammelband der Univ. Bibl. Göttingen „Hannover nach dem Tode Wilhelms IV.“ T. 1.). — Daß der Verfasser des Gedichtes Creuznach ist, geht aus einer Notiz Oppermanns hervor, der ja die ganzen Vorgänge miterlebte (Oppermann, S. 141). — Das Gedicht ist noch einmal im Anhang 11 abgedruckt.

27. Springer I, S. 445 f.

ich es tief, wie viel ich in Göttingen zurücklasse; aber nicht verlassen gehe ich fort, da ich so viel Liebe mitnehme. Auch habe ich die Hoffnung nicht aufgegeben, daß die Zeit nicht fern ist, in welcher auch von der anderen Seite erkannt werden wird, daß Die nicht die schlechtesten Staatsbürger sind, welche dafür halten, daß die Eide ungebrochen bleiben und erfüllt werden müssen.“

Nach diesem Abschied, der auf alle Teilnehmer unvergeßlichen Eindruck machte, trennte man sich: Die Göttinger Professoren fuhren wieder zurück, die Studenten traten den Rückweg an; nur einige 40 Studenten zogen mit den drei Vertriebenen weiter nach Kassel. Die Einwohner von Witzenhausen hatten sich in die Feierlichkeiten nicht gemischt, sie „schienen das Ganze als einen Scherz zu betrachten.“²⁸

Am Abend trafen die Drei mit den sie begleitenden Studenten in Kassel ein. Jacob Grimm fand Zuflucht in dem Hause seines Bruders, des Malers Professor Ludwig Grimm, in der Bellevue. Dahlmann, dessen Sohn Herrmann, Gervinus und dessen Frau, ebenso sieben Studenten und ein Dr. jur. Cord aus Göttingen stiegen im „Römischen Kaiser“ ab, zwei andere Studenten im „Hôtel de Russie“.²⁹ Ein besonderer Empfang wurde nicht veranstaltet. Einige Schüler des Polytechnicums baten bei der Polizeidirektion um die Erlaubnis, den Dreien eine Nachtmusik bringen zu dürfen, wurden jedoch abgewiesen. „Einige Einwohner von Cassel — so heißt es in einem Polizeibericht³⁰ — meist aus der niedern Volksklasse, und an ihrer Spitze ein liederlicher Sprachlehrer hatten sich in dem genannten Gasthause eingefunden, gezecht und bei der Gelegenheit den Professoren Dahlmann und Gervinus, welche sich im Speisesaale befanden, ein Lebehoch gebracht, dem die anwesenden Göttinger Studenten beistimmten.“

Das Kreisamt Witzenhausen hatte nach Kassel berichtet, mehr als 100 Studenten wollten nach dort kommen; etwa 20 kamen und mußten noch am selben Abend wieder abreisen: Die Studenten waren erregt, es gelang Dahlmann jedoch, sie zu beschwichtigen. Man reichte sich die Hände und trennte sich

28. Polizeibericht, 18. XII. (C. A.).

29. Kasselsche Allg. Zeitg., 18. XII. (Nr. 349. S. 2814: „Angekommene Fremde“). — Polizeibericht, 20. XII. (C. A.).

30. Polizeibericht, 20. XII. (C. A.).

schweigend. 19 Studenten, die auf einem Leiterwagen in Kassel ankamen, hatten schon am Tore wieder umkehren müssen.³¹

Gervinus reiste am nächsten Morgen um 7 Uhr nach Frankfurt ab, um sich dann nach seiner Heimatstadt Darmstadt zu wenden. Seit Oktober 1839 wohnte Gervinus dann in Heidelberg. — Dahlmann wollte ursprünglich länger in Kassel bleiben, jedoch verbot ihm das die Polizei, „weil sonst noch mehr Studierende kommen könnten.“³² Gegen Mittag, um 11½ Uhr reiste Dahlmann ab, um sich zunächst nach Leipzig zu wenden: hier war der „Göttinger Verein“ ins Leben gerufen (s. unten), hier konnte Dahlmann auf freundliche Aufnahme rechnen, eine Hoffnung, in der er sich auch nicht getäuscht sah. — Jacob Grimm blieb in Kassel, wohin ihm ein dreiviertel Jahr später, im Oktober 1838, sein Bruder Wilhelm folgte. —

In Göttingen war es in den nächsten Tagen nach der Abreise der Drei durchaus ruhig, zumal immer mehr Studenten die Stadt für die Ferien verließen. Die Stimmung der Bürger war gedrückt, weil sie fürchteten, daß ihre Studenten nicht wieder kämen.³³ Trotz der herrschenden Ruhe bat der Polizeidirektor von Beaulieu in einem langen und umständlichen Berichte an das Kultusministerium im Einverständnis mit dem Prorektor um Verstärkung der in Göttingen liegenden Militärmacht, zumal für Neujahr, um jede Störung und jeden Versuch einer Störung wirksam unterbinden zu können.³⁴ Darauf wurde verfügt, daß das in Göttingen stehende Militär bis nach Neujahr noch dort versammelt bleiben sollte,³⁵ eine Maßnahme, die mit erschreckender Deutlichkeit zeigt, wie unsicher die Regierung sich dem Volke gegenüber fühlte, welchen Eindruck das Eintreten und die Kundgebungen der Studenten für die entlassenen Professoren gemacht hatten.

In der Göttinger Universitäts-Bibliothek herrschte einige Verwirrung: Der Oberbibliothekar Reuß war gestorben, die

31. Polizeibericht, 20. XII. (C. A.). — Dahlmann, Verständigung, S. 83.

32. Polizeibericht, 20. XII. — Dahlmanns Annahme, seine Verweisung aus Kassel sei unmittelbar vom Cabinet in Hannover betrieben (Verständigung, S. 84), erscheint unglaublich, da sich in den Cabinets-Akten nicht der geringste Anhalt dafür findet.

33. Polizeibericht, 19. XII. (C. A.).

34. Polizeibericht, 19. XII. (Beaulieu an Kultusmin.) C. A.

35. Kultusministerium an Polizeidirektion Göttingen, 23. XII. (C. A.).

Brüder Grimm waren entlassen, die Verwaltung geriet vollkommen ins Stocken. Man entdeckte dabei das Curiosum, daß die Brüder Grimm überhaupt nur aus ihrem Lehramte, nicht aber als Bibliotheksbeamte entlassen waren.³⁶

Im übrigen blieb es in Göttingen ruhig; auch ein Ereignis, das die Behörden außerordentlich aufregte, blieb ohne jede Folgen: Ein hochrevolutionärer Zettel wurde gefunden!³⁷ Der Universitäts-Pedell Müller entdeckte ihn am 21. Dezember frühmorgens an der Ecke des Kaufhauses³⁸ angebracht. Da dem Pedell der Zettel verdächtig erschien, er ihn aber nicht lesen konnte, weil er so hoch angebracht war, dazu unleserlich geschrieben, nahm er ihn ab und übergab ihn der Polizei. Auf dem Zettel stand: „Bald ist er reif, der Hunde König Ernst August — durch meine Hand wird er fallen. Ein Bundesbruder.“ — Die Polizei war außerordentlich aufgeregt und bekam große Angst vor Revolutionen und hochverräterischen Umtrieben; Verhandlungen mit dem Prorektor fanden statt, der Pedell wurde ausführlich vernommen, und jedem, der von der Zettelangelegenheit wußte, wurde strengstes Stillschweigen befohlen, — bis sich herausstellte, daß kein Student und kein Bürger überhaupt von dem Zettel redete! Der Verfasser blieb natürlich unentdeckt, es wird ein Spaßvogel gewesen sein, denn im Ernst dachte natürlich kein Mensch an einen politischen Mord.

Im Zusammenhang hiermit mag noch erwähnt sein, daß man auch einen Moment geglaubt hat, Mazzini, der Führer des *Giovane Italia*, wolle sich die Tat der „Göttinger Sieben“ zunutze machen, um mit Hilfe der Göttinger Flüchtlinge von 1831 eine Revolution zu inszenieren!³⁹ Man sah eben bei den geringsten Kleinigkeiten sofort Verschwörungen und Revolutionen — weil man gegen das Volk regierte und fühlte, daß eine neue Zeit im Kommen sei.

Nach der Auffindung des „revolutionären“ Zettels war es wieder vollkommen ruhig in Göttingen, und alles war im gewohnten Geleise. Auch als die Studenten Anfang Januar 1838 aus den Ferien zurückkehrten, blieb alles still. Die noch gelesene

36. Bericht Hoppenstedts jun., 20. XII. (C. A.).

37. Wyneken an Schele, 22. XII. (St. A.). — Polizeiberichte vom 22.

38. Ecke Markt — Rotestraße (heutige Handelsschule).
und 23. XII. (C. A.).

39. A Stern: Die Göttinger Sieben, Metternich und Mazzini (H. Z. 99.).

nen Kollegs wurden auch wieder regelmäßig besucht, und das in Weende stationiert gewesene Cavallerie-Detachement konnte zurückgezogen und die Mannschaft beurlaubt werden.⁴⁰

Es kamen übrigens nicht alle Studenten nach Göttingen zurück: am 10. Januar fehlten noch 120!⁴¹ und wenn auch von diesen noch eine Reihe nachkam, so blieben doch noch viele aus Göttingen fort. Was sollten sie auch in Göttingen, wo sie vielleicht kaum noch ein Kolleg zu besuchen hatten?! Die Zahl der Studenten verringerte sich aber immer mehr: Im Sommersemester 1838 waren etwa 200 Studenten weniger in Göttingen als gewöhnlich;⁴² kein Wunder bei einer Vakanz von 12 Lehrstühlen — denn abgesehen von den sieben entlassenen Professoren waren zur Zeit noch fünf Lehrstühle unbesetzt!⁴³

Eine Periode des Tiefstandes der Universität Göttingen begann: Waren im Winter-Semester 1837/38 noch 909 Studenten in Göttingen, so im Sommer-Semester 1838 nur noch 725! im Winter-Semester 1838/39 656, im Sommersemester 1839 waren es 664, im Winter-Semester 1839/40 675; ganz allmählich nahm die Zahl der Studenten wieder zu, die alte Ziffer von 1837 war jedoch 1850 noch nicht wieder erreicht! Weniger die Hannoveraner selbst blieben von Göttingen fort, als vielmehr die „Ausländer“: betrug die Differenz bei den Hannoveranern vom Winter-Semester 1837/38 zum Sommer-Semester 1838 nur 30, so die der „Ausländer“ 154! Die Zahl der in Göttingen studierenden „Ausländer“, die im Winter-Semester 1837/38 387 — ähnlich in den vorhergehenden Semestern — betrug, wurde im nächsten Jahrzehnt nicht wieder erreicht: im Sommer-Semester 1838 waren es statt 387 nur 233, im Winter-Semester 1838/39 noch 204, 1842 waren es erst wieder 238 „Ausländer“, die in Göttingen studierten.⁴⁴

Die Entlassung der „Göttinger Sieben“ hatte für die Universität Göttingen die katastrophalsten Folgen, Folgen, die im einzelnen darzulegen nicht meine Aufgabe sein kann. Es kam hier vielmehr darauf an, zu zeigen, wie groß die nächsten Wirkungen der Entlassungen in Göttingen waren, welche Erbitter-

40./41. Wyneken an das Kultusmin., 10. I. 38. (C. A.).

42. Prorektor Gieseler an Hoppenstedt, 16. III. 38 (C. A.).

43. Magistrat Göttingen an den König, 9. III. 38 (St. A.).

44. Statistik der Frequenz Göttingens von 1801—1850, in: Nachrichten v. d. Georg Augusts Univ., 1851.

rung das Vorgehen der Regierung gegen die Sieben unter den Studenten hervorrief, und welche Kundgebungen die Studenten für ihre Lehrer veranstalteten, Kundgebungen, die zeigen, wie sehr die sieben Professoren der Stimmung des Landes Ausdruck gegeben hatten, wie sehr die Studenten die aufrechte und furchtlose Haltung der „Göttinger Sieben“ zu achten und zu schätzen wußten.

2. Die Wirkung der Entlassung.

b) in Deutschland.

Nicht nur in Göttingen war der Eindruck der Entlassung der sieben Professoren und der Vertreibung der Drei sehr groß, sondern auch in ganz Deutschland. Seit dem Bekanntwerden der Protestation der Sieben hatten die Deutschen Zeitungen jeden Tag etwas über die „Göttinger Sieben“, zum mindesten aber über die hannoversche Verfassungsfrage zu berichten. Auf einzelne Artikel einzugehen, ist unmöglich, da die Zahl der Zeitungsaufsätze Legion ist. Es mag hier genügen, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die ganze deutsche Presse sich ausführlich mit der Entlassung, den einzelnen Vorgängen dabei, den Demonstrationen der Studenten, dem Auszug der Studenten nach Witzenhausen usf. beschäftigte.¹ Es geht daraus hervor, mit welcher großer Anteilnahme man die Göttinger und hannoverschen Ereignisse verfolgte: man spürte etwas davon, daß hier ein Kampf ausgetragen wurde, dessen Bedeutung weit über die Grenzen Hannovers hinausging, da es ein Kampf zwischen alten und neuen Ideen, zwischen zwei gegensätzlichen Staatsauffassungen war. Eine eigene Meinung wagte man jedoch kaum zu äußern, da immer noch die scharfen Zensurbestimmungen galten. Man begnügte sich mit der Wiedergabe von Tatsachen und Ereignissen, nahm aber auch willig alle Gerüchte in die Spalten der Zeitungen auf. — Auch die ausländische Presse brachte ausführliche Berichte über die Sieben, wie etwa die „Times“, die über die Entlassung berichtete, zum Teil nach eigenen Korrespondenzen, zum Teil die Berichte deutscher Zeitungen übernehmend.

Auch die Poeten bemächtigten sich des Stoffes, um ihrer

1. Auf die Stellungnahme der Zeitungen zu den „Göttinger Sieben“ gehe ich im Kap. VI. (Publizistik) noch im Zusammenhang ein.

Meinung gegen Ernst August Ausdruck zu geben: „Der burschikose junge Poet Hoffmann von Fallersleben sagte nur grob heraus, was Tausende empfanden, als er sang: „Frisch Knüppel aus dem Sack! Auf's Lumpenpack! Auf's Hundepack!“² „Anastasius Grün richtete an Jakob Grimm ein begeistertes Gedicht und wünschte,

Daß bis Hannover hin der Sang sich schwänge wundertönig —
Ans Ohr des Herzogs Cumberland, der jetzt Hannovers König.
Versteht er auch der Deutschen Lied von deutscher Ehre schwer-
[lich,
Wird sich wohl einer finden dort, ihm's zu verwelschen ehrlich.“³

„Ein Märchen „Anno 1937“ schilderte, wie die Großmutter dem Enkel von dem bösen König, dem zerrissenen Freiheitsbriefe, den Sieben und den Dreien erzählte, und der Bube verwundert antwortete: „Das kann unmöglich möglich sein!“⁴ „Ein Hamburger Reeder ließ in Cuxhaven ein auf Dahlmanns Namen getauftes Schiff vom Stapel laufen. An den Fenstern der Spielwarenläden sah man den Witzenhausener Abschied in Bleifiguren dargestellt, auf den Jahrmärkten wurden Pfeifenköpfe mit den Bildern der Sieben feilgeboten.“⁴

Auch Ernst Moritz Arndt war mit den Sieben eines Sinnes und betonte vor allem das Pflichtgefühl, das die Sieben zur Protestation bewogen hätte und den mehr aristokratischen und monarchischen als demokratischen und liberalen Charakter der Unterzeichner.⁵ Ranke dagegen mißfiel die Handlungsweise der Sieben höchlichst: „er hatte einen anderen Begriff von der Berechtigung des autokratischen Regiments als diese Männer.“⁶

Die deutschen Regierungen nahmen im allgemeinen weder für, noch gegen die Sieben Stellung: Sie traten nicht für die Sieben ein, denn „nach den Anschauungen des alten Beamtenstaates erschien das kühne Auftreten einfacher Professoren, die kein obrigkeitliches Amt bekleideten, als eine gefährliche An-

2. Treitschke IV, S. 661.

3. Treitschke IV, S. 662.

4. Treitschke IV., S. 662.

5. E. M. Arndt, Ein Lebensbild in Briefen. Hrsg. v. H. Meisner u. R. Geerds. Berlin 1898, S. 343 f. (Arndt an Karoline Hegewisch, 5. I. 38).

6. Th. Wiedemann, Leopold v. Ranke und Varnhagen v. Ense (Deutsche Revue, 26. Jg., 1901, Bd. 3, S. 352 ff.

maßung;“⁷ andererseits wagten die Fürsten auch nicht, die Taten des Welfen in Schutz zu nehmen, „nur da und dort jubelte ein übermütiger Junker wie der Prinz von Noer, das sei brav, daß man die Kerls fortgejagt habe.“⁷ Die konstitutionellen Höfe waren in einer peinlichen Lage: „Alle Welt rief, jetzt sei es an ihnen, durch sofortige Berufung der Sieben den alten Ruhm deutscher akademischer Gastfreiheit von neuem zu bewähren und dem beleidigten Gewissen der Nation Genugtuung zu geben.“⁸ Man wagte aber nicht, sich offiziell für die Sieben einzusetzen, aus Furcht vor den Großmächten, zumal vor der Wiener Hofburg. So erhielt Albrecht nur nach langen Erwägungen „in der Stille die Erlaubnis, an der Leipziger Universität Vorlesungen zu halten; nachher empfangt er auch Gehalt, als geheimer Professor, wie die Kollegen spotteten, und erst nach längerer Zeit, als die Luft wieder rein war, wurde er förmlich angestellt. Dahlmann freilich schien den Kursachsen zu gefährlich; der politische Führer der Sieben lebte fortan mehrere Jahre ohne Amt in Jena und leitete von dort aus unverdrossen den Federkrieg wider die hannöverschen Gewalthaber. Unter allen deutschen Fürsten wagte allein König Wilhelm von Württemberg, dem Welfen offen entgegenzutreten. Er berief Ewald nach Tübingen, der als der einzige geborene Hannoveraner unter den Sieben dem welfischen Hofe besonders verhaßt war. Natürlich verbot Ernst August seinen Landeskindern sofort den Besuch der schwäbischen Hochschule. Als die beiden Könige nachher in Berlin zusammentrafen, fragte der Welfe grob: Warum haben Sie einen Professor angestellt, den ich fortgejagt habe? Darauf der Württemberger: „Ebendeswegen!“⁹ —

Bereits seit dem Bekanntwerden der Protestation waren zahlreiche Adressen aus ganz Deutschland an die Sieben ergangen (s. S. 69 ff.), jetzt, nach der Entlassung der Sieben, wurden immer neue Adressen der Zustimmung und der Huldigung an die entlassenen Professoren gerichtet: aus Flensburg, Hanau und Bern z. B. trafen noch Adressen ein.¹⁰

Auch mehrere Bürger der Stadt Elbing wollten ihrem Landsmann Albrecht ihre Hochachtung bezeugen und sandten ihm am

7. Treitschke IV., S. 663.

8. Treitschke IV., S. 664.

9. Treitschke IV., S. 665.

10. Jacob Grimm an Dahlmann, 15. I. 38 (Ippel I, S. 72.).

27. Dezember 1837 eine Huldigungsadresse.¹¹ Der Elbinger Kaufmann Jakob von Riesen sandte eine Abschrift der Adresse an den preußischen Minister des Innern, von Rochow, in der arglosen Hoffnung, den Minister dadurch für Albrechts Berufung nach Berlin günstig stimmen zu können. Rochow mißbilligte an sich die Handlungsweise des Welfen, „aber die Einmischung Unberufener in die hohe Politik hielt er für staatsgefährlich.“¹² Als er nun die Abschrift der Elbinger Adresse erhielt, brauste er auf, „er glaubte sich verhöhnt, und heftig wie er war, unterzeichnete er eine Antwort, deren maßloser bureaukratischer Hochmut den preußischen Staat vor aller Welt bloßstellte.“¹³ So schrieb Rochow in der Antwort an die Elbinger:¹³ „Es ziemt dem Unterthanen, seinem Könige und Landesherrn schuldigen Gehorsam zu leisten und sich bei Befolgung der an ihn ergehenden Befehle mit der Verantwortlichkeit zu beruhigen, welche die von Gott eingesetzte Obrigkeit dafür übernimmt; aber es ziemt ihm nicht, die Handlungen des Staatsoberhauptes an den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen, und sich in dünnkelhaftem Übermut ein öffentliches Urteil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen.“

Die Elbinger hatten nach dem Empfang dieses von Weisheit überquellenden lehrhaften Schreibens nichts eiligeres zu tun, als es allen Leuten zu zeigen und den Inhalt überall zu verbreiten. Der Erfolg blieb nicht aus: Der Volksmund verkürzte den unverständlichen und verschrobenen Satz, und so entstand das auch heute noch bekannte geflügelte Wort vom „beschränkten Untertanenverstand“, und „fortan haftete an Rochows Namen unaustilgbar der Fluch der Lächerlichkeit. Man hielt den Minister für einen ausbündigen Narren ...“¹⁴

Nicht nur Elbing ehrte Albrecht, sondern auch die Universität Königsberg: die dortige philosophische Fakultät verlieh Albrecht, und die medizinische Weber das Ehren-Doktor-Diplom.¹⁵ — Noch lange Zeit zogen sich derartige Huldigungen

11. Über die Elbinger Adresse: Springer II, S. 9. — Treitschke IV., S. 664. — Georg Weber: Die Göttinger Sieben und das geflügelte Wort vom beschränkten Untertanenverstand. (Deutsche Revue, Jg. 13, 1888, Bd. 4. S. 311 ff.). — Politisches Journal, 1838, Bd. I., H. 5. S. 82 f.

12. Treitschke IV., S. 664.

13. Weber, S. 318. — Politisches Journal a. a. O.

14. Treitschke IV., S. 664.

15. Es gab dabei viel Streitereien von Königsberg mit Berlin. Näheres

für einzelne der Sieben oder für die Sieben zusammen hin: So erhielt Ewald, der sich Anfang Januar 1838 nach England begeben hatte, dort eine Huldigungsadresse des Deutschen Lesevereins in London,¹⁶ und die *accademia Gioenia di scienze naturali* zu Catania ernannte alle Sieben zu Mitgliedern wegen ihrer segnalate cognizioni in questi rami del sapere.¹⁷

So bedeutsam und ehrenvoll diese Zustimmungsadressen aus Deutschland und Europa auch für die Sieben waren, noch wertvoller war die kräftige Unterstützung, die das „Leipziger Comité“ (S. 71) den entlassenen Sieben gewährte. „Kaum hatte das Leipziger Comité die wirkliche Absetzung und Vertreibung der Göttinger Professoren erfahren, als es sich (20. Dezember) in dem Beschlusse einigte, die bisher bloß gezeichneten Beträge sofort einzuziehen, die ganze Summe — von 2000 Thalern — den Sieben „als ein Ehrengeschenk von Männern und Frauen Leipzigs“ zur Verfügung zu stellen, gleichzeitig aber weitere Subscriptionen einzuleiten, um für alle Fälle das Schicksal der widerrechtlich verfolgten Männer zu sichern.“¹⁸ Man hoffte zunächst noch, daß die Sieben bald wieder eine Anstellung erhielten, aber „nachdem diese Hoffnung schwand, die Rachsucht des hannoverschen Fürsten sich als unersättlich erwies, trat das Leipziger Comité abermals — 10. November 1838 — zusammen und bewirkte, daß die Freunde und Verehrer der Vertriebenen sich zu bestimmten jährlichen Beiträgen verpflichteten, deren Summe ausreichte, jedem der Sieben das Gehalt, das er in Göttingen bezogen, bis zu seiner Wiederanstellung auszuzahlen. So entstand der „Göttinger Verein“, das erste Beispiel nationaler Agitation, der erste Sieg des auch in öffentlichen Dingen selbstbewußten und unabhängigen Volksgeistes.“¹⁹ Überall gab es bald eifrige Teilnehmer des Vereins, in ganz Deutschland fanden Sammlungen für die Sieben statt, selbst in der Schweiz, in Italien, in England traten Deutsche zusammen, um den Zweck des Göttinger Vereins wirksam zu

über diese Promotionen in: Franz Rühl, Die Göttinger Promotionen (Alt-preußische Monatsschrift, Bd. 20. S. 401 ff.).

16. datiert vom 14. II. 38. — im Nachlaß Ewald, Bd. 44. (Universitäts-Bibliothek Göttingen).

17. Jacob Grimm an Dahlmann, 19. VIII. 40. (Ippel I, S. 402).

18. Springer II, S. 7.

19. Springer II, S. 8.

fördern.¹⁹ Bis zum Jahre 1842 bestand der Göttinger Verein, nach fünfjährigem Bestehen löste er sich auf, da sein Zweck sich erfüllt, und der letzte der Sieben, Dahlmann, eine Professur (in Bonn) erhalten hatte.²⁰ —

Aber nicht alle Welt setzte sich für die Sieben ein; es gab auch viele, die die Sieben wegen ihres Auftretens und ihrer Haltung scharf tadelten, auch die Uneigennützigkeit der Sieben wurde zum Teil stark bezweifelt. So erzählte man sich in gewissen Kreisen, die Sieben würden von Frankreich aus besoldet.²¹ Auch Dahlmann wurde Selbstsucht vorgeworfen: Wilhelm Grimm erzählt darüber folgendes:²² „Zu der Zeit unserer Entsetzung machte der Graf Münster der Anna Arnswaldt²³ einen Besuch und erkundigte sich dabei nach dem Befinden des Ministers Arnswaldt: „er wird wohl durch die Ereignisse in Göttingen verstimmt sein.“ „Mein Schwiegervater nimmt sich das Schicksal der Universität sehr zu Herzen.“ „Er hätte seine Professoren besser ziehen sollen“, sagt der Graf. „Ich habe immer gehört“, erwidert Anna, „daß die Professoren dazu da seyen, andere zu erziehen, nicht aber selbst erzogen zu werden.“ „Ich sehe wohl, Sie gehören auch zu der Partei der Professoren.“ „Es sind meine liebsten Freunde darunter.“ An einem anderen Morgen kommt die Gräfin Münster und fängt wieder von der Sache an: „nun ist es heraus, dieser Dahlmann hat alles angestiftet und zwar aus Rache über den Verlust von 10 000 Thalern, die ihm für ein Werk über das Grundgesetz zugesichert waren.“ (!) „Wie kann man nur glauben“, sagt Anna, „daß Dahlmann seine Stelle für 10 000 Thaler hingeben werde, außerdem wer ihn kennt, weiß, daß er nicht so handelt.“ „Es ist ganz gewiß, der König weiß es auch.“ (!) ...

Also weil Dahlmann ein Werk über das Staatsgrundgesetz geschrieben habe oder schreiben werde, weil dieses Werk aber durch die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes wertlos und Dahl-

20. Springer II, S. 123.

21. Wilhelm Grimm an Jacob, 13. II. 38 (Ippel I, S. 85).

22. Wilhelm Grimm an Dahlmann, 22. IX. 38 (Ippel I, 245 f.).

23. Anna Freifrau von Arnswaldt, war vermählt mit des Ministers von Arnswaldt Sohn August. Sie war eine geborene von Haxthausen, und diese Familie pflegte sehr freundschaftliche Beziehungen zu den Brüdern Grimm. — Über diese Beziehungen siehe: Freundschaftsbriefe von Wilhelm und Jacob Grimm (Hrsg. von Dr. A. Reifferscheid), Heilbronn 1878.

manns Vertrag mit dem Verleger damit hinfällig geworden, weil Dahlmann also 10 000 Taler einbüße, habe er aus Rache die Protestation abgefaßt! Die Erfindungsgabe jener Hofkreise ist bewundernswert!

Bezeichnend für die Auffassung gewisser Kreise ist das Urteil, das der junge Hoppenstedt, der Sohn des im Curatorium und im Kultusministerium tätigen Geheimen Cabinets-Rates, in den „Materialien zum Leben meines sel. Vaters“²⁴ fällt: Die Protestation entbehre jedes rechtlichen Grundes, Eitelkeit und Selbstüberschätzung hätten großen Anteil an der Protestation und der Mehrzahl der Unterzeichner sei das Verständnis der Sache wie der Tragweite ihres Schrittes abgegangen. Dies sei, so behauptet der junge Hoppenstedt völlig zu Unrecht,²⁵ auch das Urteil seines Vaters gewesen: „Dahlmann sah in dem Staatsgrundgesetz zumeist seine eigene Schöpfung, hinc ira, Gervinus, bekanntlich ein eitler Mensch, keiner objectiven Auffassung fähig, wollte mit dem Proteste und dessen durch ihn geständigermaßen geschehene Veröffentlichung sich bei den Süddeutschen Liberalen einen Namen machen, Albrecht — der gemäßigte und besonnenste von allen — fühlte sich in seinen constitutionellen Sympathien verletzt, die vier Anderen hatten kein Verständnis der Sache und waren durch Dahlmanns resp. Gervinus' Autorität befangen.“

So bildeten die „Göttinger Sieben“ ein ständiges Gesprächsthema in Deutschland; auch ein Märchen wurde daraus gestaltet: „Mit artigem Humor,“ so berichtet Springer,²⁶ „erzählte Ottilie von Goethe die „traurige Geschichte der Sieben“, welche sich in China zugetragen hat, wie Foto, als King-le-fu's Herrscherwahnsinn sich immermehr steigerte, auf Konfuzius Bitte, sieben Hauptlehren der Weisheit in Menschen verwandelt, die aber von dem verblendeten King-le-fou aus dem Reiche vertrieben wurden. (Anmerkung Springers: Die Stieftochter King-le-fou's, die in Rudolstadt lebte, wurde ganz arglos gebeten, das Gedicht, das als Neuigkeit von Weimar gekommen war, vorzulesen. Als sie Unrath merkten, schlichen die Hofleute verlegen davon).“

42. In Nachlaß Wagner, Bd. 4 (Univ. Bibl. Göttingen).

25. A. Hoppenstedt an Wagner, 16. III. 1858 (Nachlaß Wagner Bd. 4) (Univ. Bibl. Göttingen.).

26. Springer II, S. 20.

Überall, in Deutschland und über Deutschlands Grenzen hinaus, zeigte sich so die Anteilnahme an den „Göttinger Sieben“; manche fanden es nur richtig, daß sie entlassen waren, die meisten aber waren empört über Ernst August und versuchten, den Sieben ihr Schicksal auf alle Weise zu erleichtern. Auch manche Universität hätte gerne die Sieben angestellt, wenn es ihr möglich gewesen wäre, wenn die Regierungen dem nicht widersprochen hätten. So schrieb der sächsische Minister von Lindenau an Gauß:²⁷ „Gern hätte ich Ihren Verlust für uns benützen und für unsere Hochschule Ewald, Weber und Jacob Grimm gewinnen mögen, allein leider mußte ich in meiner damaligen Stellung den wissenschaftlichen Sinn dem politischen unterordnen.“ — Die Universität Zürich zeigte sich bereit, jeden der Sieben, der Wert darauf lege, anzustellen; zerschlugen sich auch die Verhandlungen, so bleibt doch Zürichs Bereitschaft bemerkenswert.²⁸ —

Rückschauend ist zu bemerken, daß der Eindruck und die Wirkung der Entlassung der „Göttinger Sieben“ in ganz Deutschland ungeheuer war; die Stimmung des Deutschen Volkes war durchaus auf Seiten der Sieben. Zwei Gründe waren für diese Stimmung entscheidend:

Der erste Grund war der sittliche Charakter der Protestation. Man mußte Hochachtung haben vor solchen Männern, die, um ihr Gewissen zu wahren, materiellen Nachteil auf sich nahmen, Männern, die sich vom König nicht zu ihnen als unehrenhaft erscheinenden Handlungen zwingen lassen wollten.

Der zweite, und vielleicht entscheidendere Grund war der politische Charakter der Protestation: Der Deutsche Liberalismus glaubte, in den Sieben Mitkämpfer zu finden, und trat daher für diese — wie man glaubte — Gesinnungsgenossen ein. So sind auch die Folgen der Protestation und der Entlassung der Sieben weniger auf sittlichem, als vielmehr auf politischem Gebiete zu suchen. Obwohl die Sieben keine Parteiliberale waren, war die Protestation und Entlassung entscheidend für die Geschichte des Liberalismus — und des Deutschen Professorentums. Hier zeigte sich die Macht des Liberalismus und die des Professorentums, und hier zum ersten Male die für die Deutsche Geschichte

27. Lindenau an Gauß, 9. V. 1838, in: Nachlaß Gauß, Bd. 101, Universitäts-Bibliothek Göttingen.

28. Dahlmann an Gervinus, 3. I. 38 (Ippel II, S. 156).

so entscheidend gewordene Verbindung zwischen Liberalismus und Professorentum, die ihre höchste Ausprägung im Jahre 1848 erhielt. „Die einmal erregte politische Leidenschaft hielt an; die Gelehrten begannen durch Schriften und Reden unmittelbar an der politischen Erziehung der Deutschen zu arbeiten, und da sie gewohnt waren zur ganzen Nation zu reden, so drangen ihre Stimmen weiter als die Reden der Landtagsabgeordneten. Die Gelehrtenversammlungen der nächsten Jahre wurden zu Vorparlamenten, in denen die Nation die großen Tagesfragen erörterte, und als nachher das wirkliche Parlament zusammentrat, da drangen die Gelehrten in Scharen ein, weil sie fast die einzigen Männer waren, welche ganz Deutschland kannte.“²⁹

29. Treitschke IV., S. 667.

Fünftes Kapitel:

Die Haltung der Göttinger Professorenschaft und der hannoverschen Geistlichkeit den „Göttinger Sieben“ gegenüber.

Ich habe bislang die Frage, wie sich die Göttinger Professorenschaft zu der Protestation und Entlassung der Sieben verhalten hat, im ganzen unbeantwortet gelassen, wenn ich auch bereits auf die „Nachprotestierenden“ und die Begleiter nach Witzenhausen hingewiesen habe. Es ist daher noch darauf einzugehen, ob diese „Nachprotestierenden“ — im wesentlichen dieselben Männer, die die drei Vertriebenen nach Witzenhausen begleiteten — mit ihrer Erklärung vom 13. Dezember (s. S. 99 f.) der Stimmung und Haltung der gesamten Göttinger Professorenschaft Ausdruck gaben, es also ein Zufall war, daß nur sechs Professoren die Erklärung unterschrieben, — oder ob nicht vielmehr diese Sechs eine Partei innerhalb der Göttinger Professorenschaft bildeten, ob es also auch Professoren in Göttingen gab, die entweder indifferent oder sogar ablehnend den Sieben gegenüber sich verhielten.

Es ist vorweg zu bemerken, daß für die Göttinger Professorenschaft nicht so sehr die Frage des Eides auf das Staatsgrundgesetz, also die die Sieben zu der Protestation bestimmende Frage, ob sie an den Diensteid auf das Staatsgrundgesetz nicht trotz des königlichen Patenten vom 1. November gebunden seien, — daß für die meisten Professoren vielmehr die Frage des Ernst August zu leistenden Huldigungseides entscheidend war, die Frage also, ob man einem Könige huldigen dürfe, der nach der Verfassung die Regierung noch nicht angetreten hatte (s. S. 17, Anm. 4.). Ich habe bereits darauf hingewiesen (S. 39 f., 41 f.), daß die Sieben grundsätzlich bereit waren, den Huldigungseid für Ernst August zu leisten. Viele der übrigen Professoren waren sich dagegen durchaus nicht im Klaren, ob sie es mit ihrem Gewissen vereinbaren könnten, den Huldigungseid

zu unterzeichnen, weil eben der König nach § 13 des Staatsgrundgesetzes die Regierung nicht angetreten hatte. So beschlossen in den ersten Dezembertagen einige Professoren,¹ „an Se. Majestät den König eine Bittschrift des Inhalts ergehen zu lassen, daß sie bei dem festen Vorsatze, ihre Unterthanentreue auf keine Weise zu verletzen, dennoch durch den § 13 des aufgehobenen Staatsgrundgesetzes sich fortwährend bedrängt fühlten, — daß sie nämlich wegen der früheren Verweisung auf das Staatsgrundgesetz Bedenken tragen, den Huldigungs-Revers zu unterschreiben, da in demselben auf das Patent über den Regierungsantritt Sr. Majestät ohne Rücksicht auf jenen § 13 Bezug genommen werde; — daher sie den Wunsch hegen, daß ihnen vorläufig die Unterzeichnung des Huldigungs-Reverses erlassen werden möge.“

Auf energische Mahnungen des Curatoriums hin unterzeichneten dann schließlich doch alle Professoren den Huldigungseid, einige, nämlich Bertheau, Kraut, Karl Otfried Müller, Thöl und Wunderlich — also wieder ein Teil der „Nachprotestierenden“ — nur mit einem Vorbehalt, der aber ohne weitere Folgen blieb.²

Von entscheidender Bedeutung für die Stellung der Professoren war naturgemäß die Rotenkircher Deputation. Seitdem trat eine Spaltung unter den Professoren ein, die noch jahrelang nachwirkte,³ genährt durch den Streit, ob die Universität sich an den Deputiertenwahlen beteiligen solle oder nicht. „Das traurigste“, so berichtet der Regierungsbevollmächtigte Laffert an das Curatorium,⁴ „was ich hier vorgefunden habe, ist die unter den Professoren entstandene Spaltung.“ —

Die Haltung der einzelnen Professoren zu den „Göttinger Sieben“ zu besprechen, ist im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, zumal auch nicht genügend Material vorliegt. Ich muß mich daher darauf beschränken, einige Beispiele zu geben, aus denen klar wird, wie verschieden die Stellungnahme der Professoren

1. Bergmann an das Curatorium, 10. XII. 37 (C. A.). — Die Namen der beschlußfassenden Professoren sind nicht genannt. — Die Bitte der Professoren ist übrigens dem König nicht vorgelegt worden.

2. Bergmanns Handakten (Univ.-Archiv Göttingen), 9./10. I. 1838.

3. Wilhelm Grimm an Dahlmann, 31. VIII. 39 und 11. X. 39 (Ippel I, S. 338 und 345.).

4. Laffert an das Curatorium, 26. I. 38 (C. A.).

den Sieben gegenüber von freudiger Bejahung bis zu krassester Ablehnung war.

Außerordentlich instruktiv und charakteristisch ist die Stellungnahme des Consistorialrates Friedrich Lücke,⁵ der zur Unterzeichnung der Protestation aufgefordert war, aber nicht teilnahm, nicht etwa, weil er die Gesinnung tadelte, sondern im Zweifel war, ob Zeit und Form der Aktion die rechten seien; er war der Überzeugung, „es sey Unrecht, ohne die Corporation handeln zu wollen und vor dem constitutionellen Zeitpunkt, dem Wahllact“; er wollte „Gewissen und Universität zugleich“ retten.⁶

Dieses ist der eigentliche Konflikt, in dem sich viele Professoren befanden: sie wollten ihrem Gewissen folgen, zugleich aber dem Wohle der Universität nicht entgegenhandeln, gerieten aber damit in einen Widerspruch: entschieden sie sich für das Gewissen, mußte die Universität leiden, denn es war damit zu rechnen, daß jeder, der sich gegen das Novemberpatent erhob, entlassen wurde, wie es auch den Sieben tatsächlich geschah; — entschied man sich für die Universität, so bedeutete das eine Aufgabe der Gewissenspflichten. In diesem Konflikte zerrieben sich viele der Professoren, ohne zu einer Entscheidung kommen zu können, ohne daher auch klar und eindeutig sich für die Sieben zu erklären, wenn sie im Herzen auch durchaus eines Sinnes mit ihnen waren.

Lücke hielt sich dann veranlaßt, dem Curatorium ein ausführliches Promemoria einzusenden, in dem er um Beantwortung der Frage bat, wie es für ihn als Christen möglich sein solle, den Huldigungseid zu unterzeichnen und an der Deputiertenwahl teilzunehmen.⁷

Ausgehend von der Feststellung, daß für ihn als Christen „nur dasjenige zu billigen und segensreich sey, was Ausdruck

5. Im einzelnen unterrichtet über Lücke das Buch von F. Sander: Fr. Lücke, Abt zu Bursfelde und Professor der Theologie zu Göttingen (Hannover-Linden, 1891). — In dieser Arbeit ist für Lücke — neben den Curatorial-Akten — der „Briefwechsel Fr. Lückes mit den Brüdern Grimm“ (Hrsg. von F. Sander) (Hannover-Linden 1891) benutzt worden.

.6 Lücke an Jacob Grimm, 1.6 V. 38 (Briefwechsel Lücke, S. 12.).

7. Lücke an das Curatorium, 28. XI. 37 (C. A.). — Das Konzept zu dieser Eingabe ist abgedruckt in Lückes Briefwechsel mit den Brüdern Grimm (S. 75 ff.), ist allerdings noch abgeändert und stilistisch verbessert. Ich zitiere daher nach dem in den Curatorial-Akten befindlichen Original.

und Produkt des gegenseitigen Vertrauens zwischen Fürst und Volk ist,“ bekennt er sich als ein „Feind aller revolutionären Bewegungen“ und als treuer Anhänger der Monarchie, der auch die Bildung landständischer Verfassungen nie überschätzt, vielmehr das Vertrauensverhältnis zwischen Fürst und Volk für wichtiger gehalten habe. Er kommt dann zu den Bedenken, die er als Christ — nicht als Politiker — dem Novemberpatent gegenüber zum Ausdruck bringen müsse: König Wilhelm habe nach Publizierung des Staatsgrundgesetzes den Diensteid auch auf die Verfassung ausdehnen lassen, und er, Lücke, habe ohne Bedenken „den darauf gestellten Revers anerkannt“, allerdings in dem Glauben, „der Eid auf die Verfassung werde sowohl der königlichen Regierung als den Landständen geleistet.“ „Wenn nun,“ so fährt Lücke fort, „des jetztregierenden Königs Majestät nach Aufhebung jener Verfassung auch den darauf bezüglichen Teil unseres Dienstoides aufhebt, so scheint mir, daß bevor nicht auch die ständische Versammlung ihrerseits die Aufhebung derselben erklärt, wir auch nicht völlig und rein entbunden sind.“ Er wisse daher nicht, wie er „mit ruhigem Gewissen den vorgeschriebenen Huldigungseid unterschreiben“ solle. Er wolle zwar keinesfalls gegen die christliche Untertanenpflicht handeln, fühle sich aber in seinem Gewissen gequält wegen seiner durch den Diensteid erfolgten Bindung auf das Staatsgrundgesetz, wisse daher auch nicht, ob er an der bevorstehenden Wahlhandlung zur neuen Ständeversammlung teilnehmen könne. Die Bedeutung der Frage sei um so größer, als nicht nur die akademische Jugend, sondern ganz Deutschland mit Erwartung sehe, „wie die Lehrer der Georgia Augusta die schwere Collision zwischen der Pflicht des Unterthanen gegen Se. Majestät den König und der Pflicht des Christen gegen jene Gewissensüberzeugung lösen werden.“ Er hoffe, daß das Curatorium Mittel und Wege finde, die die Erfüllung der doppelten Pflichten möglich machten, daß schließlich der König sich bewegen lasse, „durch einen erhabenen großmüthigen Entschluß die Verhältnisse so zu ordnen“, daß die Professoren instande seien, „mit gleicher Freudigkeit die Pflicht des Gehorsams gegen des Königs Majestät und die Pflicht gegen das eigene Gewissen zu erfüllen.“ —

Diesen Standpunkt Lückes kann man ohne Zweifel als den

in der Göttinger Professorenschaft vorherrschenden ansehen, ein Standpunkt, den ja auch die Sieben vertreten hatten, nur daß diese sich zu einer Aktion entschlossen, um ihre Gewissensrechte zu wahren, um festzustellen, daß sie nach wie vor an den auf das Staatsgrundgesetz geleisteten Diensteid sich gebunden hielten. Zu einer solchen Entscheidung in dem Konflikt zwischen Gewissen und Untertanenpflicht konnten sich aber Lücke und die meisten seiner Kollegen nicht durchringen. — Es ist zu beachten, daß für Lücke neben der Frage der Deputiertenwahl die Frage des Huldigungseides entscheidend ist, die für die Sieben keine entscheidende Rolle gespielt hat, da sie bereit waren, den Huldigungseid — allerdings vorbehaltlich der Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes, also vor allem des § 13 — zu unterzeichnen.

Es erfolgte eine ausführliche Antwort des Curatoriums an Lücke,⁸ in der die Fragen beantwortet wurden: „1. worin gegenwärtig, nachdem das Grundgesetz aufgehoben worden, die Gewissenspflicht der Civil-Staatsdiener bestehe, und 2. was die Wahlcorporationen hinsichtlich der Wahlen für die bevorstehende allgemeine Ständeversammlung zu beschließen haben.“ Ad 1. wurde festgestellt, daß 1. die Civil-Staatsdiener nicht verpflichtet und befugt seien, das vormalige Grundgesetz noch jetzt als rechtsverbindlich zu beobachten; 2. die Vollziehung des Huldigungsreverses von den Civil-Staatsdienern nicht verweigert werden dürfe. 2. Der § 13 des Staatsgrundgesetzes zeige an, „daß die Huldigung zwar dann erst erfolgen solle, wenn der König den Antritt seiner Regierung durch ein Patent zur öffentlichen Kunde gebracht hat; daß aber die Pflicht der Staatsdiener, ihrem Dienstherrn zu huldigen, nicht abhängig davon sein soll, ob in jenem Patente die Festhaltung der Landesverfassung versichert worden.“ Im weiteren redet das sehr ausführlich gehaltene Schreiben des Curatoriums davon, daß unmöglich dem § 13 die Absicht zu Grunde gelegen haben könne, eine so außerordentliche Restriction der angestammten Rechte des Landesherrn auszusprechen, darin liegend, den Huldigungsrevers von einer derartigen Versicherung des Königs — die Landesverfassung zu halten — abhängig zu machen; habe aber tatsächlich diese Absicht

8. Curatorium an Lücke, 2. XII. (C. A.). — Abgedruckt in Lückes Briefwechsel, S. 78 ff.

bestanden, so sei sie nicht rechtsgültig und nicht verpflichtend, da damit die allgemeingültigen Regierungsgrundsätze umgestoßen würden.

Ad 2: Da „nur den Landständen es zustehe, über die in die Landesverfassung einschlagenden Verhältnisse ihre Ansichten dem Landesherrn vorzutragen,“ so liege es nur im Interesse des Landes, wenn die Wahlcorporationen die Hand dazu bieten würden, „eine angemessene Vereinbarung der Landstände mit dem Landesherrn über die staatsrechtlichen Verhältnisse des Landes, insoweit dabei Landstände überhaupt competent sein können, herbeizuführen.“ —

Durch dieses Schreiben wurde Lücke zum Teil überzeugt, wenigstens unterzeichnete er den Huldigungseid, allerdings in der Voraussetzung, daß derselbe mit seiner Dienstpflicht in keinem Widerspruch stehe;⁹ an den Deputiertenwahlen 1838/40 nahm er aber nicht teil.¹⁰ —

Zur Unterschrift unter die Erklärung der Sechs wurde Lücke aufgefordert, leistete aber dieser Aufforderung keine Folge: er wollte erst abwarten, ob das Curatorium und die Hannoversche Zeitung wirklich eine berichtigende Erklärung nicht aufnehmen wollten; „und ob die Deputierten in dem Falle nichts tun wollten zu ihrer und der Ehre der Universität.“ „Bis dahin muß ich glauben,“ so schreibt Lücke,¹¹ „durch Beytritt meine Pflicht gegen den Freund und Spezialcollegen (gemeint ist der Theologe Gieseler, der an der Rotenkircher Deputation teilgenommen hatte) zu verletzen, — was ich nicht übers Herz bringen kann.“ — Jacob Grimm gegenüber erklärte er sich ebenso:¹² „So lange in Hannover selbst der Weg zur Berichtigung und Erklärung nicht bestimmt abgeschnitten war und noch nicht entschieden war, daß die Deputirten nichts thun würden, — konnte ich mich wegen meines speziellen Verhältnisses zu Y. (Gieseler) nicht entschließen, der Erklärung der Sechs beizutreten. Ich fürchtete, dadurch einen Collegen, einen Freund, der mir immer als ein ehrlicher Mann erschienen war, in eine Klemme zu bringen, die zu den schlimmsten gehört,

9. Lücke, Briefwechsel, S. 85.

10. Lücke, Briefwechsel, S. 85. — Jacob Grimm an Dahlmann, 22. II. 1840 (Ippel I, S. 381).

11. Lücke an Kraut, 12. XII. 37 (Briefwechsel Lücke, 84).

12. Lücke an Jacob Grimm, 16. V. 1838. (Briefwechsel Lücke, S. 15.).

und ihn vor ganz Deutschland mit prostituiren zu helfen. Das konnte ich nicht über mich erhalten. Mir schien die Erklärung persönlich ungefährlich, und dafür halte ich sie noch. Also Feigheit war nicht die Ursach, aber die Furcht, den Zustand der Universität durch inneren Zwiespalt noch schlimmer zu machen als er schon war. Ich that aber darum nicht nichts. An demselben Tage, wo ich die Unterschrift der Erklärung der Sechs ablehnte, schickte ich einen Artikel in die Hamberger Zeitung, der eine Widerlegung des Hannoverschen Artikels enthält, und der meines Wissens der erste öffentliche Artikel von dieser Seite war.“

Dieser bereits im Zusammenhang des Streites um die Rotenkircher Adresse genannte Artikel (S. 101), der darauf hinwies, daß von der Deputation keine Adresse im Namen der Universität hätte überreicht werden können, die Deputation vielmehr nur im eigenen Namen um Audienz gebeten habe, und daß der Prorektor die Sieben von dem Vorwurfe der böswilligen Verbreitung der Protestation zu verteidigen gesucht habe, — dieser Artikel erschien am 23. Dezember 1837 in der Hamburger Staatszeitung.

Gleichwohl hatte Lückes Ablehnung, die Protestation sowohl als auch die Erklärung der Sechs zu unterzeichnen, zu einer vorübergehenden Trübung des sonst so herzlichen Freundschaftsverhältnisses, das vor allem die Brüder Grimm mit Lücke verband, geführt, zumal auch Jacob Grimm in der Schrift „Über seine Entlassung“ Vorwürfe gegen die Theologen erhob, durch die Lücke sich sehr getroffen fühlte.¹³ Die Freundschaft jedoch erneuerte sich nach ausführlicher schriftlicher Aussprache zwischen Lücke und Jacob Grimm,¹⁴ besonders da Lücke auch in der Frage der Deputiertenwahlen mannhaft seinen Standpunkt vertrat und niemals verschwieg, daß er in seiner Gesinnung auf Seiten der Sieben stand. —

Ich bin ausführlicher auf die Stellungnahme Lückes zu den entscheidenden Fragen des Spätjahres 1837 eingegangen, einmal, weil nur hier ausführliches Material vorliegt, vor allem aber, weil Lücke als Typus gelten kann: ähnlich wie er haben

13. Ich komme weiter unten bei der Besprechung der Haltung der Geistlichkeit hierauf noch zu sprechen.

14. Lücke an Jacob Grimm, 16. V. 38. -- Jacob Grimm an Lücke, 22. V. 38 (Briefwechsel Lücke, S. 11 — 17, 17—21).

die meisten Göttinger Professoren in jenen Krisentagen gedacht; sie konnten sich zu keiner entscheidenden Tat aufraffen, weil sie fürchteten, das Wohl der Georgia Augusta zu gefährden. Sie fanden keinen Ausweg in dem Konflikt zwischen „Gewissen und Universität“. So ist es zu verstehen, daß die Sieben letzten Endes isoliert blieben und ihren Kampf allein ausfechten mußten, in dem sie nun, ohne von ihren Kollegen tatkräftig unterstützt zu werden, unterliegen mußten. —

Derjenige, der sich am stärksten unter den Göttinger Professoren zu den Sieben bekannte und am ehesten bereit war, ihr Schicksal zu teilen, ist der Archaeologe Karl Otfried Müller, der „von allen Göttinger Professoren während jener schweren Zeit die sympathischste Haltung bewahrt hat.“¹⁵ Ich habe schon darauf hingewiesen (S. 33), daß Müller an der Protestation der Sieben nur deswegen nicht teilnahm, weil er die „Erklärung für nicht geeignet hielt, an das Curatorium gebracht zu werden, welches die Sache nichts angeht“.¹⁶

Hatte Müller die Protestation auch nicht unterzeichnet, so verbarg er doch nicht, daß er mit den „Gesinnungen und Ansichten“ derselben „ganz einverstanden“ war, da er die Überzeugung hatte, „daß ein ehrlicher Mann das Grundgesetz, auf das wir verpflichtet sind, nicht auf die einseitige Aufhebung des Königs aufgeben dürfe;“ er war entschlossen, „den Huldigungs-Revers nicht ohne Verwahrung zu unterschreiben und gegen jede Wahl eines Deputirten, als für die rechtmäßige Ständerversammlung, zu protestieren.“¹⁷ Diese Entschlüsse führte Müller auch konsequent durch: Zusammen mit Bertheau, Kraut, Thöl und Wunderlich¹⁸ unterzeichnete er den Huldigungsrevers nur unter dem Vorbehalt, „daß dies Gelöbnis der Treue gegen den Landesherrn die Pflichten nicht ändere, die Einer nach seiner Überzeugung gegen die Verfassung des Landes habe.“¹⁹ Ebenfalls erklärte Müller als Wähler bei der Stadt und bei der Universität: da er das Staatsgrundgesetz von 1833 als rechtlich aufgehoben nicht betrachten könne, so dürfe er an den diesem Gesetze zuwider-

15. Thimme, S. 269.

16. Müller an Boeckh, 19. XII. 37 (Briefwechsel Boeckh, 401).

17. Müller an Boeckh, 19. XII. 37 (Briefwechsel Boeckh, 401).

18. Bergmanns Handakten (Universitäts-Archiv Göttingen), 9/10. I. 1838. (s. S. 135).

19. Müller an Boeckh, 18. II. 38 (Briefwechsel Boeckh, 410).

laufenden Wahlen keinen Teil nehmen, vielmehr halte er sich verpflichtet, gegen dieselben zu protestieren.²⁰ Diese beiden Aktionen zeigen deutlich, wie sehr Müller mit den Ansichten der Sieben übereinstimmte, daß er keinen Hehl aus seinen Überzeugungen machte, vielmehr alle Möglichkeiten ausnutzte, um den widerrechtlichen Maßnahmen des Königs Widerstand entgegenzusetzen.

Die bedeutungsvollste Tat jedoch, die Karl Otfried Müller in diesem Zusammenhang unternahm, war jene schon mehrfach genannte Erklärung der Sechs vom 13. Dezember (s. S. 99 ff.). Müller hatte noch nach dem 18. November gehofft, „daß ein Beschluß der Majorität (der Professoren), nicht unbedingt zu huldigen u. s. w. zu Stande kommen würde.“²¹ Diese Hoffnung freilich erfüllte sich nicht. Als nun gar noch die Rotenkircher Deputation die Sache der Sieben nicht nur nicht „mit gehöriger Energie“ unterstützte, sondern sogar sich die unwahre Darstellung der Vorgänge in der Hannoverschen Zeitung gefallen ließ, auch der Prorektor nach seinem vom Curatorium abgelehnten Gesuch, einen berichtigenden Artikel in die Hannoversche Zeitung einsetzen zu dürfen, keine weiteren Verteidigungsmaßnahmen ergriff, entschloß sich Müller zusammen mit Kraut, Ritter, Thöl, Leutsch, Schneidewin zu jener Erklärung, durch die die Sechs sich „von den in der angeblichen Anrede und Adresse ausgesprochenen Gesinnungen, welche man gerne der ganzen Universität unterlegen möchte“, lossagten.²²

Diese mannhafte Haltung Müllers blieb natürlich in Göttingen nicht unbekannt; hatte Müller auch die Protestation nicht unterzeichnet, so kannten die Studenten doch seine Einstellung. Am 15. Dezember morgens, als gerade die Entlassung der Sieben in Göttingen bekannt geworden, die Erklärung der Sechs aber noch nicht in den Zeitungen erschienen war, wurde auch auf Karl Otfried Müller ein Vivat von den Studenten ausgebracht. Müller gab seiner Verbundenheit mit den Sieben dadurch Ausdruck, daß er an dem Morgen sein Kolleg schloß.²³

Müller beschränkte sich aber nicht darauf, seine Übereinstimmung mit den Sieben kundzutun, sondern er bemühte sich,

20. Beaulieu an Kultusministerium, 6. II. 38 (C. A.).

21. Müller an Boeckh, 19. XII. 1837 (Briefwechsel Boeckh, S. 401).

22. Müller an Boeckh, 19. XII. 37 (Briefwechsel Boeckh, 401 f.).

23. Wyneken an Schele, 15. XII. 37 (St. A.).

vor allem in den ersten Monaten des Jahres 1838, sehr um eine Wiederanstellung der Sieben oder doch einiger von ihnen.²⁴

Im ganzen kann man sagen, daß Karl Otfried Müller sich in jenen schwierigen Tagen des Jahres 1837 durchaus mannhaft gezeigt hat, indem er stets zu den Sieben hielt und immer bereit war, ihr Schicksal auf sich zu nehmen. Er war derjenige unter den Göttinger Professoren, der am offensten sich zu den Sieben bekannte und alles versuchte, um ihnen zu helfen. —

Ähnliche Gesinnungen wie die Müllers bewogen Kraut, Thöl, Leutsch und Schneidewin, an der Erklärung der Sechs teilzunehmen und sich damit für die Sieben einzusetzen. —

Eine Sonderstellung unter den Sechsen nahm der Philosoph Heinrich Ritter ein, der erst im Jahre 1837 nach Göttingen gekommen war. Ritter hätte gerne an der Protestation der Sieben teilgenommen, aber er war nicht zur Unterschrift aufgefordert worden. Ritter selbst schreibt darüber an seinen Freund Professor Köster in Kiel:²⁵ „Wie es mit der Protestation zugegangen, werden Sie wohl in Kiel ungefähr erfahren haben. Was mich betrifft, so habe ich von ihr vor ihrem Erscheinen nichts gewußt. Man behandelte mich in diesen Dingen fast wie einen Fremden, und so wie überhaupt in Zeiten wie die gegenwärtigen Mißtrauen zu herrschen pflegt, so glaube ich zuweilen zu bemerken, daß mich als einen neuen Ankömmling dies mehr als andere trifft. Das finde ich nicht eben seltsam, aber es berührt mich denn doch natürlich sehr unangenehm.“

Daß diese Auffassung Ritters nicht ganz unrichtig war, bezeugt Wilhelm Weber in einem Brief an den Konsistorialrat Schuster vom 19. Januar 1889:²⁶ „Ritter war erst seit circa einem Jahr in Göttingen, und es würde undelicat erschienen sein, denselben in diese Parteikämpfe, denen er fremd gegenüber stand, hineinzuziehen; es war jedes Einzelnen Sache, Anschluß an seine eigenen Auffassungen zu suchen.“

Es ist verständlich, daß man einen Kollegen, der erst seit kurzem in Göttingen war, dessen Gesinnungen und Ansichten

24. Ich komme weiter unten in dem Kapitel Wiederanstellungsversuche auf diese Bemühungen Müllers noch ausführlich zu sprechen.

25. Ritter an Köster, 2. XII. 37 (Schuster (Z. H. V. Sachsen, 1889), S. 193 f.).

26. Weber an Schuster, 19. I. 1889 (Schuster (Z. H. V. Sachsen, 1889), S. 198).

man also noch nicht genügend kannte, — daß man einen solchen Kollegen nicht zur Protestation auffordern wollte, zurückgewiesen aber hätte man ihn keinesfalls. — Hatte so Ritter auch die Protestation nicht unterzeichnet, so versäumte er doch nicht, sich der Erklärung der Sechs anzuschließen, um auf diese Weise wenigstens nachträglich noch seiner Übereinstimmung mit den Sieben öffentlich Ausdruck zu geben. Auch später, zumal bei den Deputiertenwahlen — auf die ich nicht näher eingehen kann — bewahrte Ritter eine feste und achtungsvolle Haltung, nahm an den Deputiertenwahlen keinen Teil, erklärte sie vielmehr für ungültig und betonte mehrfach, er halte sich, wenn auch unvereidigt, an das Staatsgrundgesetz gebunden, da er dieses für jetzt noch gültig halte.²⁷ Auch reichte Ritter im Jahre 1838 sein Entlassungsgesuch ein, weil ihm die neuen Verhältnisse in Göttingen durchaus nicht zusagten, nahm es aber auf Veranlassung der Regierung dann wieder zurück.²⁸ —

Rückhaltlos auf Seiten der Sieben stand auch der junge Bertheau, der aber weder an der Protestation der Sieben, noch an der Erklärung der Sechs teilnehmen konnte, da er als Repetent bei der theologischen Fakultät noch nicht zur Reihe der Dozenten gehörte. War es ihm so auch versagt, sich aktiv für die Sieben einzusetzen, so machte er doch keinen Hehl aus seinen Ansichten. Zunächst weigerte er sich, den Huldigungseid zu unterzeichnen, sah sich dann aber genötigt, den Revers, wenn auch unter Vorbehalt auf das Staatsgrundgesetz, doch zu unterschreiben, da sonst kein einziger an der Universität die Huldigung verweigert hatte und er sich dem, „was Alle und geachtete Männer taten“, unterordnen wollte.²⁹ —

Neben diesen Männern von Karl Otfried Müller bis Bertheau, die sich alle mehr oder weniger positiv zu den Sieben bekannten, steht noch eine andere Gruppe von Professoren: es waren diejenigen, die an der Protestation keinen Teil hatten, auch nicht die Erklärung der Sechs unterzeichneten, in ihren Gesinnungen aber auf Seiten der Sieben standen. Hierzu ge-

Wilhelm Grimm an Jacob, 12. II. 38 (Ippel I, S. 81). — Jacob Grimm an Dahlmann, 22. III. 38 (Ippel I, 146). -- Wilhelm Grimm an Dahlmann, 11. X. 39 (Ippel I, S. 345).

28. Akten des Staatsarchivs Hannover (Cabinets-Akten) („Hannover Des. 36“): Entlassungsgesuch Ritter und Zurücknahme, 1838.

29. Briefwechsel Lücke, S. 72 ff.

hört etwa der Professor der Rechte Gustav Hugo. Hugo erklärte mehrfach bei der Deputiertenwahl der Universität, „daß, da er die Entsetzung der Sieben für ungesetzlich halte, er auch den Wahlact nicht anerkenne und daran nicht Theil nehmen könne“.³⁰

Auch Gauß mag zu dieser Gruppe gezählt werden, Gauß der sich besonders um die Wiederanstellung von Weber und Ewald, seines Kollegen und seines Schwiegersohnes, bemühte (s. u.).³¹ —

Eine eigentümliche und unklare Haltung den Sieben gegenüber nahm der Prorektor Bergmann ein. Als Prorektor fühlte er sich verpflichtet, objektiv die Handlungsweise seiner Kollegen zu betrachten, über den Dingen zu stehen und weder für, noch gegen die Sieben Stellung zu nehmen. (s. S. 91 ff.). —

Während Bergmann eine unklare Haltung einnahm, wenigstens aber doch nicht gegen die Sieben Stellung nahm, gab es unter den Göttinger Professoren auch einige, die sich scharf und tadelnd gegen die Sieben aussprachen. Ich habe schon Herbarths Stellungnahme gegen die Sieben erwähnt (S. 102) und nenne an dieser Stelle nur noch den Anatomen Langenbeck und den Juristen Mühlenbruch.

Langenbeck behauptete, die Sieben hätten „aus Hab-sucht gehandelt“, denn da sie das Interesse, das die Sache erregen würde, vorausgesehen, hätten sie Verlangen nach dem Geld der Subscriptionen (für die Verteidigungsschriften) gehabt!³² Ja, Langenbeck sprach in einer Gesellschaft von Gervinus als von einem Lumpen;³³ von den beiden Grimms meinte er: „ob so ein paar alte Märchen hier sind oder nicht, darauf kommt nichts an.“³⁴

30. Wilhelm Grimm an Jacob, 12. II. 38 (Ippel I, S. 81). Wilhelm Grimm an Jacob, 20. II. 38 (Ippel I, S. 93).

31. Es ist in diesem Zusammenhang nicht möglich, alle Professoren in gewisse Gruppen einzuteilen; ich nenne nur einige Namen, um ein Bild davon zu geben, wie verschieden sich die Professoren zu den Problemen verhielten.

32. So berichtet Wilhelm an Jacob Grimm am 12. II. 1838 (Ippel I, S. 82).

33. Wilhelm Grimm an Jacob, 21. III. 38 (Ippel I, S. 148).

34. Wilhelm Grimm an Jacob, 13. VIII. 38 (Ippel I, S. 219).

Von Mühlenbruch ist ein Vorfall berichtenswert, der sich bei einem Ball in seinem Hause im März des Jahres 1838 ereignete.³⁵

Mühlenbruch sprach an jenem Abend stundenlang mit großer Heftigkeit über die sieben entlassenen Professoren, tadelte nicht nur die Protestation, sondern sprach auch über die wissenschaftliche Tüchtigkeit und anderweitige Brauchbarkeit der Sieben auf die herabsetzendste Weise, soll sogar geäußert haben, jene Studenten, die die Professoren in Witzenhausen gefeiert hatten, hätten sich unter das Vieh herabgewürdigt! Mit diesen Reden verletzte Mühlenbruch alle bei ihm anwesenden Gäste, so daß selbst ein Mann wie Langenbeck — doch gewiß kein Freund der Sieben (s. S. 145) — sich veranlaßt sah, früher als gewöhnlich die Gesellschaft zu verlassen. Ebenso wollte auch der Buchhändler Ruprecht fortgehen, als ihn Mühlenbruch zum Bleiben nötigte, ihm ein Glas aufdrängte und den Toast ausbrachte: „Pereant die Servilen!“ Da Mühlenbruch auch mit diesem Toast auf die Anhänger der Sieben zu zielen schien, als Männer, die ihre geistige Freiheit den Sieben aufgeopfert hätten, wurde Ruprecht im höchsten Grade gereizt und antwortete mit dem Toast „Pereant die königlich Gesinnten“, damit die absolutistisch Gesinnten wie Mühlenbruch meinent. Darauf Mühlenbruch, von Wut und Wein erhitzt: „Ist es so gemeint, so sage ich: Pereant die sieben Narren und die ihnen anhängen!“

Dieses unglaubliche Verhalten Mühlenbruchs — beleidigte er doch eigene Gäste! — blieb natürlich nicht ohne Folgen: Die Studenten, die mit Recht über Mühlenbruchs Äußerungen gegen die Sieben und die Witzenhäuser Studenten erobst waren, versammelten sich in großer Zahl in seinem Kolleg, und als Mühlenbruch das Auditorium betritt, kann er vor Lärm und Unruhe gar nicht zu lesen beginnen: ein ungeheurer Lärm, Stampfen, Zischen, Pfeifen und Schreien erhebt sich, einer bringt ein Vivat auf die Sieben aus, Mühlenbruch versteht in

35. Wilhelm Grimm an Dortchen, 12. III. 38 (Ippel I, S. 135). — Polizeibericht, 15. III. 38 (C. A.). — Mühlenbruch an das Curatorium, 16. III. 38 (C. A.) — Gieseler an Hoppenstedt, 16. III. 38 (C. A.). — Witzendorff (Hauptcommando der Kgl. Landgendarmerie) an Schele, 18. III. 38 (St. A.). — Bericht des Universitäts-Gerichts an das Kultusministerium, 21. III. 38 (C. A.).

dem Lärm nur das Wort „Hinaus“, und so muß er denn unter Trommeln und Pfeifen der Studenten das Kolleg schließen.³⁶ Nicht genug damit, wurden ihm eines Nachts auch noch einige Fenster eingeworfen.³⁷

Diese Vorgänge werfen ein bezeichnendes Licht auf die noch im Frühjahr 1838 in Göttingen herrschende Stimmung: einmal, daß ein Professor sich so weit gehen lassen konnte, daß er seine Kollegen öffentlich beschimpfte, dann aber auch, daß nach vier Monaten die Erregung über die Vorgänge um die Göttinger Sieben noch so nachzitterte, daß derartige Streitgespräche, Ausfälle von Professoren und Studenten sich ereignen konnten. Es zeigt sich hier ganz deutlich, daß eine Kluft zwischen den Anhängern und den Gegnern der Sieben bestand, eine Kluft, die zumal seit dem Streit um die Rotenkircher Adresse sich aufgetan hatte und geeignet war, das Zusammenleben der Professoren untereinander und das der Professoren und Studenten weitgehend zu stören und zu beeinträchtigen. —

So ergibt sich, daß weder die ganze Universität auf Seiten der Sieben stand — wie man beim Durchlesen der Protestation vermuten kann —, daß auf der anderen Seite aber auch nicht alle Professoren gegen die Sieben standen — wie die berüchtigten gefälschten Artikel in der Hannoverschen Zeitung vom 2. und 6. Dezember 1837 glauben machen wollten. Die Stellungnahme der einzelnen Professoren den Sieben gegenüber war vielmehr sehr verschieden und schwankte zwischen fast restloser Zustimmung und krassester Ablehnung. Schwere Gewissenskonflikte waren durch die Verfügungen des Königs und die Protestation der Sieben in den Professoren heraufbeschworen; Zwiespalt und gedrückte Stimmung herrschten in Göttingen, mancher Professor trug sich mit der Absicht, aus Göttingen fortzugehen,³⁸ und es dauerte Jahre, bis die Wogen der Erregung

36. Mühlenbruch an das Curatorium, 16. III. 38 (C. A.). — Polizeibericht, 15. III. (C. A.). — Bericht Bergmanns an das Curatorium, 15. III. (C. A.). — Wilhelm Grimm an Jacob, 15. III. (Ippel I, S. 136).

37. Mühlenbruch an das Curatorium, 16. III. (C. A.). — Witzendorff (Hauptcommando der Kgl. Landgendarmarie) an Schele, 18. III. 38 (St. A.).

38. Karl Otfried Müller beabsichtigte im Winter 1837 auf 1838, nicht über das laufende Semester hinaus in Göttingen zu bleiben (Müller an Boeckh, 19. XII. 1837: Briefwechsel Boeckh, S. 403), eine Absicht, die er auch ausführte: 1838 unternahm er eine wissenschaftliche Reise nach Griechenland, von der er nicht wiederkehren sollte. — Lücke trug sich noch

sich wieder geglättet hatten, zumal auch die Deputiertenwahlen, die bis zum Frühjahr 1840 erfolglos verlaufen waren, die politische Erregung immer wachhielten. —

Es ist notwendig, in diesem Zusammenhang der Haltung der Göttinger Professoren noch kurz auf die Haltung der Theologen speziell, überhaupt von der hannoverschen Geistlichkeit einzugehen, da die Sieben heftige Angriffe gegen die Geistlichkeit erhoben.

Es muß merkwürdig berühren, daß unter den Unterzeichnern der Protestation kein einziger Theologe war,³⁹ obwohl es sich um Gewissensfragen handelte, die doch in erster Linie den Theologen angingen. So schreibt Jacob Grimm:⁴⁰ „Von den Theologen, den Bewahrern des Glaubens und der Gewissen, wäre am allerersten zu erwarten gewesen, daß sie, eingedenk lutherischer Frömmigkeit und Standhaftigkeit, ihre Zornschaalen kräftig ausgeschüttet und alle Blödigkeit des Zweifels dahin geworfen hätten. Es fehlte nicht an Beistimmung, aber an der Entschlossenheit, sie öffentlich zu bekennen.“ (Dieser Satz ist ganz speziell gegen Lücke gerichtet). Jacob Grimm fügt noch hinzu, gerade der theologischen und juristischen Gelehrsamkeit habe die eigentliche Begründung der obschwebenden Fragen zugestanden; um so schmerzlicher hätten es die Unterzeichner der Protestation empfunden, „von ihren theologischen Kollegen verlassen zu sein.“ Denselben Vorwurf erhebt Dahlmann:⁴¹ Ungerne sage ich es, allein es muß um der Wahrheit willen gesagt seyn, die Geistlichkeit des Hannoverschen Landes hat die Gelegenheit verabsäumt, Missionsgeschäfte in christlichen Landen zu üben, die vor der Hand weit nötiger sind als die im Heidenthume.“ (Auch dieser Satz richtet sich wieder ganz speziell gegen Lücke, einen großen Freund der Heiden-

im Februar 1840 mit großen Reiseplänen, um den Konflikten in Göttingen aus dem Wege zu gehen (Lücke an Hoppenstedt, 25. II. 1840: Briefwechsel Lücke, S. 103).

39. Ewald, dessen Lehrstuhl an sich in die theologische Fakultät gehörte, kann noch am ehesten als Theologe angesprochen werden. Gerade bei Ewald aber waren nicht so sehr theologische oder sittliche Erwägungen bei der Unterzeichnung der Protestation maßgebend, sondern vielmehr war für ihn die Oppositionslust, das politische Interesse an dem Verfassungskampf entscheidend.

40. „Über seine Entlassung“, S. 30.

41. Verständigung, S. 31.

mission.) „Ihre hohe Aufgabe war abzumahnen, christlich abzumahnen, entweder den Herrn des Landes, falls er unchristlich die Gewissen bedrängte, oder abzumahnen die Unterthanen, daß diese nicht folgen der Verführung, wenn welche unter ihnen, sei's täuschend, sei's selber getäuscht, Gewissensscrupel aufstellen, wo nur Gehorsam Pflicht ist. Auf jedem von beiden Wegen, den innige Überzeugung leitete, ließ sich thätiges Christenthum bewähren. Sie hat keine von beiden Aufgaben erfüllt, indem sie schwieg.“ Als rühmende Ausnahme nennt Dahlmann nur den „Verfasser eines in dem Altonaer Merkur vom 4. Dezember abgedruckten Aufsatzes.“⁴² — Ähnliche Vorwürfe erheben Gervinus und Ewald in ihren Verteidigungsschriften.⁴³

In diesen Angriffen lag zweifellos ein berechtigter Kern: Mußte es nicht Wunder nehmen, daß bei Fragen, in denen es um die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Eides ging, die Theologen schwiegen? Zweifellos schien auch der Angriff gegen Lücke berechtigt: mußten die Sieben doch annehmen, daß ihm lediglich die Entschlußkraft fehlte, sich der Protestation anzuschließen. So war es denn vor allem Lückes Aufgabe, sich von diesen gegen ihn erhobenen Vorwürfen zu reinigen.

Dies unternahm Lücke in einem Brief an Jacob Grimm,⁴⁴ in dem er die Gründe darlegte, weswegen er an der Protestation nicht habe teilnehmen können, und in dem er seine Haltung zu den Fragen des Huldigungseides, der Erklärung der Sechs, der Deputiertenwahlen etc. ausführlich darlegte, auch nicht die Gewissenskämpfe verschwie, die er im November und Dezember hatte mit sich auskämpfen müssen. Ich bin oben (S. 136 ff.) schon ausführlich auf Lückes Stellungnahme eingegangen, so daß hier nur noch von seiner Verteidigung gegen die von den Sieben erhobenen Vorwürfe zu sprechen ist. Lücke sagt, für ihn als Christen sei es unmöglich gewesen, etwas zu tun, worüber er noch zweifelhaft gewesen: „Überlege ich jetzt noch einmahl alles, was ich in der Sache gethan und unterlassen, auch gelitten habe, — so will ich im Bewußtsein der menschlichen Schwäche nicht sagen, daß ich Alles aufs beste gethan habe, aber das weiß ich vor Gott und in meinem Ge-

42. Auf diesen Aufsatz wird weiter unten näher eingegangen werden.

43. Gervinus, Vorrede, S. XIV. f. — Ewald, Drei Deutsche Worte, S. 20 f.

44. Lücke an Jacob Grimm, 16. V. 38 (Briefw. Lücke, S. 11 ff.).

wissen, daß ich nicht ehrlos und unchristlich gehandelt habe, daß ich nach bestem Wissen und Gewissen gethan habe, was mir im Moment der Handlung das Rechte zu seyn schien.“⁴⁵

Damit hatte Lücke sich persönlich von den schweren Vorwürfen, die von den Sieben gegen ihn erhoben waren, gereinigt, denn das hätte ihm keiner, am wenigstens gerade Jacob Grimm zugemutet, gegen sein Gewissen und gegen seine ehrliche Überzeugung zu handeln. Der Vorwurf gegen die Geistlichkeit aber blieb bestehen: waren sie alle zweifelhaft? War keiner unter ihnen, der sich zu einem klaren Entschluß durchringen konnte? War keiner imstande, öffentlich Stellung zu nehmen zu diesen alle ehrlich Denkenden schwer bedrängenden Gewissensfragen, und vom christlichen Standpunkt aus eine Antwort zu geben? Nur ein einziger Geistlicher, die von Dahlmann genannte Ausnahme, nahm in zwei Aufsätzen zu diesen Fragen Stellung: es war Pastor Sander aus Geismar bei Göttingen.⁴⁶

In dem ersten Artikel vom November 1837 fordert Sander die hohen kirchlichen Behörden des Königreiches oder die theologische Fakultät der Landesuniversität auf, „in der ungemainen Verwirrung der Gewissen“ „ihre Stimmẽ zu schuldiger Steuer und Richtung“ öffentlich zu erheben. „Er seinerseits (der Verfasser) hat immer nur den Bescheid ertheilen können, daß es Niemandem auf Erden, keinem Könige und keinem Papste, nach protestantischem Grundsatz und göttlichem Wort zustehe, von Eiden, oder sie müßten ausschließlich eine ihm persönlich gelobte Verpflichtung begreifen, zu entbinden.“

Der zweite Artikel ist direkt als Verteidigung der hannoverschen Geistlichkeit den Angriffen der Sieben gegenüber geschrieben. Die Geistlichkeit habe keinen sicheren Boden unter den Füßen, von dem aus sie kämpfen könne, da die Geistlichen *disjecta membra* seien und keine festgefügte Einheit bildeten. Sander legt ausführlich dar, daß der Geistlichkeit Mittel und Wege fehlten, um ihre Ansicht gegen das Novemberpatent zur Wirkung bringen zu können, da sie keine geschlossene und machtvolle Korporation bilde. Der einzelne Geistliche habe

45. a. a. O. S. 16.

46. Altonaer Merkur, 4. XII. 37 und Politisches Journal, XII. 37: „Aus dem Hannoverschen“, vom 22. XI. 1837. — (F. Sander:) Die Hannoversche Frage und die Hannoversche Geistlichkeit (Aus dem Politischen Journal, December-Heft 1838, besonders abgedruckt).

nur in Predigten seine Überzeugung zum Ausdruck bringen können, und das sei vielfach geschehen, der Vorwurf treffe also die Geistlichkeit an sich. Dieser Vorwurf allerdings bleibe bestehen: eine Entschuldigung liege für sie nur in der mangelhaften Kirchenverfassung. — Der einzelne Geistliche hätte sich in der Predigt von der Politik an sich fernzuhalten: der geistliche Beruf schreibe Zurückhaltung in politischen Dingen vor, während in der privaten Seelsorge es Sache der Beichtkinder war, sich Rat beim Geistlichen zu holen. Da die ganze Frage von der Regierung auf das Gebiet des Staatsrechts hinübergespielt sei, sei es für den Geistlichen unmöglich geworden, hier noch urteilend oder ratend einzugreifen. —

So sehr Sanders Argumente einleuchten, es bleibt die Tatsache bestehen, daß die Geistlichkeit als Gesamtheit in dem hannoverschen Verfassungskonflikt versagt hat, und diesen Vorwurf erhebt auch Sander selbst. Auch bleibt es merkwürdig und unverständlich, daß kein Theologe an der Protestation der Sieben und auch nicht an der Erklärung der Sechs teilgenommen hat. Die tiefer liegenden Gründe dafür zu untersuchen, kann hier nicht unternommen werden. Sie dürften zu suchen sein in dem — vielleicht unausweichlichen Verzicht der Kirche, die Gewissenspflicht in öffentlichen Dingen zu erfüllen. Die Göttinger Theologen und die hannoversche Geistlichkeit haben allem Anschein nach die Frage als rein politischer Natur angesehen, mit der die Theologen nichts zu tun hätten.

Sechstes Kapitel.

Publizistik um die „Göttinger Sieben“.

Ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, welche Erregung in der Deutschen Publizistik die Protestation und Entlassung der „Göttinger Sieben“ im Jahre 1837 und noch im Jahre 1838 hervorgerufen hat. Es ist daher notwendig, einmal im Zusammenhang auf die Publizistik einzugehen, die um die „Göttinger Sieben“ entstanden ist.

Zunächst ein Wort über die Zeitungen und Zeitschriften. Es ist dabei erforderlich, sich die von der modernen Zeit erheblich abweichende Stellung der Zeitungen klarzumachen: „Der Schwerpunkt der Zeitungen lag bis 1848 in ihren Korrespondenzen. Diese berichteten meistens über die Ereignisse, ohne selbst Stellung zu ihnen zu nehmen. Dann lebte ein Teil der Zeitungen ... vom Diebeshandwerk, d. h. sie schrieben nur von anderen Blättern ab“.¹ Ausgesprochene Tendenzblätter, wie wir sie gewohnt sind, oder doch bis zum Frühjahr 1933 gewohnt waren, gab es zu jener Zeit kaum: die Stellungnahme der meisten Zeitungen, soweit man überhaupt davon reden kann, ist schillernd und unsicher. Die kritiklose Aufnahme aller Berichte aus fremden Zeitungen hatte zur Folge, daß ein und dieselbe Zeitung oft die widersprechendsten Meldungen brachte; welche unsinnigen und sich gegenseitig Lügen strafenden Gerüchte über die „Göttinger Sieben“ im Deutschen Blätterwald in Umlauf waren, ist geradezu erstaunlich. Soweit man also mit diesen Einschränkungen überhaupt von einer Stellungnahme der Zeitungen sprechen kann, nahmen die meisten führenden Deutschen Zeitungen für die Sieben Partei und verurteilten das Vorgehen Ernst Augusts im hannoverschen Verfassungskampf, so etwa die Kasselsche Allgemeine Zeitung, der Deutsche Courier (Stuttgart), die Leipziger Allgemeine Zeitung und der Hamburgische Correspondent, auch der Telegraph für Deutschland.

1. Morg, S. 76.

Diese Blätter berichten seit dem Juli bereits über den hannoverschen Verfassungskstreit und fahren seit dem Erscheinen des Novemberpatentes fort, fortlaufend Nachrichten über den Stand der Angelegenheiten in Hannover, dann auch über den der „Göttinger“ Sieben“ zu bringen. So druckt, um nur ein Beispiel herauszugreifen, die Kasselsche Allgemeine Zeitung das Novemberpatent ab, berichtet über die Stimmung in Hannover, würdigt in drei längeren Artikeln das Novemberpatent, ohne aber zu wagen, eine entschiedene Stellung dagegen einzunehmen, teilt die Protestation der Sieben mit, erst nur berichtend, dann die Protestation selbst abdruckend, bringt dann schon Gerüchte, ferner die Hamburger Adresse, die Antwort des Curatoriums an die Sieben, geht auf den Streit um Rotenkirchen ein, druckt die betreffenden Artikel aus der Hannoverschen Zeitung ab, bringt die berichtigende Erklärung Dahlmanns und Albrechts vom 5. Dezember, teilt Stimmungsberichte aus Hannover und Göttingen mit, berichtet über die verschiedenen Adressen und dann über die Entlassung der Sieben, die Vorgänge dabei etc.

In gleicher Weise verfahren die übrigen liberalen Zeitungen, ja sie bringen zum großen Teil dieselben Berichte. Auch das große Weltblatt, die Augsburger Allgemeine Zeitung, neigt den Sieben zu, bemüht sich dabei aber sehr um Objektivität, bringt z. B. im Juni 1838 eine Erklärung Dahlmanns, die Zustimmung des Prinzen Ernst August zum Staatsgrundgesetz betreffend, die aus einem Briefe des hannoverschen Cabinetsministeriums an Dahlmann hervorgeht, druckt aber auch im Januar desselben Jahres einen Artikel aus Göttingen ab, der in schärfster Weise die Protestation der Sieben verurteilt; wahrscheinlich wollte damit die Augsburger Allgemeine Zeitung ihre völlige Objektivität und Sachlichkeit dokumentieren.

Von den großen Zeitschriften nahmen die Hallischen Jahrbücher natürlich für die Sieben Partei. Bülow brachte 1838 eine ausführliche Charakteristik Dahlmanns, ebenso brachten die Hallischen Jahrbücher Charakteristiken über Gervinus und Ewald, und noch 1842 eine längere Aufsatzreihe über die Universität Göttingen von dem schon mehrfach genannten Oppermann.²

Während so die namhaften Blätter Deutschlands fast alle auf Seiten der Sieben stehen, sind die Zeitungen, die auf Seiten

2. Der Aufsatz erschien später selbständig (1842).

Ernst Augusts stehen, zu zählen. Nur eine einzige bedeutende Zeitung, das Berliner Politische Wochenblatt nimmt neben einem Artikel vom Oktober 1837, der die geschehenen und kommenden Maßnahmen Ernst Augusts zu verteidigen sucht, vor allem durch einen Aufsatz vom 30. Dezember 1837 im hannoverschen Verfassungskampf für Ernst August Partei und verurteilt die Sieben, ebenso das Journal de Francfort, die Würzburger und Breslauer Zeitung.

Von den Zeitungen des Königreichs Hannover durfte natürlich keine einzige für die Sieben eintreten. Es berührt merkwürdig, wenn man das offizielle hannoversche Regierungsblatt, die Hannoversche Zeitung, im Vergleich zu den übrigen Deutschen Zeitungen in diesen Monaten betrachtet: Während alle Deutschen Zeitungen täglich über die „Göttinger Sieben“ in ausführlicher Weise berichten, muß die Hannoversche Zeitung diese Angelegenheit vollkommen totschweigen. Erst am 2. Dezember, zugleich mit dem ersten Artikel über die Rotenkircher Deputation, druckt die Hannoversche Zeitung ein „Schreiben aus dem Göttingischen“ ab — allem Anschein nach von der Regierung veranlaßt —, in dem die Sieben aufs schärfste verurteilt werden; die Protestation selbst oder auch nur eine Mitteilung darüber ist in der Hannoverschen Zeitung nicht zu finden. Nach den Lügenberichten über die Rotenkircher Deputation werden noch die Entlassungsurkunden der Sieben abgedruckt und ein ebenfalls von der Regierung inspirierter Artikel, der über die Vorgänge in Göttingen nach der Entlassung der Sieben berichtet und die Echtheit der in Nr. 290 der Hannoverschen Zeitung abgedruckten Reden in Rotenkirchen verbürgt! (s. S. 95, Anm. 5). Das ist alles, was in der Hannoverschen Zeitung über die „Göttinger Sieben“ steht! —

Beachtenswert ist, daß nicht nur die Deutschen Zeitungen, sondern auch die des Auslandes sich ausführlich mit den „Göttinger Sieben“ beschäftigen. Als Beispiel sei die Times genannt.

Von den Deutschen Angelegenheiten interessierten die Times nur der Kölner Kirchenstreit und der hannoversche Verfassungskampf mit den „Göttinger Sieben“. Über die Sieben wird zunächst sehr wenig berichtet, aber als man die Bedeutung und große Wirkung erkennt, werden fast jeden Tag Mitteilungen darüber, meist aus der Deutschen Presse übernommen, gebracht.

Die erste Mitteilung über die „Göttinger Sieben“ in der

Times findet sich am 20. November, also an einem Tage, an dem noch gar keine Nachricht von der erst am 18. unterzeichneten Protestation nach England gelangt sein konnte: Es ist jener berüchtigte und schon genannte (S. 55) Artikel aus dem *Courrier Français*, der bereits am 18. November von einer Protestation von sieben Göttinger Professoren zu berichten weiß. Die richtige Mitteilung der Protestation findet sich auch erst am 30. November in einem aus Hamburg, den 22. November datierten Artikel. Wenige Tage darauf wird von den Studentendemonstrationen für die Sieben in Göttingen berichtet, dann wird die Antwort des Curatoriums an die Sieben mitgeteilt. Irgend eine Meinungs-Äußerung über die Sieben findet sich noch nicht, wie ja überhaupt die Zeitungen nur selten eine eigene Meinung vertraten, sich vielmehr auf den Bericht der Tatsachen beschränkten. Die Einstellung der Times erhellt jedoch aus einem Artikel am 8. Dez., aus Berlin vom 31. November datiert: Es wird von einem „Gegenprotest“ berichtet: „Conradi, Greseler (sic!), Mühlenbruch, Lucke, Ribbintrop (sic!) and Herbart“ — schon diese Zusammenstellung, Gieseler und Mühlenbruch, Lücke und Herbart, zeigt die Unhaltbarkeit dieser Mitteilung — diese Professoren hätten in einem Gegenprotest erklärt, sie hätten kein Bedenken, den Huldigungseid unbedingt zu unterzeichnen! — Nachdem am 9. Dez. der erste Bericht über Rotenkirchen aus der Hannoverschen Zeitung vom 2. Dezember abgedruckt ist, folgt am 11. Dezember die Würdigung eines — sonst unbekannten — Pamphlets über die hannoversche Verfassungsangelegenheit, die für die reaktionäre Gesinnung der Times recht aufschlußreich ist. Das Pamphlet, so heißt es in der Times, das die Aufmerksamkeit aller leidenschaftslosen Politiker verdiene, stelle die Ungültigkeit des Staatsgrundgesetzes von 1833 fest, da in offenkundiger Regelwidrigkeit einige Paragraphen abgeändert seien. In Hannover sei man daher dem König dankbar(!) für die von ihm erlassenen Patente; dieser „Tyrann“ sei auf einer Reise enthusiastisch begrüßt, 800 Bauern seien 20 Meilen zu Fuß gekommen, um ihm persönlich für seine heilsamen Verfügungen zu danken(!). Es sei zwar Tatsache, daß ein halbes Dutzend („some half-dozen professors“) Professoren in Göttingen protestiert hätten — auf den Wink der Republikaner in Paris (!!) —, sie würden aber keine weitere Gelegenheit dazu haben, denn man dränge darauf, daß ihnen die Möglichkeit, sich in politische Dinge zu mischen, genom-

men würde. Im übrigen würden die Wünsche und Interessen der Hannoveraner zweifellos wahrhafter durch die dankbare Adresse von 800 Bauern als durch diese Protestation von sechs Professoren ausgedrückt. Aus der vorzeitigen Verbreitung in Pariser Zeitungen gehe hervor, daß die Professoren vielmehr den Radikalismus der Pariser als den Patriotismus der Hannoveraner verträten (!). Ernst August werde, so heißt es im Pamphlet zum Schluß, und die Times schließt sich dieser Meinung an, — Ernst August werde das Volk zum Guten führen, dieses werde seine wirklichen Wohltäter von den hohlen und selbstsüchtigen Bewerbern um die Volksgunst und den Strebern nach politischer Gleichmacherei schon zu unterscheiden wissen. —

Die Times bringt weiter noch zahlreiche Meldungen über die „Göttinger Sieben“, im großen und ganzen dieselben, wie auch die Deutschen Zeitungen, so die Rotenkircher Reden aus der Hannoverschen Zeitung, die Erklärung Dahlmanns und Albrechts in der Kasselschen Allgemeinen Zeitung, die Adressen aus Deutschland an die Sieben, Stimmungsberichte aus Göttingen und Hannover, Berichte über die Erklärung der Sechs, die Entlassung der Sieben und über die Vorgänge während und nach der Entlassung in Göttingen und Witzenhausen. In den letzten Dezembertagen und noch im Anfang Januar 1838 vergeht kein Tag, an dem nicht irgend etwas über die Sieben oder doch über die hannoverschen Angelegenheiten in der Times stände. So groß war das Interesse, das auch das Ausland an den Dingen nahm: man spürte, daß es sich um mehr als um politische Meinungsverschiedenheiten oder um Insubordination handelte, daß es vielmehr um große Prinzipien und für die Zukunft bedeutungsvolle Fragen ging; man ahnte wohl dunkel, daß hinter diesem politischen Streit der Kampf großer Ideen stand, ein Kampf, dessen Ausgang das Gesicht des Jahrhunderts mitbestimmen würde. —

Nicht nur die Zeitungen und Zeitschriften beschäftigten sich mit den „Göttinger Sieben“, sondern es entstanden auch eine Reihe publizistischer Schriften um die Sieben. Begonnen wurde dieser publizistische Kampf von den Sieben selbst durch die Herausgabe ihrer Verteidigungsschriften. Es sind dies folgende: „Zur Verständigung. Von Dahlmann.“ — „Die Protestation und Entlassung der sieben Göttinger Professoren. Herausgegeben von Dahlmann.“ (Verfasser: Albrecht). — „Jacob Grimm über seine Entlassung.“ — „(Drei Deutsche) Worte für Freunde und Ver-

ständige. Von H. Ewald.“ — „Worte an Herrn Klenze in Hannover. Von H. Ewald.“ — Gervinus' „Vorrede zum dritten Band der Geschichte der deutschen National-Literatur.“

Die Schriften erschienen nach mannigfachen Zensurschwierigkeiten im Laufe des Jahres 1838, zumeist noch im April. Dahlmann und Jacob Grimm mußten ihre Schriften in Basel erscheinen lassen, weil die Zensur ein Erscheinen in Deutschland unmöglich machte. Ewald ging es nicht besser, und nur Albrechts Schrift durfte in Leipzig erscheinen.

Auch Gervinus' Vorrede zum dritten Bande der Geschichte der deutschen National-Literatur war in Leipzig verboten worden, weil sie heftige Angriffe auf Ernst August enthielt. Es gelang Gervinus aber, die Vorrede im 7. Bande seiner Historischen Schriften noch im gleichen Jahre der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Schriften, vor allem die Dahlmanns, Albrechts und Jacob Grimms, ergänzen einander vortrefflich — gänzlich unbeabsichtigt, denn jeder hatte für sich geschrieben, es hatte kein Einverständnis zwischen den Dreien über Inhalt und Tendenz der Schriften stattgefunden. Während Dahlmanns Schrift durchaus historisch-politischer Natur ist, beleuchtet Albrecht die Rechtslage, Jacob Grimms Büchlein endlich gibt wenig Tatsachen, beleuchtet aber die Zusammenhänge vom sittlichen Standpunkt aus: so ist jede Schrift ein charakteristisches Werk des Verfassers: nur ein Dahlmann konnte die „Verständigung“ schreiben, nur ein Jacob Grimm „über seine Entlassung“, nur ein Albrecht „Die Protestation und Entlassung“.

Dahlmann gibt in seiner „Verständigung“ ein historisches Bild der Vorgänge vom Novemberpatent bis zur Entlassung der Sieben. Er geht dabei aus von der Zustimmung Ernst Augusts zum königlichen Hausgesetz im Jahre 1834, von der Dahlmann als dem Verfasser des Entwurfs des Hausgesetzes vom Cabinetministerium Mitteilung gemacht war. Die Anerkennung des Hausgesetzes schloß aber die Anerkennung des Staatsgrundgesetzes in sich, da das Hausgesetz sich auf dem Staatsgrundgesetz aufbaute. So war kein Umsturz von Ernst August zu befürchten; um so größer der Schrecken über das Juli- und Novemberpatent! Nach dieser Einleitung und einem darauf folgenden Abschnitt, in dem Dahlmann durch Abdruck seiner damaligen Reden gegen die Göttinger Gefangenen von 1831 dem Vorwurf begegnet, als hänge

der Protest von 1837 mit der Göttinger Aufstandsbewegung von 1831 zusammen, — stellt Dahlmann die Vorgänge des Novembers und Dezembers dar unter reichlicher Verwendung urkundlichen Materials: die Patente, die Protestation der Sieben, die Antwort des Curatoriums, Dahlmanns Brief an Hoppenstedt (S. 74), die Berichte der Hannoverschen Zeitung über die Rotenkircher Deputation, die verschiedenen Gegenerklärungen und schließlich die Entlassungsrescripte werden abgedruckt, so daß das Buch auch rein quellenmäßig großen Wert besitzt. Bemüht Dahlmann sich auch um eine rein historische Darstellung, die ohne Fälschung und Übertreibung die tatsächlichen Vorgänge zu erzählen hat, so hält er doch selbstverständlich mit seiner eigenen Meinung und Kritik an keiner Stelle zurück. Dahlmanns Absicht war, das Vorgehen der Sieben zu erklären und zu verteidigen, andererseits aber die Unrechtmäßigkeit der Entlassung nachzuweisen, Absichten, die ihm vollkommen gelungen sind. Die von tiefem Ernst und hohem sittlichem Pathos beseelte, trotzdem aber schlicht und in einfachen Worten erzählende Darstellung überzeugt jeden unbefangenen Leser von der Richtigkeit der Tat der Sieben. Dahlmann brauchte ja auch nur zu erzählen, wie alles gekommen war, um den Leser für sich zu gewinnen, da das bessere Recht durchaus auf Seiten der Sieben stand. So ist Dahlmanns „Verständigung“ ein Vorbild und Meisterwerk Deutscher Publizistik, ein Werk, das mit wahrheits-treuer Gestaltung wohlbegründete persönliche Kritik und eine meisterhaft gelungene Verteidigung der eigenen Person und damit der sechs Kollegen verbindet.

Während Dahlmann eine Verteidigung der Sieben durch einfache Erzählung des Tatsächlichen unternimmt, ohne tiefer auf die damit zusammenhängenden juristischen Fragen einzugehen, bemüht Albrecht sich, gerade vom juristischen Standpunkt aus die Rechtmäßigkeit der Protestation und die Unrechtmäßigkeit der Entlassung nachzuweisen. Nach kurzer Darstellung des Heranges geht Albrecht in drei Abschnitten auf die Protestation selbst, ihre Veröffentlichung und die Entlassung ein. Ich habe schon weiter oben (S. 48 f.) im Zusammenhang der Würdigung der Protestation die Thesen Albrechts kurz entwickelt, aus denen er die Berechtigung der Professoren zur Protestation herleitet, so daß ich hier nicht mehr darauf einzugehen brauche. Ist Albrechts Deduktion auch an manchen Stellen brüchig, so daß sie nicht restlos zu überzeugen vermag, so ist doch alles angeführt,

was den Schritt der Sieben berechtigt erscheinen lassen kann. Eine eindeutige juristische Entscheidung war wegen der unklaren Rechtslage unmöglich: es ist eben ausgeschlossen, rein juristisch die Berechtigung der Sieben zur Protestation nachzuweisen, so daß auch Albrecht kein Vorwurf daraus zu machen ist, wenn ihm das nicht restlos gelungen ist. — Den Vorwurf der Verbreitung weist Albrecht damit zurück, es sei einmal die Verbreitung nicht absichtlich herbeigeführt, zweitens sei der Gegenstand des Streites einer gewesen, der „nicht im Geheim und gleichsam bey verschlossenen Türen, sondern mit der größten Publicität vor den Augen von ganz Deutschland, der Welt geführt wird“.³ — Die Unrechtmäßigkeit der Entlassung ergibt sich sowohl nach den Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes, nach den eigenen Verordnungen Ernst Augusts vom 14. November 1837, als auch nach dem Bundesbeschluß vom 20. September 1819 (s. S. 111). — So kann auch Albrechts Versuch einer Verteidigung der Sieben vom rechtlichen Standpunkt aus als eine wohl gelungene Verteidigung bezeichnet werden.

Betrachtet Dahlmann die Vorgänge als Historiker oder, da es sich um Vorgänge der Gegenwart handelt, als politischer Schriftsteller, Albrecht als Jurist, so Jacob Grimm endlich als sittlich fühlender und sittlich handelnder Mensch. Schon das Motto auf dem Titelblatt „war sint die eide komen?“ zeigt, daß Jacob Grimm nicht als Politiker sich gegen einen Staatsstreich aufgebäumt hat, nicht auf Grund rechtlicher Erwägungen protestiert hat, sondern als ein den Sittengesetzen unterstehender Mensch sich geweigert hat, einen geleisteten und noch gültigen Eid zu verletzen. So schreibt er als Mensch, der für Deutschland und seine Wissenschaft lebte und außerhalb des politischen Kampfes stand, aber durch die Verhältnisse wider seinen Willen in ihn hineingezerrt wurde: „Der Grund ist, weil ich eine vom Land, in das ich aufgenommen worden war, ohne alles mein Zuthun mir auferlegte Pflicht nicht brechen wollte, und als die drohende Aufforderung an mich trat, das zu thun, was ich ohne Meineid nicht thun konnte, nicht zauderte, der Stimme meines Gewissens zu folgen. . . . Wie ein ruhig wandelnder Mann in ein Handgemenge geräth, aus dem ein Ruf erschallt, dem er auf der Stelle gehorchen muß, sehe ich mich in eine öffentliche Angelegenheit verflochten, der ich

3. Albrecht, S. 30.

keinen Fußbreit ausweichen darf, nicht erst lange umherblicken, was Hunderttausende thun oder nicht thun, die gleich mir zu ihrer Aufrechterhaltung verbunden sind“.⁴ — So beschreibt Jacob Grimm, wie ihn nicht politische oder rechtliche Erwägungen, sondern sein Gewissen zur Protestation trieb. Das Gewicht des Buches liegt daher nicht in der Erzählung der Vorgänge, sondern in einer Betrachtung, Würdigung und Kritik der Menschen und ihrer Gesinnungen. Jacob Grimm weist auf die Heiligkeit des Eides hin, auf das unmoralische Vorgehen Ernst Augusts, auf die Unentschlossenheit der Professoren, von denen es nur sieben wagten, „das Eis des Schweigens zu brechen, dessen Rinde hart und schmähdlich das ganze Land überzogen hatte“.⁵ — Eine Verteidigung gegen den Vorwurf der Verbreitung, eine kurze Darstellung der Rotenkircher Vorgänge und der Entlassung beschließen das Buch. — Dieses Buch, das die Stimmung und hohe sittliche Auffassung eines Menschen wiedergab, fand die dankbarste Aufnahme in ganz Deutschland, weil es an den Menschen schlechthin, seine einfachen Gefühle und Auffassungen apellierte, zu Ehrlichkeit und Treue rief und die Grundgesetze alles menschlichen Zusammenlebens gegen Unmoral und Treulosigkeit verteidigte.

Von ganz anderer Art wiederum sind die beiden Schriften Ewalds. Gedankengänge abstrakt-theoretischer, historischer und politischer Art ausführlich darlegend und betrachtend, geht Ewald über den Rahmen einer Verteidigungsschrift weit hinaus. — Im ersten Abschnitt der „Drei Deutschen Worte für Freunde und Verständige“, „Fragen“ betitelt, versucht Ewald eine Antwort zu geben auf die Frage, warum es zur Protestation der Sieben kommen mußte. In weitschweifiger Darstellung und Betrachtung der Vorgänge, unterbrochen durch mehrfache Exkurse, führt er vor allem zwei Momente an, das historische und das religiöse, die beide die Protestation bestimmten. Der hannoversche Verfassungskampf ist ihm ein Bild des Ringens der reaktionären und der jungen aufbauwilligen Kräfte des Jahrhunderts gegeneinander, die Bibel aber gebot das Festhalten am Eide. — Der zweite Abschnitt, „Gedanken“, sucht die Keime der Protestation in der Geschichte, in der Reformation zu finden: die Geschichte der

4. a. a. O. S. 8.

5. a. a. O. S. 26.

Reformation und des Protestantismus verfolgend, sieht Ewald die Vollendung der Reformation erst in der Gegenwart. — Der dritte Abschnitt, „Vergleichung“, beschäftigt sich in der Hauptsache mit dem Kölner Kirchenstreit und kommt zu dem Ergebnis: während der Kölner Erzbischof „Martyrer einer trüben, in ihren Folgen verderblichen, undeutschen Sache“ ist, sind „die Sieben hoffentlich Opfer einer deutlichen, fruchtbaren, deutschen Sache“.⁶

Der erste Abschnitt der „Worte an Herrn Klenze“ ist gerichtet „An Herrn Klenze in Hannover“, einen Abgeordneten der hannoverschen Ständeversammlung, der in einer Versammlung der zweiten Kammer zu Hannover im Juni 1838 eine lange Rede gegen das Staatsgrundgesetz gehalten hatte. Diese Rede, deren Inhalt hier nicht interessiert, kritisiert Ewald im einzelnen sehr ausführlich, damit gleichzeitig eine Verteidigung der Sieben und des Staatsgrundgesetzes verbindend. — Der zweite Abschnitt, „Bild der Verständigen und Treuen“, ist eine politische Betrachtung, die sich wendet gegen die Nachahmung ausländischen Parteiwesens in Deutschland, gegen das Parteiwesen überhaupt, vor allem aber gegen die „Verstockten“, also gegen die Reaktionäre, die die Zeit nicht verstehen, und gegen die Feigen, die nicht zu handeln wagen. — Der dritte Abschnitt, „Erzählung“, endlich gibt eine Darstellung der Ereignisse vom Erscheinen des Julipatentes bis zur Entlassung der Sieben, weniger die Sieben verteidigend, als vielmehr Ernst August und Schele anklagend. —

Ausführlicher auf diese Verteidigungsschriften der Sieben einzugehen, erscheint hier nicht notwendig, da es sich nicht um eine Interpretation dieser Schriften handelt, sondern nur aufzuzeigen ist, wie verschieden die Verteidigungsschriften sind, von welchem Standpunkt der einzelne ausgeht, wie anders geartet die Ansichten über die Protestation waren, und wie gerade dadurch die Schriften einander ergänzen. Die Wirksamkeit der Ewaldschen Schriften war geringer als die der von Dahlmann, Albrecht und Jacob Grimm, da Ewald keine engbegrenzten Verteidigungsschriften schrieb, sondern viele andere Gedanken in diesen Zusammenhang brachte und so die Einheitlichkeit verwischte; damit entbehrten die Schriften des starken Eindruckes, zumal Ewalds mehr anklagende und kritisierende als verteidigende und recht-

fertigende Art und Weise bei weitem nicht so sehr für den Verfasser einnimmt wie die der drei übrigen Schriften.

Gervinus schließlich hat keine eigentliche Verteidigungsschrift geschrieben, sondern beschränkte sich darauf, in der „Vorrede zum dritten Bande der Geschichte der deutschen National-Literatur“ gröbste Worte gegen Ernst August und dessen System zu schleudern und heftige Anklagen gegen die Menschen und gegen die Zeit zu erheben. —

Nicht nur die Sieben selbst versuchten, ihre Protestation in Schriften zu verteidigen, auch Freunde und Anhänger bemühten sich um die Rechtfertigung der Sieben, so vor allem der Rostocker Jurist Georg Beseler, der mit Dahlmann, den Brüdern Grimm und Gervinus in einem freundschaftlichen Verhältnis stand, durch Herausgabe eines Büchleins „Zur Beurtheilung der sieben Göttinger Professoren in ihrer Sache“, in sieben Briefen an einen gedachten Freund verfaßt. In den vier ersten Briefen gibt Beseler Einzeldarstellungen über die Sieben, schildert ihr Wesen und ihre wissenschaftliche Bedeutung. Im fünften Brief verteidigt er die Protestation, im sechsten und siebenten Brief endlich kritisiert er zwei gegen die Sieben erschienene Aufsätze, einen vom 30. Dezember 1837 aus dem Berliner Politischen Wochenblatt und einen vom 8. Januar 1838 aus der Augsburger Allgemeinen Zeitung. Gerade durch diese Zusammenstellung von Charakteristiken und durch die Abwehr publizistischer Angriffe erreichte Beseler am besten sein Ziel: er bot so dem Leser, der die Sieben nicht näher kannte, die Möglichkeit, sich selbst ein Urteil über ihre menschlichen und wissenschaftlichen Qualitäten zu bilden, und er wies durch die Kritik der beiden Zeitungsartikel zugleich die hauptsächlichsten Vorwürfe, die gegen seine Freunde erhoben wurden, zurück. Die warme und herzliche Sprache tat mit ihrer Überzeugungskraft ein übriges, um den Leser für die Sieben einzunehmen. So erreichte Beseler sein Ziel: er gewann durch sein Büchlein den Sieben viele neue Freunde und Anhänger hinzu. —

Der Jenenser Professor Karl Hermann Scheidler schrieb im Jahre 1838, von der Entlassung des Erzbischofs zu Köln und der der „Göttinger Sieben“ ausgehend, ein ausführliches Werk „über die Idee der Universität und ihre Stellung zur Staatsgewalt, nebst einer einleitenden Abhandlung über die Bedeutung der Cölner und Göttinger Amtsentsetzungen für die Staatsfragen der Gegen-

wart“. Das Buch, das den Sieben gewidmet ist,⁷ beleuchtet in der Einleitung die Entlassungen in Köln und Göttingen vom Standpunkte der Staatswissenschaft, gibt im Kölner Konflikt der Regierung, im Göttinger aber den Professoren Recht. Scheidler legt dar, daß es sich sowohl in Köln als in Göttingen um die Frage nach der religiösen, geistigen und politischen Freiheit als Staatsfragen handelt, um die Frage nach Freiheit und Recht der Universität, die Frage nach dem Verhältnis der Universität zu Staat und Kirche, und schließlich um die Frage, ob die Professoren reine Kirchen- bzw. Staatsdiener seien. — In Köln, so führt Scheidler aus, sei nicht der katholischen Kirche Gewalt angetan, sondern nur den Anmaßungen der Hierarchie Widerstand entgegengesetzt. Die Bedeutung der „Göttinger Sieben“ liege in der Frage nach der Stellung der Universität dem Staate gegenüber: durch die Entlassung der Sieben sei die Freiheit der Wissenschaft, seien die Rechte der Universität als Korporation bedroht. Die Professoren als Wissenschaftler seien verpflichtet, Mängel der Staatsverfassung zu beleuchten; Scheidler verneint die Frage, ob die Staatsdiener zu unbedingtem Gehorsam gegen unrechtmäßige Befehle der Regierung verpflichtet seien und legt weiter dar, wenn der Regent seine Untertanen vom Verfassungseide entbinden könne, so sei das Verfassungswesen eine bloße Komödie. Er kommt zu dem Ergebnis, daß einem unrechtmäßigen königlichen Befehl nicht gehorcht werden darf, daß vielmehr die Professoren als Angehörige einer wissenschaftlichen Korporation Einspruch dagegen zu erheben hätten, daß also die Sieben mit ihrer Protestation völlig im Recht gewesen seien. — Im Hauptteil des Werkes, der sich vor allem mit der Idee der Universität befaßt, geht Scheidler nicht mehr auf die „Göttinger Sieben“ ein, spielt nur des öfteren auf sie an und verhehlt nirgends seine Sympathie zu den entlassenen Professoren. — Ist das Buch auch keine eigentliche Verteidigungsschrift für die Sieben, so muß es doch in diesem Zusammenhang genannt werden, da es einmal in der Einleitung auf die Protestation der Sieben eingeht, dann aber in den Ausführungen über die Rechte und Pflichten der Universität als Korporation dem Staate gegenüber Gedankengänge entwickelt, die später Ritschl wieder aufgenommen hat. —

Im Zusammenhang der Verteidigungsschriften für die Sieben

mag die bereits genannte Schrift von Pastor Sander über die Hannoversche Frage und die Hannoversche Geistlichkeit (s. S. 150 f.) noch einmal erwähnt werden, da sie durchaus für die Sieben geschrieben ist.

Auch ein Büchlein von dem (ungenannt gebliebenen) G. F. Schumacher, „Die sieben Göttinger Professoren nach ihrem Leben und Wirken“, ist als Verteidigungsschrift im weiteren Sinne anzusehen. Ohne auf die Ereignisse des Jahres 1837 näher einzugehen, gibt Schumacher eine Charakteristik der einzelnen Professoren, schildert ihren Lebensgang, ihre Bedeutung und ihre wissenschaftliche Tätigkeit, in der Absicht, daß das Deutsche Volk die vielgenannten und hochverehrten Sieben auch als Menschen und Wissenschaftler näher kennen lerne.

Zum Schluß sei noch eine Schrift genannt, die nur am Anfang und Schluß des Buches auf die Sieben Bezug nimmt, sich sonst aber nur mit der eigentlichen Verfassungsfrage auseinandersetzt und eine Verteidigung des Staatsgrundgesetzes unternimmt. Es ist das Büchlein von Georg Werner „Versuch einer rechtlichen Beurtheilung der Hannöverschen Verfassungsfrage“, das deswegen genannt sei, weil es als Motto einen Satz aus Dahlmanns „Politik“ zitiert, der sich dagegen wendet, daß das Gewissen des Fürsten allein über das Dasein der Verfassungsrechte zu entscheiden und der Untertan sich auf alle Fälle zu beruhigen habe,⁸ — vor allem aber, weil es eine Widmung an die Sieben trägt, die ein Zeichen der großen Hochachtung ist, die die Sieben in Deutschland genossen: „Den sieben Ehrenmännern, Dahlmann, Albrecht, Gervinus, Jacob Grimm, Wilhelm Grimm, Ewald, Weber, die, treu ihrem geleisteten Schwur, dem deutschen Vaterlande in unseren Tagen ein glänzendes Beispiel gesetzlicher, muthvoller Verteidigung politischer Rechte gaben, widmet diese Zeilen als geringes Zeichen unbegrenzter Hochachtung der Verfasser“.⁹ —

Damit ist die Reihe der publizistischen Schriften, die auf Seiten der Sieben stehen, abgeschlossen, will man nicht noch alle die Schriften aufzählen, die im hannoverschen Verfassungsstreit, im Kampf um das Staatsgrundgesetz, dieses verteidigten und sonst auch auf Seite der Sieben stehen und sie durch die Verteidigung des Staatsgrundgesetzes indirekt verteidigen.

8. Dahlmann, Politik, 1. Aufl., S. 171 f.

9. a. a. O. S. III.

Ein Eingehen hierauf jedoch würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen, da damit gleichzeitig eine ausführliche Behandlung des überaus komplizierten und sich auf Jahre hinaus erstreckenden Verfassungsstreites notwendig wäre. —

Ich deutete schon an, daß mit dem Erscheinen der Verteidigungsschriften der Sieben ein publizistischer Kampf begann: Es ist selbstverständlich, daß die Schriften der Sieben Gegenschriften hervorrufen mußten, es berührt aber seltsam, daß nur zwei Gegenschriften erschienen, die sich zudem beide nur gegen Albrechts Buch wandten. Worin die Gründe für dieses mangelhafte Parieren des Angriffes der Sieben zu finden sind, bleibt unklar: sei es, daß man auf Regierungsseite sich nach der Entlassung der Sieben sicher genug fühlte und keine weiteren Protestbewegungen im Lande fürchtete, sei es, daß man keine geeigneten Männer fand, die wirksame Schriften gegen die Sieben zu verfassen imstande waren, oder sei es, daß man sich den Sieben gegenüber unsicher fühlte und ihren Argumenten keine wirksamen entgegensetzen wußte. Genug, es erschienen nur zwei Schriften gegen Albrechts „Protestation und Entlassung“, „Ein anderes Wort zur Protestation und Entlassung der sieben Göttinger Professoren“ von Gustav Zimmermann und eine „Beleuchtung der erschienenen Schrift: Die Protestation und Entlassung der sieben Göttinger Professoren“, deren (ungenannter) Verfasser der Oberhauptmann von Zesterfleth zu Medingen — bei Lüneburg — ist.¹⁰

Gustav Zimmermann, dessen Buch zweifellos die wirksamste und beste Gegenschrift gegen die Sieben ist, bekleidete bei der Polizei in Gotha eine dürftige Stelle als Accessist, war ein Schüler Dahlmanns und hatte bei ihm europäische Staatengeschichte gehört, war philosophisch gebildet und nahm für Ernst August und Schele Partei. Sein Buch erregte großes Aufsehen, die hannoversche Regierung berief ihn nach Hannover, damit er als Publizist die Opposition bekämpfte. Er erhielt dann den Posten eines Archivsekretärs und erlangte unter Georg V. maßgebenden Einfluß in der Regierung.¹¹

Ich habe schon oben (S. 49 f.) die Argumente Zimmermanns angeführt, mit denen dieser den Sieben die Berechtigung zur

10. Wilhelm Grimm an Dahlmann, 18. VII. 38 (Ippel I, 204).

11. Hassel, S. 393 f.

Protestation gegen das Novemberpatent abstreitet, so daß ein nochmaliges Eingehen darauf überflüssig erscheint. Auf diesem Abschnitt liegt das Gewicht des Buches. Nachdem Zimmermann diesen Nachweis zu bringen versucht hat, daß die Sieben weder als Beamte, noch als Mitglieder einer Korporation zur Protestation befugt waren, geht er noch kurz auf die Verbreitung der Protestation ein, von der er sagt, sie erhöhe die Strafbarkeit der Protestation „um Vieles“.¹² Die Entlassung schließlich sei eine notwendige Folge des Ungehorsams; das Amt mußte den Sieben entzogen werden wegen Unvereinbarkeit ihrer Handlungsweise mit dem ferneren Staatsdienst. Albrechts Argumente, die Entlassung sei zu Unrecht und entgegen allen gültigen Gesetzen erfolgt, versucht er mit dem Hinweis zu entkräften, daß in diesen Dingen immer dem König die letzte Entscheidung zu stehe.

Zweifellos ist diese geistreiche und geschickt abgefaßte Schrift mit ihren Argumenten der Albrechtschen Schrift durchaus gewachsen und stellt eine wirksame Verteidigung Ernst Augusts dar, wenn sie auch unser Urtheil über die Protestation und Entlassung nicht beeinflussen kann. —

Bei weitem dürftiger und inhaltloser ist die zweite genannte Schrift, deren Verfasser Zesterfleth ist: sie beschränkt sich darauf, den Sieben Verweigerung des Huldigungseides vorzuwerfen, festzustellen, daß durch Vornahme der neuen Deputiertenwahlen das hannoversche Volk seine ausdrückliche Zustimmung zur Aufhebung des unbeliebten Staatsgrundgesetzes gegeben habe, die Verbreitung der Protestation als strafbar hinzustellen, da die Protestation nur für die Regierung bestimmt gewesen sei und eine Verbreitung Aufregung im Volke zur Folge haben mußte, und endlich die Entlassung als Folge des Ungehorsams hinzustellen und den Drei Vertriebenen vorzuwerfen, sie hätten sich im Bewußtsein ihrer Schuld einer Untersuchung entzogen.

Die Schrift ist unbedeutend, da sie nur alte Vorwürfe wiederholt und Albrechts Argumenten nur mit unwirksamen Gegengründen zu begegnen sucht, auch durchaus keine neuen Gesichtspunkte in den Streit zu bringen weiß. —

Des Zusammenhanges wegen muß hier noch das bereits

12. a. a. O. S. 33.

genannte (S. 102) Posthumum Herbarts, „Erinnerung an die Göttingische Katastrophe im Jahre 1837“, erwähnt werden, ein Werk, das sich gegen Fichtes Forderung nach Ephoren zur Garantie der Konstitutionen wendet und die Universitäten von jedem politischem Meinungskampf freigehalten wissen will, dabei die Sieben angreift und vor allem die Rotenkircher Deputation, an der Herbart teilgenommen hatte, zu verteidigen sucht. —

Diese im Jahre 1842 erschienene Schrift Herbarts bedeutet den Abschluß des publizistischen Kampfes um die „Göttinger Sieben“, eines Kampfes, dessen Einzelheiten hier nicht dargelegt werden konnten, da hier nur der Widerhall der Protestation, den diese in Deutschland fand, und die verschiedenen Möglichkeiten einer Beurteilung der Sieben gezeigt werden sollten. Noch einmal zeigt sich hier die aufrechte und mannhafte, ehrliche und gewissenhafte Haltung der Sieben, an der alle böswilligen Angriffe abprallen mußten. Bezeichnend ist schließlich die Tatsache, daß viel für die Sieben, aber nur wenig gegen die Sieben geschrieben ist, ein Umstand, der auch dem König von Hannover zu denken gab, diesen eigensinnigen Mann aber nicht zum Nachgeben bewog, sondern ihn vielmehr immer weiter, mit allen Mitteln, die ihm noch zu Gebote standen, gegen die Sieben kämpfen ließ, bis er nach zehn Jahren den Kampf doch, dem Drucke des Volkes nachgebend, aufgeben mußte und sich entschloß, durch Wiederanstellung von zwei der entlassenen Sieben das diesen zugefügte Unrecht wenigstens etwas wiedergutzumachen.

Siebentes Kapitel.

Behördliche Maßnahmen gegen die „Göttinger Sieben“ nach deren Entlassung. — Wiederanstellungsversuche bis zum Jahre 1848.

Der Kampf der hannoverschen Regierung gegen die „Göttinger Sieben“ wurde auch nach deren Entlassung noch fortgesetzt, da der König und Schele in keiner Hinsicht ihnen nachzugeben gewillt waren. Wie die Einstellung der Regierung gegen die Sieben war, erhellt einmal aus der Behandlung der Klage, die die Sieben gegen das hannoversche Cabinet erhoben hatten, zum anderen aus den Verfügungen, die gegen die Sieben erlassen wurden, zum letzten aber aus der Ablehnung aller Anträge, die eine Wiederanstellung der Sieben zum Ziele hatten, — bis das Jahr 1848 die Wendung herbeiführte. —

Die sieben entlassenen Professoren waren nicht gesonnen, sich bedingungslos der Entscheidung des Königs zu fügen, sie strebten vielmehr eine richterliche Entscheidung an, die die Unrechtmäßigkeit der Entlassung feststellen sollte. Der einzig mögliche Weg hierzu war eine Klage gegen das Cabinet des hannoverschen Königs auf Auszahlung der seit der Absetzung fälligen Gehälter, da vom Cabinet auf eine Anfrage der Universitätskasse, „bis zu welchem Zeitpunkt den entlassenen sieben Professoren die Besoldungen zu zahlen“ seien, entschieden war, daß die Besoldungen „nur bis zu dem Tage, an welchem ihnen die Entlassungs-Urkunden vom 11. Dezember 1837 zugestellt worden“, also bis zum 14. Dezember 1837 zu zahlen seien:¹ „Sprachen sich die Gerichte zugunsten der Kläger aus, wurde ihre Entlassung als gesetzwidrig anerkannt, so trat auch ihr Protest gegen den Verfassungsbruch und dieser letztere in

1. Universitäts-Casse an das Curatorium, 8. I. 38. — Curatorium an Schele, 19. I. — Schele an das Curatorium, 31. I. — Curatorium an die Universitäts-Casse, 4. II. (C. A.).

das erwünschte Licht“.² Diese Gefahr, die für Ernst August in der Klage der Sieben lag, erkannte aber die hannoversche Regierung rechtzeitig und bemühte sich daher — mit Erfolg natürlich, da keiner im ganzen Lande sich noch Befehlen des Königs zu widersetzen wagte —, den Prozeß niederzuschlagen.

Im August 1838 erhob der Advokat Grefe in Göttingen Klage für Dahlmann, Albrecht, Ewald, Weber und die Brüder Grimm auf fortdauernden Bezug ihres Gehaltes nach der Absetzung, während Dr. Reinganum aus Frankfurt für Gervinus auf Restitution in den Besitzstand, die Ausübung seines Lehramtes und auf Entschädigung klagte.³ „Anfangs schien die Anrufung der Gerichte guten Erfolg zu versprechen. Die Justizkanzlei in Hannover, welche die Klage am 17. August 1838 angenommen hatte, forderte am 28. August das Cabinet auf, einen fiskalischen Anwalt zu bestellen, um die Einrede gegen die Klage zu verfassen, und lehnte die Zumuthung des Cabinets, sich für inkompetent zu erklären, da der Gegenstand des Prozesses keine Justiz-, sondern eine einfache Regierungssache sei, beharrlich ab“.⁴ Die Regierung wollte die Sache verschleppen und nahm daher „zu dem bekannten Mittel eigenmächtiger Regierungen, sich unbequeme Gerichtsurtheile fern zu halten, seine Zuflucht und erhob den Kompetenzkonflikt“.⁵ In einem Rescript vom 18. Dezember 1838 erklärte das Cabinet „das richterliche Verfahren bis zur Entscheidung über den Kompetenzkonflikt für unzulässig“;⁶ Proteste der Justizkanzlei blieben erfolglos. Der Kompetenzkonflikt war erhoben, jedoch wer sollte ihn entscheiden? Das Geheimratskollegium, das nach § 156 des Staatsgrundgesetzes diesen Kompetenzstreit zu entscheiden gehabt hätte,⁷ war seit der Aufhebung des Staatsgrund-

2. Springer II., S. 29.

3. Thimme, S. 282. — Ippel II, S. 471. — Springer II, S. 29 f. — Ich entnehme die Darstellung des Prozeßverlaufes in der Hauptsache Springer II, S. 29 f. (Prozeßakten im Staatsarchiv Hannover: „Hannov. Des. 36. 3. c. 1.“ Nr. 4. und 5.)

4./5. Springer II. S. 29. 03

6. Oppermann, S. 172.

7. Staatsgrundgesetz, § 156: „Entstehen Zweifel darüber, ob eine Sache zur gerichtlichen Entscheidung geeignet sei, oder zur Competenz der Verwaltungsbehörden gehöre, . . . so sollen diese Zweifel . . . durch eine zu diesem Zwecke besonders zu bildende Section des Geheimrathscollegii discutirt und entschieden werden.“

gesetzes faktisch suspendiert, und der Staatsrat, zu dessen Kompetenz nach der königlichen Cabinetsverordnung vom 14. Nov. 1837 dieser Streit gehörte,⁸ war noch nicht errichtet! „So viel war klar: Entweder galt das Grundgesetz vom Jahre 1833 nicht mehr; dann durfte das Cabinet keinen Kompetenzkonflikt, der nur nach den Bestimmungen des Grundgesetzes gelöst werden konnte, heraufbeschwören. Oder es galt noch der § 156 des Grundgesetzes, welcher den Weg, wie es bei Kompetenzkonflikten zu halten sei, vorschrieb; dann war aber auch, wie der Advokat der Kläger ausführte, die Voraussetzung berechtigt, daß die Gültigkeit des Staatsgrundgesetzes überhaupt anerkannt werde, „denn das Cabinet und der König können nicht die ihnen convenablen Bestimmungen jenes Gesetzes für sich anwenden, die übrigen aber für ungiltig erklären wollen.“ Das Cabinet half sich aus der Not, indem es dekretirte, nicht die von dem Gesetze vorgeschriebene Behörde, sondern ein neu ernannter, vom Cabinet abhängiger Staatsrath, also die beklagte Partei selbst, solle Recht sprechen“.⁹ Der Staatsrat wurde durch eine königliche Cabinetsverordnung vom 21. Januar 1839 errichtet: er hatte beratende Befugnis für die Gesetzentwürfe, Beschwerden u. a., entscheidende Befugnis nur in Kompetenzkonflikten. Diesem Staatsrat also, der zwar schon in der Verordnung vom 14. November 1837 angekündigt war, jetzt aber errichtet werden mußte, damit er die Klage der Sieben abweisen konnte, stand nach den §§ 19 und 20 der Verordnung vom 21. Januar 1839 die Entscheidung über den Kompetenzkonflikt zu.¹⁰ Seine Entscheidung ließ naturgemäß noch etwas auf sich warten, zumal sich erst die Justizkanzlei und das Oberappellationsgericht zu Celle, an das sich schließlich die Sieben wandten, der Entscheidung des Staatsrates unterwerfen mußten. Die Justizkanzlei entschied, nach einigem Zögern und Schwanken, „daß der be-

8. Kgl. Cabinetsverordnung, das Cabinet und die Departements-Ministerien betreffend vom 14. XI. 37: § 8 (Zum Cabinet gehörige Gegenstände), Nr. 16: Übertragung der Zuständigkeit eines Gerichtes auf eine andere ordentliche Gerichtsbehörde, nachdem Wir darüber das Gutachten Unseres Staatsrathes vernommen haben.

9. Springer II, S. 29 f.

10. Gesetz-Sammlung für das Königreich Hannover, Jg. 1839, I. Abt., Nr. 3: Königliche Cabinets-Verordnung, die Errichtung eines Staatsraths betreffend.

hauptete Kompetenzkonflikt nicht von dem im Staatsgrundgesetz angeordneten Gericht brauche entschieden zu werden“, und das Oberappellationsgericht, das daraufhin von den Sieben angerufen wurde, bestätigte diese Entscheidung.¹¹ So fiel endlich im Jahre 1841 die Entscheidung des Staatsrates: „Die Sache betreffe rein administrative Verhältnisse und entziehe sich dem richterlichen Urtheile“,¹² „das Gericht dürfe die Klage nicht annehmen, weil Entlassung und Gehaltsentziehung zu den Hoheitsrechten des Landesherrn gehörten“. ¹³ — Damit war die Klage der Sieben abgewiesen durch ein Urteil, das nicht anders erwartet war: als die Entscheidung dem Staatsrat überwiesen war, schrieb Dahlmann:¹⁴ „Als akademischer Lehrer fühle ich mich jetzt erst deutsch abgesetzt; denn solche Schelmereien und Unsinnigkeiten, die man jetzt zur Grundlage des Staatsrechts erhebt, vermag ich nicht zu lehren.“ Wieder hatte der König über die Sieben gesiegt, wenn auch nur durch brutale Rechtsbeugung; was aber machte das diesem Mann aus, den nicht das Recht kümmerte, der vielmehr nur seine Macht uneingeschränkt zu benutzen gesonnen war, sich in seinen Entscheidungen nicht von Gefühlen und rechtlichen Erwägungen, sondern nur vom harten Verstand leiten ließ und nicht geneigt war, den „Federfuchsern“ auch nur etwas nachzugeben. Andererseits ist zu bedenken, daß ein Nachgeben für Ernst August unmöglich war: oder sollte er zugeben, daß die Entlassung der Sieben zu Unrecht erfolgt war, daß ihre Protestation zu Recht geschehen war, daß also er mit dem Erlaß des Novemberpatentes im Unrecht gewesen, daß das Staatsgrundgesetz zu Recht bestand?! Das war für den König unmöglich, wollte er nicht sich selbst aufgeben und seine Autorität unterhöhlen lassen.

Es hätte den Sieben noch die Beschwerde an den Bundestag freigestanden. „Aber nur träumerischer Sinn, nur die vollste Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse konnte an den Erfolg eines solchen Schrittes glauben. Am wenigsten hielt ihn Dahlmann für gerathen“. ¹⁵ So unterblieb diese Beschwerde,

11. Wilhelm Grimm an Dahlmann, 25. IV. 41 (Ippel I, 448).

12. Springer II, S. 30.

13. Treitschke IV., S. 660.

14. Dahlmann an Wilhelm Grimm, 7. X. 39 (Ippel I, 342).

15. Springer II, S. 30.

deren Aussichtslosigkeit für jedermann von vornherein feststand. —

Ernst August war nicht damit zufrieden, die Sieben entlassen zu haben, er bemühte sich auch, ihre Anstellung an anderen Universitäten zu verhindern. Bereits seit dem Frühjahr 1837 waren Verhandlungen der Mecklenburger Regierung mit Dahlmann über eine Berufung nach Rostock imange. „Sie zogen sich bis in den Winter hinein, weil noch über einzelne Bedingungen keine vollständige Einigung erfolgt war“.¹⁶ Am 4. Dezember 1837 schrieb der Kanzler Both an Dahlmann:¹⁷ „Ich erlaube mir, die nicht abgebrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen und ersuche Sie, mir baldmöglichst mitzuteilen, unter welchen Bedingungen Sie geneigt sein würden, den Ruf nach Rostock anzunehmen.“ Also als die Protestation bereits überall bekannt war, zeigte die Mecklenburgische Regierung noch sehr große Bereitschaft, Dahlmann anzustellen. Das hannoversche Cabinet hörte jedoch davon, daß eine Berufung Dahlmanns nach Rostock imange sei. Da Ernst August auf keinen Fall wünschte, daß sofort wieder einer der Sieben eine Anstellung finde, versuchte die hannoversche Regierung, die mecklenburgische Regierung dahin zu beeinflussen, daß diese von einer Berufung Dahlmanns Abstand nehme — und mit Erfolg. Schele schrieb am 7. Dezember an die Staats- und Cabinets-Minister von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, Dahlmann sei „zu einer gerichtlichen Untersuchung gezogen, ob er die Protestation unterschrieben und veröffentlicht habe“. Er sei ein Mann, „der in einem Lehramte an einer Universität nur höchst nachtheilig auf die studirende Jugend einwirken kann“.¹⁸ Die mecklenburgischen Regierungen dankten für die Mitteilungen und erwiderten, die Verhandlungen seien noch nicht abgeschlossen.¹⁹ — Sie gaben aber trotz der unbestimmten Antwort an Schele dem Druck der hannoverschen Regierung nach: Der

16. Springer II, S. 15.

17. Springer II, S. 15.

18. Schele an Frh. v. Lützow, Staats- u. Cabin.-Min. von Mecklenburg-Schwerin, und an Frh. v. Dewitz, Staats- u. Cabin.-Min. von Mecklenburg-Strelitz, 7. XII. 37 (St. A.).

19. Lützow an Schele, 9. XII. 37. — Dewitz an Schele, 16. XII. 37 (St. A.).

Kanzler Both erhielt von dem Geheimen Ministerium zu Schwerin den Wink, „sich zurzeit in keine weiteren Verhandlungen mit ihm (sc. Dahlmann) einzulassen, weil man den Ausgang seiner Angelegenheiten abwarten müsse“.²⁰ Am 23. Dez. 1837 schrieb Both an Dahlmann,²¹ „da eine Untersuchung gegen Dahlmann eingeleitet sei, abstrahire der Großherzog jetzt völlig von seiner Berufung nach Rostock“. Ernst August hatte wieder einmal seinen Willen durchgesetzt.²² —

Da der Haß des Königs gegen die Sieben sich in keiner Weise minderte, mußten die Behörden genau darauf achten, daß keine Kundgebung für die Sieben im Lande stattfinde. Um so größer der Schrecken, als eines Tages in den Zeitungen eine Meldung aus Göttingen zu lesen stand, am 30. Dezember 1837 seien die Professoren Albrecht, Ewald, Weber und Wilhelm Grimm zu Ehrenmitgliedern des Göttinger Literarischen Museums auf den Vorschlag des Direktors desselben, Professor Gieseler, von der General-Versammlung einstimmig erwählt worden.²³ Also doch eine Kundgebung für die Sieben?! Sofort forderte Strahlenheim vom Curatorium Bericht über dieses unerhörte Vorgehen der Göttinger Professoren, zumal des Professors Gieseler.²⁴ Auf die Anfrage des Curatoriums beim Prorektor Bergmann stellte sich allerdings folgender ganz harmloser und durchaus nicht hochverräterischer Sachverhalt heraus: In einer Versammlung der ordentlichen Mitglieder des Literarischen Museums, bei der im übrigen nur $\frac{1}{3}$ der Mitglieder anwesend waren, kam die Rede darauf, daß es billig sei, den vier in Göttingen gebliebenen Professoren vom Anfang des Jahres 1838 ab die Mitgliedsbeiträge zu erlassen. Gieseler machte daher den Vorschlag, der auch angenommen wurde, diese Vier zu Ehrenmitgliedern zu ernennen, weil man erstens nicht wisse, wie lange die Vier noch in Göttingen bleiben könnten, und zweitens möge ihnen die Ausgabe erspart werden. Die Bedeutung

20. Springer II, S. 15 f.

21. Springer II, S. 16.

22. Der Grund für die Nichtanstellung Dahlmanns in Rostock ist also nicht, wie man nach Springers Darstellung (II, 15 f.) vermuten kann, im bösen Willen der mecklenburgischen Regierung zu suchen: Diese hat nur dem Druck Hannovers nachgeben müssen, da ein Widerstand gegen den mächtigen Nachbar unmöglich war.

23. Hamburg. Corresp. 12. I. 38. — Augsb. Allg. Zeitg. 9. I. 38.

24. Strahlenheim an Hoppenstedt, 14. I. 38 (C. A.).

als auf eine Belobung berechnete Ehrenbezeugung ist erst von anderer Seite hineingelegt, da diese Bedeutung gar nicht Gegenstand der Besprechung gewesen ist.²⁵

So harmlos und unbedeutend der Vorfall ist, so deutlich zeigt er die Einstellung der hannoverschen Regierung gegen die Sieben. Die Sieben waren verbannt und verfeimt, kein Hannoveraner durfte mit ihnen zu tun haben. Als Ernst August hörte, daß einige der Sieben in Leipzig Vorlesungen halten wollten, verbot er seinen Untertanen den Besuch der Leipziger Universität, „worauf sich denn herausstellte, daß nur ein einziger Hannoveraner an der Pleiße studierte“!²⁶

Nicht einmal die Namen der Sieben durften in Hannover genannt werden: Als im November 1838 eine Beschreibung der Göttinger Säkularfeier vom September 1837 im Druck erschien, war „jede Erinnerung an die mißfälligen Namen der sieben verbannten Professoren . . . in der ganzen Schrift vermieden“: So wurden nicht einmal die Namen der am Festakt teilnehmenden Professoren überliefert, nur weil dann auch die Sieben hätten genannt werden müssen. Über den Erfolg der Preisaufgabe war von Dahlmann berichtet worden, der einen langen, auf mühevollen Arbeit gegründeten Vortrag gehalten hatte: im Bericht heißt es nur: „hierauf wurde über den Erfolg der Preisaufgabe berichtet“; die Worte „von dem Hofrath Dahlmann“ mußten ausfallen! An keiner Stelle waren die Sieben genannt, damit nur keine Erinnerungen heraufbeschworen wurden!²⁷

Bei dieser Einstellung des Königs und ebenso gesinnter Kreise darf es nicht Wunder nehmen, daß man versuchte, die vier noch in Göttingen verbliebenen Professoren möglichst bald aus Göttingen zu entfernen und jede Rückkehr der drei Vertriebenen auf alle Weise zu verhindern. So forderte Schele den Prorektor Bergmann auf, „auf geschickte Weise dahin zu wirken, daß die vier Professoren möglichst bald Göttingen zu verlassen sich entschließen möchten“, da mit dem Aufhören des

25. Curatorium an Bergmann, 16. I. 38. — Bergmann an das Curatorium, 21. I. 38 (C. A.).

26. Treitschke IV., S. 663.

27. Leipziger Allgemeine Zeitung, 1838, Nr. 337 (3. XII., S. 4051 f.) — (Der Verfasser des Artikels ist Jacob Grimm: Jacob Grimm an Dahlmann, XII. 38: Ippel I, 287).

Lehramtes auch die nächste Veranlassung zu ihrem dortigen Aufenthalt fortfiel.²⁸ — Der Wunsch des Königs ging nicht so schnell in Erfüllung, wie er erwartet hatte: am frühesten fuhr Ewald fort, der im Januar 1838 eine Reise nach England unternahm, dann einen Ruf nach Tübingen erhielt und im Sommer 1838 dorthin übersiedelte. Ostern 1838 folgte auch Albrecht, der die Erlaubnis erhalten hatte, in Leipzig Vorlesungen zu halten. Wilhelm Grimm blieb noch in Göttingen wohnen, erst im September 1838 zog er zu seinem Bruder nach Kassel. Weber endlich blieb in Göttingen, bis er 1842 einen Ruf nach Leipzig erhielt, dem er 1843 folgte. —

War der König schon bemüht, die vier Professoren zum Verlassen Göttingens zu bringen, so wollte er natürlich um so mehr jede Rückkehr eines der drei Vertriebenen verhindert wissen. Ende Dezember 1837 ging dem Prorektor Bergmann die Nachricht zu, daß Jacob Grimm „vielleicht in einiger Zeit auf ein paar Tage“ nach Göttingen kommen „und heimlich sich hier aufhalten werde“.²⁹ Der König ließ daraufhin sofort verfügen: „Sobald der Hofrath Grimm wirklich nach Göttingen kommen sollte, um sich heimlich, dem ergangenen Verbote zuwider, dort aufzuhalten, wird derselbe unter Begleitung von Landdragonern über die Grenze zu bringen und ihm daneben zu eröffnen sein, daß, falls er sich wieder in Göttingen würde betreten lassen, die gerichtliche Untersuchung wegen Verbreitung der Protestationsschrift nach aller Strenge wider ihn würde fortgesetzt werden“.³⁰ — Das also war die freie Wahl, die die Drei zwischen Außer-Landes-Gehen und gerichtlicher Untersuchung hatten! Welches Zeugnis der König mit dieser Verfügung dem gerichtlichen Verfahren in seinem Lande ausstellte, ist ihm wohl nicht bewußt geworden, — droht er doch mit gerichtlicher Untersuchung als etwas schlimmeren als Landesverweisung! So gab er wenigstens selbst zu, daß in diesem Lande kein Recht, sondern die Willkür herrschte!

Wurde hier wenigstens noch insofern auf das Entlassungs-Rescript Rücksicht genommen, als man darauf aufmerksam machte, wenn einer der Drei hannoverschen Boden betrete,

28. Schele an Bergmann, 23. XII. 37 (St. A.).

29. Bergmann an das Cabinet, 30. XII. 37 (St. A.).

30. Schele an Bergmann, 2. I. 38 (St. A.).

würde die gerichtliche Untersuchung eröffnet, so fiel auch diese Rücksicht in späteren Jahren fort: Künftig wurde den Dreien das Betreten hannoverschen Gebietes einfach untersagt, vielmehr streng verboten! Im Juni 1839 wurde Dahlmann dringend gewarnt, hannoverschen Boden zu betreten;³¹ im Oktober desselben Jahres erhielt Dahlmann durch seinen Advokaten Grefe die gleiche Warnung.³² Im Juni 1843 ordnete der König an, „daß, wenn der Hofrath Dahlmann sich begeben ließe, das Hannoversche Gebiet zu betreten, er sofort und ohne Weiteres durch die Königliche Landgendarmarie über die Grenze zu schaffen sey“.³³ Der Grund für diese Verfügung ist darin zu suchen, daß man politische Umtriebe Dahlmanns in Hannover befürchtete, daß Dahlmann mit Hannoveranern gegen den König konspirieren könnte!

Im Oktober 1846 äußerten Dahlmann, Gervinus und Jacob Grimm, die sich im September auf der Germanisten-Versammlung in Frankfurt getroffen hatten,³⁴ den Wunsch und die Absicht, ihre Bekannten in Göttingen zu besuchen; durch Professoren wurde bei der Polizei angefragt, „ob sie dem Vorhaben Hindernisse in den Weg legen würde“. Die Polizei erwiderte, der Aufenthalt müsse vermieden werden, weil mit der Entlassung seiner Zeit Wegweisung aus Stadt und Königreich verbunden gewesen sei.³⁵ Das Cultusministerium meinte darauf, ein Besuch der Drei würde zwar „eine gefährliche politische Aufregung nicht dringend besorgen lassen“, Beifallsbezeugungen unpassender Art wären aber nicht zu verhindern, es sei daher wünschenswert, daß die Anwesenheit der Drei vermieden werde. Das Kultusministerium wußte nur nicht, wie „das ohne Aufsehen arrangiert werden“ solle.³⁶ Das Cabinet natürlich war nicht verlegen: es verwies einfach auf das Rescript des Königs an Bergmann vom 12. Dezember 1837, in dem die Drei angewiesen wurden, das Königreich Hannover zu verlassen, andern-

31. Wilhelm Grimm an Dahlmann, 27. VI. 39 (Ippel I, 332).

32. Wilhelm Grimm an Dahlmann, 26. X. 39 (Ippel I, 355).

33. v. Falcke an Schele, 10. VI. 43 (St. A.: „Hann. Des. 104a (Min. d. Inn.) II 9, I b, II A: Betr. Überwachung der etwaigen Verbindungen Dahlmanns mit Einwohnern, 1839/43.“)

34. Ippel I, S. 515 f., II, S. 86 f., 288, 520.

35. Polizeibericht, 13. X. 46 (C. A.).

36. Kultusmin. an Cabinet, 20. X. 46 (C. A.).

falls die gerichtliche Untersuchung wegen Verbreitung der Protestationsschrift nach aller Strenge fortgesetzt werden solle. Dieser „Befehl“, das Land zu verlassen, so schließt das Cabinet seine Ausführungen, sei nicht zurückgenommen!³⁷ Die Folge war natürlich, daß die Drei nicht kamen! Acht Jahre nach der Entlassung also durften sie noch nicht wieder das Land betreten, für das sie gewirkt und geschafft hatten! —

Bedenkt man diese Maßnahmen des Königs, die die drei des Landes Verwiesenen unter keinen Umständen wieder — sei es auch nur für Tage — ins Land hineinzulassen, sondern sogar die vier nicht Vertriebenen aus Göttingen zu entfernen suchten, so kann man keinen Augenblick daran zweifeln, daß alle Versuche, die die Rückkehr der Sieben oder doch einiger von ihnen in hannoversche Dienste zum Ziele hatten, von vornherein zum Scheitern verurteilt waren. Der König wollte eben nichts mehr mit den Sieben zu schaffen haben. Es war für ihn aber auch ganz undenkbar, die Sieben wieder anzustellen, so lange der Verfassungskonflikt noch nicht ganz und gar beseitigt war. Er hätte ja seine eigenen Maßnahmen damit für zu Unrecht bestehend erklären müssen. Derartige Nachgiebigkeiten sind wohl für eine starke und fest gesicherte Regierung, die das Vertrauen des Volkes besitzt, möglich, nicht aber für eine Regierung, die unpopulär ist und erst um eine sichere Stellung und um Vertrauen kämpfen muß. So mußten die vielen Wiederanstellungsversuche, auf die noch kurz einzugehen ist, erfolglos bleiben — bis das Jahr 1848 die Wendung brachte.

Schon wenige Tage nach der Entlassung der Sieben setzten Bemühungen ein, die die Wiederanstellung von einigen der Sieben zum Ziele hatten. Auf das Gerücht, Ewald und Albrecht bereuten ihre Unterschrift unter die Protestation, sie würden gerne Schritte tun, um ihr Benehmen wieder gut zu machen, wenn nur die Hoffnung bestände, daß der König sie begnadigen würde,³⁸ schrieb Schele privatim an den Hofrat Langenbeck in Göttingen:³⁹ „Jeder eine Begnadigung bezweckende Schritt kann nur von den Professoren ausgehen. Wenn die Professoren wirklich Reue empfinden und es wenigstens wahrscheinlich machen, daß sie nicht die Triebfeder der be-

37. Cabinet an Kultusmin., 29/30. X. 46 (C. A.).

38. Wyneken an Schele, 21. XII. 37 (St. A.).

39. Schele an Langenbeck, 28. XII. 37. (St. A.).

kannten Protestation gewesen, sondern daß diese zunächst von anderen ausgegangen und von ihnen als den Verführten nur mitunterzeichnet sei, würde eine Begnadigung und mithin Wiederanstellung von Albrecht und Ewald dann nicht ausgeschlossen sein.“

Ganz unbegründet scheinen diese Gerüchte von der Reue einiger Unterzeichner der Protestation nicht gewesen zu sein, da auch der Prorektor Bergmann davon spricht⁴⁰ und Lücke ebenfalls die Unsicherheit Albrechts erwähnt.⁴¹ Jeder Schritt jedoch, der daraufhin eine förmliche Entschuldigung bezweckte, mußte an der Unbeugsamkeit und dem Zusammenhalten der Sieben scheitern: es war keiner der Sieben bereit, den König förmlich um Verzeihung zu bitten.

Da der Universitätsbetrieb unter der Entlassung von sieben Professoren außerordentlich litt, bemühte sich der Prorektor um die Erlaubnis, daß die vier in Göttingen verbliebenen Professoren wenigstens bis Ostern 1838 fortlesen dürften.⁴² Das Cabinet antwortete jedoch auf Bergmanns dahingehenden Antrag, der König könne sich nicht entschließen, „jenen Professoren, welche das bestandene Dienstverhältnis selbst völlig aufgelöst haben, die Verwaltung eines höchst einflußreichen Lehramts wieder zu gestatten“,⁴³ ja, Bergmann wurde, wie schon erwähnt (S. 174 f.), aufgefordert, dahin zu wirken, daß die vier in Göttingen verbliebenen Professoren die Stadt möglichst bald verlassen sollten. —

Um die Wiederanstellung der Sieben bemühten sich in den ersten Monaten des Jahres 1838 vor allem Friedrich von Laffert, der außerordentliche Regierungsbevollmächtigte für die Universität Göttingen aus Ilfeld und der Göttinger Archaeologe Karl Otfried Müller.

In einem Berichte an das Curatorium⁴⁴ spricht Laffert den dringenden Wunsch aus, „daß die verabschiedeten Herren, so bald es irgend für passend erachtet werden kann, der Universität zurückgegeben werden mögen“. „Nichts kann“, so fährt

40. Bergmann an das Curatorium, 17. XII. 37 (C. A.).

41. Lücke an Jac. Grimm, 16. V. 38 (Briefw. Lücke, S. 12.)

42. Bergmann an das Curatorium, 17. XII. 37 (C. A.). — Bergmann an das Cabinet, 18. XII. 37 (St. A.).

43. Cabinet an Bergmann, 22. XII. 37 (St. A.).

44. Laffert an das Curatorium, 26. I. 38 (C. A.).

Laffert in dem Berichte fort, „nach meiner gewonnenen Überzeugung einen wohlthätigern Einfluß zur Beruhigung der Gemüther haben, als eine solche Maßregel, welche bei der Persönlichkeit dieser Professoren auch keiner Besorgnis für die künftige Ruhe der Universität Raum geben kann, viel mehr wird dadurch auch noch einem anderen großen Verlust zur rechten Zeit noch vorgebeugt werden können! Die wahrhaft treue Anhänglichkeit des Hofraths Gauß für die Universität würde sich namentlich durch die Wiederanstellung des Professor Weber noch vermehren, da die gemeinschaftlichen Arbeiten dieser beiden Gelehrten sie so zu sagen unzertrennlich machen. Ew. Excellenz werden ohne Zweifel schon aus andern Berichten zu entnehmen Gelegenheit gefunden haben, wie weit der Professor Weber davon entfernt ist, Aufregung zu veranlassen, und wie er nur allein in seiner Wissenschaft lebt. Eben so läßt sich von Hofrat Albrecht mit gutem Grunde wohl das Beste für die Zukunft erwarten. Den Professor Ewald habe ich nicht mehr angetroffen.⁴⁵ Professor Grimm gibt eben so wenig Besorgnis und ich würde als Berichterstatter zu fehlen glauben, wenn ich Ew. Excellenz nicht auf diese versöhnende Maßregel als Segen bringendste aufmerksam machte, die ersonnen werden dürfte.“ — Das Curatorium antwortete darauf:⁴⁶ „Betreffend Wiederanstellung der vier Professoren wird der Geheime Legationsrath von Laffert nicht verkannt haben, daß zu diesem Zwecke bei jetziger Lage der Sache nicht eher ein Versuch wird gemacht werden können, als nachdem von jenen Professoren zuerst ein Schritt gethan sein wird, welcher dazu geeignet ist, die Wiederanstellung derselben Sr. Majestät dem Könige thunlich erscheinen zu lassen.“

Inzwischen hatte Laffert noch einen anderen Weg eingeschlagen: er wandte sich an den einflußreichen Grafen Münster mit der Bitte um Fürsprache speziell für Weber:⁴⁷ Er führt hier im wesentlichen dieselben Argumente an, die er schon dem Curatorium auseinandergesetzt hatte, und macht zum Schluß darauf aufmerksam, daß Gauß unter Umständen „seinem sehr geschickten Hilfsarbeiter — der, wie Gauß meint, ihm durch nie-

45. Er war inzwischen bereits nach England gefahren.

46. Curatorium an Laffert, 7. II. 38 (C. A.).

47. Laffert an Münster, 2. II. 38 (Thimme, S. 270).

manden zu ersetzen ist —“ an einen anderen Ort werde folgen müssen, „sollte der Professor Weber nicht der Universität Göttingen und dem physicalischen Cabinet erhalten werden.“

Dieses Schreiben teilte Münster seinem Neffen Schele mit den Worten mit:⁴⁸ „Du weißt, wie sehr ich für die Strenge gewesen bin, die man gegen Dahlmann und Consorten gebraucht hat. Dagegen scheint mir Webers Reue eine günstige Gelegenheit darzubieten, ohne Aufopferung eines Grundsatzes Milde zu üben und den Verfall der Universität zu verhindern. Besonders wünsche ich in diesem Augenblicke diesen Beweis königlicher Milde, die Seiner Majestät Tausende von Stimmen gewinnen würde.“

An Laffert schrieb Münster, der hannoverschen Regierung könne eine Wiederanstellung Webers nicht zugemutet werden, ehe dieser sich nicht entschuldigt habe.⁴⁹ Daraufhin versprach Laffert in seiner Antwort,⁵⁰ „er wolle bei seiner nächsten Anwesenheit in Göttingen,⁵¹ Anfang März, den Versuch machen, Weber zu der erwarteten Entschuldigung zu veranlassen, die allerdings die Ehre und das Gewissen desselben unverletzt erhalten müsse.“ — Dieser Versuch Lafferts blieb ohne den gewünschten Erfolg: Eine förmliche Entschuldigung war für Weber ganz unmöglich, einmal weil er das mit seinem Gewissen und mit seiner Ehre nicht vereinbaren konnte, dann aber auch, weil er damit seine sechs Kollegen im Stich gelassen und preisgegeben hätte. So mußten Lafferts und Münsters Bemühungen scheitern.

Den Versuch, auf dem Wege über das Curatorium eine Wiederanstellung zu erreichen, hatte Laffert während dieser Zeit fortgesetzt, zumal Gauß ihm erzählte, er könne ohne Weber nicht in den magnetischen Forschungen weiterarbeiten, und er müsse daran denken, seinem Mitarbeiter zu folgen, wenn dieser gehe, um das begonnene Werk nicht aufzugeben.⁵² Weber versicherte zwar bestimmt, „daß er keine Bedenken tragen würde, den Huldigungsrevers ohne Vorbehalt zu unterschrei-

48. Münster an Schele, 6. II. 38 (Thimme 271).

49. Münster an Laffert, 13. II. 38 (Thimme, S. 271).

50. Laffert an Münster, 24. II. 38 (Thimme, S. 271).

51. Er wohnte in Ilfeld.

52. Laffert an das Curatorium, 14. II. 38 (C. A.).

ben“,⁵³ eine Entschuldigung der Protestation jedoch, so meinte Laffert,⁵⁴ erscheine ausgeschlossen. So blieben auch diese Bemühungen Lafferts ohne Erfolg, obwohl auch Hoppenstedt sich kräftig für sie einsetzte und vor allem bemüht war, Ewald, der schon einen Ruf nach Tübingen erhalten hatte, eine Wiederanstellung in Göttingen zu verschaffen.⁵⁵

Über diese Laffertschen Bemühungen fällt Dahlmann — der überhaupt, wie noch zu zeigen ist, allen Wiederanstellungsversuchen starken Widerstand entgegensetzte — ein sehr absprechendes Urteil: Er schreibt am 16. Februar an Ewald,⁵⁶ diesem die Annahme des Tübinger Rufes empfehlend: „Ich glaube, es ist das einzige Mittel, um den innerlich richtigen, aber plagenden Versuchen, Sie und vielleicht uns alle wieder nach Göttingen zu ziehen, gründlich ein Ende zu machen. Giebt der König uns und unserer Sache so öffentlich Genugtuung, wie er uns und sie öffentlich verletzt und verhöhnt hat, so können wir zurückkehren — aber wer kann vernünftigerweise nur den Gedanken fassen, daß das geschehen werde? Darum sind die Laffertschen Negotiationen in meinen Augen durchaus ohne Fundament, nur daß sie mich wegen des vielbelobten Altgöttinger Grundsatzes, daß die Wissenschaft ganz vom Leben getrennt bleiben müsse, doch nicht ganz ohne Sorgen lassen.“ —

Neben Laffert war es vor allem Karl Otfried Müller, der mit aller Kraft eine Wiederanstellung der Sieben zu erreichen versuchte. Er wandte sich deswegen — genau wie Laffert — in einem ausführlichen Briefe an den Grafen Münster, der ihn früher lebhaft protegiert hatte, von dem Müller also wohl Verständnis und Fürsprache erwarten konnte. In dem Briefe⁵⁷ wies Müller zunächst darauf hin, daß die Protestation der Sieben in gar keiner Weise mit den aufrührerischen Vorgängen des Jahres 1831 in Verbindung stehe, daß materielle Interessen und französischer Liberalismus den Sieben gänzlich fern lägen. Müller spricht dann davon, daß er selbst den Inhalt der Protestation billige, nur an der Form und an der Verbreitung An-

53. Gauß an Laffert, 17. II. 38 (C. A.).

54. Laffert an das Curatorium, 21. II. 38 (C. A.).

55. Hoppenstedts Bericht, 24. II. 38 (C. A.).

56. Dahlmann an Ewald, 16. III. 38 (Nachlaß Ewald, Bd. 41, Nr. 194: Univ. Bibl. Göttingen).

57. Müller an Münster, 20. II. 38. (Thimme, S. 277 ff.).

stoß genommen habe, um dann auf die schädlichen Folgen hinzuweisen, die die Entlassung der Sieben für die Universität habe und noch weiter zeigen werde: die Professoren fühlten sich unsicher in ihrer Stellung, die anerkannten Fähigkeiten der Sieben würden von anderen Ländern benutzt werden, der Ruf Göttingens werde somit sehr leiden, zumal verschiedene Professoren jetzt erklärten, einem Rufe nach Göttingen unter den augenblicklichen Umständen nicht folgen zu können. So könne der Universität nur durch eine vollständige oder teilweise Wiederanstellung der Sieben geholfen werden, unter der Voraussetzung natürlich, daß diese den Huldigungseid unterzeichneten. Es bestehe aber kein Zweifel, daß die Sieben dieser Voraussetzung genügen würden. Eine Erklärung des Königs, daß der Wiederberufung der Sieben nichts im Wege stehe, würde aller Herzen für den König einnehmen und die jetzt zum Teil nur erzwungene und erkünstelte Devotion der Universität dem Könige gegenüber in die aufrichtigste und wärmste Ergebenheit, verbunden mit loyaler Gesinnung und Begeisterung für den Herrscher umwandeln. Zum Schluß wendet Müller seine besondere Fürsprache noch Jacob Grimm zu, der an der Verbreitung keinen Teil habe, den die Strafe der Verbannung „nur deswegen getroffen, weil er mit der unbefangenen Offenheit, die seinen edlen und liebenswürdigen Charakter bezeichnet, bei der Frage nach der Verbreitung sogleich angegeben hat, daß er vier Tage später eine ihm zugekommene Abschrift der Protestation an einen auswärtigen Freund geschickt habe, ohne daß die geringste Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, daß gerade dadurch eine weitere Verbreitung veranlaßt sei.“ Die Verbannung treffe Jacob Grimm mit besonderer Härte, da sein Bruder noch in Göttingen bleiben müsse und so das schöne Familienleben, an dem die Grimms so sehr hingen, zerstört werde; auch könne Jacob Grimm seine wertvollen Arbeiten an anderer Stelle kaum fortsetzen, wo ihm die königliche Bibliothek und seine eigene Bibliothek fehle. So sei zu wünschen, daß ohne alles Aufsehen „der Polizei von Göttingen zu erkennen gegeben würde, daß einem stillen Aufenthalt Hofrath Grimms hier in der Stadt kein Hindernis in den Weg zu legen sei.“ „Schon eine solche lindernde Maßregel würde eine erstaunend beruhigende und tröstende Wirkung haben, und die Stimmung der Mitglieder der

Universität um ein Bedeutendes heiterer und hoffnungsvoller machen“.

Von diesem Schreiben machte Karl Otfried Müller im Zusammenhang des — unten noch zu erwähnenden — Senatsantrages auf Wiederanstellung der Sieben Mitteilung;⁵⁸ Jacob Grimm jedoch antwortete recht ablehnend:⁵⁹ „Ich will nur gleich gestehen, daß ich gewünscht hätte, es wären von dem Senat gar keine Schritte geschehen, die unsere Zurückführung veranlassen sollten. Denn daß wir zurückkehren, ist eine schwierige, unwahrscheinliche, fast unmögliche Sache. Es dürfte nur unter Bedingungen eintreten, die selbst diese Regierung zu gewähren anstehen würde, nur das könnte uns genügen, was sie noch mehr herabsetzt. Wir haben öffentlich das Patent des Königs für ein Unrecht erklärt, von ihm sind unsere Grundsätze als staatsgefährlich bezeichnet worden. Beides kann keine Kunst vermitteln. Unser Einspruch gegen eine unerträgliche Tyrannei war der erste und freieste, er muß rein und unentweiht bleiben, das liegt sogar im Interesse des Landes, folglich zuletzt der Universität selbst. Brächte die Regierung, der es allem Anschein nach gelingen wird, jetzt ihr Vorhaben durchzusetzen, uns am Ende auch noch zur Nachgiebigkeit, so würde unsere Handlung bald wie ein eitles Spiel erscheinen, und ihre vielleicht langsame und späte Frucht kommenden Geschlechtern verloren gehen; wir alle sieben, zweifle ich nicht, werden standhaft sein und einträchtig, denn auch jeder Zwiespalt unter uns würde uns in der öffentlichen Meinung schaden. Es ist besser, daß wir sonst leiden, und daß auch die Universität die Folgen ihrer Verschuldungen eine Zeitlang trage. . . . Von einer Aufhebung des Bannes für mich allein würde ich nicht den mindesten Gebrauch machen, sie müßte auf alle dreie erstreckt werden, und uns sonst in nichts binden.“

So war Müllers wohlgemeinter Versuch schon vor der Entscheidung gescheitert. Aber auch Graf Münster lehnte in seiner Antwort an Müller dessen Vorschläge ab:⁶⁰ Münster war der Überzeugung, daß zumal Grimm und Ewald sich nur durch Dahlmann zur Protestation hätten hinreißen lassen; im

58. K. O. Müller an Jacob Grimm, 11. III. 38 (Ippel I, 129 ff.

59. Jacob Grimm an K. O. Müller, 13. III. 38 (Ippel I, 131 ff.).

60. Münster an Müller, 19. III. 38 (Thimme, S. 288 ff.).

übrigen wäre gewiß die Protestation ohne Folgen geblieben, wenn sie nicht verbreitet wäre. Er habe, so schreibt Münster, Müllers Schreiben im Vertrauen dem Minister Schele mitgeteilt, und den Wunsch ausgedrückt, „daß ein Mittel gefunden werden könnte, um dessen wohlgemeinten Zweck zu erfüllen“, habe aber vor zwei Tagen jenes Schreiben mit der Äußerung zurückgehalten, „daß der darin angedeutete Vorschlag nicht angenommen werden könne.“ Er habe auch schon früher an Laffert geschrieben, daß der erste Schritt zur Versöhnung von dort her erfolgen müsse. Den Beschluß des Briefes bilden Angriffe auf das Staatsgrundgesetz und Verteidigungsargumente für die Verfassung von 1819, die zum Teil Münsters Werk gewesen ist.

Karl Otfried Müller war recht enttäuscht über diese ablehnende Antwort, ging doch aus ihr hervor, daß auch Münster selbst nicht geneigt war, sich sehr für die Sieben einzusetzen. Müller schreibt über diesen Brief an seinen Freund Boeckh:⁶¹ „Ich habe auch Graf Münster, der wenigstens einen großen moralischen Einfluß auf das gegenwärtige Cabinet hat, und zu dem ich von früherer Zeit her ein großes Vertrauen hatte, ausführlich die Lage unserer Universität geschildert, aber mich aus seiner Antwort überzeugt, daß er doch ganz in seiner Partheiansicht befangen ist, die Verfassung von 1819 als sein liebes Kind ansieht, das die Legislatoren von 1831 nur verhunzt hätten, also sich nicht auf den freien Standpunkt erhoben hat, von dem er das gegenwärtige Heil des Landes richtig fassen könnte.“

Ähnlich absprechend urteilten die Brüder Grimm: so schreibt Wilhelm:⁶² „Müller hat gestern einen Brief vom Grafen Münster erhalten, der ganz für die Ansichten des Königs gewonnen ist und ausführlich auseinandergesetzt hat, es müsse von uns der erste Schritt ausgehen. Desto besser, so wird niemand von uns in Versuchung geführt . . .“ Jacob Grimm schreibt nur:⁶³ „Münsters Antwort ist womöglich ebenso schlecht geschrieben wie gedacht.“ — Von keinem ein Wort des Bedauerns, daß der Müllersche Vermittlungsvorschlag gescheitert war!

61. Müller an Boeckh, 5. IV. 38 (Briefw. Boeckh, S. 415 f.).

62. Wilhelm Grimm an Jacob, 21. III. 38 (Ippel I, 147).

63. Jacob Grimm an Dahlmann, 29. III. 38 (Ippel I, S. 150).

Nicht nur einzelne Personen wie Laffert und Karl Otfried Müller, sondern auch Stadt und Universität Göttingen setzten sich lebhaft für die Wiedereinstellung der Sieben ein.

In der Senatssitzung vom 1. März 1838 wurde auf Bergmanns Anregung beschlossen, an das Universitäts-Curatorium „den durch die Dienstentlassung der sieben Professoren entstandenen traurigen Zustand der Universität vorzustellen und darauf anzutragen, daß die Wirksamkeit derselben der Universität zurückgegeben werde“,⁶⁴ und am 14. März wurde beschlossen, diese Vorstellung nicht nur an das Curatorium, sondern vor allem an den König zu senden.⁶⁵ So wurden zwei ausführliche Berichte und Anträge an das Cabinet und den König geschickt, und eine Abschrift derselben dem Curatorium mit der Bitte um Unterstützung der Anträge zugesandt.⁶⁶

Der Bericht an das Cabinet weist vor allem auf die bedenkliche und kritische Lage hin, in die die Universität durch die Entlassung der sieben Professoren geraten sei: „Den Verlust einiger dieser Männer, welche als die Coryphäen ihrer Wissenschaft allgemein anerkannt sind, zu ersetzen, ist unmöglich: jetzt aber ist auch die Aussicht verschwunden, die erledigten Stellen überhaupt auf eine würdige Weise bald wieder besetzt zu sehen!“ Wesentliche Lücken seien in den Vorlesungen der Universität eingetreten, „welche sich schon in dem jetzt erscheinenden Lectionscataloge für das bevorstehende Sommersemester bemerklich machen werden“. Vertrauen und Ruf der Universität, ebenso ihre Frequenz würden sehr leiden, und sie müsse, „wenn diese Mangelhaftigkeit länger anhalten sollte“, „von dem Standpunkt hinabsinken, welchen sie bis dahin unter den deutschen Hochschulen eingenommen.“ Zudem seien die noch tätigen Lehrer entmutigt, ihre Anhänglichkeit an die Georgia Augusta verschwinde, so daß zu befürchten sei, daß auch noch auf diese Weise der Universität „manche schwere Verluste bevorstehen könnten.“ Diesem bevorstehenden Verfall müßten entschiedene Maaßregeln entgegengesetzt werden: „Da

64./65. Protocolle der Senatssitzungen. (Rektoratsakten, Bd. CXLVIII: Universitäts-Archiv, Göttingen). Vgl. auch den Aufsatz von Frensdorff „Die Rückberufung der Sieben“.

66. Prorektor und Senat an das Cabinet, 14. III. 38. — Dieselben an den König, 15. III. 38 (St. A. & C. A.). — Dieselben an das Curatorium, 15. III. 38 (C. A.).

wir es uns nun nicht verheimlichen können, daß für die jetzt erledigten Lehrstellen solche Männer, welche an Verdienst und Ruf ihren Vorgängern ähnlich sind, wie sie bis dahin allein von der Georgia Augusta berufen zu werden pflegten, gegenwärtig nicht zu gewinnen seyn werden, so haben wir es als eine Bedingung der Erhaltung unserer Universität betrachten und daher unsere allerunterthänigste Bitte dahin richten müssen, daß Se. Majestät geruhen wollen, die Wirksamkeit der entlassenen Professoren der Universität wiederzugeben.“ Die sieben Professoren hätten dem Liberalismus stets durchaus fern gestanden, die Vorlesungen von Dahlmann und Albrecht über Politik und Staatsrecht hätten immer loyalen Charakter behauptet, die übrigen seien „der Politik stets fremd geblieben und selbst über den Schatten eines politischen Verdachtes durchaus erhaben gewesen.“ Bezüglich der Protestation sei darauf hinzuweisen, daß es den Sieben nie in den Sinn gekommen sei, zu verkennen, daß König Ernst August ihr rechtmäßiger Landes- und Dienstherr sei, daß sie zum Unterthanengehorsam gegen ihn verpflichtet seien, „von Mehreren wissen wir auch ausdrücklich, daß sie auch keinen Anstand genommen haben würden, den Hulldigungsrevers unbedingt zu vollziehen.“ Die frühzeitige Veröffentlichung der Protestation in einem Pariser Zeitungsartikel müsse ein Zufall und könne nur aus unbestimmten Gerüchten gebildet sein, „weil es feststeht, daß Einer der entlassenen Professoren erst eine Stunde vor dem Abgang der Erklärung sich zur Unterschrift entschlossen und daß also erst in diesem Momente die Zahl derselben sich fest bestimmt hat“.

Die gleichen Argumente enthält der Antrag der Universität an den König selbst.

In denselben Tagen stellten auch der Magistrat und die Bürgervorsteher der Stadt Göttingen den gleichen Antrag an den König,⁶⁷ den sie vor allem mit der „gänzlichen Abhängigkeit der Wohlfahrt Göttingens von Flor und Frequenz der Universität“ begründeten.

Die Antwort des Cabinets auf diese Anträge⁶⁸ lautete vollkommen ablehnend: Der bedenkliche Zustand der Universität

67. Magistrat und Bürgervorsteher der Stadt Göttingen an den König, 9. III. 38 (St. A.).

68. Cabinet Sr. Majestät des Königs: Der Staats- und Cabinets-Minister Schele an den H. Prorector und Senat der Universität Göttingen,

wurde überhaupt nicht beachtet; in den Antworten heißt es nur: Der König habe sich nach sorgfältiger Prüfung des Inhalts der Vorstellung „umso weniger bewogen finden können, dem Antrage zu willfahren, da dieselben Gründe, welche die Nothwendigkeit der Entlassung jener Professoren gebieterisch herbeiführten, auch jetzt der Wiederanstellung der letzteren entgegenstehen.“ — Das Curatorium schrieb völlig nichtssagend:⁶⁹ Wenn dem Antrag nicht stattgegeben sei, so bestehe doch Hoffnung, daß die Universität ihren ehrenwerten Standpunkt auch fernerhin bewahren werde. Jeder müsse sich mit doppeltem Eifer für das Wohl der Universität bemühen, das Curatorium wolle weiter gut für die Universität sorgen.

So waren alle Wiederanstellungsversuche des Frühjahres 1838 gescheitert: Sie mußten scheitern, weil die Haltung des Königs unbeugsam den Sieben gegenüber blieb; er konnte die Entlassung nicht zurücknehmen, wenn er nicht seine eigenen Regierungshandlungen restlos verurteilen wolle. Aber auch selbst bei einem großen Verständigungswillen des Königs hätten diese Versuche wohl kaum Erfolg gehabt, da auf der anderen Seite die Sieben ihnen starken Widerstand entgegensetzten.

Die ablehnende Stellungnahme Jacob Grimms den Versuchen Müllers und des Senates, und die Dahlmanns den Laffertschen Bemühungen gegenüber habe ich schon gekennzeichnet (S. 183, 181). Wie fruchtlos all diese Bemühungen bleiben mußten, erhellt aus einem Briefe Dahlmanns an Jacob Grimm, in dem er sich über den Antrag des Senates ausspricht:⁷⁰ „Lassen Sie uns in dieser Sache sowohl materiell als formell einträchtig verfahren. Wie die Regierung uns ehrenhaft wiederherstellen könne, ohne sich aller Ehren verlustig zu erklären und ohne selbst ihren politischen Sieg zu gefährden, begreife ich so wenig, als wie wir ohne öffentliche Ehrenerklärung mit Ehren zurückkehren können. Und können wir es nur überhaupt, so lange die Wiederherstellung des Staatsgrundgesetzes, die allein die Rückkehr zur Gerechtigkeit verbürgt, nicht erfolgt ist? — Jeder Unterhandlung muß die öffentliche und öffentliche Zurücknahme der Urkunde unserer Entsetzung vom 11. December vor-

24. III. 38 (St. A. u. C. A.). — Fast gleichlautend die Antwort an den Magistrat, 24. III. 38 (St. A. und C. A.).

69. Curatorium an die Georg-Augusts-Universität, 29. III. 38 (C. A.).

70. Dahlmann an Jacob Grimm, 3. u. 4. III. 38 (Ippel I, 112 ff.).

angehen; der König mag uns bis zu nach den vorgeschriebenen Formen untersuchter und entschiedener Sache suspendiren, doch mit Beibehaltung des vollen Gehalts. Daß die Verbannung aufgehoben werde, versteht sich von selbst. Erst wenn das geschehen, kann davon die Rede seyn, ob wir geneigt sind, vorläufig als Mitglieder der Societät fortzulesen.⁷¹ Mit anderen Worten, aus der ganzen Sache wird nichts; denn nur mit eigener größter Schande könnte die Regierung unsere Ehre retten, und nur mit eigener Schande würden wir ohne solche vorangegangene unbedingte Ehrenrettung lesen können.“

Damit ist die Unmöglichkeit einer Verständigung zwischen dem König und den Sieben klar genug gekennzeichnet: Der König forderte zum mindesten eine Entschuldigung der Sieben, die Sieben umgekehrt eine solche des Königs. Da man so von diametral entgegengesetzten Standpunkten ausging, war eine Ebene, auf der man sich verständigen konnte, auf keine Weise zu finden; und wenn wir diesen Konflikt heute rückschauend betrachten, so kann nur festgestellt werden, daß seit der Protestation eine Kluft sich zwischen dem Könige und den Sieben aufgetan hatte, die unüberbrückbar blieb und bleiben mußte (s. S. 37), da ein Nachgeben von einer Seite völlige Aufgabe des gewonnenen Standpunktes bedeutete, um so mehr, da hier gegensätzliche Weltanschauungen ausgefochten wurden (s. S. 44 f.).

Obwohl somit alle Wiederanstellungsversuche aussichtslos erscheinen mußten, versuchte trotzdem Gauß noch, den für ihn unentbehrlichen Weber der Universität zurückzugewinnen. Als man ihn fragte, wen er als Nachfolger für Weber vorschlage, sagte er, er wolle Weber behalten, weil sonst ihre gemein-

71. Dahlmann nimmt hier Bezug auf einen Vorschlag Wilhelm Grimms (Wilhelm Grimm an Jacob, 3. III. 38: Ippel I, S. 109 f.): „Was mir möglich geschehen hatte, war folgendes. Die drei Verbannten mußten mit Anerkennung ihrer völligen Schuldlosigkeit eingeladen werden, wieder hierher zu kommen, und als Privatleute hier zu leben, indem man die Hoffnung ausdrückte, sie könnten in dieser Stellung der Universität nützlich werden. Dann hätte man den Mitgliedern der Societät das Recht ertheilen mögen, Vorlesungen zu halten.“ — Dahlmann, Jacob und Wilhelm Grimm, Ewald und Weber waren bereits Mitglieder der Göttinger Societät, so daß nur noch Gervinus und Albrecht hätten hinzugewählt werden brauchen, damit alle Sieben lesen konnten (Ippel I, S. 103: Zusatz von Jacob Grimm zum Briefe Wilhelm Grimms vom 27. II. 38.).

samen Arbeiten und damit auch seine eigenen eventuell unmöglich seien.⁷² Weber versicherte des öfteren in seinen Briefen an Gauß — Weber war während des Frühjahres 1838 auf Reisen —, daß er in der Nähe von Gauß bleiben wolle: „Wie es kommen möge, auch wenn an Herstellung nicht gedacht würde, wenn ich nur nicht exiliert werde, werde ich in Ihrer Nähe bleiben und auch ohne Cabinet (sc. physikalisches) mich in der Folge einzurichten wissen“.⁷³ „Was auch in der Zukunft bevorstehen möge, meinerseits werde ich mich sehr gerne auch in weniger vorteilhafte äußere Verhältnisse fügen, wenn ich nur das Glück haben kann, in Ihrer Nähe zu bleiben“.⁷⁴

Um Weber in Göttingen behalten zu können, versuchte Gauß auf Umwege zu seinem Ziele zu gelangen. Er wandte sich mit der Bitte um Unterstützung seiner Pläne an den sächsischen Minister von Lindenau. Dieser wiederum wandte sich an den General Friedrich C. F. Müffling in Berlin, den Schwager Scheles. Müffling antwortete an Lindenau,⁷⁵ der König von Hannover mache „mit diesen Professoren zu traurige Erfahrungen“, es seien dringendste Verwendungen für die Gebrüder Grimm eingegangen, der König habe sich bereit erklärt, sie wieder anzustellen, wenn er Garantien habe, daß sie keinen ungünstigen Einfluß auf die Jugend ausübten. Während man aber die Mittel zu diesen Garantien überlegte, sei Jacob Grimm mit seiner Schrift hervorgetreten, „welche seinem Werke die Krone aufsetzt!“ „Die Wünsche des H. Gauß in Beziehung auf H. Weber sind dem Könige bekannt. Auch halten Se. Majestät den H. Weber weniger für einen Verführer als für einen Verführten. Von solchen Garantien glaubt der König aber nicht abgehen zu können, ohne sich einer Vernachlässigung seiner Pflichten gegen die Unterthanen . . . schuldig zu machen.“ Der

72. Arnswaldt u. Strahlenheim a. d. König, 14. IV. 38 (St. A.).

73. Weber an Gauß, 16. III. 38 (Nachlaß Gauß, Bd. 113, Nr. 6 (Univ. Bibl. Göttingen)).

74. Weber an Gauß, 31. V. 38 (Nachl. Gauß, Bd. 113, Nr. 8).

75. Müffling an Lindenau, 2. VI. 38 (Nachl. Gauß, Bd. 101, Nr. 224 b). Der Inhalt der vorangegangenen Briefe ergibt sich aus diesem und aus dem Schreiben Lindenaus an Gauß vom 1. VI. 38 (Nachlaß Gauß, Bd. 101, Nr. 224 a). — Der eine der beiden Briefe, die dem Inhalte nach zusammengehören (Lindenau teilt die Antwort Müfflings an Gauß mit), muß falsch datiert sein, da unmöglich Lindenau einen aus Berlin, 2. VI. datierten Brief am 1. VI. an Gauß weitergeschickt haben kann.

König verlange daher zu wissen, wie es zugegangen sei, daß Weber sich zu der Unterschrift hergegeben habe; der König sei dann offenbar nicht abgeneigt, den Wunsch von Gauß zu erfüllen. — Jedoch auch dieser zunächst aussichtsreiche Versuch zerschlug sich, da der König „eine ausdrückliche Renunciation, einen bestimmten Widerruf forderte“.⁷⁶ Das aber war für Weber bei aller Nachgiebigkeit, schon seiner Kollegen wegen, völlig unmöglich. So wurde auch Weber nicht wiederangestellt, obwohl sich einflußreiche Personen für ihn eingesetzt hatten.

Auch in späteren Jahren noch wurde versucht, den König zur Wiederanstellung der Sieben oder doch einiger von ihnen zu bewegen, ja, sogar der Dr. Gustav Zimmermann, der im Jahre 1838 als fast einziger Publizist die Maßnahmen des Königs gegen die Sieben verteidigt hatte (s. S. 165 f.) trug ein Jahr später in einer langen und mit ausführlichen Argumenten versehenen Vorstellung an Schele auf die Wiederanstellung von Albrecht, Weber und der Brüder Grimm an.⁷⁷ — Alle derartigen Versuche blieben aber erfolglos, bis durch die Ereignisse des Frühjahres 1848 der König sich zum Nachgeben bewegen sah.

In den aufgeregten Märztagen des Jahres 1848 hatte Ernst August in einer Proklamation vom 17. März neben anderen Zugeständnissen an die Volkswünsche auch eine Amnestie für die Untertanen, die wegen politischer Vergehen verurteilt waren, ausgesprochen, eine Amnestie, die wohl nur gegeben wurde, um das Volk zu beruhigen — es waren nämlich kaum politisch Verurteilte im Königreich Hannover, wenigstens kannte man nur einen Märtyrer dieser Art.⁷⁸ Am allerwenigsten hatte aber der König beim Erlaß dieser Amnestie an die „Göttinger Sieben“ gedacht. In Göttingen jedoch benutzte man sofort den willkommenen Anlaß, um Wiederberufung der sieben Professoren zu bitten.

Prorektor und Senat der Georgia Augusta nahmen in einer diesbezüglichen Petition Bezug auf ihr Gesuch vom März 1838, führten die bereits oft genannten Argumente an, die für eine Wiederanstellung der Sieben sprachen, und schlossen mit dem Wunsch: „Se. Königliche Majestät wolle allergnädigst zu befehlen geruhen, daß recht bald eine öffentliche Erklärung er-

76. Weber an Gauß, 18. VI. 38 (Nachl. Gauß, 113, Nr. 9).

77. Zimmermann an Schele, 9. XII. 39 (St. A.).

78. Hassel I, S. 530. — Oppermann, Bd. II, S. 19, 22.

gehe, daß dem Wiedereintritt der Professoren Albrecht, Dahlmann, Ewald, Gervinus, Jacob und Wilhelm Grimm, und Wilhelm Weber in ihre hiesigen Aemter ein Hindernis nicht entgegenstehe“.⁷⁹

Daneben vereinigten sich 360 Bürger Göttingens, Akademiker, Studenten und einfache Leute, zu einer Bittschrift an den König, er möge die „noch jetzt nicht vernarbte“ Wunde heilen, die durch die Entlassung der sieben Professoren der Universität und Stadt Göttingen geschlagen sei, „und welche als der einzige wahre Grund der gebrochenen Blüthe der Universität und des damit gesunkenen Wohlstandes der Stadt betrachtet werden“ müsse: „Ew. Majestät“, so heißt es in der Bittschrift weiter, „wollen gnädigst geruhen, die gegen die Professoren Dahlmann, Jacob Grimm und Gervinus ausgesprochene Landesverweisung durch öffentliche Verkündigung zurückzunehmen und an das Königliche Curatorium der Universität den Befehl ergehen zu lassen, daß unverzüglich die zur Zurückberufung der genannten sieben Professoren erforderlichen Schritte geschehen“.⁸⁰

Das Curatorium stand diesen Anträgen günstig gegenüber, und auch der König setzte, dem Drucke der Verhältnisse nachgebend, den Wiederanstellungsversuchen keinen Widerstand mehr entgegen. Bei der Durcharbeitung der Anträge mußte das Curatorium eine merkwürdige Tatsache feststellen:⁸¹ „Ob bei der Entlassung der sieben Professoren die durch den Bundesbeschluß vom 20. IX. 1819 § 2 in finem (s. S. 78, 111, Anhang 8) vorgeschriebene Form — vorherige Berichterstattung des Regierungsbevollmächtigten —, auf welche das Curatorium in einem Bericht vom 8. XII. 1837 (Anh. 8) ausdrücklich hingewiesen hatte, beobachtet sind, ergeben die — überhaupt unvollständigen — Cabinets-Acten nicht. Diese Frage, und die daran sich knüpfende Erwägung, ob die Professoren Rechtsansprüche aus einer Nichtbeachtung jener Form etwa abzuleiten haben, dürfte aber auszusetzen seyn, bis etwa der eine oder andere Professor selbst sie anregt.“

79. Prorector und Senat der Georg-Augusts-Universität an das Kultusministerium, 30. III. 48 (C. A.). S. auch den Aufsatz von Frensdorff „Die Rückberufung der Sieben“.

80. Bürger Göttingens an den König, 28. III. 43 (C. A.).

81. Notizen betr. die a. 1837 entlassenen Professoren (1848) (C. A.).

Jetzt also stellte eine Behörde die Unrechtmäßigkeit der Entlassung fest, ja der Prozeß der Sieben auf Fortzahlung des Gehaltes ist hiernach auch durchaus zu Unrecht niedergeschlagen — kurz, widerwillig und unbewußt stellte das Curatorium fest, daß die Sieben seinerzeit ins Unrecht gesetzt waren! Da diese Feststellungen des Curatoriums allerdings in den Akten blieben, hatten sie keine weiteren Folgen und kamen der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis. Interessant und bezeichnend ist aber, daß eine Behörde nach 10 Jahren sich bei objektiver Betrachtung der Dinge auf die Seite der Sieben stellte!

Die Zurücknahme der seinerzeit vom König ausgesprochenen Landesverweisung — so meinte das Curatorium⁸² — sei nicht erforderlich, „da solche nicht unbedingt ausgesprochen ist.“ Die angedrohte „strenge Untersuchung“ erscheine durch die Amnestie ausgeschlossen, obwohl diese sich wörtlich nur auf Verurteilte beziehe. Der Rückkehr der drei des Landes Verwiesenen stehe schon jetzt nichts mehr im Wege, und da die Amnestie veröffentlicht sei, tue also eine öffentliche Bekanntmachung nicht mehr nötig. — Die von der Universität beantragte Bekanntmachung, daß dem Wiedereintritt der sieben Professoren in ihre Göttinger Ämter kein Hindernis entgegenstehe, erschien dem Curatorium unangemessen: es bestehe die Möglichkeit, daß alle Sieben sofort ihre jetzt größtenteils besetzten Lehrstühle wieder einnehmen. Eine Zurückberufung aller Sieben, wie die Göttinger Bürger es wünschten, sei undurchführbar: einige würden nicht wollen, so Dahlmann (der seit 1842 eine Professur in Bonn innehatte) und die Brüder Grimm (die 1841 an die Berliner Akademie berufen waren), für andere habe eine Rückkehr keinen Zweck, da ihre Lehrstühle mehrfach besetzt seien (Gervinus, Ewald), im übrigen würden die Mittel nicht für alle Sieben reichen. „Dagegen ist es allerdings zu wünschen“, so schließen diese Notizen, „daß der öffentlichen Stimme durch Wiederberufung einiger jener Professoren Rechnung getragen werde, soweit diese der Universität nützen und ihre Gewinnung thunlich erscheinen wird“: da Lehrer für Privatrecht und Physik nötig seien, so empfehle sich die Anknüpfung von Verhandlungen mit Albrecht und Weber (beide in Leipzig).

In diesem Sinne wurden die Antworten an den Prorektor und

82. Notizen btr. die a. 1837 entl. Professoren (C. A.).

Senat der Universität und an die Göttinger Bürger abgefaßt:⁸³ Die Amnestie und Rehabilitation der wegen politischer Vergehen Verurteilten beziehe sich auch auf die sieben entlassenen Professoren. Das Ministerium sei bereits vom König ermächtigt zu Verhandlungen, um einige der Professoren der Universität wiederzugewinnen.

Prorektor und Senat bedankten sich sehr, verzichteten auf die öffentliche Erklärung, baten aber, es möge allen Sieben einzeln „der Antrag gemacht werden, in ihre Ämter wieder einzutreten“.⁸⁴

Dieser Wunsch wurde zwar nicht erfüllt, das Curatorium nahm jedoch sofort Verhandlungen mit Albrecht und Weber über eine Wiederanstellung in Göttingen auf. Die völlig veränderten Zeitumstände ließen die im Anfang des Jahres 1838 so energisch gegenseitig geforderten Entschuldigungen überflüssig erscheinen: Weder nahm der König offiziell die Entlassung der Sieben zurück, noch die Sieben die Protestation; die Sieben, bezw. die Wiedezuberufenden verzichteten auf eine Ehrenerklärung des Königs, und Ernst August verzichtete auf eine Zurücknahme der Protestation.

Weber erhielt noch im April 1848 das Angebot, nach Göttingen zurückzukehren, er nahm an, erhielt am 16. Oktober das offizielle Berufungsschreiben und kam Ostern 1849 wieder nach Göttingen. — Albrecht jedoch lehnte ab. Darauf wurde mit Ewald, der seit 1838 die Professur in Tübingen innehatte, verhandelt. Da Ewalds alter Lehrstuhl für orientalische Sprachen bereits von Bertheau besetzt war, wurde für ihn ein neuer alttestamentlicher Lehrstuhl in der theologischen Fakultät geschaffen. Ewald war bereit, ihn zu übernehmen, und war bereits im September 1848 wieder in Göttingen — um im Jahre 1866 zum zweiten Male seine Professur in Göttingen einzubüßen, da er dem neuen Machthaber den Huldigungseid verweigerte! —

So kehrten nach mehr als zehnjähriger Abwesenheit zwei der „Göttinger Sieben“, Weber und Ewald, nach Göttingen zurück. Damit war wenigstens etwas das ihnen zugefügte Unrecht wieder gutgemacht, und die Geschichte der „Göttinger Sieben“ war hiermit beendet.

83. Kultusministerium an Prorektor und Senat der Georg-Augusts-Universität, 10. IV. 48 (C. A.). — Kultusministerium an den Herrn General-Superintendenten Dr. Rettig und Genossen zu Göttingen, 10. IV. 48. (C. A.).

84. Prorektor und Senat an das Kultusministerium, 17. IV. 48 (C. A.).

Schluß.

Zusammenfassung und Ergebnis.

Die einleitende Betrachtung der bisher über die „Göttinger Sieben“ erschienenen Darstellungen hatte starke Gegensätzlichkeiten in der Beurteilung der „Göttinger Sieben“ bei Treitschke und Thimme gezeigt, Gegensätzlichkeiten, die zu klären Aufgabe dieser Arbeit sein mußte. Die Untersuchung hat ergeben, daß nach sorgfältiger Prüfung des Tatbestandes in fast allen wesentlichen Punkten der Auffassung Treitschkes über die „Göttinger Sieben“ zuzustimmen ist. Die Durcharbeitung und Würdigung des gesamten und zum Teil bisher ungenutzten Quellenmaterials, das sich in den Cabinets-Akten des Staatsarchivs zu Hannover und in den Curatorial-Akten des Universitätsarchivs zu Göttingen, in den ungedruckten und gedruckten Briefwechseln und in der Publizistik jener Zeit ausgebreitet fand, hat deutlich gezeigt, daß die Protestation der „Göttinger Sieben“ eine berechnete Tat von verantwortungsbewußten Männern war, von Professoren, die sich mit Recht zum Einspruch gegen einen Verfassungsbruch befugt fühlten, die für die Unverletzlichkeit und Heiligkeit eines geleisteten Eides einzutreten sich gezwungen sahen. Sieben Männer fanden sich nach eingehender Prüfung und Beratung zu dieser Protestation zusammen, die allerdings über den Rahmen einer „unterthänigsten Vorstellung“ weit hinausging, indem sie über den Protest gegen das königliche Patent vom 1. Nov. 1837 hinaus einen Angriff gegen die königlichen Maßnahmen, ja in einem Punkte offene Widersetzlichkeit gegen König und Staat enthielt, damit sich nicht auf passiven Widerstand beschränkend, sondern aktiven Widerstand einleitend. Dieser Umstand und die zwar ohne den Willen der Sieben, wohl aber durch Unachtsamkeit oder Absicht eines der Sieben erfolgte Verbreitung der Protestation, wie auch die erhebliche Wirkung in und außerhalb Hannovers zwangen den König zur Entlassung der sieben Professoren. Nachdem der König den Staatsstreich begangen hatte, war es nur kon-

sequent und zur Erhaltung und Kräftigung seiner Stellung unumgänglich notwendig, jeden Widerstand gegen diesen Staatsstreich brutal zu unterdrücken. Nicht die Tatsache der Entlassung ist dem König vorzuwerfen, sondern nur die gänzliche Nichtbeachtung aller auch ihn bindenden Rechtsnormen, zumal das Curatorium, das sich in der Behandlung der Fragen um die „Göttinger Sieben“ stets um eine Vermittlung zwischen dem König und den Sieben vor allem in der Person Hoppenstedts bemühte, — zumal das Curatorium auf die den König verpflichtenden Vorschriften genügend aufmerksam gemacht hatte.

Die umstrittenen, durch das vorgefundene Quellenmaterial jetzt aber in ihren Zusammenhängen geklärten Vorgänge in Rotenkirchen und der Streit um die Rotenkircher Adresse, verschiedene Briefwechsel und Akten haben erwiesen, daß die Stellung der Göttinger Professorenschaft zu ihren sieben Kollegen durchaus nicht einheitlich war, daß sie vielmehr zwischen fast restloser Zustimmung und aktivem Eintreten für die Sieben auf der einen Seite und krassester Ablehnung auf der anderen Seite — mit allen denkbaren Zwischenstufen — schwankte.

Aus der Betrachtung der Publizistik um die „Göttinger Sieben“ erhellt die starke Anteilnahme, die der Schritt der Sieben und die darauf erfolgte Entlassung in Deutschland und in Europa erregten. Die bis zum Jahre 1848 erfolglos verlaufenden Wiederanstellungsversuche zeigten zum Schluß noch einmal die unüberbrückbare Kluft zwischen dem König Ernst August und den „Göttinger Sieben“. —

So ergibt sich, daß — in Übereinstimmung mit der Auffassung Treitschkes und im Gegensatz zu der Thimmes — die Protestation der Sieben eine berechtigte und notwendige Tat gewesen ist, daß ferner die Entlassung der Sieben zu Unrecht erfolgt ist. Die Auffassung Treitschkes jedoch, die die Haltung des Königs den Sieben gegenüber so scharf verurteilt, aber auch die Thimmes, die die Entlassung für völlig zu Recht erfolgt ansieht, bedürfen einer Korrektur: Alle Umstände zwangen Ernst August im Interesse der Autorität des Königs und des Staates zur Entlassung der Sieben, allerdings nicht zu einer unrechtmäßigen und formlosen Vertreibung vom Lehrstuhl. —

Die Protestation und Entlassung der sieben Göttinger Professoren ist ein charakteristischer Ausdruck der Epoche der Restauration: Stellt sich in der Protestation der Sieben das Streben nach

einer neuen Staatsauffassung dar, so in ihrer Entlassung der letzte Sieg der Reaktion; offenbart sich in der Protestation eine neue Idee von Volk und Staat, eine Idee, die den einzelnen Bürger als „Staatsbürger“, als für das Wohl und die Verfassung des Staates mitverantwortliches Glied angesehen wissen will, so zeigt ihre Entlassung, daß Ernst August, letzter Vertreter des reaktionären Despotismus, diese neue Staatsauffassung als unberechtigt ansah, daß die Reaktion noch Macht genug besaß, um ihr entgegenstehende Bestrebungen zu unterdrücken.

Waren die Sieben auch keineswegs Vertreter des sich damals bildenden Parteiliberalismus, waren sie vielmehr von jedem Doktrinarismus und jeder parteimäßigen Bindung weit entfernt, so wurde doch sowohl ihre Protestation, als auch vor allem ihre Entlassung vom Liberalismus propagandistisch — und mit großem Erfolg — ausgewertet. Die liberalen Kreise Deutschlands nahmen die Sieben sofort als die Ihrigen, als Männer ihrer Gesinnungen und Tendenzen in Anspruch und betrachteten die Sieben als Märtyrer des Liberalismus. Die Herrscherwillkür Ernst Augusts führte den Reihen der liberalen Opposition neue und starke Kräfte hinzu, so daß mit Recht behauptet werden konnte und kann, daß die Protestation und Entlassung der „Göttinger Sieben“ eine wichtige Stufe in der Geschichte und in der Entwicklung des Liberalismus bedeutet und eines derjenigen Momente ist, die die Revolution von 1848 herbeiführen halfen. So bedeutet das Jahr 1837 zwar äußerlich einen Sieg der Reaktion, des Absolutismus über die aufkeimenden Ideen des neuen Staats- und Volksbewußtseins, aber einen Sieg, der die Niederlage der Reaktion im Jahre 1848 im Keime bereits in sich trug. Und es ist kein Zufall, vielmehr im Wesen der Geschehnisse begründet, daß in der Paulskirche die Deutschen Professoren und Akademiker so stark vertreten waren.

Ich komme damit zur Bedeutung der „Göttinger Sieben“ für die Geschichte des Deutschen Professorentums. Zum ersten Mal seit den Befreiungskriegen trat das Deutsche Professorentum auf die politische Bühne in Ludens Nemesis und Okens Isis, jenen politischen Zeitschriften, die eine Zeit lang große Bedeutung hatten. Die zweite politische Aktion Deutscher Professoren war der Kampf der Kieler Professoren unter Führung Dahlmanns gegen die dänischen Übergriffe. Zum dritten Mal endlich griffen Deutsche Professoren in die politische Geschichte ein durch die Protestation der „Göttinger Sieben“. Durch diese drei Aktionen,

besonders aber durch die letzte, war man in ganz Deutschland auf die Professoren aufmerksam geworden. Politische Äußerungen der Deutschen Professoren wurden seitdem stark beachtet, ohne Willen und Absicht erhielten die Deutschen Professoren eine führende Rolle im Kampf des Liberalismus gegen die Reaktion. Die Folge war, daß im Jahre 1848, als eine Deutsche Nationalversammlung berufen wurde, vor allem Professoren und Akademiker gewählt wurden, weil diese durch das allmähliche Hineinwachsen der Professoren in die Politik die bekanntesten Politiker in Deutschland geworden waren.

So bedeutet das Jahr 1837 in zweifacher Hinsicht eine Voraussetzung der Revolution von 1848 in Deutschland: Die liberale Opposition war erheblich gestärkt und das Professorentum hatte politische Bedeutung gewonnen.

Anhang:

1. Die Protestation der sieben Professoren vom 18. November 1837.

(Abgedruckt nach dem in den Akten des Königlichen Cabinets (Staatsarchiv zu Hannover) befindlichen Original.)

An Hohes Königliches Universitäts-Curatorium.

Göttingen, den 18. November 1837.
Unterthänigste Vorstellung einiger
Mitglieder der Landes-Universität,
das Königliche Patent vom 1. Nov.
d. J. betreffend.

Die unterthänigst Unterzeichneten fühlen sich in ihrem Gewissen gedrungen, über den Inhalt des Königl. Patents vom 1^{ten} d. M. ihre ehrerbietige Erklärung vor dem hohen Universitäts-Curatorium niederzulegen.

Die Unterzeichneten können sich bei aller schuldigen Ehrfurcht vor dem Königlichen Wort in ihrem Gewissen nicht davon überzeugen, daß das Staatsgrundgesetz um deßhalb rechtswidrig errichtet, mithin ungültig sei, weil der Höchstselige König nicht den ganzen Inhalt desselben auf Vertrag gegründet, sondern bei seiner Verkündung einige Anträge der allgemeinen Ständeversammlung ungenehmigt gelassen und einige Abänderungen hinzugefügt hat, ohne daß diese zuvor den allgemeinen Ständen mitgetheilt und von ihnen genehmigt wären. Denn dieser Vorwurf der Ungültigkeit würde nach der anerkannten Rechtsregel, daß das Gültige nicht durch das Ungültige vernichtet wird, denn doch immer nur diese einzelnen Punkte, die nach ihrem Inhalte durchaus nicht das Ganze bedingen, treffen, keineswegs das ganze Staatsgrundgesetz. Derselbe Fall aber würde eintreten, wenn im Staatsgrundgesetz Rechte der Agnaten verletzt wären; denn der Grundsatz, daß eine jede Veränderung in der Staatsverfassung der agnatischen Einwilligung unterworfen sei, würde nicht ohne die größte Gefährdung der Königlichen Rechte aufgestellt werden können. Was endlich die dem Staatsgrundgesetz zur Last gelegte Verletzung wesentlicher Königlicher Rechte angeht, so bleibt den unterthänigst Unterzeichneten in Bezug auf diese schwerste, aber gänzlich unentwickelt gebliebene Anklage nichts anders übrig, als daran zu erinnern, daß das Königliche Publikations-Patent vom 26. September 1833 sich gerade die Sicherstellung der landesherrlichen Rechte ausdrücklich zum Ziele nimmt, daß die deutsche Bundesversammlung, welche gleichzeitig mit den ständischen Verhandlungen über das Staatsgrundgesetz eine Commission gerade

zu demselben Ziele aufstellte, keine Rüge der Art jemahls ausgesprochen hat, daß vielmehr das Staatsgrundgesetz dieses Königreichs in ganz Deutschland das Lob weiser Mäßigung und Umsicht gefunden hat. Wenn daher die unterthänigst Unterzeichneten sich nach ernster Erwägung der Wichtigkeit des Falles nicht anders überzeugen können, als daß das Staatsgrundgesetz seiner Errichtung und seinem Inhalte nach gültig sei, so können sie auch, ohne ihr Gewissen zu verletzen, es nicht stillschweigend geschehen lassen, daß dasselbe ohne weitere Untersuchung und Vertheidigung von Seiten der Berechtigten, allein auf dem Wege der Macht zu Grunde gehe. Ihre unabweisliche Pflicht vielmehr bleibt, wie sie hiemit thun, offen zu erklären, daß sie sich durch ihren auf das Staatsgrundgesetz geleisteten Eid fortwährend verpflichtet halten müssen, und daher weder an der Wahl eines Deputirten zu einer auf andern Grundlagen als denen des Staatsgrundgesetzes berufenen allgemeinen Ständeversammlung Theil nehmen, noch die Wahl annehmen, noch endlich eine Ständeversammlung, die im Widerspruche mit den Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes zusammentritt, als rechtmäßig bestehend anerkennen dürfen.

Wenn die ehrerbietigst unterzeichneten Mitglieder der Landesuniversität hier als Einzelne auftreten, so geschieht es nicht, weil sie an der Gleichmäßigkeit der Überzeugung ihrer Collegen zweifeln, sondern weil sie so früh als möglich sich vor den Conflicten sicher zu stellen wünschen, welche jede nächste Stunde bringen kann. Sie sind sich bewußt, bei treuer Wahrung ihres amtlichen Berufs die studirende Jugend stets vor politischen Extremen gewarnt, und, so viel an ihnen lag, in der Anhänglichkeit an ihre Landesregierung befestigt zu haben. Allein das ganze Gelingen ihrer Wirksamkeit beruht nicht sicherer auf dem wissenschaftlichen Werthe ihrer Lehren, als auf ihrer persönlichen Unbescholtenheit. Sobald sie vor der studirenden Jugend als Männer erscheinen, die mit ihren Eiden ein leichtfertiges Spiel treiben, eben sobald ist der Segen ihrer Wirksamkeit dahin. Und was würde Sr. Majestät dem Könige der Eid unserer Treue und Huldigung bedeuten, wenn er von Solchen ausginge, die eben erst ihre eidliche Versicherung freventlich verletzt haben?

F. C. Dahlmann. E. Albrecht. Jakob Grimm. Wilhelm Grimm.
G. Gervinus. H. Ewald. Wilhelm Weber.

2. Das Curatorium an die sieben Professoren, 22. November 1837.

(Abgedruckt nach den in den Akten des Königlichen Cabinets (Staatsarchiv zu Hannover) und des Königlichen Curatoriums (Universitätsarchiv zu Göttingen) befindlichen Abschriften.)

Wir achten die Freimüthigkeit, mit welcher die Hofrätthe und Professoren Dahlmann, Albrecht, Jakob Grimm, Wilhelm Grimm, Gervinus, Ewald und Weber in ihrer Vorstellung vom 18^{ten} d. M. die durch das Patent vom 1^{ten} d. M. bei ihnen hervorgerufenen Zweifel und Bedenken offen Uns mitgetheilt haben, und finden dadurch zu nachstehender vertraulichen Erwiderung uns veranlaßt.

Wir wollen keineswegs verkennen, daß die vorliegende allerdings höchst wichtige Angelegenheit aus einem verschiedenen Gesichtspunkte angesehen und daß darüber abweichende Ansichten gehegt werden können, wie denn auch Se. Majestät der König die von Allerhöchst ihnen jetzt verfügte Aufhebung des Staatsgrundgesetzes nicht ohne vorgängige genaue Untersuchung zu beschließen geruhet haben. Inzwischen müssen Wir um so mehr Anstand nehmen, auf eine Erörterung der Gründe, welche Se. Königl. Majestät zu der Erlassung des Patents vom 1ten d. M. bewogen haben, so wie der von den Herren aufgestellten staatsrechtlichen Grundsätze näher hineinzugehen, als Wir überhaupt nicht dafür halten können, daß es die Sache des einzelnen Staatsdieners und Unterthans sei, die in dieser Beziehung dem Landesherrn zustehenden Befugnisse irgend einer Diskussion zu unterziehen und darüber gewissermaßen mit Allerhöchst Demselben zu verhandeln oder sogar der Befolgung der Allerhöchsten Königlichen Bestimmung eigenmächtig den Gehorsam zu versagen.

Den Unterthanen liegt vielmehr ob, in ruhiger Ergebung zu erwarten, wie auf dem allein zulässigen Wege, nämlich auf dem der Berathung mit den jetzt zu convocirenden Ständen die öffentlichen Angelegenheiten Unsers Vaterlandes werden geordnet werden, nicht aber wird ihnen zugestanden werden können, ein jeder nach seiner besondern Ansicht zu verfahren, indem dieses einleuchtendermaßen zur offenbaren Anarchie führen würde.

Eben so wenig können wir aber dafür halten, daß die Staatsdiener hierunter von der allen Unterthanen obliegenden Verpflichtung sich absondern können. Die ihnen früher aufgelegte Verpflichtung, das Staatsgrundgesetz zu beobachten, kann nicht anders, als wie eine ausdrückliche Anweisung zu Befolgen dessen betrachtet werden, was ihnen in Beziehung auf alle Gesetze überhaupt in gleichem Maaße oblag. Diese Dienstanweisung wurde ihnen von ihrem rechtmäßigen, angestammten Landesherrn, von welchem die Feststellung des Diensteides abhängt und welchem allein der Diensteid geleistet wird, aufgelegt; sie ist jetzt auf eben diese Weise von dem rechtmäßigen und angestammten Landesherrn durch ein öffentliches Patent wieder aufgehoben und die Staatsdiener werden daher, unbeschadet ihrer Gewissenspflicht, dieser neuesten höchsten Anweisung zu folgen haben und derselben Folge leisten müssen, da der Landesherr unter keiner Bedingung es zugeben kann, daß einer seiner Staatsdiener ihm den Gehorsam aufsage, und dem öffentlich verkündeten Willen des Ersteren ausdrücklich entgegen handeln zu wollen erkläre.

Wir halten Uns auch versichert, daß diese Ansicht unter der Staatsdienerschaft aller Classen die allgemein herrschende sei, wie solches schon daraus hervorgeht, daß die Herren die ersten und einzigen sind, welche, so viel Uns bekannt geworden, zu einer derartigen Erklärung sich veranlaßt gefunden haben, wo hingegen die übrigen Staatsdiener es für unbedenklich, ja vielmehr es ihrer Pflicht gemäß erachtet haben, in ihrem Berufe zu bleiben und dem von dem Landesherrn erlassenen Allerhöchsten Patente gehorsame Folge zu leisten.

Daß aber diese andern Staatsdiener nicht ebenfalls nach ihrer gewissenhaften inneren Überzeugung hierunter gehandelt haben sollten, das werden die Herren mit ihren in der That sehr auffallenden Äußerungen

am Schlusse ihrer Vorstellung sicher nicht haben andeuten wollen, vielmehr werden sie selbst nicht verkennen, daß in Angelegenheiten dieser Art es Niemanden gestattet ist, den ihm vielleicht richtig scheinenden Grundsatz als allgemeine Norm auszusprechen, und sich dadurch gleichsam zum Richter über das Gewissen Anderer aufzuwerfen.

Es würde uns nun obliegen, die Vorstellung der Herren Sr. Majestät dem Könige vorzulegen. Wenn Wir inzwischen Uns gern überzeugt halten, daß dieselben in vollkommen redlicher Absicht an Uns, als ihre zunächst vorgesetzte Behörde, sich gewandt haben, wenn Wir ferner die nachtheiligen Folgen voraussehen, welche die Vorstellung, wenn solche an Se. Majestät gelangt, nur zu wahrscheinlich herbeiführen würde, so haben Wir noch zur Zeit Anstand genommen, dieselbe Sr. Majestät zu überreichen; vielmehr haben Wir solche vor jetzt nur als eine Uns im engsten Vertrauen gemachte Mittheilung betrachtet, müssen aber zugleich auf das Angelegenlichste wünschen und bestimmt bevorworten, daß die Herren die vorstehenden Bemerkungen einer anderweiten sorgfältigen Erwägung unterziehen, und dabei die Gefahr beherzigen, welcher sie durch eine solche Erklärung sich selbst, ihre dienstliche Stellung, ja selbst das Wohl und den Flor der Universität aussetzen und daß sie zur Vermeidung aller dieser unglücklichen Folgen zu dem Entschlusse sich bewogen finden mögen, der Allerhöchsten Bestimmung des Patents vom 1^{ten} d. M. in Ruhe sich zu fügen, auch demnächst, wenn die Universität zu der Absendung eines Deputirten zur allgemeinen Ständerversammlung aufgefordert werden wird, dieser sich um so weniger entgegen zu setzen, als es in dem höchsten Interesse des ganzen Landes und aller Unterthanen liegt, daß die Frage über die künftige Verfassung des Königreichs, welche nach dem Patente vom 1^{ten} d. M. bei der nächsten Ständerversammlung zur Berathung kommen wird, von allen Seiten auf das ruhigste erwogen und auf solche Weise gelöst werde, wie selbiges dem Besten des Königs und des Landes gleichmäßig am meisten entsprechen wird, wobei es übrigens sich von selbst versteht, daß es einem Jeden von ihnen unbenommen ist, die auf ihn etwa fallende Wahl um so mehr abzulehnen, als ohnehin nicht zu verkennen ist, wie wenig die damit verbundene längere Abwesenheit mit ihren Geschäftsverhältnissen sich vereinigen lassen möchte.

Endlich aber erwarten Wir von der Rechtlichkeit der Herren mit Zuversicht, daß sie in allen ihren Äußerungen über die vorliegende, wichtige Verfassungsfrage die größte Vorsicht beobachten und sorgfältig Alles vermeiden werden, was unter der dort studirenden Jugend irgend eine Aufregung herbeiführen und dieselbe in unbedachtsamer Aufwallung vielleicht zu Schritten veranlassen möchte, welche für sie selbst und für das Wohl der ganzen Universität von den verderblichsten Folgen sein könnten.

Hannover, den 22. November 1837.

Königlich Hannoversches Universitäts-Curatorium
Arnswaldt.

An die
Hofräte und Professoren
Dahlmann, Albrecht, Jacob
Grimm, Wilhelm Grimm,
Gervinus, Ewald und Weber
zu Göttingen.

*3. Die sieben Professoren an das Curatorium,
11. Dezember 1837.*

(Abgedruckt nach dem in den Akten des Königlichen Cabinets (Staatsarchiv zu Hannover) befindlichen Original.)

An Hohes Königliches Universitäts-Curatorium.

Göttingen, den 11. December 1837.

Unterthänigste Vorstellung einiger
Professoren, die Verbreitung ihrer
Vorstellung vom 18. November d. J.
betreffend.

Die verschiedenartigen Äußerungen, welche über die Verbreitung der Vorstellung der sieben unterthänigst unterzeichneten Professoren vom 18. November gefallen sind, die selbst in dieser Hinsicht angestellte Untersuchung gaben uns die Überzeugung, daß eine offene und gewissenhaft wahre Erklärung von unserer Seite über diesen Gegenstand an das hohe Curatorium noch immer nicht überflüssig sein dürfte.

Was nun den Hauptpunkt betrifft, die Verbreitung in französischen Blättern, worin die Vorstellung sogar vor der Einreichung an das hohe Curatorium gelesen sein soll, so ist das schon darum eine völlige Unmöglichkeit, weil die Vorstellung erst am 17. November Abends verfaßt und hierauf am 18^{ten} an das hohe Curatorium gesandt ist, wozu kommt, daß noch einige Stunden vor der Absendung Niemand von uns wußte, ob fünf, ob sieben, ob neun oder mehr Collegen sie unterzeichnen würden. Wir haben dieser Tage mit vieler Mühe einen Artikel in Galignani's Messenger vom 18. November gefunden, der von sieben hiesigen Professoren in Bezug auf das Königliche Patent Erwähnung thut. Dieser reine Zufall der zusammentreffenden Zahl hat zur Basis jener zum Nachtheile unsers Rufes gereichenden falschen Voraussetzung gedient.

Die Tendenzen der französischen Revolution sind die unsern nicht. Das ist auch kein französischer Liberalismus, daß wir dem drohenden Gewissenszwange, der von vielen unserer Collegen, der von Unzähligen hier im Lande, die zu schüchtern sind es auszusprechen, gefürchtet und bereits gefühlt wird, durch eine offene Darstellung gewissenhafter und nicht an der Oberfläche geschöpfter Überzeugung vorzubeugen gesucht haben. Auch das nicht, daß wir unsern Schritt nicht in Dunkel gehüllt, sondern Verwandten, Freunden und Collegen die Überzeugung verschafft haben, daß der einzige Schritt, der uns übrig blieb, in gesetzlicher Weise von uns gethan ist.

Das aber würde ein verwerfliches und strafbares Thun gewesen sein, hätten wir die Studirenden, denen das Geschehene der Natur der Sache nach nicht lange verborgen bleiben konnte, statt sie zu beruhigen und auf das, was in jedem Falle die Pflicht gebietet, hinzuweisen, durch aufregende Verbreitungen bethört oder gar zu Unordnungen verleitet. Das ist aber so wenig der Fall, daß, wenn auch alle Zeugnisse unsers frühern Lebens auf einmal verloschen sein sollten, mehrere von uns mit Wahrheit versichern dürfen, daß sie die Gelegenheit gehabt und benutzt haben, den an

sich zwar nicht sträflichen, doch unstatthaft scheinenden Bezeigungen der Gesinnung der Studirenden mit Erfolg entgegen zu wirken.

F. C. Dahlmann. E. Albrecht. Jacob Grimm. Wilhelm Grimm.
G. Gervinus. H. Ewald. Wilhelm Weber.

*4. Protokoll der Vernehmung der sieben Professoren vor dem
Universitätsgericht. 4. Dezember 1837.*

(Abgedruckt nach dem in den Akten des Königlichen Cabinets (Staatsarchiv zu Hannover) befindlichen Original.)

Geschehen Göttingen 4 Dec. 1837

Gegenwärtig

d. H. Prorector Hofrath Bergmann

d. H. Universitätsrath Oesterley

und ich der Universitätsrath Kreuzhage.

In Gemäßheit des aus dem Cabinet Sr. Majestät des Königs erlassenen höchsten Rescripts vom 29. November waren die Professoren Dahlmann, Albrecht, Wilhelm und Jacob Grimm, Ewald, Gervinus und Weber zu ihrer Vernehmung auf heute vorgeladen, erschienen, und deponirten wie folgt:

1. Der Hofrath Dahlmann.

Die Unterschrift seines Namens unter die betreffende Vorstellung an Königl. Curatorium rühre von ihm her.

Eine Veröffentlichung der Vorstellung vor deren Absendung an Königl. Curatorium habe seinerseits nicht Statt gefunden, so wie ihm auch nicht bekannt sey, daß überhaupt eine solche Veröffentlichung vor Absendung der Vorstellung geschehen sey. Wenn er nun vernommen, daß in französischen und englischen Zeitungen bereits früher Nachrichten über diesen Schritt enthalten gewesen, so sei ihm dies durchaus unerklärlich, da jene Nachrichten von einer Zeit herrühren sollten, wo jene Vorstellung noch nicht einmal entworfen worden. Er bemerke noch ausdrücklich, daß er niemals, weder mittelbar noch unmittelbar an französischen und englischen Zeitungen als Mitarbeiter Theil genommen habe. Davon, daß die Vorstellung auch vor deren Einsendung schon in Osnabrück und Hannover bekannt gewesen wäre, wisse er nichts und habe, wenn solches Statt gefunden, was aber nicht möglich sey könne, nichts dazu beygetragen. Auch hier habe vor der Absendung niemand eine Abschrift der Vorstellung erhalten, wie er denn auch nachher keinem eine solche Abschrift gegeben habe als einigen der Unterzeichner. Für diese habe er durch den Copisten Sünne einige Abschriften nehmen lassen. Dieser Copist habe ihm ausdrücklich versprochen, keinen Gebrauch davon zu machen. Erst später habe er seinem Schwager, dem Justizrath Hegewisch zu Kiel, eine Abschrift, aber bloß für diesen selbst mitgetheilt, ohne die geringste Aufforderung, davon Nachricht in den Zeitungen zu geben, wie er denn auch moralisch überzeugt sey, daß von ihm eine solche nicht herrühre. Solchen seiner Collegen, welche gewünscht, den Inhalt der Vorstellung kennen zu

lernen, habe er deren Einsicht übrigens nicht verweigert, Schließlich bemerke er noch, daß die Vorstellung nicht vor dem 17^{ten} November entworfen worden sey, und daß damals die Zahl derer, welche sie unterschreiben würden, noch nicht bestimmt gewesen sey, indem erst am folgenden Tage die sieben Unterzeichner sich zusammen gefunden hätten. Einem Auswärtigen habe er vor Einsendung der Vorstellung überhaupt keine Nachricht davon gegeben.

Vorgelesen, genehmigt.

2. Hofrath Jacob Grimm.

Derselbe erkannte seine Unterschrift unter die erwähnte Vorstellung als von ihm herrührend an.

Von einer Veröffentlichung der Vorstellung vor deren Einsendung sey ihm nichts bekannt. Er habe vorher keinem Auswärtigen davon Kenntniss gegeben, und weder in Zeitungen noch in Osnabrück oder Hannover oder sonst davon Nachrichten mitgetheilt. Auch nach der Einsendung habe er keine Abschriften von der Vorstellung gegeben, außer daß er vier Tage nachher einem außerhalb des Königreichs wohnenden Freunde eine Abschrift zugeschickt habe, und zwar nicht etwa zu irgend einer Veröffentlichung, sondern um seine Ansichten demselben mitzutheilen. Hier in Göttingen habe er keine Abschriften gegeben.

Vorgelesen, genehmigt.

3. Professor Wilhelm Grimm.

Die ihm vorgelegte Namensunterschrift unter die betreffende Vorstellung rühre von ihm her. Er habe die erwähnte Vorstellung weder vor deren Einsendung noch nachher, weder auswärts noch hier irgend jemand mitgetheilt und mithin an deren Veröffentlichung nicht den geringsten Antheil gehabt.

Vorgelesen, genehmigt.

4. Professor Ewald.

Derselbe recognoscirte die Unterschrift seines Namens unter die fragliche Vorstellung und gab an: Er habe vor Einsendung der Vorstellung niemand, weder hier noch auswärts, irgend eine Kunde davon gegeben, habe dieselbe auch erst am Sonnabend den 18^{ten} November unterschrieben. Eine Abschrift davon habe er selbst erst erhalten, als die Vorstellung bereits in der Casseler Zeitung erschienen sey. Er habe auch nach der Einsendung hier keine Abschriften verbreitet, und es sey ihm nicht bekannt, wer die Sache hier veröffentlicht habe.

Vorgelesen, genehmigt.

5. Professor Weber.

Seine Namensunterschrift unter die fragliche Vorstellung erkenne er an. Er habe vor Einsendung der erwähnten Vorstellung niemand, weder hier noch auswärts, Kenntniss davon gegeben. Auch nach der Einsendung habe er zu deren Veröffentlichung nichts beigetragen, habe weder auswärts noch hier Abschriften davon gegeben, und selbst erst 8 Tage nach der Absendung, als die Vorstellung schon in den Zeitungen gestanden, eine

Abschrift davon durch den Professor Gervinus erhalten, die er dem Professor Ewald mitgetheilt habe.

Vorgelesen, genehmigt.

6. Professor Gervinus.

Die Unterschrift seines Namens unter die ihm vorgelegte Vorstellung an Königl. Curatorium rühre von ihm her.

Er habe vor Einsendung der Vorstellung niemand davon Kenntniss gegeben, und vermöge nicht zu erklären, wie darüber früher hätten Nachrichten verbreitet werden können, da erst am letzten Tage vor der Absendung die Zahl der Unterzeichner bestimmt worden sey, wie denn auch er erst am Mittwoch oder Donnerstag vorher daran Theil genommen habe. Nach der Einsendung habe er zwei Abschriften besessen. Die eine habe ihm der Hofrath Dahlmann gegeben, die andere habe er selbst genommen. Eine derselben habe ein damals bei ihm zum Besuch anwesender Architect, Namens Gladbach aus Darmstadt, welcher seitdem nach Berlin gereiset sey, zu sich genommen. Daß dieser die Abschrift hier in Göttingen jemand mitgetheilt habe, sey ihm nicht bekannt. Die andere Abschrift habe er dem Professor Weber gegeben. Uebrigens seien in den ersten Tagen nach der Absendung Mehrere bei ihm gewesen, theils jüngere Collegen, theils Doctoren und auch wohl einige Studirende, denen er es nicht verwehrt habe, die Vorstellung zu lesen, da zu deren Geheimhaltung kein Grund vorhanden gewesen sei, es vielmehr besser habe erscheinen müssen, daß durch Kenntniss des Inhalts der Vorstellung alle lügenhafte Gerüchte darüber beseitigt würden. Keiner habe übrigens die Vorstellung bei ihm etwa abgeschrieben, noch auch sie zum Abschreiben mitgenommen. Die Abschrift, welche er vom Hofrath Dahlmann bekommen, sei übrigens von einem Copisten geschrieben gewesen. Diese Abschrift habe Gladbach zu sich genommen.

Vorgelesen, genehmigt.

7. Hofrath Albrecht.

Die Abschrift seines Namens unter die betreffende Vorstellung wurde von ihm anerkannt.

Er habe zuerst vor Einsendung der Vorstellung als auch in den ersten Tagen nachher die Sache geheim gehalten und habe erst dann, als solche bereits bekannt geworden sei, und jeder mit ihm davon geredet habe, dem nicht weiter widersprochen. Wie vorher in auswärtigen Zeitungen, wie er vernehme, englischen oder französischen, eine bestimmte Nachricht habe enthalten, oder wie sonst irgendwo auswärts davon etwas habe bekannt seyn können, sey ihm unbegreiflich, da erst am Sonnabend den 18^{ten} November der Entschluß, die Vorstellung einzusenden, definitiv gefaßt sei, und die Zahl der Unterzeichner sich zusammen gefunden habe, so daß es sich von selbst als unmöglich darstelle, daß einer von ihnen vorher irgend eine Mittheilung darüber an auswärtige Zeitungen oder sonst irgendwo habe machen können, zumahl eine solche, worin die Zahl der Unterzeichner angegeben sey. Hier habe er keine Abschriften von der Vorstellung gegeben,

ja er besitze selbst bis jetzt noch keine. Auch auswärts habe er niemand irgend Nachrichten davon gegeben.

Vorgelesen, genehmigt.

in fidem
Kreuzhage.

Continuatum eodem.

Der Copist Jacob Christoph Sünne von hier war vorgeladen, erschienen, und erwiderte auf Befragen:

Er habe die fragliche Vorstellung am Sonntag, den 19^{ten} November für den Hofrath Dahlmann dreimal abgeschrieben. Derselbe habe ihm dabei empfohlen, die Sache nicht weiter zu bringen. Er habe sich auch hieran gehalten und habe für sich davon keine Abschrift genommen.

Vorgelesen, genehmigt.

in fidem
Kreuzhage.

5. Die Hamburger Adresse vom 26. November 1837.

(Abgedruckt nach einer in den Akten des Königlichen Curatoriums (Universitätsarchiv zu Göttingen) befindlichen Abschrift.) (Gleichlautend mit dem Abdruck in den „Mittheilungen des Vereins für Hamburgische Geschichte“, Bd. 4, Jgge. 1887—89 (Hamburg 1890), (Jg. 11, 1888), S. 263 f.)

An die Professoren F. C. Dahlmann. E. Albrecht. Jacob Grimm. Wilhelm Grimm. G. Gervinus. H. Ewald und Wilhelm Weber in Göttingen.

Die Unterzeichneten haben die Erklärung gelesen, welche Sie in Ihrer Stellung sich verpflichtet fühlten, über die Aufhebung des Grundgesetzes des Hannoverschen Staates an das Königliche Universitäts-Curatorium zu richten. — Sie fühlen sich gedrungen, Ihnen die Freude zu bezeugen, welche es in ihnen geweckt hat, daß Sie, die Vertreter der Wissenschaft, das Organ geworden, durch welches einfach und bestimmt, kräftig und tüchtig die Wahrheit ausgesprochen ist.

Indem Sie sich in Ihrem Gewissen für verbunden achten, das Recht der Macht gegenüber zu vertreten, ist in Ihnen zugleich die Stimme des öffentlichen Gewissens laut geworden. Daher können Sie gewiß sein der Zustimmung aller Tüchtigen und Gesinnungsvollen im deutschen Volke, denn es ist das heilige Feuer des Gemeingeistes und der Vaterlandsliebe, das aus Ihnen gesprochen.

Sie haben das innere Maaß, das Sie an jene Verhältnisse legen, offenkundig gegeben und, wenn auch allein und für sich bestehend, als Organe des rechtlichen Bewußtseins Aller das politische Auge und Urtheil auf die rechtliche und sittliche Basis gewiesen. Jedem wird dadurch klar werden, was in dem Augenblicke wichtiger Entscheidung, die bevorsteht, er sich schuldig ist. Würdig zugleich jener berühmten Männer, deren Nachfolger Sie sind, haben Sie wie jene als Pfleger der Wissenschaft gezeigt, daß diese nicht bloß allgemein menschlichen Zwecken dient, sondern daß sie ihre Sprache und Ausdrücke dem besonderen Rechte, der ungefärbten,

lebendigen Vaterlandsliebe zu leihen weiß. Denn Ihre Akademie vor allen war es, wo einst die Macht des freien Wortes ihren Sitz genommen, als jene Männer kräftig und wahr den deutschen Fürsten und Völkern Ehrfurcht vor dem öffentlichen Rechte geboten, unterstützt durch die Kraft der freien Presse, welche jetzt, auf beklagenswerthe Weise gefesselt, kaum vermögen wird, freimüthige Rechtsverwahrungen wie die Ihrige an das gesammte deutsche Volk und Ihnen des gesamten Volkes Zustimmung zu bringen. Ist aber das Organ der allgemeinen Stimme gelähmt, so eile jeder Einzelne, die seinige zu erheben. Wenn wir, einst Zöglinge deutscher Hochschulen, jetzt Bürger eines kleinen Freistaates, Ihnen unsere Freude und unsern Dank aussprechen für das Zeugniß Ihrer unabhängigen Gesinnung, so geschieht es in der gewissen Ueberzeugung, daß die Unverletzlichkeit des Rechtes Grundlage und Lebensbedingung sowohl für Monarchien als für Freistaaten ist. In diesem Sinne werden Sie unsere Zuschrift aufnehmen und mit uns die Hoffnung theilen, daß Ihr gesprochenes Wort verstanden werden wird von dem gesunden und tüchtigen Sinne des Volkes. Es wird einen Widerhall finden in allen Gemüthern von ernster Gesinnung und die Untergrabung des öffentlichen Rechtszustandes zum allgemeinen Bewußtsein bringen; es wird, so hoffen wir, mitwirken zu dem Erfolge, daß die Gesamtheit eines deutschen Volkes, wie jeder Einzelne in demselben sich nicht durch das Gebot der Willkür geleisteter Eide für enthoben achte, und daß die Macht des Einzelnen scheitere an dem Rechtsbewußtsein Aller.

Hamburg 26. November 1837.

6. Ernst August an Schele, 28. XI. 1837.

(Abgedruckt nach dem in den Akten des Königlichen Cabinets (Staatsarchiv zu Hannover) befindlichen Original.)

R(otenkirchen). den 28/11. 37.

So eben habe ich Ihren Brief erhalten; es scheint mir durchaus erforderlich, ohne allen Zeitverlust die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, um theils der Verbreitung der Eingabe der Göttinger Professoren entgegenzuwirken, theils dieser Verbreitung auf die Spur zu kommen: Es wird überhaupt schleunigst eingeschritten werden müssen, um diesem Unwesen Einhalt zu thun: Ich sende daher eine Estafette nach Hannover und erwarte mit der nächsten Post, oder falls diese nicht gleich nach Empfang dieses abgehen sollte, mit einer Estafette weitere briefliche Anzeige.

Gegenwärtig habe ich zuerst Kenntniß von der Eingabe der Professoren erhalten, welche mir früher nicht zu Gesicht gekommen war. Aus ihrem Inhalte habe ich entnommen, namentlich aus der Stelle, wo sich die Professoren nach erfolgter Aufhebung des Staatsgrundgesetzes dasselbe gewissermaßen noch als gültig zu betrachten und aufrecht zu erhalten herausnehmen und die auf verfassungsmäßigem Wege von mir und den Ständen des Jahres 1819 etwa zu vereinbarende Verfassung nicht anerkennen wollen, daneben auch von freventlicher Verletzung ihres Eides sprechen — daß die Professoren augenfällig eine revolutionäre, hochverrätherische Tendenz verfolgen, welche sie persönlich verantwortlich macht: sie scheinen

daher der Macht des peinlichen Richters verfallen, und zweifle ich nicht, daß von allen beteiligten Behörden Alles werde gethan werden, um diesem verbrecherischen Beginnen nicht allein zu steuern, sondern auch die Schuldigen zur Verantwortung und Strafe zu ziehen. Es wird rasch gehandelt werden müssen, um Eindruck zu machen. Hier habe ich die erfreuliche Nachricht eingezogen, daß die Göttinger Bürger die verbrecherischen Handlungen der Professoren verabscheuen: Sie beabsichtigen, mir eine Deputation zu schicken, um mich einzuladen, nach Göttingen zu kommen: Ich halte dafür, daß diesem Wunsche besonders aus dem Grunde zu willfahren sein werde, um den Professoren und der ganzen Stadt Göttingen zu zeigen, daß ich keine Scheu trage, ihnen mich jetzt zu zeigen: Inzwischen wünsche ich unverzüglich Ihre Ansicht über die Rätlichkeit dieses Schrittes zu vernehmen. Ich würde nicht säumen, sofort nach Hannover zurückzukehren, wenn ich nicht fürchtete, daß dies der Sache ein nachtheiliges Aufsehen gäbe, was gewiß thunlichst zu vermeiden sein wird. Finden Sie es angemessen oder der Sache förderlich, so kommen Sie unverzüglich hierher. Wo nicht, so werde ich Sie durch Ihren Sohn fortwährend von allem, was ich von Göttingen erfahre, in genaue Kenntniß setzen lassen.

Ich verbleibe

Ihr

ergebenster

Ernst August.

7. Schele an den König, 29. XI. 1837.

(Abgedruckt nach dem in den Akten des Königlichen Cabinets (Staatsarchiv zu Hannover) befindlichen Original.)

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König.

Allergnädigster Herr.

Euer Majestät gnädiges Schreiben v. 28^{ten} d. M. habe ich gestern **zwischen** 11 Uhr und Mitternacht erhalten. Ich habe hierauf von dem Minister von Strahlenheim die Mitteilung des Original Schreibens der sieben sehr strafbaren Göttinger Professoren an das Königl. Curatorium verlangt, welches ich unterthänigst hier anlege, und erst eben um Uhr erhalten habe (Randbemerkung: Es ist noch nicht bei mir angelangt, auch nun dessen Absendung nicht erforderlich.). Ferner füge ich ein von mir eventualiter contrasignirtes Rescript zu Allerhöchstgefälliger Vollziehung hiebey, welches dem academischen Gerichte zu Göttingen die sofortige Verhörung der gedachten Professoren vorschreibt.

Bey den starken Indicien, fast schon Beweisen, welche gegen die Professoren vorliegen, daß sie selbst ihr Schreiben an das Curatorium verbreitet haben, habe ich über die Zweckmäßigkeit ihrer etwaigen Verhaftung nachgedacht und bey der sehr großen Wichtigkeit dieser Maasregel, rücksichtlich ihres Eindruckes auf die Studenten und Bürger von Göttingen und in ganz Deutschland überhaupt, es für meine Pflicht gehalten, diesen ganzen Gegenstand mit dem Justiz-Minister und Curator der Universität

und mit dem Kanzley-Director Leist in Berathung zu ziehen. In Uebereinstimmung mit ihnen muß ich dafür halten, daß eine Verhaftung, die nicht mehr der Bekanntmachung des Schreibens vorbeugen kann, nicht zweckmäßig und rathsam seyn würde.

Wenn dagegen die Professoren vernommen werden, und sie erkennen außer ihrer Unterschrift auch die Verbreitung des Schreibens an, so sind sie, besonders wegen letzterer, in hohem Grade strafbar; und sollte die von ihnen geschehene Verbreitung rechtlich nicht nachgewiesen werden können, so ist doch ihr Schreiben an sich selbst von der Art, daß sie sofort von ihrem Amte als Professoren und selbst aus Göttingen dürften entfernt werden müssen: denn ihre Anwesenheit daselbst kann Gährung und den Ausbruch von Unruhen hervorbringen. Außerdem dürfte es höchst nothwendig seyn, so gleich durch ein abschreckendes Beyspiel den üblen Folgen vorzubeugen, welche ein so gefährliches Beyspiel von Seiten gelehrter und bisher hochgeschätzter Männer für andere Königl. Diener und für die Wahlcorporationen hervorbringen möchte. Ich habe zwey Anfragen wegen der Huldigungs Reserve erhalten; vom Kanzley Director Grafen Wedel wegen eines einzigen Justizrathes, den er mir nicht genannt, der sich bedenken will; und von einem Amtsassessor Heine in . . : ich antwortete ihnen, daß sie ohne Zweifel zwischen Vollziehung des Reverses und Entlassung zu wählen haben werden. Die Rücksicht, solchen üblen Dispositionen in den Provinzen entgegen zu wirken, sobald ich hier Anzeige davon erhalte, hält mich ab, meine erste Absicht auszuführen, sogleich zu Euer Majestät zu reisen, da ich glaube, hier nothwendiger zu seyn, in der Voraussetzung, daß Ew. Majestät eine Verhaftung der Professoren jetzt nicht beabsichtigen.

Der Kanzley Director Leist bringt mir in diesem Augenblick das in meinem Namen abgefaßte Schreiben an das academische Gericht; ich bitte daher Ew. Majestät nur, das Concept mit Allerhöchstdero Genehmigung gnädigst versehen und mir remittiren zu wollen. Das academische Gericht wird auf gewöhnlichem Wege durch die Post das Schreiben am Sonnabend erhalten. (Randbemerkung: Ich sende nun auch das Original Schreiben der Professoren nicht, weil ich es mit meinem Schreiben an das Gericht senden muß, auch dasselbe jetzt halb 4 Uhr noch nicht bey mir angekommen ist.)

Der Minister von Strahlenheim, der mich eben verläßt, sagt mir, in Göttingen sey es ruhig, doch seyen einige unbedeutende aufwiegelnde Placate angeschlagen gewesen; er glaubt inzwischen, daß Euer Majestät nicht ohne angemessene Begleitung in Göttingen sich zeigen möchten; dieses dürfte wegen möglicher Unarten weniger Studenten freilich rathsam, übrigens Euer Majestät Anwesenheit gewiß von bedeutender Wirkung und dann sehr angemessen seyn, wenn die Göttinger Bürger darum bitten.

Morgen werde ich nicht ermangeln, Bericht von allem zu erstatten, das Ew. Majestät möchte interessieren können.

In tiefstem Respect . . . Schele

Hannover den 29^{ten} Nov.

1837.

8. *Das Curatorium an den König, 8. XII. 1837.*

(Abgedruckt nach dem in den Akten des Königlichen Cabinets (Staatsarchiv zu Hannover) befindlichen Original.)

Ingemäßheit des von Ew. Majestät gestern ertheilten allergnädigsten Befehls beeilen wir uns, über die wegen der sieben Professoren Dahlmann pp. jetzt eingeleiteten Maaßregeln Unsere ehrerbietigste Ansicht in dem Folgenden unterthänigst vorzutragen.

Ew. Majestät wird die Erwiderung bereits vorgelegt sein, welche wir unterm 22. v. M. den fraglichen Professoren auf deren Erklärung vom 18. v. M. ertheilt haben.

Bei jener Erwiderung glaubten wir von dem Gesichtspunkte ausgehen zu müssen, daß es unsere Pflicht sei, den Unterzeichnern der vertraulich uns als der zunächst vorgesetzten Behörde vorgelegten Erklärung die völlige Grundlosigkeit der ausgesprochenen Ansichten und Entschließungen darzuthun, um sie gleich anfangs zur unbedingten Zurücknahme der Erklärung zu veranlassen.

Indessen haben die Professoren Dahlmann und Consorten auf unseren Erlaß vom 22. v. M. bis jetzt noch nicht geantwortet; es ist vielmehr aus ihrer Mitte, sei es absichtlich oder aus Unvorsichtigkeit, eine öffentliche Kundmachung und Verbreitung der Erklärung vom 18. v. M. hervorgegangen.

Hierdurch ist die Sache in eine Lage gebracht, welche allerdings als unvermeidlich erscheinen läßt, nunmehr mit weiteren Maßregeln gegen die beteiligten Professoren hervorzutreten.

Denn nach unserer vollkommensten Ueberzeugung darf in keinem wohlgeordneten Staate es geduldet werden, daß öffentliche Lehrer Grundsätze, wie sie in der Erklärung der sieben Professoren aufgestellt sind, sich zur Richtschnur ihres öffentlichen Lebens und Wirkens nehmen und dadurch die ihr anvertraute Jugend nicht allein, sondern auch andere Unterthanen auf gefährliche Abwege führen.

So sehr wir von der Richtigkeit dieses Satzes durchdrungen sind, so glauben wir doch gleichzeitig in dem allgemein hochverehrten Sinne Ew. Majestät zu urtheilen, wenn wir hinzufügen, daß auch in dem gegenwärtigen Falle — wie bei allen Regierungshandlungen — die Gerechtigkeit nicht dürfe verletzt werden, daß vielmehr nur auf dem von der Gerechtigkeit bezeichneten Wege eine in sich selbst wahrhaft befriedigende und nach Außen hin jederzeit zu rechtfertigende Lösung der jetzt vorliegenden Frage zu finden sein werde.

In diesem Betrachte scheint nun zuvörderst Erwägung zu verdienen, ob ein criminelles Verfahren wider die beteiligten sieben Professoren, hauptsächlich wegen Divulgirung des fraglichen Aufsatzes, einzuleiten sei.

Wir können hierzu nicht rathen, theils weil wir dahin gestellt sein lassen müssen, ob im Criminal-Verfahren ein zur Restrafung genügender juristischer Beweis würde erbracht werden können, theils weil der nicht unbeträchtliche Zeitaufwand, welcher damit nothwendig verbunden sein würde, in mancher Hinsicht bedenklich erscheinen möchte.

Wird von einem criminellen Verfahren abstrahirt, so dürfte unseres Erachtens zunächst auf die sonst bestehende Gesetzgebung recurrirt werden müssen, um hinsichtlich der sieben Professoren zu einem der Gerechtigkeit entsprechenden Beschlusse gelangen zu können.

In dieser Beziehung möchte nun der durch die Königliche Verordnung vom 30. Juli 1832 in der Gesetzsammlung (I, pag. 97) publicirte Bundestagsbeschluß die passendste Norm an die Hand geben.

Dieser Bundestagsbeschluß lautet nämlich ad N^o 5, § 2 dahin:

Die Bundesregierungen verpflichten sich gegen einander, Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht oder Ueberschreitung der Grenzen ihres Berufes, durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüther der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren ihre Unfähigkeit zur Verwaltung des ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unverkennbar an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen, ohne daß ihnen hierbei, solange der gegenwärtige Beschluß in Wirksamkeit bleibt, und bis über diesen Punkt definitive Anordnungen ausgesprochen sein werden, irgendein Hindernis im Wege stehen könne. Jedoch soll eine Maßregel dieser Art nie anders als auf den vollständig motivierten Antrag des der Universität vorgesetzten Regierungs-Bevollmächtigten, oder von demselben vorher eingeforderten Bericht beschlossen werden. Ein auf solche Weise ausgeschlossener Lehrer darf in keinem anderen Bundesstaate bei irgend einem öffentlichen Lehr-Institute wieder angestellt werden.

Es scheint uns in Ew. Majestät höchsteigenem Interesse zu liegen, gegenwärtig zunächst auf dem Grund dieses Bundesbeschlusses zu verfahren, damit den Erfordernissen der Gerechtigkeit auch in der Form genügt und jeder Verwicklung vorgebeugt werde, welche möglicherweise aus einer Nichtbeachtung jenes publicirten Bundesbeschlusses selbst den Regierungen des deutschen Bundes gegenüber hervorgehen könnte.

Wollten Ew. Majestät hiermit sich einverstanden zu erklären geruhen, so würde nach Maßgabe des Bundesbeschlusses jetzt zuvörderst der gutachtliche Bericht des Regierungsbevollmächtigten über die wider die sieben Professoren zu ergreifenden Maßregeln zu erfordern und der geheime Legationsrath von Laffert in Ilfeld zu beauftragen sein, behufs Erstattung dieses Berichtes mit seinem Substituten, dem jetzigen Prorector Hofrath Bergmann, persönlich und unverzüglich in Göttingen zu conferiren.

Auf diesem unseres Erachtens jetzt einzuschlagenden Wege dürfte jedoch — wie wir unterthänigst dafür halten — die Gerechtigkeit zugleich erfordern, daß die sieben Professoren nicht ungehört verurtheilt werden, daß man ihnen, da es bisher noch nicht geschehen, Gelegenheit gebe, die ausgesprochene Erklärung zurückzunehmen, oder doch die Motive ihres Verfahrens nebst ihren etwaigen Vertheidigungs Gründen vor dem Thron Ew. Majestät niederzulegen.

Diesem gemäß zu verfahren, scheint uns um so rätlicher, als einerseits angenommen werden darf, daß nicht alle sieben Professoren ein völlig gleiches Verschulden trifft, daß manche von ihnen vielleicht beueuen, was sie gethan, daß nur Einige derselben die Anstifter des ganzen Vorganges gewesen, — andererseits aber in der Sache selbst und des Eindrucks wegen zu wünschen sein möchte, daß wenigstens Einige der theiligten sich bewogen finden, von der fraglichen Erklärung, — welche auch bei übrigen wohlgesinnten Unterthanen hin und wieder Eingang gefunden haben mag, — wiederum zurückzutreten, und daß womöglich es vermieden werde, gegen alle sieben Professoren ohne Unterschied in völlig gleichem Maße zu verfahren.

In dieser letzteren Beziehung glauben wir namentlich noch die unterthänigste Bemerkung hinzufügen zu dürfen, daß vielleicht einige unter den sieben Professoren gerade den Wunsch hegen, in dieser Sache gewissermaßen für Märtyrer der von ihnen verfochtenen Ansicht gehalten zu werden.

Dem Vorstehenden gemäß richten wir unseren tiefehrerbietigsten Antrag dahin:

1. auf dem Grund des Bundestagsbeschlusses vom 5ten Julius 1832 (Gesetz-Sammlung I, 97) den der Georg-Augusts Universität vorgeetzten Regierungsbevollmächtigten zur Erstattung eines gutachtlichen Berichts über die gegen die sieben fraglichen Professoren jetzt zu ergreifenden Maßregeln aufzufordern und dem geheimen Legations-Rathe von Laffert dabei aufzugeben, behufs Erstattung eines solchen Berichts persönlich und unverzüglich mit dem Prorector Hofrath Bergmann in Göttingen zu conferiren, gleichzeitig aber
2. die Regierungsbevollmächtigten zu beauftragen, die sieben fraglichen Professoren abgesondert und ad protocollam unter Hinweisung auf den erwähnten Bundesbeschluß darüber zu vernehmen: ob sie bei ihrer Erklärung vom 18. v. M. noch gegenwärtig verharren oder dieselbe zurücknehmen wollen, durch wessen Rathschläge oder Aufforderungen sie zur Unterzeichnung der fraglichen Erklärung veranlaßt seien; und was sie etwa zu ihrer Vertheidigung vorzutragen haben.

Wie übrigens jedenfalls die Frage entstehen wird, ob und in wie weit die sieben Professoren — wenn sie aus ihrem Dienstverhältnisse entfernt werden — einen Entschädigungsanspruch würden geltend machen können, so stellen zu Ew. Majestät Erwägung wir unterthänigst, ob etwa hierüber, um jedem etwa eintretenden Zweifel solcherhalb zeitig zu begegnen, — das Gutachten eines erfahrenen und zuverlässigen Rechtsgelehrten zu erfordern sein möchte.

Wir glauben demzufolge unsererseits einer Aeufßerung über diesen Punkt uns für jetzt zwar enthalten zu können; gleichwohl dürfen wir nicht anstehen, hier die Bemerkung hinzuzufügen, daß die Professoren — wie es die Regel bei allen Professoren in Göttingen mit sich bringt, — auf dem Grund der ihrer Anstellung vorangegangenen Unterhandlungen durch Königliche Rescripte unbedingt und ohne Vorbehalt einer Kündigung angestellt worden, und daß ihre Besoldung ihnen gleichfalls durch Königliche Rescripte ohne Vorbehalt beigelegt ist.

Schriftliche Dienst Contracte sind mit Professoren niemals abgeschlossen.

.....

Wir ersterben

Arnswaldt.
Stralenheim.

9. *Das Entlassungs-Rescript vom 11. XII. 1837.*

(Abgedruckt nach den in den Akten des Königlichen Cabinets (Staatsarchiv zu Hannover) und des Königlichen Curatoriums (Universitätsarchiv zu Göttingen) befindlichen Abschriften.)

Ernst August,
von Gottes Gnaden König von Hannover, ...

Die bei dem Curatorio der Unserm Herzen so theuern Universität Göttingen von sieben bei derselben angestellten Professoren, Dahlmann, Albrecht, Jacob Grimm, Wilhelm Grimm, Gervinus, Ewald und Weber, gegen das von Uns unterm 1 November d. J. erlassene Patent eingereichte Protestationsschrift vom 18 November ist Uns vorgelegt worden.

Wenn nun gleich die außerordentlich schnelle Verbreitung dieser Schrift in allen Theilen Unsers Königsreichs sowohl als im Auslande Uns mit Recht veranlassen könnte, deßhalb eine gerichtliche Untersuchung anstellen zu lassen, um die Urheber der Veröffentlichung in völlig rechtliche Gewißheit zu setzen und sie sodann die auf Handlungen dieser Art in den Gesetzen angeordnete Strafe erleiden zu lassen, so wollen Wir dennoch davon vorerst abstehen.

Allein die Grundsätze, welche die genannten Verfasser der Protestationsschrift in derselben offen ausgesprochen haben, sind leider! von der Beschaffenheit, daß Uns dadurch die heilige Verpflichtung aufgelegt wird, gegen die Verfasser der Schrift unverzüglich nachdrückliche Maaßregeln zu ergreifen, um fernern höchst schädlichen und nachtheiligen Folgen vorzubeugen.

Die Verfasser der Protestationsschrift haben in derselben den Uns als ihrem rechtmäßigen Landes- und Dienstherrn schuldigen Gehorsam aufgekündigt, da sie in dem Wahne stehen, die Unterthanentreue nur in dem Falle Uns eidlich angeloben zu können, wenn das von Uns in Unserm Patente vom 1 November d. J. aufgehobene Staatsgrundgesetz vom 26 September 1833 fortdauernd Gültigkeit und verbindliche Kraft hätte.

Die Verfasser der Protestationsschrift haben darin erklärt, daß sie ihr Lehramt auf der Universität Göttingen nur alsdann mit wahrem Nutzen für die studirende Jugend ferner würden zu verwalten im Stande sein, wenn sie ihrem frühern auf das Staatsgrundgesetz von 1833 geleisteten Eid getreu blieben, da ihre Wirksamkeit als öffentliche Lehrer nothwendig ohne allen Segen sein müsse, wenn sie in den Augen der studirenden Jugend als Männer erschienen, die mit ihrem Eide ein leichtsinniges Spiel trieben.

Die gedachten Professoren haben durch Erklärungen solcher Art, bei denen sie gänzlich verkannt zu haben scheinen, daß Wir ihr alleiniger Dientherr sind, daß der Diensteid einzig und allein Uns geleistet werde, somit auch Wir nur allein das Recht haben, denselben ganz oder zum Theil zu erlassen, — das Dienstverhältniß, worin sie bisher gegen Uns standen, völlig aufgelöst, wovon dann deren Entlassung von dem ihnen anvertrauten öffentlichen Lehramte auf der Universität Göttingen nur als eine nothwendige Folge betrachtet werden kann.

Nach den heiligen von der göttlichen Vorsehung Uns aufgelegten Pflichten können Wir Männern, welche von solchen Grundsätzen beseelt sind, die Verwaltung des ihnen verliehenen höchst einflußreichen Lehramtes unmöglich länger gestatten, indem Wir sonst mit Recht besorgen müßten, daß dadurch die Grundlagen der Staaten nach und nach gänzlich untergraben würden, und die künftige Dienerschaft nicht nur in Unserm Königreiche, sondern auch in andern Ländern eine solche Bildung erhielte, wodurch sie für Staat und Kirche auf gleiche Weise nachtheilig werden müßte.

Aus allen diesen Gründen befinden Wir Uns in der höchst traurigen Nothwendigkeit, den Hofrath und Professor Dr. ph. Fr. C. Dahlmann von dem ihm in der philosophischen Facultät Unserer Universität Göttingen verliehenen öffentlichen Lehramte hiermit zu entlassen.

Hannover, den 11 December 1837.

Ernst August
G. v. Schele.

10. Ernst August an den Prorektor Bergmann, 12. XII. 1837.

(Abgedruckt nach den in den Akten des Königlichen Cabinets (Staatsarchiv zu Hannover) und des Königlichen Curatoriums (Universitätsarchiv zu Göttingen) befindlichen Abschriften).

Ernst August....

Durch Unseren Staats- und Cabinets-Minister erhaltet Ihr die von Uns vollzogenen Dienstentlassungs-Urkunden für die sieben Professoren Dahlmann, Albrecht, Jacob Grimm, Wilhelm Grimm, Gervinus, Ewald und Weber, und Ihr werdet daraus entnehmen, daß Wir die gerichtliche Untersuchung wegen Verbreitung der von gedachten Professoren gegen Unser Patent vom 1 November d. J. bei dem Curatorio Unserer Universität Göttingen eingereichten Protestationsschrift vom 18. November d. J. vorerst nicht weiter fortzusetzen gewillt sind.

Indessen haben drei von den gedachten sieben Professoren, von welchen anerkanntermaßen jene Protestationsschrift herrührt, nämlich

der Hofrath und Professor Dahlmann,
der Hofrath und Professor Jacob Grimm und
der Professor Gervinus

in dem am 4ten December d. J. vor dem academischen Gerichte aufgenommenen Protocolle unumwunden eingestanden, daß sie die Protestationsschrift Anderen mitgetheilt haben, indem der Hofrath Dahlmann eingesteht,

dieselbe nach deren Absendung an das Universitäts-Curatorium in Hannover seinem Schwager, dem Justizrathe Hegewisch in Kiel mitgetheilt zu haben; der Hofrath und Professor Jacob Grimm einräumt, eine Abschrift der gedachten Schrift vier Tage nach deren Absendung nach Hannover einem außerhalb des Königreichs wohnenden Freunde zugeschickt zu haben, und der Professor Gervinus seine Aussagen dahin abgegeben hat, daß er eine Abschrift der erwähnten Protestationsschrift einem damals zum Besuche bei ihm anwesenden Architekten Namens Gladbach aus Darmstadt, welcher nach Berlin gereiset sei, gegeben, auch daß er in den ersten Tagen nach der Absendung der fraglichen Schrift an das Universitäts-Curatorium jüngerer bei ihm gewesenen Collegen, Doctoren, auch wohl einigen Studirenden es nicht verwehrt habe, dieselbe zu lesen.

Diese von den genannten drei Professoren abgelegten deutlichen Geständnisse haben Uns bewogen, Euch, dem Prorector, hiemit aufzugeben, jedem derselben bei Behändigung der Dienstentlassungs-Urkunde anzukündigen, daß er drei Tage nachher nicht nur die Universität, sondern auch Unser Königreich zu verlassen habe, und daß, falls er aus freiem Antriebe dieses nicht thun würde, die gerichtliche Untersuchung wegen Verbreitung der Protestationsschrift nach aller Strenge wider ihn fortgesetzt werden solle, zu welchem Ende er sodann an einen bestimmten Ort im Königreiche würde gebracht werden.

Was dagegen die vier anderen Professoren

Albrecht, Wilhelm Grimm, Ewald und Weber

anbetrifft, so habt Ihr jedem derselben bei Einhändigung der Entlassungs-Urkunde zu eröffnen, daß ihm zwar verstattet werde, ferner in Göttingen zu bleiben, vorausgesetzt, daß er sich völlig ruhig verhalten würde, er aber in dem Falle, wenn er Aufregungen auf irgend eine Weise zu bewirken versuchen sollte, sofort würde genöthigt werden, nicht nur die Universität Göttingen, sondern auch Unser Königreich zu verlassen.

Ueber die pünktliche Vollziehung dieser Unserer Willensmeinung habt Ihr unverzüglich Euren Bericht an Unser Cabinet zu erstatten.

Hannover, den 12. December 1837.

Ernst August

G. v. Schele.

An den Prorector der Universität in Göttingen.

*11. Abschiedsgruß an Dahlmann, Gervinus und Jacob Grimm
am 17. Dezember 1837.*

(Abgedruckt nach einem im Sammelband „Hannover nach dem Tode Wilhelm's IV.“ (T. 1: Die sieben Professoren) (Universitäts-Bibliothek Göttingen) befindlichen Abdruck.)

Abschieds-Gruss

an

Dahlmann, Gervinus

und

Jacob Grimm

am

17. December 1837.

Der deutschen Männer, die mit Ernste
Vollbrachten eine schöne Bahn,
Die treulich für das Nächst' und Fernste
Stets warm die Herzen aufgethan:
Sei, da sie geh'n aus unsern Mauern
Mit Dank und Liebe nun gedacht,
Und, statt zu zagen und zu trauern,
Ein freundlich grüßend Wort gebracht.

Wohl glänzten schöne Lebenssterne
Auf Eurem wohl verbrachten Lauf;
Ihr pflegtet treu des Wissens Kerne
Und herrlich stand die Pflanze auf;
Ein Baum, der aus dem edlen Throne
Der frischen, grünen Erde steigt,
Und der mit breiter stolzer Krone
Hinauf zum hohen Himmel reicht.

Doch nicht aus Büchern bloß und Blättern
Habt Ihr verborg'nes Gut geschafft;
Ihr habt in Stürmen und in Wettern
Geredet mit des Geistes Kraft.
So spracht Ihr zu des Volkes Wohle,
Bei dem Ihr lange Zeit gehaust,
Und zeigtet kühn nach einem Pole,
Wenn Euch der starke Wind umbraust.

Und wenn der Sturm die Blüthen raubte,
Die Ihr gepflegt in treuer Hut,
Und wenn auf Eurem edlen Haupte
Noch keine Siegespalme ruht:
So ist in vielen treuen Herzen
Ein lichter Funke doch erwacht;
Und hat die tausend Liebeskerzen
Zu einer Flamme angefacht.

Die Liebe nehmt Ihr mit in's Weite,
Die Ihr Euch hier gesammelt ein;
Sie soll ein freundliches Geleite
Auf allen Euren Wegen sein;
Bis in den Wolken, die sich thürmen,
Ein lichter Strahl sich lachend zeigt,
Und aus den Nebeln und den Stürmen
Empor die alte Sonne steigt!

Literatur.

A. Quellen.

I. ungedruckte Quellen.

a) Akten

1. Staatsarchiv Hannover:¹

„Hannov. Des 36. 3. c. 1.:²

Nr. 1. a.: Betr. die Entlassung der sieben Professoren Dahlmann, Albrecht Grimm I und II, Gervinus, Ewald und Weber in Folge ihrer Erklärung in bezug auf das Königliche Patent vom 1. Nov. 1837 betr. die Aufhebung des Staatsgrundgesetzes v. 1833
1837—38.

Nr. 1. b.: Acta die Wiederbesetzung der erledigten Professuren bei der Universität Göttingen betreffend. 1837. 1838.

„Hannov. Des. 104 a.“

Ministerium d. Innern.

Betr. die Erklärung der sieben Professoren.

Betr. Überwachung der etwaigen Verbindungen Dahlmanns mit Einwohnern. 1839/43.

1. Weitere Akten aus dem Staatsarchiv Hannover, die auf die „Göttinger Sieben“ Bezug nehmen, die heranzuziehen in dieser Arbeit aber nicht notwendig war:

„Hannov. Des. 9.“: Betr. die mit dem Kgl. Sächsischen Ministerio der ausw. Angelegenheiten Statt gefundenen Communication über das . . . den neuerlich von Göttingen weggewiesenen Professoren gestattete Halten academischer Vorlesungen auf der Univ. Leipzig. 1838. Ferner: das diesseitige Verbot für sämrtl. Hannoveraner, in Leipzig zu studieren. --

„Hannov. Des. 36. c. 1.“ Nr. 4.: Betr. die von den entlassenen 6 Prof. erhobene Klage wegen Entschädigung und den daraus erwachsenden Kompetenz-Konflikt. 1838.

Dass. Nr. 5.: Betr. die von Gervinus erhobene Klage und dem Kompetenzkonflikt. 1838. —

„Hannov. Des. 36. 3. c. 3.“: Nr. 1: Betr. Entlassungsgesuch von Ritter und Zurücknahme. 1838.

2. Akten des Königlichen Cabinets, zitiert „St. A.“

2. Universitätsarchiv Göttingen:

Königliches Universitäts-Kuratorium, Göttingen.³

- (I.) Betr. die Erklärung der 7 Professoren Dahlmann und Genossen gegen das Königl. Patent vom 1. Novbr. 1837.
 - (II.) Dasselbe 1837 ff..
 - (III.) Betr. die Erklärung der 7 Professoren Dahlmann . . . (Druckschriften pp.).
 - (IV.) Betr. die Verhältnisse der 7 Professoren Dahlmann und Genossen, 1848.
- Rektorats-Akten, Bd. CXLVIII. (Protokolle der Senatssitzungen.
Handakten des Prorektors Bergmann.

b) Briefwechsel.

(Aus der Handschriften-Abteilung der Univ. Bibliothek Göttingen.)

- 1. Nachlaß Ewald, 41 und 44.
- 2. Nachlaß Gauß, 101 und 113.
- 3. Nachlaß Wagner, 4.

II. gedruckte Quellen.

a) allgemeiner Art.

- 1. Gesetz-Sammlung für das Königreich Hannover, Jahrgänge 1837. 1839.
- 2. Hof- und Staatshandbuch für das Königreich Hannover. 1837. 1838, (Hannover).
- 3. Jaeger-Moldenhauer: Auswahl wichtiger Aktenstücke zur Geschichte des 19. Jahrhunderts (Berlin 1893).
- 4. Nachrichten von der Georg-Augusts-Universität, 1851. (Statistik der Frequenz Göttingens von 1801—1850.).

b) Briefwechsel.

- 1. Briefwechsel zwischen August Boeckh und Karl Otfried Müller. (Leipzig 1883). (zitiert: „Briefwechsel Boeckh“.)
- 2. Briefwechsel zwischen Jacob und Wilhelm Grimm, Dahlmann und Gerwinus. Hrsg. von Ed. Ippel. Bd. 1, 2. (Berlin 1885/86). (zitiert: „Ippel“).
- 3. Briefwechsel Friedrich Lückes mit den Brüdern Jacob und Wilhelm Grimm. Hrsg. v. F. Sander. (Hannover-Linden 1891) (zit.: „Briefwechsel Lücke“).

B. Publizistik.

1. Zeitungen und Zeitschriften

- 1. Deutscher Courier, Tagblatt für Politik und Unterhaltung. (Stuttgart). Jg. 1837.
- 2. Hallische Jahrbücher für deutsche Wissenschaft und Kunst. Jg. 1838.

3. zitiert: „C. A.“

3. (H. A. Oppermann:) Die Universität Göttingen. Aus den deutschen Jahrbüchern für Wissenschaft und Kunst abgedruckt. (Leipzig 1842).
4. Politisches Journal, Jg. 59, 1838.
5. Der Telegraph für Deutschland. Jg. 1838 (Hamburg).
6. The Times, Jgge. 1837. 1838.
7. Berliner politisches Wochenblatt, Jg. 1838.
8. Göttingensches Wochenblatt, Jg. 1837.
9. Allgemeine (Augsburger) Zeitung. Jgge. 1837, 1838.
10. Hannoversche Zeitung, Jgge. 1837, 1838.
11. Kasselsche Allgemeine Zeitung, Jg. 1837.
12. Leipziger Allgemeine Zeitung, Jg. 1838.
13. Staats und Gelehrte Zeitung des Hamburgischen unparteiischen Correspondenten, Jgge. 1837, 1838.

II. publizistische Schriften um die „Göttinger Sieben“.

1. Sammelband der Univ. Bibliothek Göttingen: Hannover nach dem Tode Wilhelms IV. Bd. 1: Die sieben Professoren (enth.: Schriften der Sieben, für die Sieben, gegen die Sieben, Drucksachen.)

a) Schriften der Sieben.

1. (Ed. Albrecht:) Die Protestation und Entlassung der sieben Göttinger Professoren. Hrsg. von Dahlmann. Leipzig 1838.
2. Dahlmann, Zur Verständigung. Basel 1838. (Abgedruckt auch in F. C. Dahlmann's Kleine Schriften und Reden. Hrsg. von C. Varrentrapp. Stuttgart 1886.)
3. H. Ewald: (Drei deutsche) Worte für Freunde und Verständige. Basel 1838.
4. — Worte an Herrn Klenze in Hannover. Basel 1838.
5. G. G. Gervinus: Historische Schriften, Bd. 7. Karlsruhe 1838 (enth.: Vorrede zum 3. Bde. der Gesch. der deutschen National-Literatur).
6. Jacob Grimm über seine Entlassung. Basel 1838.

b) Schriften für die Sieben.

1. Georg Beseler: Zur Beurtheilung der sieben Göttinger Professoren in ihrer Sache. Rostock 1838.
2. (Pastor Sander-Geismar:) Die Hannoversche Frage und die Hannoversche Geistlichkeit. (Aus dem politischen Journal, December-Heft 1838, besonders abgedruckt.)
3. Scheidler, Karl Hermann: Staatswissenschaftliche Abhandlungen. Bd 1: Über die Idee der Universität und ihre Stellung zur Staatsgewalt. Nebst einer einleitenden Abhandlung über die Bedeutung der Cölner und Göttinger Amtsentsetzungen für die Staatsfragen der Gegenwart. Jena/Leipzig 1838.
4. (Schumacher, G. F.): Die sieben Göttinger Professoren nach ihrem Leben und Wirken. Braunschweig 1838.
5. G(eorg) W(erner): Versuch einer rechtlichen Beurtheilung der Hannoverschen Verfassungsfrage. Hamburg 1838.

c) Schriften gegen die Sieben.

1. Herbart, Johann Friedrich: Erinnerung an die Göttingische Katastrophe im Jahre 1837. Ein Posthumum. Königsberg 1842.
2. (v. Zesterfleth:) Beleuchtung der erschienenen Schrift: Die Protestation und Entlassung der sieben Göttinger Professoren. Hrsg., von Dahlmann. Lüneburg, 1838. (Verfasser ist Zesterfleth, siehe Ippel I, S. 204).
3. Gustav Zimmermann: Ein anderes Wort zur Protestation und Entlassung der sieben Göttinger Professoren. Gotha (1838).

C. Darstellungen.

I. allgemeine Darstellungen.

1. W. von Hassel: Geschichte des Königreichs Hannover. T. 1. Von 1813—1848. Bremen 1898.
2. Otto von Heinemann: Geschichte von Braunschweig und Hannover. Bd. 3. Gotha 1892.
3. H. Albert Oppermann: Zur Geschichte des Königreichs Hannover von 1832-1860. Bd. 1. 1832-1848. Leipzig 1860. (zitiert: „Oppermann“.)
4. H. A. Oppermann: Hannover (Geschichte, Verfassung und Verwaltung, Statistisches.) Separatabdruck aus der 3. Aufl. des Rotteck-Welkerschen Staats-Lexikon. Leipzig 1862.
5. Prutz, Robert: Zehn Jahre. Geschichte der neuesten Zeit. 1840—1850. Bd. 1. Leipzig 1850.
6. Rosendahl, Erich: Geschichte Niedersachsens im Spiegel der Reichsgeschichte. Hannover 1927.
7. Stern, Alfred: Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871. Bd. 5. Geschichte Eeuropas von 1830—1848, T. II. (= Zweite Abtheilung, Geschichte Europas, von 1830—1848, Bd. II.) Stuttgart u. Berlin 1911.
8. Treitschke, Heinrich von: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Bd. IV. Bis zum Tode König Friedrich Wilhelms III. Neue Ausgabe. Leipzig 1927.
9. Venturini, Karl: Neue historische Schriften, Bd. 3. Braunschweig 1840.

II. besondere Darstellungen zur Geschichte
der „Göttinger Sieben“.

1. (A. Duncker:) Erinnerungen aus den Tagen der Göttinger Sieben. in: Didaskalia, Unterhaltungsblatt des Frankfurter Journals, Jg. 63, 1885.
2. F. Frensdorff: Die Rückberufung der Sieben. in: Jahrbuch des Geschichtsvereins für Göttingen, Bd. 2, 1909, Göttingen 1910.
3. Rühl, Franz: Die „Göttinger Promotionen“. in: Altpreußische Monatsschrift, Bd. 20. Königsberg 1883.
4. Schuster: Warum nur „Göttinger Sieben“ im Jahre 1837? in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen, Jg. 1889, Hannover 1889.

5. Stern, Alfred: Die Göttinger Sieben, Metternich und Mazzini. in: Historische Zeitschrift, Bd. 99 (3. Folge, Bd. 3). München und Berlin 1907.
6. Thimme, Friedrich: Zur Geschichte der „Göttinger Sieben“. in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen, Jg. 1899, Hannover 1899.
7. Weber, Georg: Die Göttinger Sieben und das geflügelte Wort vom „beschränkten Unterthanenverstand“. in: Deutsche Revue, Jg. 13, 1888, Bd. 4. Breslau 1888.
8. Wohlwill, Adolf: Die Zustimmungsadresse Hamburgischer Gelehrten an die sieben Göttinger Professoren im Jahre 1837. in: Mittheilungen des Vereins für Hamburgische Geschichte, Bd. 4, Jgge. 1887—89. Jg. 11, 1888 und Jg. 12, 1889.
9. Die Universität Göttingen im Jahre 1837. Von einem alten Göttinger. in: Der Kulturkämpfer, Zeitschr. für öffentliche Angelegenheiten, Bd. 9, 1. Halbjahr 1884. Berlin 1884.

III. Darstellungen über einzelne der „Göttinger Sieben“.

1. Allgemeine Deutsche Biographie.
 Bd. 4. Dahlmann (A. Springer). 1876.
 Bd. 6. Ewald (A. Dillmann). 1877.
 Bd. 9. Gervinus (Aug. Thorbecke). 1879.
 Bd. 9. Jacob Grimm (Scherer). 1879.
 Bd. 9. Wilhelm Grimm (Scherer). 1879.
 Bd. 41. Wilhelm Weber (Rob. Knoth). 1896.
 Bd. 45. Albrecht (R. Hübner). 1900.
2. Karl Braun-Wiesbaden: Die Gebrüder Grimm, 1837 bis 1840. in: Allgemeine Augsburger Zeitung, Jg. 1881. Beil. Nr. 36, 37, 39.
3. Christern, Herrmann: F. Ch. Dahlmanns politische Entwicklung bis 1848. in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Bd. 50. Leipzig 1921. (Auch als Sonderabdruck Leipzig 1921 erschienen.)
4. Duncker, Albert: Die Brüder Grimm. Kassel 1884.
5. Heigel, Karl Theodor von: 12 Charakterbilder aus der neuesten Geschichte. München 1913. (Aufsatz über Dahlmann.)
6. Nasse, Erwin: F. C. Dahlmann. Rede. Bonn 1885.
7. Scherer, Wilhelm: Jacob Grimm. Berlin² 1885.
8. Springer, Anton: Friedrich Christoph Dahlmann. T 1—2. Leipzig 1870/72.
9. Treitschke, Heinrich von: F. Ch. Dahlmann. in: Historische und politische Aufsätze. Bd. 1. Leipzig 1886 (5. Aufl.).
10. Waitz, Georg: F. Ch. Dahlmann. Gedächtnisrede. Kiel 1885.
11. — Zum Gedächtnis an Jacob Grimm. Göttingen 1863.
12. Weber, Heinrich: Wilhelm Weber. in: Deutsche Revue, Jg. 17, 1892. Bd. 3. 4.
13. Weiland, Ludwig: F. Ch. Dahlmann. Rede. Göttingen 1885.

IV. Sonstige Darstellungen.

1. Dahlmann, F. Ch.: Die Politik, auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt. Bd. 1. 1. Aufl.: Göttingen 1835. 2. Aufl.: Leipzig 1847.
2. Köttgen, Arnold: Deutsches Universitätsrecht. Tübingen 1933.
3. C. E. von Malortie: König Ernst August. Hannover 1861.
4. Morg, Konrad: Das Echo des hannoverschen Verfassungstreites 1837 bis 1840 in Bayern. Hildesheim 1930. (Dissertation).
5. Ritschl, Albrecht: Drei akademische Reden. Bonn 1887.
6. (R. Wagner:) Zur Erinnerung an G. E. F. Hoppenstedt. Göttingen 1858.

